Dossier: 10 Jahre nach 9/11

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Nr. 05/11 · Sept. – Okt. 2011 www.kulturrat.de 3,00 € · ISSN 1619-4217 · B 58 662

WALDKULTURERBE
Der Wald wurde unlängst zum bedeutenden Kulturerbe erklärt. Wälder bilden unverzichtbare Ressourcen für die Menschen und ihre Kultur.
Seiten 3 bis 7

30 JAHRE KULTURRAT
Im September feiert der Deutsche Kulturrat sein dreißigjähriges Bestehen. Karla Fohrbeck und Andreas Joh. Wiesand blicken zurück auf turbulente Anfangsjahre.
Seiten 8 bis 10

MENSCHENRECHTE
Ist das Vorhandensein von und der Zugang zu kultureller Vielfalt ein Menschenrecht? Konzept und Ideen der kulturellen Rechte stellt u.a. Max Fuchs vor.
Seiten 11 und 12

LÄNDERANSICHTEN
Vom Geist des neuen Tunesien, über Istanbul als geografische wie kulturelle Landbrücke zwischen Europa und Asien bis nach Bremen – Ansichtssachen.
Seiten 14 bis 16

ISLAM KULTUR POLITIK
Die Anschläge vom 11. September jähren sich nun zum 10. Mal. Im dritten Dossier der Reihe „Islam Kultur Politik“ werden die Auswirkungen thematisiert.
Dossier Seiten 1 bis 16

Editorial

Jubiläumsgeschenk

Der Deutsche Kulturrat wird 30 und macht sich selbst mit der Einrichtung einer Satzungskommission ein eigenwilliges Geschenk. Mancher wird bei diesem Geschenk eher die Stirn runzeln und mehr an eine Last als an eine Freude denken. Und sicher wird die Arbeit in der Kommission kein Zuckerschlecken werden, denn es geht um viel.

Der Deutsche Kulturrat gehört zu den wenigen Verbänden in Deutschland, die kontinuierlich wachsen. Insgesamt 234 Bundesverbände der Künstler, der Kulturwirtschaft, der Kulturvermittler und der Kulturengagierten gehören dem Deutschen Kulturrat heute an. Doch eigentlich ist das so nicht richtig formuliert. Die 234 Verbände gehören dem Deutschen Kulturrat nicht direkt an, sondern sind Mitglied der acht Sektionen des Kulturrates. Diese Sektionen sind keine Teile des Deutschen Kulturrates, sondern sie sind seine juristischen Mitglieder.

Diese ungewöhnliche Konstruktion stellt sicher, dass die großen Fachbereiche, wie die Musik, die Literatur oder die bildende Kunst, die kleineren Bereiche, wie Design oder Soziokultur, nicht dominieren. Vor 30 Jahren wurden neben den bereits existierenden Sektionen Musik (Deutscher Musikrat) und Design (Deutscher Designertag) die anderen sechs Sektionen speziell für die Mitgliedschaft im Deutschen Kulturrat gegründet.

Heute, drei Jahrzehnte nach diesen Gründungen, wird es Zeit, über diese Konstruktion nachzudenken. Besonders lässt die starre Struktur von acht Sektionen nur wenig Raum für die Aufnahme von Mitgliedern, die spartenübergreifend arbeiten und sich nicht in einen der Bereiche einordnen lassen. Dies gilt auch für die Migrantenverbände, mit denen der Deutsche Kulturrat seit Jahren eng zusammenarbeitet.

Von vielen unserer mittelbaren Mitglieder wird auch seit Jahren eine direktere Einflussnahme auf die Entscheidungen des Deutschen Kulturrates gewünscht. Dass die jährlich stattfindende Mitgliederversammlung über den Haushalt des Deutschen Kulturrates entscheidet und den Vorstand und die Geschäftsführung entlastet, den Vorstand aber nicht bestimmen kann, wird oftmals als Demokratiedefizit angesehen. Da hilft es auch wenig, wenn man erklärt, dass die Sektionen im Sprecherrat des Kulturrates alle zwei Jahre aus ihrer Mitte den Vorstand wählen und somit alle 234 mittelbaren Mitglieder auf die Entscheidung über ihre Sektionen Einfluss nehmen können.

Die zum Jubiläum geschenkte Satzungskommission hat eine äußerst schwierige Aufgabe zu erfüllen. Sie muss nach meiner Ansicht einen Vorschlag erarbeiten, der sicherstellt, dass Bundeskulturverbände Mitglied im Deutschen Kulturrat werden können, auch wenn sie keiner der bereits existierenden Sektionen fachlich zugeordnet werden können. Auch muss die Bedeutung der Mitgliederversammlung, als Ort aller Mitglieder, also auch der Mitglieder der Sektionen, deutlich gestärkt werden. Das Annähern an diese beiden Anforderungen darf aber nicht einhergehen mit der Aufgabe des seit 30 Jahren erfolgreichen Interessenausgleichs über die Sektionen.

Eine große Aufgabe zum Jubiläum, packen wir es an.

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Herausgeber von politik und kultur ■

Gemeinsame Wirtschaftskultur

Griechenland braucht einen Vermittler • Von Bernhard Freiherr von Loeffelholz

Am Beispiel Griechenlands wird deutlich, dass der Euro eine gemeinsame Wirtschaftskultur erfordert
© Ullsteinbild/Uhlenhut

Wer die Anfänge der Einigung Europas nach dem mörderischen Kulturbruch der Nazis und den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges erlebt hat, weiß, dass dieser staats- und völkerrechtliche Neuanfang die einzig vernünftige Zukunftsperspektive für unseren alten Kontinent war und heute im Zeitalter der Globalisierung noch in verstärktem Maße ist, angesichts neuer aufstrebender Weltmächte. Die Europäische Union ist ein sehr kreativer Ausdruck politischer Reife und wirtschaftlichen Kalküls, aber auch eines kulturellen Prozesses. Persönlich konnte ich von 1961 bis 1968 als Referent, später Geschäftsführer der deutschen Gruppe von CEPES (Comité Européen pour le Progrès Economique et Social) in Frankfurt am Main, einer internationalen Vereinigung von Unternehmern und Wissenschaftlern, an der Erarbeitung konkreter Vorschläge zur Integration der europäischen Volkswirtschaften mitwirken, die wir an Regierungen und an die europäischen Institutionen richteten.

Damals herrschte eine Aufbruchstimmung, eine Begeisterung für Europa, die erfahrene Persönlichkeiten und junge Menschen einte. Die Gründer der ersten Sechsergemeinschaft und alle, die sich für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl sowie später für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft engagierten, sahen die Wirtschaftsgemeinschaft als Mittel, ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Völkern Europas entstehen zu lassen, das ihnen eine Zukunft in Freiheit und Solidarität aus dem Bewusstsein ihrer gemeinsamen Geschichte, ihrer wissenschaftlichen und künstlerischen Fähigkeiten und ihrer vereinten wirtschaftlichen Kräfte schaffen sollte. Grundlage dieser Gemeinschaft war Vertrauen, wie bei jeder Gemeinschaft. Zielvorstellung engagierter Bürger in Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien und den Benelux-Ländern war eine mit der Zeit wachsende europäische Integration.

Mit dem Beitritt Großbritanniens – das zunächst mit der EFTA (European Free Trade Association) eine erfolglose Freihandelszone mit anderen Ländern Europas als Konkurrenz zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegründet hatte – und folgenden Erweiterungen der Europäischen Gemeinschaft ist das kulturelle Zusammengehörigkeitsgefühl mehr und mehr durch ökonomisches Kalkül überlagert worden. Dazu hat die globale Entwicklung – die Dominanz ökonomischen Denkens und Handelns nach der Doktrin der Chicagoer Schule – entscheidend beigetragen.

Jean Monnet, der Vordenker und Architekt des Gemeinsamen Marktes, aus dem sich die Europäische Union entwickelte, äußerte bekanntlich in späteren Jahren, wenn er Europa noch einmal einigen könnte, würde er mit der Kultur beginnen. Versteht man unter Kultur im weitesten Sinne die Art und Weise, wie wir miteinander umgehen, so zeigt das Debakel

Weiter auf Seite 2

Kultur-Mensch

Alice Ströver

Nach 16 Jahren tritt Alice Ströver von der politischen Bühne ab. Auf Ihrer Internetseite ist zu lesen: „Kultur ist nicht alles, aber ohne Kultur ist alles nichts.“ Diese Direktive verfolgte sie in ihrer Funktion als medien- und kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus ebenso wie als Staatssekretärin für Kultur in der rot-grünen Übergangsregierung im Sommer und Herbst 2001. Alice Ströver ist in all diesen Funktionen eine ebenso streitbare wie auch sachkundie Anwältin für die Kultur und wird in ihrer Arbeit über Parteigrenzen hinweg respektiert. Vor dem Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus arbeitete Ströver unter anderem beim Bildungswerk im Berufsverband Bildender Künstlerinnen und Künstler in Berlin. Die Kulturpolitikerin Ströver tritt nicht wieder zur Abgeordnetenhauswahl an. Wir wünschen Alice Ströver alles Gute für die Zeit nach ihrer politischen Laufbahn und dass diese außerordentliche Kulturpolitikerin auch in ihrem politischen Vorruhestand der Kultur erhalten bleibt, denn ohne Personen, die sich für Kultur über die Maße einsetzen, … ist alles nichts.

Alice Ströver © Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Berlin

4 195981 603008 05

Fortsetzung von Seite 1

Gemeinsame Wirtschaftskultur

mit Griechenland – dem möglicherweise bald weitere Länder folgen werden – dass der Euro eine gemeinsame Wirtschaftskultur erfordert.

Wie ernst Gesetze und Vorschriften eingehalten werden, wie duldsam man mit „Freunderlwirtschaft", mit Geschenken an Mächtige zur Verschaffung von Vorteilen umgeht, wie gewissenhaft man Sparauflagen umsetzt und bei welchen Bevölkerungsteilen, kann jedes Land souverän verantworten, solange es über eine eigene Währung verfügt, deren Wechselkurs zu anderen Währungen veränderbar ist.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Währungsunion ändert sich das grundlegend. Die Übernahme des Euro als Landeswährung bedeutet den Eintritt in eine europäische Solidargemeinschaft. Die Enttäuschung und Empörung in der Europäischen Kommission und in anderen Euro-Ländern wegen Übermittlung falscher Daten, Korruption in der öffentlichen Verwaltung, Bezahlung von Renten an längst Verstorbene und Ähnliches ist die Folge allzu instrumentellen Denkens.

Was bisher geschah, alle finanziellen Hilfsmaßnahmen scheinen in einem Fass ohne Boden zu versickern. Anders als einst der Marshallplan bei uns, lösen sie wegen der damit verknüpften Sparauflagen und Privatisierungsforderungen in der Bevölkerung keine Dankbarkeit, sondern Aggressionen aus. Die notwendige Anpassung und Umstellung der Griechen auf die unerlässlichen Anforderungen der Währungsunion, – dazu gehört vor allem auch eine gerechte und effiziente Hinzuziehung der Vermögenden zur Sanierung des Landes – dürfen nicht nur als wirtschaftspolitische Forderung, sondern müssen auch als kultureller Prozess verstanden und gefördert werden. Dabei geht es von Grund auf um die Schaffung einer Vertrauensbasis.

In allen Medien wird das Vertrauen der Märkte als wichtigste politische Aufgabe der Regierungen eingefordert. Wer aber fragt nach dem Vertrauen der Menschen, der Bürger, die Fehlverhalten und Versäumnisse der Politik jetzt ausbaden müssen?

England erhält neuerdings von Mordbrennern in mehreren Städten offenbar eine Quittung für das Missverhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

In Griechenland und Spanien, wo jetzt am meisten gespart werden muss, herrscht die größte Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Die Gefahr ist groß, dass hier neue Brennpunkte entstehen.

Das alles richtet sich gegen die von vielen als anonyme Bürokratie empfundene Europäische Union, schürt Empörung über Sparappelle vor allem aus Deutschland und weckt aufs Neue nationalistische Bewegungen, die wir mit der Europäischen Gemeinschaft endgültig überwunden glaubten.

Um für die Europäische Union einerseits und für Griechenland andererseits mehr Vertrauen zu schaffen, bedarf es in dieser kritischen Situation Europas einer glaubwürdigen und erfahrenen Persönlichkeit als Vermittler. Mein Vorbild einer solchen vertrauenswürdigen Persönlichkeit ist John J. McCloy, der 1949 bis 1952 als Hoher Kommissar der USA dem westlichen Teil Deutschlands und nach Wiedererlangung der Souveränität danach der jungen Bundesrepublik Deutschland Reputation und wichtige Verbindungen in Amerika und auf dem internationalen Parkett vermittelte.

Dr. Bernhard Freiherr von Loeffelholz — Foto: Steffen Giersch

Ich schlage vor, dass die Kommission der Europäischen Union einen solchen Hohen Kommissar beziehungsweise eine Hohe Kommissarin für Griechenland auswählt und dem Europäischen Parlament zur Berufung – vielleicht zunächst auf zwei Jahre – vorschlägt. Die ausgewählte Persönlichkeit sollte vor dem Europäischen Parlament einen Eid leisten, dass sie mit dem Amt keine persönlichen Wirtschaftsinteressen verfolgt, sondern sich bei allen Aktivitäten allein vom wohlverstandenen Interesse Griechenlands als Teil der Europäischen Union leiten lässt. Aufgabe des Hohen Kommissars/der Hohen Kommissarin sollte es sein, in kürzestmöglicher Zeit für eine europäischem Standard entsprechende öffentliche Verwaltung in Griechenland zu sorgen, nützliche Wirtschaftsverbindungen mit dem Ausland zu vermitteln und in Kontakten mit Regierung, Opposition, Wirtschaft und verschiedenen Schichten der Bevölkerung für eine europäische Wirtschaftskultur zu werben. Von seiner/ihrer Lagebeurteilung sollten weitere Zahlungen der EU an Griechenland abhängig gemacht werden.

Der Verfasser war Bankdirektor, Geschäftsführender Vorstand des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft, Präsident des Sächsischen Kultursenates und Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland" des Deutschen Bundestages ■

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL

Jubiläumsgeschenk
Von Olaf Zimmermann 1

LEITARTIKEL

Gemeinsame Wirtschaftskultur. Griechenland braucht einen Vermittler
Von Bernhard Freiherr von Loeffelholz 1

KULTUR-MENSCH

Alice Ströver 1

JAHR DER WÄLDER

Wald und Kultur. Zum Internationalen Jahr der Wälder 2011
Von Ilse Aigner 3

Wichtiges Pflegekind des Naturschutzes. Ehrenamtliches Engagement im und für den Wald
Von Hubert Weinzierl 4

Buchenwälder als Welterbestätte. Bedeutung des Waldes für unser kulturelles Gedächtnis
Von Wolfgang von Geldern 4

Verirrt in deutschen Walden. Ideologie und forstliche Praxis im nationalsozialistischen Deutschland
Von Frank Uekötter 5

DichterWald. Literarische Streifzüge
Von Georg Ruppelt 6

Nachahmen, integrieren, verschönern. Gartenkunst und Wälder
Von Michael Rohde 6

Neue Wege gehen. Naturwissenschaftliche Bildung für Kinder und Jugendliche
Von Mareike Breuer 7

30 JAHRE DEUTSCHER KULTURRAT

Kleine Kulturratschronik (Teil V) 8

Wie alles begann: zwei Blicke auf die Gründerjahre
Gabriele Schulz interviewt Karla Fohrbeck und Andreas Joh. Wiesand 8

KULTURPOLITIK

Kulturelle Menschenrechte in Deutschland. Umsetzung und Kontrolle
Von Max Fuchs 11

ÜBER DEN TELLERRAND

Kulturelle Vielfalt – kulturelle Rechte. Halbzeit: Die Arbeit der ersten unabhängigen UN-Expertin zu kulturellen Rechten 2009-2012
Von Christine M. Merkel 12

Wirtschaftliche Interessen versus Kultur. Die Konvention Kulturelle Vielfalt auf dem Prüfstand
Von Hans-Jürgen Blinn 12

Norwegen und die Terrorattacke
Ein Kommentar von Steffen Reiche 13

GOETHES WELT

Der Geist des neuen Tunesien. Wie das Goethe-Institut in Tunis die revolutionären Umwälzungen in Tunesien begleitet
Von Werner Bloch 14

NAHOSTANSICHTEN

Istanbul – In die Stadt
Von Reinhard Baumgarten 15

KULTURSTIMMEN.DE

Kunst und Religion II: Integration versus Aufklärung
Von Wolfgang Böhler 16

AUS DEN LÄNDERN

Profil einer Kulturstadt
Stefanie Ernst im Gespräch mit Jens Böhrnsen 16

MOMMERT MEINT

Von Wilfried Mommert 16

MEDIEN

Zwischen Depublizierung und mobilem Userverhalten
Gabriele Schulz im Gespräch mit Andreas Hummelmeier 17

KULTURELLES LEBEN

Reformation und Musik als Chance
Gabriele Schulz im Gespräch mit Udo Dahmen 17

„Ich habe die Zeit gesehen". Horst-Bienek-Ausstellung in Hannover
Von Anna Metsch 18

LUTHER 2017

Von Wittenberg in die Welt. Die Lutherdekade in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik
Von Cornelia Pieper 18

PORTRÄT

Das Gebot der Stunde erkannt. Der Kunsthändler Hans Neuendorf im Porträt
Von Andreas Kolb 19

KURZ-SCHLUSS

Wie ich einmal dazu beitragen konnte, unser Wirtschaftssystem zu fixieren
Von Theo Geißler 20

DOSSIER ISLAM KULTUR POLITIK

Die Anschläge vom 11. September – zehn Jahre danach
Beilage Seiten 1 bis 16

Abonnieren oder empfehlen Sie *puk* und Sie erhalten ein ganz besonderes Dankeschön!

KÜNSTLERLEBEN: ZWISCHEN HYPE UND HAVARIE
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler

203 Seiten

Ich möchte *politik und kultur* (*puk*) abonnieren (€ 18,00/6 Ausgaben im Jahr, inkl. Porto) und erhalte als Geschenk das Buch:

Künstlerleben: Zwischen Hype und Havarie

Meine Adresse (=Rechnungsanschrift)

Ich abonniere puk

Name

Straße

PLZ **Ort**

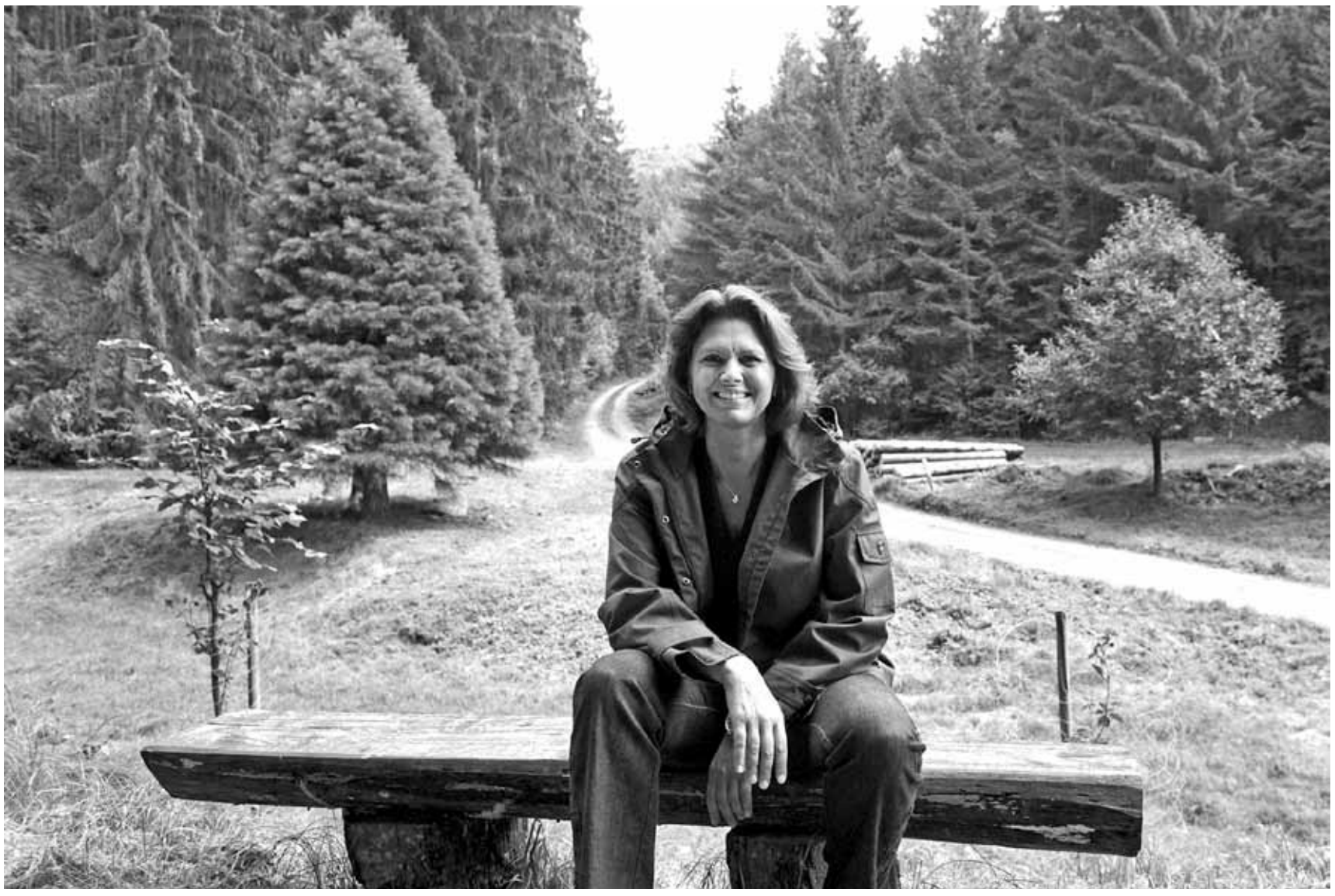
Unterschrift/Datum

Coupon einsenden/faxen an: Deutscher Kulturrat e.V., Chausseestraße 103, 10115 Berlin, Fax: 030/24 72 12 45

Wald und Kultur

Zum Internationalen Jahr der Wälder 2011 • Von Ilse Aigner

„Ein Männlein steht im Walde, ganz still und stumm.“ Diese Zeile aus dem berühmten Volkslied mit dem Text Hoffmann von Fallerslebens ist wohl den meisten von uns seit Kindertagen im Gedächtnis geblieben. Sie drückt aus, worum es uns im Jahre 2011, dem Internationalen Jahr der Wälder, geht: Der Mensch braucht den Wald und der Wald braucht den Menschen.



Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz **Foto: BMELV/Guido Bergmann**

Von Nord bis Süd, von Ost bis West – der Wald prägt das Landschaftsbild in ganz Europa. Allein in Deutschland ist ein Drittel der Landesfläche mit Wald bedeckt. Unser Wald ist Heimat für Tiere und Pflanzen. Er leistet seinen Beitrag zum Schutz von Klima, Wasser und Boden. Er bietet uns einen einzigartigen Erholungsraum, den die Hälfte der Deutschen alle zwei Wochen oder sogar öfter nutzen. Der Wald liefert uns aber vor allem den vielseitigen Rohstoff Holz, der nicht nur in der Kunst ein beliebter Werkstoff ist. Kunstvoll verzierte Holzmöbel sowie hochwertiges Parkett gestalten das Wohnen besonders behaglich. Holz sowie Abfälle aus der Holzverarbeitung haben als klimaverträgliche Energieträger eine neue Bedeutung bekommen, denn die Ziele der Bundesregierung zum Ausbau erneuerbarer Energien werden zu einer weiterhin steigenden Nachfrage an Biomasse führen. Dabei werden wir – getreu dem schon vor 300 Jahren durch Hannß Carl von Carlowitz entwickelten Prinzip der Nachhaltigkeit – nicht mehr Holz nutzen, als im Wald wieder nachwächst. Schutz des Waldes durch nachhaltige Nutzung – das ist unser Leitbild.

Bereits unsere Vorfahren haben die vielfältigen Funktionen des Waldes für sich entdeckt und genutzt. Beispiele aus der Geschichte hierfür finden sich viele: Der Bau von Holzhäusern, der Bootsbau, die Nutzung von Feuerholz, das Fleisch gejagter Tiere oder gesammelte Waldfrüchte sind nur einige Beispiele dafür, dass der Mensch für sein Leben und mitunter auch Überleben auf den Wald angewiesen war und ist. Hermann, der Cherusker, nutzte den Teutoburger Wald als Rückzugsraum für seine Truppen und besiegte im Dickicht dunkler Wälder die eindringende Armee des Römischen Reiches. Alte Befestigungen, Siedlungen und Kultstätten haben in unseren Wäldern die Zeiten überdauert und erzählen uns heute als Bodendenkmäler von einer wechselvollen Vergangenheit.

Die Literatur hat die Bedeutung des Waldes für den Menschen in den unterschiedlichen Epochen immer wieder aufgegriffen. Dies beginnt schon bei den Märchen, in denen der Wald oft den zentralen Handlungsort darstellt – man denke etwa an Hänsel und Gretel oder Rotkäppchen. Vor allem die Romantik hat das Walderlebnis idealisiert. Auf diese Weise versuchte die Literatur, den realen Naturverlust in der Industrialisierung durch sprachlich erzeugte Erlebniswelten zu kompensieren. Joseph von Eichendorff ist hierfür ein prominentes Beispiel. Er hat mit Gedichten wie „Abschied“ oder „Wer hat dich, du schöner Wald“ das Waldbild für Generationen geprägt. Darüber hinaus ist Goethes Gedicht „Ein Gleiches“ ein Inbegriff für die lyrische Darstellung der Waldidylle. Die Sehnsucht nach intakten Wäldern, die sich über die Literatur bis in die heutige Zeit übertragen hat, war sicher auch ein Grund dafür, warum gerade in Deutschland das Thema „Waldsterben“ so leidenschaftlich diskutiert wurde.

Auch die Musik hat sich dem Wald als Thema gewidmet. So hat Schubert Goethes Gedicht „Ein Gleiches“ musikalisch arrangiert. Robert Schumann vertonte in seinen „Waldszenen“ auf wunderbare Weise den Wald in einem Klaviersolo. Auch das deutsche Chanson hat das Thema Wald und Waldsterben früh aufgegriffen – man denke etwa an den Titel „Mein Freund der Baum“ der Sängerin Alexandra. Und was wäre die Musik ohne die Klangqualitäten ausgewählter Hölzer? Die Bedeutung des Waldes für das Theater wird allein schon daran deutlich, dass er die Bretter liefert, die die Welt bedeuten. Die Stücke „Tannhäuser“ oder der „Wildschütz“ greifen den Wald thematisch auf. Darüber hinaus bieten die zahlreichen Waldtheater und Freilichtbühnen eine einzigartige Kulisse, die einem gut bekannten Stück eine nie gekannte Wirkung verleihen kann.

Als Motiv in der bildenden Kunst dient der Wald in vielfältiger Weise. Gemälde von Caspar David Friedrich wie „Wald im Spätherbst“ oder „Abtei im Eichwald“ illustrieren das Walderlebnis als Naturschauspiel, das uns Menschen dem Göttlichen nahebringt. In seinen Werken ist auch immer wieder der Bezug auf den Mythos der „deutschen Eiche“ vorhanden, der sich bis in die Staatssymbole durchgetragen hat. So zierte das Eichenblatt sowohl die D-Mark-Münze als auch die Münze der DDR-Mark. Seit der Einführung des Euro findet sich das Eichenblatt auf den deutschen Cent-Münzen. Die Tradition des Eichenblattes geht zurück auf das harte Holz der Eiche und steht als Symbol für Beständigkeit und Treue. Der Wald ist für uns also nach wie vor identitätsstiftend. Viele Menschen haben sogar zunehmend Interesse am Wald als letzte Ruhestätte. Die heute schon 50 existierenden deutschen Friedwälder belegen dies.

Die Rezeption des Waldes in der Kultur gibt der Politik heute Orientierung, wenn es um einen ausgewogenen Ausgleich zwischen Wirtschaft und Umwelt geht. Das in Artikel 20a des Grundgesetzes verankerte Staatsziel zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist nicht zuletzt aus dem von der Kultur geprägten Naturbild entstanden. Die Bundesregierung nimmt den Verfassungsauftrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und damit auch zum Schutz des Waldes ernst. Deshalb werden wir in Kürze eine Waldstrategie verabschieden, die uns als Leitlinie bei der konkreten Ausgestaltung unserer Politik dienen wird.

Lassen Sie uns gemeinsam das „Internationale Jahr der Wälder“ nutzen, um einen breiten gesellschaftlichen Dialog über die Rolle des Waldes in der Zukunft zu führen. Ein Dialog, der Gesprächspartner aus der Wirtschaft, aus dem Naturschutz, aus den Kirchen und aus der Kultur einbindet. Mit einem solchen Dialog, der unsere kulturgeschichtlichen Grundlagen berücksichtigt, können wir eine Waldpolitik entwickeln, die den Bedürfnissen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Hierzu führen wir in diesem Jahr ein Veranstaltungsprogramm durch, in dem wir mit unseren Kampagnenpartnern Entdeckungsreisen in den Wald anbieten und so Waldkultur erlebbar machen. Auf www.wald2011.de finden Sie Veranstaltungen auch in Ihrer Region. Den Abschluss bildet Anfang Dezember die kulturhistorische Ausstellung „Waldwelten“ im Deutschen Historischen Museum in Berlin. Ich lade Sie herzlich ein: Machen auch Sie sich ein Bild vom Wald durch einen Waldspaziergang mit der Familie oder durch die Teilnahme an einer unserer Aktionen!

Die Verfasserin ist Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ■

15.–18.9.2011
KIRCHEN + KULTUR KONGRESS

Unter der Schirmherrschaft von Staatsminister Bernd Neumann und Katrin Göring-Eckardt, Präses der Synode der EKD

LUTHER 2017 500 JAHRE REFORMATION
EKD KULTURBÜRO
Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Deutsches Theater Berlin
DEUTSCHER KulturRAT

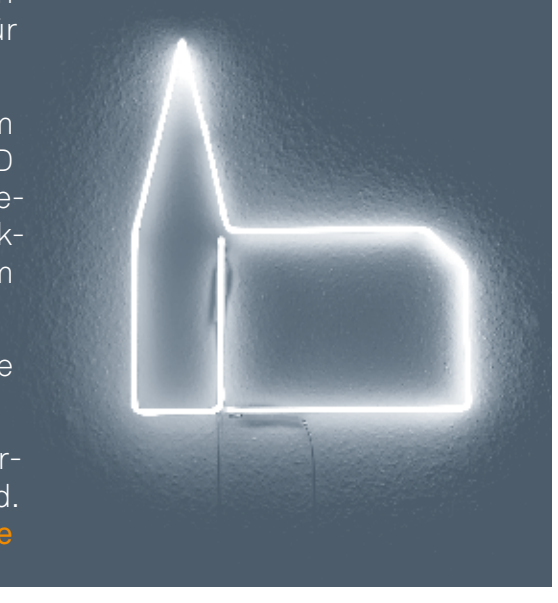
Kirche und Kultur sind Freiräume für Geist und Sinne. Der Kirchen-Kultur-Kongress der EKD öffnet Freiräume in Berlin: als Begegnungsort für Theologen und Künstler, Ideenwerkstatt für Planer und Aktivisten – im Themenjahr 2011 »Reformation und Freiheit« – für alle, die über den Tag hinaus schauen.

Zählen Sie sich dazu? Dann melden Sie sich an: Vom 15. bis 18. September 2011 lädt das Kulturbüro der EKD zu den Themen Kunst, Film, Literatur, Architektur, Theater, Gedenkkultur, Musik und Interkultur mit Workshops in Berliner Kirchen, Diskussionen, geistlichem Programm und zahlreichen Kulturveranstaltungen.

Beitrag Vollzahler / Studenten 100 / 50 Euro, inklusive Abendveranstaltungen und Reader

Kontakt Kulturbüro der EKD, Auguststr. 80, 10117 Berlin, Telefon: (0 30) 75 45 73 86, E-Mail: oliver.brandt@ekd.de, Internet: www.kultur.ekd.de und www.ekd-kkk.de

KULTUR IST DER SPIELRAUM DER FREIHEIT... Dietrich Bonhoeffer



Wichtiges Pflegekind des Naturschutzes

Ehrenamtliches Engagement im und für den Wald • Von Hubert Weinzierl

Der Wald ist ein sehr langlebiges, vielseitiges, verschiedenartiges Ökosystem. Zwei unterschiedliche Ziele werden im Wald verfolgt, die Nutzung und der Schutz. Diese müssen gut aufeinander abgestimmt werden. Dabei wird unterschieden zwischen den kulturlandschaftlichen Wirtschaftswäldern und den Flächen mit reduzierter Nutzung oder gar Nutzungsverzicht, den „Urwäldern von morgen". Der Wald ist ein wichtiges „Pflegekind" des ehrenamtlichen Naturschutzes.

Die Natur- und Umweltschutzverbände bieten bereits seit langem ein vielfältiges Repertoire an für Menschen, die sich im Wald für den Erhalt der Natur einsetzen wollen.

In vielen Nationalparks, Naturparks, Biosphärenreservaten und den Nationalen Naturlandschaften gibt es bereits Angebote, Sinnvolles zu tun, neue Menschen kennen zu lernen, Wissen und Fähigkeiten zu erweitern, vor allem Spaß zu haben.

Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind dort unabhängig von Alter, Herkunft und Qualifikation und je nach ihrem individuellen Zeitbudget herzlich willkommen. Die Ehrenamtlichen engagieren sich in den Mitgliedsverbänden des Deutschen Naturschutzrings (DNR), insbesondere in der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald sowie EUROPARC Deutschland, dem Dachverband der Nationalen Naturlandschaften, bundesweit in rund 40 Parks vom Wattenmeer bis zum Bayerischen Wald in einer Vielzahl von Naturschutz- und Umweltbildungsprojekten.

So gehören zu den Tätigkeiten der Ehrenamtlichen im Nationalpark Bayerischer Wald die Besucherbetreuung im Gelände, Schutzgebietsüberwachung, Arbeitseinsätze beim Bau von Amphibienzäunen, Sauberhaltung der Wege und Besuchereinrichtungen, Beobachtung verschiedener Tierarten und Mitarbeit in Forschungsprojekten, Wanderwegepatenschaften oder auch Bürotätigkeiten.

Ein weiteres Beispiel ist das Jugendwaldheim „Wessely-Haus". Hier wird versucht, vorbildlich vor allem Kindern und Jugendlichen einen Zugang zur Natur zu öffnen, ein Erleben von Natur mit allen Sinnen zu ermöglichen (insbesondere auch im Wald), die Vernetzungen in der Natur erlebbar zu machen, einen Einblick in die Aufgaben und Zielsetzungen des Nationalparks zu geben und darüber hinaus dessen Einbindung in die Region und auch dessen Bedeutung als Wirtschaftsfaktor zu erläutern.

Oft kommt die Zusammenarbeit durch ein mehr oder weniger spontanes und eher zufälliges Zusammentreffen zustande. Ein strategisch geplanter Ansatz fehlt jedoch meist noch.

Wie heißt es so schön: „Die Freiwilligen müssen folglich dort abgeholt werden, wo sie stehen". Das bedeutet auch, es müssen verstärkt die sich veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Bedürfnisse Freiwilliger berücksichtigt werden. Nicht mehr nur stilles Mitwirken und Helfen, sondern auch eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten und Einflussnahme, professionelle Unterstützung und Begleitung, persönliche Ansprache und Qualifizierung der eigenen Tätigkeit sind heute gefragt.

Nur zögerlich fand bisher die Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund in Deutschland über ihr Verhältnis zur Natur und Umwelt und zu den Prozessen der Entscheidungsfindung über die Gestaltung von Naturräumen beziehungsweise der Umwelt statt. Auch in den Mitgliedsverbänden des DNR finden sich nur sehr vereinzelt Engagierte mit Migrationshintergrund. Noch sind sie als Zielgruppe in der Verbandsarbeit nicht ausreichend angesprochen worden. Dies ist umso unverständlicher angesichts der Tatsache, dass der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund derzeit in Deutschland bereits bei nahezu 20 Prozent liegt – Tendenz steigend. Zudem scheint die Sensibilität gegenüber dem Thema Wald und Natur- und Umweltschutz gemäß einer Umfrage bei türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten ebenso oder sogar ausgeprägter als in der deutschen Mehrheitsbevölkerung zu sein. Ihre Einstellung gegenüber Natur- und Umweltschutzmaßnahmen fällt mehrheitlich positiv aus.

In dem DNR-Projekt „Biodiversität (Er-)Leben und Gestalten in Vielfalt" wurde versucht, die Notwendigkeit einer interkulturellen Perspektive auf Natur- und Umweltschutzbelange zu verdeutlichen und bereits stattfindende Aktivitäten hervorzuheben. Es wurde erstmalig Wissen über die Schwierigkeiten auf der Seite der Natur- und Umweltschutzverbände, Interkulturalität in die eigenen Arbeitszusammenhänge zu integrieren, generiert.

Die wichtigsten Schwachstellen, die sich als hinderlich für die Einbeziehung der interkulturellen Perspektive herausstellten, sind: Aufarbeitung von Wissenslücken; Diskussion und Reflexion über die Vorstellungen und Bilder von Menschen mit Migrationshintergrund sowie Angebote für unterstützende Strukturen.

Die Integration von Migrantinnen und Migranten, ihrer Interessen, Erfahrungen und Ansprüche im Natur-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsdiskurs ist schon aus Gründen der gleichberechtigten Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und deren zukunftsfähiger Gestaltung längst überfällig. Interkulturalität eröffnet ein enormes Potenzial für gesellschaftliche Entwicklungen und damit auch für ehrenamtlich Engagierte und Freiwillige im Natur- und Umweltschutzbereich. Denn durch den Zugewinn an neuen, vielleicht auch ungewohnten Sichtweisen auf und Umgangsweisen mit Natur erweitert sich die Vielfalt an Problemlösungsmöglichkeiten und damit an Handlungsoptionen erheblich. Kulturelle Vielfalt als Chance gedacht, eröffnet allen Beteiligten neue Perspektiven und liefert einen Mehrwert. Dies gilt auch für die Natur- und Umweltschutzorganisationen.

Engagement für den Erhalt von Natur beginnt oft im Kleinen © Thao Nguyen/www.wildlife-arts.de

Über ein Engagement in den Natur- und Umweltschutzverbänden und entsprechend machtvollen Beteiligungsmöglichkeiten kämen die Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund darüber hinaus in Berührung mit den hier üblichen Praktiken und könnten sich anders dazu positionieren beziehungsweise sich diese aneignen. Über diese Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner kann das Thema Natur- und Umweltschutz an Zielgruppen herangetragen werden, die bisher nicht von den Verbänden angesprochen wurden. Eine Öffnung kann auch bedeuten, Strukturen von Selbstorganisationen (MSO) der Migrantinnen und Migranten zu unterstützen. Diese haben häufig Probleme, eine Finanzierung für umweltrelevante Projekte zu erhalten. Gerade in Bezug auf strukturelle Hürden können Natur- und Umweltschutzverbände als eingetragene Vereine Hilfestellungen in der Antragsphase leisten und als kompetente Partnerinnen und Partner zur Seite stehen.

Die Berücksichtigung von Migrationsbezügen in gesellschaftlichem (Natur- und Umwelt-)Handeln würde außerdem nicht nur die lokale und globale Ebene miteinander verknüpfen, sondern auch die soziale mit der ökologischen. Damit ergäbe sich für die Engagierten mit Migrationshintergrund eine Möglichkeit, ihr lokales Wissen sowie ihre kulturellen Erfahrungen in den Natur-, Umweltschutz- und Nachhaltigkeitsdiskursen der deutschen Mehrheitsgesellschaft einzubringen.

Nichts schafft mehr „Miteinander" und Verständnis für den Anderen als das Arbeiten in gemeinsamen Projekten beziehungsweise die gemeinsame Realisierung von Aktivitäten.

Neue Allianzen zu knüpfen, mit bisher ungewohnten Partnerinnen und Partnern ist ein realisierbares Ziel und wird ein großer Gewinn für das ehrenamtliche Engagement auch für die Pflege und den Einsatz im Wald sein. Packen wir es an, nur gemeinsam geht es.

Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Naturschutzringes (DNR) ■

Buchenwälder als Welterbestätte

Bedeutung des Waldes für unser kulturelles Gedächtnis • Von Wolfgang von Geldern

Der Wald ist in Deutschland ein wesentliches landschaftsprägendes Element. Ohne menschliche Einflüsse wären heute noch zwei Drittel des Landes mit Buchen bewaldet. Seit Juni 2011 gehören fünf Buchenwaldgebiete in Deutschland zum UNESCO-Weltnaturerbe. Sie ergänzen das bereits bestehende Weltnaturerbe „Buchenurwälder der Karpaten" und zeigen, dass unsere „so normalen" Buchenwälder etwas ganz Besonderes sind und mit Orten wie Yellowstone-Nationalpark in den USA oder dem Great Barrier Reef vor der Ostküste Australiens auf eine Stufe gestellt werden. Die ausgezeichneten Flächen liegen in fünf Schutzgebieten, und zwar in den Ländern Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen.

Die heutigen Wälder in Deutschland sind auch das Ergebnis menschlicher Beeinflussung und damit das Ergebnis eines „kulturellen Schaffens". Seit Jahrhunderten nutzen die Menschen den Wald. Ohne ihn hätten sich unsere Kultur und Zivilisation nicht so entwickeln können. Aus dem Holz wurde Heizmaterial gewonnen. Durch das Feuer des Holzes konnte Nahrung zubereitet und Metall, Glas und Ziegel gewonnen werden. Mit dem Holz baute man Schiffe, Wagen, Werkzeuge und Häuser. Der Wald lieferte den Menschen Nahrungsmittel wie Beeren, Pilze und Fleisch. Das Vieh wurde in den Wald geschickt, um sich dort von Pflanzen und Früchten zu ernähren.

Aus dem Holz wurden Harz, Terpentin, Öle, Gerbstoffe und Cellulose gewonnen. Die Industrielle Revolution verschlang Mengen von Holz beziehungsweise Holzkohle. Ohne Holz waren die Entwicklung von Glashütten, Salinen, Kalkbrennereien oder der Bergbau nicht denkbar. Der Wald ermöglichte den Menschen die Ausbreitung, musste aber dafür um mehr als die Hälfte der Fläche zurückweichen.

Ohne Wald würde der deutschen Literatur und Kultur vieles fehlen. Eines der ersten Zeugnisse der Walddichtung im Mittelalter ist im Parzival von Wolfram von Eschenbach überliefert. Seit dem 18. Jahrhundert wird der Wald nicht nur als Kulisse wahrgenommen, sondern steht immer öfter im Mittelpunkt der Handlungen. Teilweise wird er als unheimlich und düster dargestellt, wie bei Friedrich Gottlieb Klopstock. In Goethes Werken ist seine Ehrfurcht vor der Natur und dem Wald allgegenwärtig. Allen Romantikern voran aber war es Joseph Freiherr von Eichendorff gegeben, das Hohe Lied vom Wald anzustimmen. Viele Namen sind hier noch zu nennen, die den Wald als Kulturgut in ihren Gedichten, Romanen und Märchen erwähnten und verehrten. Wie Eduard Mörike, die Brüder Grimm, Theodor Storm und Theodor Fontane. Jedem bekannt sind natürlich auch die Waldbilder von Caspar David Friedrich, das Waldesrauschen von Franz Liszt, der Freischütz von Carl Maria von Weber oder die Wagner-Opern.

Der Wald wird in der Kultur oft als Symbol für die nationale Einheit der Deutschen benutzt, die Grundlage hierfür in der germanischen Mythologie gesucht und das lange Zeit bevor im Nationalsozialismus diese Symbole missbraucht wurden.

Doch der Wald hat neben seinen zahlreichen Funktionen auch noch eine ganz andere, grundlegende Bedeutung für die Kultur. Denn ohne ihn und ohne das genutzte Holz gäbe es kein Papier, auf dem wir Märchen und Gedichte lesen könnten. Holzrahmen für Bilder oder Stiele für Pinsel, um diese zu malen, gäbe es nicht. Auch würde man in der Musik auf Geige, Flöte und Konzert-Flügel verzichten müssen.

Als stiller Zeuge und Bewahrer der Hinterlassenschaften von längst vergangenen Völkern und Generationen übt der Wald eine wichtige Funktion aus, die besonders von Archäologen und Historikern geschätzt wird. Im Gegensatz zu intensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen finden sich im Wald noch Überreste von Kultstätten, Siedlungen, Verteidigungsanlagen etc. aus allen Zeitaltern. Diese sogenannten Bodendenkmale haben unter dem Blätter- und Nadeldach die Zeiten überdauert und zeugen von einer wechselhaften Vergangenheit.

Auch in der Sprache hat der deutsche Wald seine Spuren hinterlassen. Viele Ortsnamen weisen auf Wälder oder zumindest Bäume hin. In Sprichwörtern hat er sich verewigt, wenn man zum Beispiel „im Wald steht" oder „den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht".

Diese besondere Einstellung der Deutschen zum Wald, die Waldliebe, führte nach dem Zweiten Weltkrieg unter anderem zur Gründung der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, da der Waldverlust durch die Kriegsjahre und die Reparationshiebe der Alliierten einem Verlust der Heimat gleichkam. Und so wurde auch die Eichenpflanzerin auf dem 50-Pfennig-Stück ein Symbol für den Wiederaufbau Deutschlands.

Auch das im Nachhinein oft bespöttelte „Waldsterben" der 1980er Jahre zeigt die besondere Liebe der Deutschen zu ihrem Wald. Auch wenn es nicht zum großflächigen Absterben der Wälder kam, sind bis heute zwei von drei Bäumen geschädigt, ein Viertel der Wälder weist sogar starke Schäden auf. Durch die Dokumentation der Schäden in den jährlichen Waldzustandsberichten und die daraus abge-

Weiter auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

leitete Luftreinhaltungspolitik konnte der Rückgang von Schadstoffen, vor allem des Schwefeldioxids, und damit ein wichtiger Schritt zur Gesundung des Waldes erreicht werden. Diese Politik muss fortgesetzt werden. Sie wird ergänzt durch forstliche Maßnahmen wie den Voranbau, Unterbau und die gezielte Kalkung.

Der Wald hat neben seiner aktuellen Bedeutung als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, als Schutz vor zum Beispiel Lawinen und Hochwasser, als Kulisse für den erholsamen Spaziergang sowie als Arbeitsplatz und Lieferant für den umweltfreundlichen und nachwachsenden Rohstoff Holz eine kulturelle Bedeutung für die Menschen, speziell hier in Deutschland. Die Spannweite reicht von der Verehrung heiliger Haine in den Wäldern Germaniens bis zur aktuellen Diskussion, ob nicht auf größeren Waldflächen in Deutschland zugunsten der biologischen Vielfalt auf die Nutzung verzichtet werden sollte. Denn auch der Verzicht auf Nutzung ist Ausdruck des kulturell-gesellschaftlich Gewollten: Dies gilt im Kleinen für das Belassen von Habitatbäumen, Altbaum- und Totholzinseln und Einrichten von nutzungsfreien Waldflächen im Wirtschaftswald ebenso wie für die Einrichtung großflächiger Waldschutzgebiete zum Beispiel in unseren Nationalparks.

Der Verfasser ist Präsident der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald ■

Der Wald als Lebensraum von Tieren und Pflanzen **© Thao Nguyen/www.wildlife-arts.de**

Verirrt in deutschen Walden

Ideologie und forstliche Praxis im nationalsozialistischen Deutschland • Von Frank Uekötter

Es hätte alles so einfach sein können. „Ewiger Wald“ hieß der Film, den Alfred Rosenbergs Nationalsozialistische Kulturgemeinde 1936 herausbrachte. Er bot einen Parforceritt durch die deutsche Forstgeschichte, zeigte stramme Soldaten neben Bäumen in Reih und Glied, und am Ende mündete das Ganze in eine völkisch durchtränkte Mahnung an die Gegenwart, den deutschen Wald zu bewahren – auf den ersten Blick die perfekte Forstideologie für das tausendjährige Reich. Aber bei Filmen gibt es stets auch ein Publikum und da zählte im NS-Staat vor allem ein ganz bestimmter Zuschauer. Adolf Hitler kam, sah, und missbilligte. Der Wald sei ein Ort für schwache Völker.

Der deutsche Wald war nur auf den ersten Blick ein dankbares Objekt für völkische Fantasten. Gewiss wurde kein anderer Naturraum von nationalsozialistischen Autoren so ausdauernd beschworen – aber wenn man genauer hinschaut, war es doch eher eine Kakophonie mit unterschiedlichen Stufen des Wahns. In Mainfranken fabulierte ein Naturschützer zum Beispiel über eine jüdische Verschwörung: „Holzjuden“ seien dabei, „die alten Holzbirnbäume auf den Feldern und Wiesen auszurotten“, nachdem sie bereits Eiche und Nussbaum den Garaus gemacht hätten. Ganz andere Sorgen hatte der Direktor der preußischen Naturschutzstelle Walther Schoenichen: „In der Wildnis reckenhafter Baumgestalten hat sich der heldische Geist germanischer Krieger immer aufs neue gestählt und gefestigt“, behauptete er in einem Buch von 1934. Ihm wollte „der deutsche Wald mit seinen kühn in den Raum sich emporreckenden Säulen, mit seinen siegfriedhaften Heldengestalten erscheinen wie ein Sinnbild für das Dritte Reich deutscher Nation.“ Kampf und Trutz, Einigkeit und Ewigkeit – man brauchte tatsächlich nicht lange nach passenden Metaphern zu suchen, um das neue Deutschland auch silvanisch abzufeiern. Zumal die Nazis mit Biologismen keine Probleme hatten.

In der Forstgeschichte des Nationalsozialismus geht es freilich um mehr als ideologische Klimmzüge. Mehr als ein Jahrhundert staatlicher Forstpolitik hatten einen willfährigen Apparat hervorgebracht, der sich ohne Zögern in den Dienst der neuen Machthaber stellte. Niemand musste die deutschen Forstbeamten nach 1933 vom Wert militärischer Ordnung überzeugen. Unter den wissenschaftlich geschulten Professionen erzielten die Förster bei der NSDAP-Mitgliedschaftsquote einen Spitzenwert.

Dabei hatte das NS-Regime mit dem geliebten Föderalismus in der Forstwirtschaft gebrochen und ein Reichsforstamt geschaffen; dessen Chef hieß Hermann Göring, der sich fortan mit den Titeln „Reichsforstmeister“ und „Reichsjägermeister“ schmücken konnte. Mit der Gleichschaltung verband sich auch eine programmatische Neuausrichtung, denn der von Göring eingesetzte Generalforstmeister Walter von Keudell forderte den Dauerwald als Leitlinie der Forstwirtschaft. Die Anhänger des Dauerwaldes kämpften gegen Kahlschläge und für gemischte Bestände, für regelmäßige Durchforstungen und die Beachtung der lokalen Standortbedingungen – alles Forderungen, die der klassischen Schule der deutschen Forstwirtschaft zuwiderliefen. Seit dem 19. Jahrhundert favorisierte die deutsche Waldwirtschaft schnell wachsende Nadelbäume, die zumeist in Reinkultur und altersgleichen Beständen gepflanzt wurden. Das brachte einen hohen finanziellen Ertrag, allerdings auch jede Menge Folgeprobleme; denn die Nadelholzplantagen waren anfällig für Störungen durch Wind und Schadinsekten.

So kam es ausgerechnet im totalitären NS-Staat zu einer heftigen Kontroverse zwischen den Anhängern von Dauerwald und Altersklassenwald, der bezeichnenderweise nicht nach ideologischen Präferenzen gelöst wurde, sondern durch die materiellen Zwänge der Autarkiewirtschaft. Als sich Keudell gegen einen verschärften Holzeinschlag wehrte, wurde er im November 1937 durch den gefügigeren Friedrich Alpers ersetzt. Fortan war die offizielle Leitlinie der „naturgemäße Wirtschaftswald“, ein Konzept, das sich im forstlichen Alltag flexibel interpretieren ließ. Faktisch wurde es zur Legitimation einer drastischen Übernutzung der Waldressourcen. Auch im 20. Jahrhundert verlangte die Kriegswirtschaft nach Holz, und zwar weitaus mehr, als den Geboten der Nachhaltigkeit entsprochen hätte.

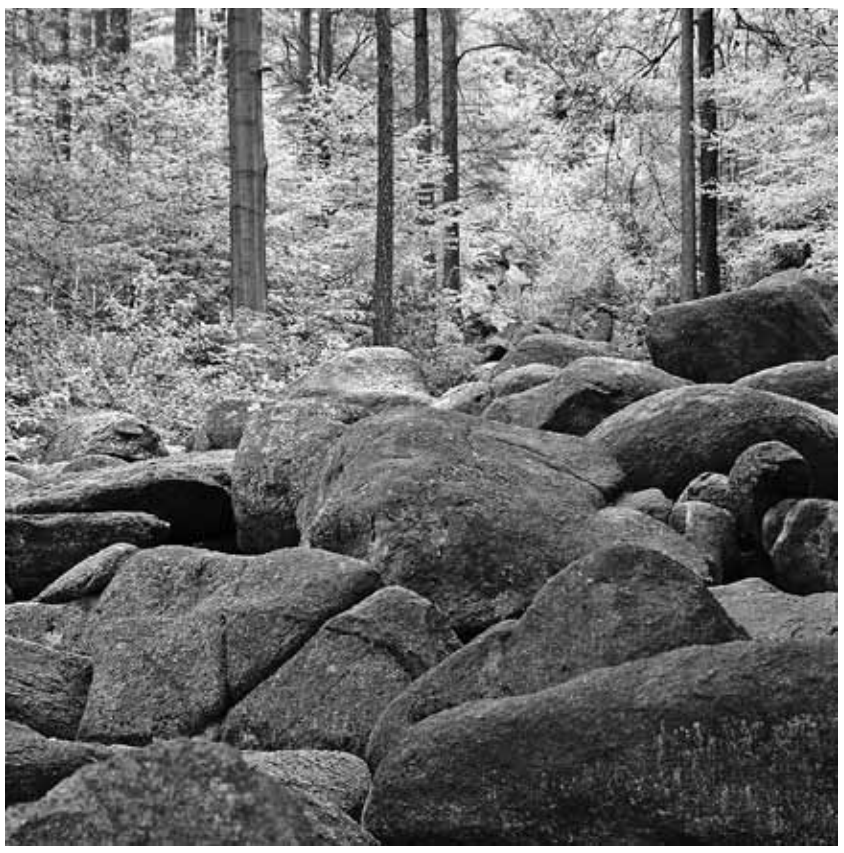
Trotzdem blieben die Leitlinien der Forstwirtschaft umstritten. Mitten im Krieg entstand im Deutschen Heimatbund ein Ausschuss zur Rettung des Laubwaldes, der eine rege Propaganda entfaltete. Auf einer Tagung des Ausschusses im Oktober 1941 forderte ein Ministerialdirektor aus der Reichsforstverwaltung die „Abkehr von der übertriebenen Reinbestandswirtschaft“: „Neben der Holzerzeugung hat die Forstwirtschaft in gleicher Weise den landes- und volkskulturellen Belangen Rechnung zu tragen.“ Eine Denkschrift lamentierte in Gedichtform: „O deutscher Wald, o Buchengrün / Und Kraft der starken Eichen / O deutscher Wald, du sinkst dahin / Von Deines Würgers Streichen!“ Wohlgemerkt: Die „Würger“ waren jene, die den Holzhunger der Kriegswirtschaft zu befriedigen suchten.

Die Arbeit des Komitees mag man aus heutiger Sicht mit Sympathie betrachten, denn viele seiner Forderungen entsprechen heutigen Postulaten des ökologischen Waldbaus. Finsterer war hingegen, was sich zur gleichen Zeit im besetzten Osteuropa tat. Auch in der Forstwissenschaft gab es eine Ostforschung: Es entstand eine Forstliche Forschungsanstalt für das Reichskommissariat Ukraine, ein Südostinstitut für Wald- und Holzforschung in Wien und weitere Institutionen, die die wirtschaftliche Ausbeutung der eroberten Länder zu lenken suchten. Auch hier war es der Eros der staatlich forcierten Großplanung, der den deutschen Osten zur Spielwiese vermeintlich neutraler Wissenschaftler machte. Das Schicksal der dort lebenden Menschen kümmerte die Forscher dagegen wenig.

So war es ein ziemlich kompliziertes Gemisch von Assoziationen, das sich am Ende der tausend Jahre mit dem deutschen Wald verband: schwülstige völkische Rhetorik, Kampf um den Dauerwald, Übernutzung im Zeichen der Autarkiewirtschaft, Zerstörung durch Krieg und Nachkriegsnot. Am nachhaltigsten blieb freilich eine Maßnahme der Besatzungsmächte im Gedächtnis: die „Franzosenhiebe“, mit denen sich die französische Besatzungsmacht im Südwesten an den Wäldern bereicherte. Es war wohl einfach zu verlockend: der deutsche Wald, von fremder Hand im großen Stil gefällt, mit Folgen, die in der Landschaft jahrzehntelang sichtbar blieben – das perfekte Symbol für das unschuldig leidende deutsche Volk.

Da konnte man endlich einmal so richtig einer Meinung sein.

Der Verfasser ist Dilthey-Fellow am Rachel Carson Center für Umwelt und Gesellschaft in München. Im August erschien sein Buch „Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert“ bei Campus ■



Der Wald als Naturraum wurde nicht selten ideologisch aufgeladen
© Thao Nguyen/www.wildlife-arts.de

DichterWald

Literarische Streifzüge • Von Georg Ruppelt

„(Fast) kein Märchen ohne Wald. Die beliebtesten: Schneewittchen, Rotkäppchen, Hänsel und Gretel“ – so kann man es in der ansprechend gestalteten Broschüre des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz „Entdecken Sie unser Waldkulturerbe!“ zum Internationalen Jahr der Wälder lesen. Und in der Tat, das Ministerium hat Recht: In einer Fülle von Märchen der Sammlungen der Brüder Grimm ist der Wald schlechthin, also nicht der Nadel- oder Laubwald, ausschließlicher oder zeitweiliger Ort der Handlung.

Der Wald bildet im deutschen Volksmärchen eine eigene Welt, die der realen Welt der Menschen gegenüber steht. Er ist eine Zauber- und Wunderwelt, vor allem aber ist er eine fremde Welt, ähnlich der Welt unter dem Wasserspiegel und der Welt im Innern der Erde – ebenfalls Orte des Märchens. Doch der Wald, zu dem die Menschen leichteren Zutritt haben als zu den anderen fremden Gebieten, ist die Heimat der meisten deutschen Volksmärchen.

Wolfgang Baumgart vergleicht in seiner Monographie „Der Wald in der deutschen Dichtung“ diese herausragende Stellung des Waldes im deutschen Märchen mit den Mythen und Märchen der Indianer Südamerikas, denen der Wald Lebensraum ist und nicht als fremde Welt gegenübersteht, ohne dabei in irgendeiner Weise zu werten.

Baumgarts im Wesentlichen nüchterne Untersuchung erschien 1935. Das ist insofern bemerkenswert, als im Nazireich die schwülstige Rede oder das bedeutungsvolle, gern wagnermäßig alliterierende Geraune vom deutschen Wald, dem Lebensraum der Germanen, aus denen die Deutschen nahtlos hervorgegangen seien, in grotesker Weise allgegenwärtig war, sei es in Politik, Wissenschaft oder Literatur – dies übrigens weniger beim „Führer“ und ehemaligen Bohemien Adolf Hitler. Die „Deutschgläubigen“ sangen „Nicht gilt uns Bethlehem und Rom, / Der deutsche Wald ist unser Dom!“

Der Mythos vom deutschen Wald hat seine Ursprünge in der um 100 n. Chr. entstandenen „Germania“ des Tacitus, die von Jacob Grimm und den Romantikern als Quelle historischer Tatsachen rezipiert wurde. Der Untergang des Varus und seiner römischen Legionen wo auch immer, aber jedenfalls in einem Wald im Jahre 9 n. Chr., war die Grundlage des Hermann-Kultes, der sich vornehmlich gegen Frankreich richtete, wie auch der vom Wald umgebene gigantomanische Denkmalshermann bei Detmold sein Schwert nicht gen Süden, sondern gen Westen richtet.

Das Geschehen um die „Hermannsschlacht“ hat eine Fülle literarischer Produkte hervorgebracht, wenn auch nicht immer von der Qualität wie die Dramen Klopstocks oder Kleists, freilich auch diese mit gefletschten Zähnen geschrieben. In Heines „Deutschland, ein Wintermärchen“ liest sich die Niederlage des Varus im (angeblich) Teutoburger Wald so:

„Hier schlug ihn der Cheruskerfürst,
Der Hermann, der edle Recke;
Die deutsche Nationalität,
Die siegte in diesem Drecke.“

„Der deutsche Wald“, schreibt Viktoria Urmersbach in ihrer kleinen Kulturgeschichte des Waldes, „hat einen zweifelhaften Ruf – ein bisschen wie der deutsche Schäferhund: Belastet durch den Nationalsozialismus, kann er kaum unbefangen genossen werden“ (Im Wald, da sind die Räuber. Berlin: Vergangenheitsverlag, 2009).

Ob dieser schlechte Ruf des deutschen Waldes – einmal abgesehen von bedrohlichen Zeckenplagen – heute noch für wenigstens einige Promille der Gesellschaft tatsächlich zutrifft, sei dahingestellt. Und auch das in der einschlägigen Literatur gern zitierte Wald-Heer-Gleichnis Elias Canettis werden in unseren Tagen nur noch wenige nachvollziehen können:

„Das Massensymbol der Deutschen war das Heer. Aber das Heer war mehr als das Heer: Es war der marschierende Wald. In keinem modernen Lande der Welt ist das Waldgefühl so lebendig geblieben wie in Deutschland. Das Rigide und Parallele der aufrechtstehenden Bäume, ihre Dichte und ihre Zahl erfüllt das Herz des Deutschen mit tiefer und geheimnisvoller Freude. […]

Man soll die Wirkung dieser frühen Waldromantik auf den Deutschen nicht unterschätzen. In hundert Liedern und Gedichten nahm er sie auf, und der Wald, der in ihnen vorkam, hieß oft ‚deutsch‘.“ (Masse und Macht. Hamburg: Claassen, 1960)

Die ideologischen Verirrungen und die aus ihnen resultierenden ungeheuren deutschen Verbrechen sollten, so ist wenigstens zu wünschen, nicht der deutschsprachigen Dichtung angelastet werden, in der der Wald eine besondere Rolle spielt. Man denke an Schillers „Räuber“, an von Webers „Freischütz“, an Annette von Droste-Hülshoff, Tieck, Keller, Stifter …

Im Wald da sind die Räuber, Hexen und manch andere literarische Figur beheimatet **© www.thiemo-boegner.de**

Der Wald ist gegenwärtig in einigen wunderschönen Gedichten und Liedern deutscher Sprache, und zwar durchaus in seiner janusköpfigen Erscheinung – als Ort der Sehnsucht und romantischen Verklärung wie als Ort der Fremde, der Gefahr und des Schreckens, wie etwa in Friedrich Hebbels „Dicker Wald“:

„Seid ihr's wieder, finstre Wälder,
Voll von Mord und Tod und Gift,
Wo man keine Grenzen-Wächter,
Doch zuweilen Räuber trifft?

Belladonna bietet gastlich
Ihre Kirschen, roth und rund,
Und der Schlange grünes Auge
Blinzt mich an vom schwarzen Grund.

Eine Natter als Geschmeide
Um den Hals, in dumpfem Sinn,
Kauert dort ein gelbes Mädchen,
Sie ist Schlangen-Königin.

Hei, wie fühlt man hier sein Leben,
Und wie hängt man sich daran,
Wo aus nächstem Busch des Räubers
Erster Schuß es nehmen kann! […]“

In keinem Beitrag, der sich mit dem literarischen Thema „Wald“ beschäftigt, darf Joseph von Eichendorff fehlen. Man muss ihn lesen, hören oder am besten singen, seinen „Abschied“:

„O Thäler weit, o Höhen,
O schöner, grüner Wald,
Du meiner Lust und Wehen
Andächt'ger Aufenthalt!

Da draußen, stets betrogen,
Saust die geschäft'ge Welt,
Schlag' noch einmal die Bogen
Um mich, du grünes Zelt!

Wenn es beginnt zu tagen,
Die Erde dampft und blinkt,
Die Vögel lustig schlagen,
Daß dir dein Herz erklingt:
Da mag vergehn, verwehen
Das trübe Erdenleid,
Da sollst du auferstehen,
In junger Herrlichkeit!

Da steht im Wald geschrieben,
Ein stilles, ernstes Wort
Von rechtem Thun und Lieben,
Und was des Menschen Hort.

Ich habe treu gelesen
Die Worte, schlicht und wahr,
Und durch mein ganzes Wesen
Ward's unaussprechlich klar.

Bald werd' ich dich verlassen
Fremd in der Fremde geh'n,
Auf buntbewegten Gassen
Des Lebens Schauspiel seh'n;
Und mitten in dem Leben
Wird deines Ernst's Gewalt
Mich Einsamen erheben,
So wird mein Herz nicht alt.“

Danach kann eigentlich nichts mehr kommen, außer wohl Goethes „Über allen Gipfeln ist Ruh“. Doch wir wollen undeutsch schließen, unromantisch und ungereimt, aber dafür grün oder besser gesagt blau und dem Genusse zugeneigt; wir schließen nämlich mit Henry David Thoreaus „Walden oder Leben in den Wäldern“ (übers. von Emma Emmerich und Tatjana Fischer, Zürich: Diogenes, 1971):

„Wenn ich manchmal der menschlichen Gesellschaft und ihres Gespräches überdrüssig war und meine Freunde alle abgenutzt hatte, dann zog ich noch weiter westwärts, als ich wohnte, zu noch weniger besuchten Stellen des Stadtgebietes, ‚nach neuen Wäldern und frischen Weiden‘, oder verspeiste bei Sonnenuntergang auf dem Fair-Haven-Hügel mein Abendessen aus Heidelbeeren und Blaubeeren und legte mir zugleich einen Vorrat für mehrere Tage zurück. Die Beeren schenken ihr Aroma weder dem, der sie kauft, noch dem, der sie für den Markt sammelt.“

Der Verfasser ist Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek in Hannover ■

Nachahmen, integrieren, verschönern

Gartenkunst und Wälder • Von Michael Rohde

Wälder wie auch Gärten und Parks prägen die Landschaft, stellen für die Menschen im Gegensatz zu urbanen oder agrarischen Räumen naturhafte Orte vielfältiger Nutzbarkeit, hoher ästhetischer Wirkung und ökologischer Bedeutsamkeit dar. Sie bieten interessante Arbeits- und Ausbildungsplätze, sind Orte wertvoller Pflanzensammlungen, darüber hinaus lebende Archive der Wissenschaften und deshalb von hohem öffentlichen, touristischen Interesse (Welterbe, Nationalparks, Kulturdenkmale).

Die Wälder entwickelten sich lange vor dem Erscheinen des Menschen, der sie dann als Wohn-, Nahrungs- und Materialstätte (Holz, Streu) nutzte, sie als Urwälder beinahe zerstörte, um sie forstwirtschaftlich wieder neu anzupflanzen und sie aktuell aus ökonomischen, aber auch aus ökologischen und sozialen Gründen zu schützen.

Gärten und Parks hingegen, seit einigen Jahrtausenden von Menschenhand angelegt, sind zivilisatorischer Ausdruck der Zierde, der sinngebenden Repräsentation und Nutzbarkeit (Bildende Künste, Nahrungsversorgung, Erholung). Sie müssen als Kulturdenkmale ebenfalls geschützt und permanent gepflegt werden.

In der Gartengeschichte spiegelt sich das jeweilige Verhältnis der Menschen zur Natur wider. Lange Zeit wurde die bedrohlich wilde Natur mit ihren Urwäldern ausgegrenzt, im Mittelalter durch Mauern der Klöster- und Burgenkomplexe. Mit der ansteigenden Bevölkerungszahl begannen weitläufige Rodungen von Waldungen, ihre Umwandlung in landwirtschaftliche Äcker und Weiden, verbunden mit vielen Siedlungsgründungen bis ins 13. Jahrhundert. Der Nutzgarten wandelte sich zum Lustgarten.

Bald schon erinnerte die italienische Renaissance an das Landleben der antiken Villa rustica, was eine sentimentale Aufwertung der umgebenden Wildnis (selvatico) nach sich zog. Der alte Gegensatz von Stadt und Land bewirkte ein neues Naturgefühl, ließ erstmals wieder waldartige Partien als bosco in den ummauerten Gartenbereich (hortus conclusus) integrieren, im Sinne einer religiös untersetzten Natursehnsucht (Humanismus). Das Naturmaterial wird als „erste“, die (Kultur-)Landschaft als „zweite“ und der Garten als „dritte“, ideale Natur, als Verschmelzung von Kunst und Natur aufgefasst. Erst nach dem Dreißigjährigen Krieg, im absolutistischen Zeitalter des Barock, führte das neue Herrschafts- und Ordnungsgefühl zu der Sehnsucht nach einer kunstvoll geordneten Idealwelt, zu dem Anspruch, über die Natur und Landschaft zu gebieten. So entstand schon seit 1647 in Kleve eine weit ins Land ausgreifende „Parkgestaltung“, zugleich Maßnahme einer Landeskultivierung.

Zwei weitere Tendenzen seit jener Zeit: Für die Parforcejagd in den Jagdparks errichteten die europäischen Fürstenhäuser Schlösschen und schlugen Schneisen in die Wälder. Ausgedehnte Schlossparks (grand parc) wurden gelegentlich einbezogen (z.B. Falkenlust von Augustusburg). Ferner erhielten die Barockparks künstliche, waldähnliche Partien. Von geraden Hecken eingefasst boten sie Schatten und grüne „Kabinette“ für intime Begegnungen: als „waldartige Bosketts“ mit Jagdschneisen (Versailles), als niedrige „gehauene Waldungen“ oder als „Lustwäldchen“ (Charlottenburg). Mit Eichen, Ulmen, Esskastanien, Buchen, Hainbuchen und Unterholz bestückt wurden sie wie Niederwälder behandelt und turnusgemäß auf den Stock gesetzt.

Zur Zeit der Aufklärung (Rokoko) verkündet der große Gartentheoretiker Dézailler d´Argenville: „Die Künstlichkeit zugunsten der Natur aufgeben!“ In den Parkanlagen wie Rheinsberg und Sanssouci (Rehgarten) dominieren nun neben streng architektonischen Partien bereits gartenkünstlerisch umgesetzte Watteau-Gemälde: aufgelockerte grüne Haine, oft ohne Hecken. Stadtnahe fürstliche Parkanlagen wurden verschönert und für die Bevölkerung geöffnet (Wiener Prater, Berliner Tiergarten).

Die Natur und Landschaft wird endgültig zum Vorbild für die Gar-

Weiter auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

tengestaltung, als Strömungen der Vernunft eine romantische Geistesbewegung für politisch-liberale Umwälzungen freimachte, welche die hierarchische Weltordnung ablehnte. Verbesserungen in Wissenschaft und Industrialisierung hatten nicht nur Auswirkungen auf die Forstwirtschaft (Adam Smith, Dampfmaschinen, Eisen statt Holz, fossile Brennstoffe). Anstelle architektonischer Gartenkunst wurde nun der Landschaftsgarten eingeführt, nach dem Vorbild der klassizistischen Landschaftsmalerei (lyrisch-romantischer Stil à la Claude Lorrain).

Das ganze Landgut solle „in eine Art Garten“ umgewandelt werden (Joseph Addison schon 1712). „Ornamented farms“, durch Pflanzungen geschmückte Feldfluren des Besitzes beförderten Reformen der Landwirtschaft, den Obstbau und die Einrichtung von Baumschulen. Thomas Whately sah 1770 in diesen Ländereien eine neue Lebensart, ein „arcadisches Hirtenleben“. Selbst der Wald, einer der „edelsten Gegenstände der Natur“ könne durch künstlich erzeugte Übergänge „sehr verschiedener Gestalten und Farben“ verschönert werden.

Auch deutsche Gartenkünstler ahmten nun „Wälder“ nach, integrierten sie in Parks oder verschönerten diese durch Ausholzungen und detaillierte Nachpflanzungen, was auch für das öffentliche Stadtgrün galt (Stadtforste, Stadtparks; Eilenriede-Hannover, Bremer Bürgerpark). Friedrich Ludwig von Sckell sah in der „Urschöpfung der Natur“ Bilder und Szenen, „welche sich zu Schöpfungen des Gartenkünstlers eignen.“ Peter Joseph Lenné nahm neueste Forschungen Alexander von Humboldts zur Pflanzengeographie auf und ahmte Landschaftstypen nach (Nordischer und Sizilianischer Garten Sanssouci). Eduard Petzold verschönerte als Meister der Gehölzbehandlung den Wald des Jagdsterns von Schloß Ettersburg (sog. „Pücklerschlag“). Bei „Nachbildungen der Wälder“ in Landschaftsparks unterschied er „Schutz- oder Schirmpflanzungen, Deckpflanzungen, Gürtelpflanzungen oder Klumps“.

Das Dessau-Wörlitzer Gartenreich ist das erste große Beispiel einer ganzen „Landesverschönerung“. Städte und Parks, Wälder und Fluren wurden nun grünplanerisch, landeskulturell und infrastrukturell verbunden und verbessert. Es entwickelte sich zudem die „Forstästhetik“: Neben kommerziellen Interessen spielten erstmals ästhetische und landespflegerische Aspekte – auch jene eines frühen Naturschutzes – eine Rolle. Hierfür waren Gartenkünstler gefragt (vgl. den Forstmann Heinrich von Salisch, 1885). Nach dem Vorbild der Landesverschönerung entstand Mitte des 19. Jahrhunderts auch die als Welterbe anerkannte Potsdam-Berliner Kulturlandschaft.

Park Sanssouci. In der Ferne der anschließende Rehgarten **Foto: Jürgen Hohmuth/©SPSG**

Förster, Landschaftsarchitekten und Gartendenkmalpfleger, Ökologen und Naturschützer haben gemeinsame Werte. Ihr Fachwissen wird seit langem ausgetauscht. Die Gartenkünstler achteten stets das Knowhow der Förster in der Gehölzkunde und -kultivierung. Gartenpartien, die waldartig angelegt oder mangels Pflege heute so erscheinen und vormals mangels Denkmalschutzgesetze in forstliche Betreuung gekommen waren, sollten künftig trotz konkurrierender Gesetzgebung noch stärker im konservatorischen Auftrag kooperativ behandelt werden (z.B. Boberow als Bestandteil des Schlossgartens Rheinsberg, Landschaftspark Glienicke Berlin). Erst 1960 stellte der bayerische Staatsgärtendirektor Christian Bauer das heute etablierte „Parkpflegewerk“ (Denkmalkonzept) als unerlässliches Instrument für die kontinuierliche Betreuung historischer Gärten vor. Es leitet sich aus dem „Betriebswerk“ ab, in der Forstwirtschaft seit 300 Jahren der Nachhaltigkeit verpflichtet.

Lenné schrieb für das Kapitel Kunstangelegenheiten der neuen preußischen Verfassung von 1848, dass die Gartenkunst „die Lebensweise und den Charakter eines ganzen Volkes“ darstellen würde. Es sei Aufgabe der Bildenden Gartenkunst, „wie die übrigen Künste den Sinn für das Schöne zu erwecken, und gleich diesen, als Bildungs- und Erziehungsmittel für das Volk zu dienen“.

Der Verfasser ist Gartendirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) und Professor h.c. für Gartendenkmalpflege an der TU Berlin ■

Neue Wege gehen

Naturwissenschaftliche Bildung für Kinder und Jugendliche • Von Mareike Breuer

Das Bewusstsein dafür, dass naturwissenschaftliche und technische Bildung schon in frühester Kindheit wichtig ist, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Gründe dafür gibt es viele: Die sogenannten MINT-Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik fördern, beispielsweise beim wissenschaftlichen Forschen, wichtige Basiskompetenzen, wie Sozialkompetenz, Methodenkompetenz oder Feinmotorik. Zudem wird in Fächern wie Biologie ein verantwortungsvoller Umgang mit der Umwelt vermittelt. Ausschlaggebend für eine veränderte Wahrnehmung der Relevanz sind aber vor allem wirtschaftliche Gesichtspunkte: In einer technologieorientierten Gesellschaft muss sich Deutschland neuen Herausforderungen stellen. Der Mangel an qualifizierten Fachkräften wird dabei als höchst problematisch erachtet und bedeutet beträchtliche Wertschöpfungsverluste für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Während Kleinkinder den Naturwissenschaften zunächst mit Neugier und vorurteilsfrei entgegentreten, werden mit zunehmendem Alter Hemmschwellen aufgegebaut. Dieses strukturelle Problem zu beheben, ist der Ansatz zahlreicher Initiativen, die sich zum Ziel gesetzt haben, Kinder und Heranwachsende für die MINT-Fächer zu begeistern.

Eine dieser Initiativen ist beispielsweise die im Jahr 2007 gegründete MINT-Initiative, die eine qualitative und quantitative Verbesserung des Unterrichts an Schulen und Hochschulen fordert. Mittlerweile haben sich über 1.000 MINT-Einzelinitiativen auf dieser öffentlichkeitswirksamen Plattform zusammengeschlossen. Ein Beispiel für eine solche Initiative ist das Projekt „Zukunftsorientierte Waldwirtschaft“ der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Freiburg, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wurde. Bei diesem Projekt widmeten sich Wissenschaftler aus ganz Deutschland Themen aus der forstlichen Praxis. Die Ergebnisse des Projektverbundes wurden für Schüler und Lehrer interaktiv als Exkursionen sowie in einer ausführlichen Datenbank aufbereitet.

Die gemeinnützige Stiftung „Haus der kleinen Forscher“, die 2006 ins Leben gerufen wurde, engagiert sich mit einer bundesweiten Initiative für die naturwissenschaftliche Ausbildung von Kindern im Kita- und Grundschulalter.

Wie gut die naturwissenschaftliche Bildung an Grundschulen bisher verankert ist, untersuchte von 2007 bis 2011 die Kooperation der Deutschen Telekom Stiftung und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung prima(r)forscher an 35 ausgewählten Grundschulen in Baden-Württemberg, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Sie unterstützten die Schulen zudem dabei, ein naturwissenschaftliches Profil zu entwickeln und forschendes Lernen im Schulalltag zu verankern.

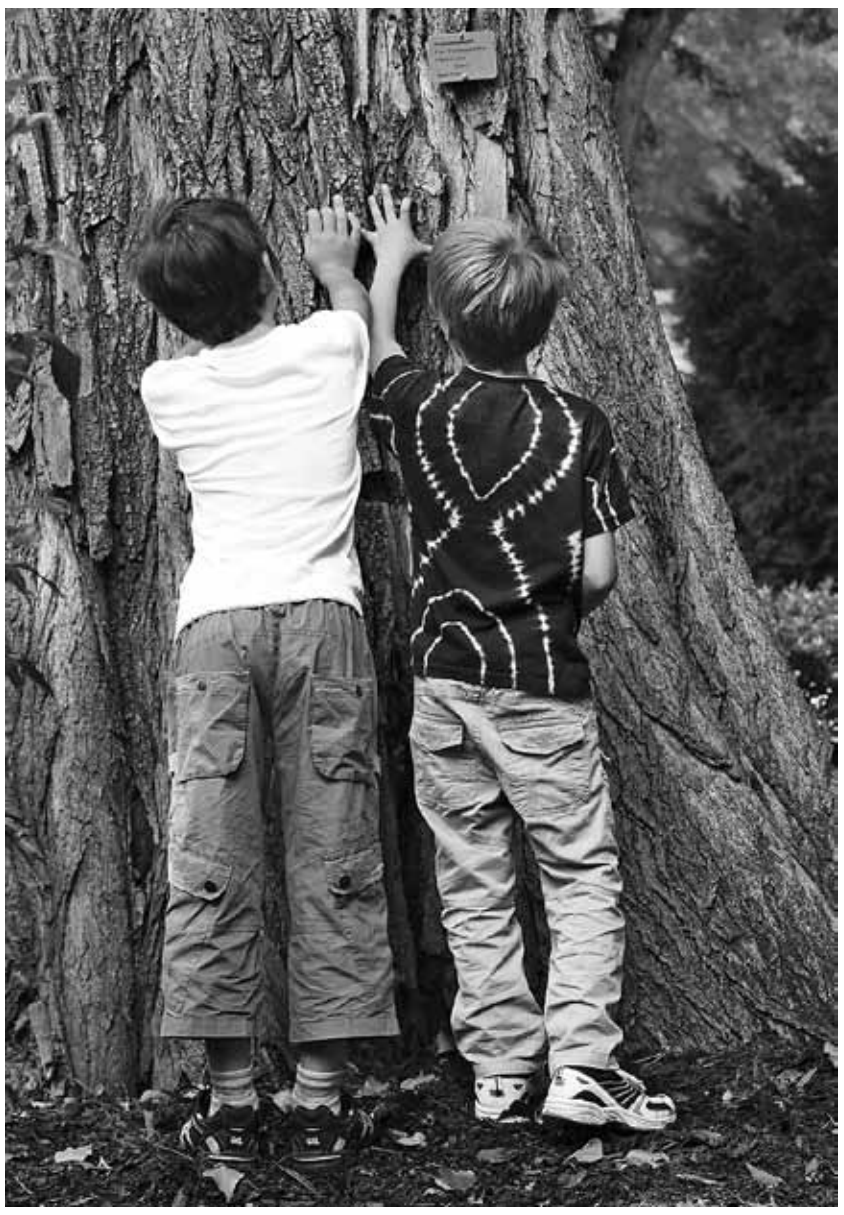
Dies ist von großer Wichtigkeit, da sich viele Schulen bei der Integration naturwissenschaftlicher Fragestellungen in den Unterricht mit Hindernissen konfrontiert sehen. Vor allem in Grundschulen unterrichtet häufig fachfremdes pädagogisches Personal die MINT-Fächer. Seit einigen Jahren existiert zudem in mehreren Bundesländern ein integriertes Unterrichtsfach „Naturwissenschaften“, für das es bislang keine fachspezifische Lehrerausbildung gibt. Weitaus folgenreicher wiegt jedoch, dass bislang an vielen Schulen nicht die Voraussetzungen für qualitativ hochwertigen Unterricht geschaffen wurden. Es mangelt an der Ausstattung, aber auch die organisatorischen Rahmenbedingungen gestalten sich kompliziert: Die strenge Fächertrennung, die Stundeneinteilung in einen 45-Minutentakt und das zeitlich und thematisch eng eingegrenzte Kerncurriculum bedingen eine durch die Lehrkraft stark durchstrukturierte und vorbereitete Stunde. In einer solch künstlichen Lernatmosphäre bleibt für die Schüler kaum Zeit, eigene Ideen zu entwickeln oder die in der Wissenschaft so wichtige Verifikation oder Falsifikation zu erlernen. Aufgrund des Zeitmangels besteht außerdem die Gefahr, dass Fragen unbeantwortet bleiben und isolierte Kenntnisse vermittelt werden, die keine nachvollziehbare Bedeutung für die Lebenswelt der Kinder haben.

Von zunehmender Bedeutung sind daher Projekttage und Exkursionen in die Umgebung. Dabei kann der Aufwand durchaus gering gehalten werden. Auch im Internationalen Jahr der Wälder muss es nicht zwingend ein Besuch im Wald sein, wenn dieser schwer zu erreichen ist. Naturerfahrungen, spannende Beobachtungen, Experimente und Untersuchungen sind schon auf den Schulhöfen möglich, ebenso in Parkanlagen, in Botanischen Gärten, auf städtischen Ruderal- oder landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die Kinder können so Kenntnisse über Ökosysteme und biologische Vorgänge gewinnen, die ihnen täglich wieder begegnen. Dass Stadtökologie genauso interessant sein kann, wie sich in der „freien Natur“ zu bewegen, beweist die Tatsache, dass die Flora deutscher Städte mitunter artenreicher sein kann, als diejenige ihres Umlands. Parks oder Friedhöfe mit altem Baumbestand sind Rückzugsgebiete für zahlreiche seltene Arten. Auch eine ganze Reihe von Tierarten, die sogenannten Kulturfolger, haben sich an städtische Bedingungen anpassen können. Wichtig ist allerdings eine intensive Vorbereitung des Lehrkörpers. Vielerorts können Schulklassen aber auch preiswerte Exkursionsangebote nutzen oder Ehrenamtliche, Förster oder Jäger bitten, sie durch das unbekannte Terrain zu führen.

Eine gute Möglichkeit, den organisatorischen Aufwand gering zu halten und Kindern dennoch einen gesamtheitlichen Eindruck in einen naturwissenschaftlichen Komplex zu geben, ist Projektarbeit. Die Projektarbeit schult alle Sinne und Kompetenzen. Durch Abwechslung in den unterschiedlichen Aktivitäten wie Beobachten, Experimentieren oder Spielen, wird jeder Lerntyp angesprochen und eigenständiges Arbeiten gefördert. Auch hier kommt dem außerschulischen Lernort eine große Bedeutung zu. Beispielsweise können bei einer Projektwoche im Wald die dort gesammelten Materialien später in der Schule Untersuchungen, Experimenten, Spielen und Basteln dienen, aber es kann auch ein Baumarkt oder ein holzverarbeitender Betrieb besucht werden.

Viele Projekte wurden durch die ausführenden Schulen und Projektbetreuer aufgearbeitet. Die Materialien können im Internet abgerufen werden. Diese Quelle für sich zu nutzen ist die Aufgabe engagierter Pädagogen, die durch eine altersgerechte Ansprache und interessante Projekte Hemmschwellen durchbrechen und Spaß an diesen spannenden Fächern aufbauen können.

Die Verfasserin ist Diplom-Landschaftsökologin und Fachjournalistin und seit über fünf Jahren für Museen und pädagogische Einrichtungen tätig ■



Kinder entdecken die Natur **Foto: Angelina Ströbel/pixelio**

Wie alles begann: zwei Blicke auf die Gründerjahre

Gabriele Schulz im Gespräch mit Karla Fohrbeck und Andreas Joh. Wiesand

Zum Abschluss der Interviewreihe zu dreißig Jahren Deutscher Kulturrat wurden mit Karla Fohrbeck und Andreas Joh. Wiesand die beiden Persönlichkeiten interviewt, die seit den 1970er Jahren entscheidende Vorarbeiten zur Etablierung eines Deutschen Kulturrates geleistet haben. Ihre kultursoziologischen, -politischen und -wirtschaftlichen Studien haben Maßstäbe gesetzt. Beide haben in den Anfangsjahren den Deutschen Kulturrat persönlich geprägt und auch finanziell unterstützt. Zu Beginn erzählen beide die Geschichte der Gründung des Deutschen Kulturrates aus ihrer eigenen Sicht.

Karla Fohrbeck: Es gibt diese schöne Geschichte über einen Elefanten, die im Orient erzählt wird: In einer Nachbaroase gastiert ein Zirkus. Die Menschen brauchen Geld, um den Elefanten zu sehen, da sie es nicht haben, gehen sie also heimlich nachts hin und berichten am nächsten Abend daheim am Lagerfeuer über ihre Erfahrungen. Der eine sagt: „Es muss eine Art Tempel sein, ich habe eine riesige Säule angefasst.“ Der Nächste sagt: „Das kann nicht sein, denn ich habe eine Schlange berührt.“ Er hat also den Schwanz des Elefanten im Dunkeln gepackt. Und der Nächste sagt: „Das muss eine Kornschlinge gewesen sein, womit man das Korn in die Luft wirft.“ Bei der Kornschlinge handelte es sich in Wahrheit um das große Ohr des Dickhäuters. So unterschiedlich wie der Elefant in dieser Geschichte beschrieben wurde, so unterschiedlich fallen die Berichte zur Entstehung des Deutschen Kulturrates aus. Sie beleuchten Teilaspekte, die alle richtig sind, aber den ganzen Elefanten auf die Beine zu stellen, ihn gewissermaßen großzuziehen, das war seit etwa 1973 unsere Passion.

Andreas Joh. Wiesand: Die andere Geschichte ist von Nasreddin Hoca, dem traditionellen türkischen Eulenspiegel, der oft als Dorfrichter Streit schlichtete. Einst kamen zwei Familienoberhäupter wegen eines Streitfalls zu ihm. Zuerst bat Nasreddin den Ersten zu sich hinein, ließ sich alles schildern und sagte: „Du hast völlig Recht.“ Dann schickte er nach dem anderen, ließ sich wieder den Vorfall schildern und sagte auch zu ihm: „Du hast völlig Recht.“ Die Frau des Hoca hatte die Schiedssprüche heimlich belauscht, betrat daraufhin erbost den Raum und sagte: „Du kannst doch nicht beiden Recht geben.“ Da antwortete der Dorfrichter: „Du hast auch Recht.“

Fohrbeck: Der Kern beider Erzählungen dreht sich um die Frage, wie eine Geschichte erzählt werden kann und wie die Wahrheit aussieht, die übrig bleibt. Wird der Kulturrat betrachtet, so hat und hatte jeder eine Funktion, aber nicht jeder ein Motiv für die Gesamtperspektive. Die meisten Interviewpartner, die bislang zu Wort kamen, sind Spezialisten in ihrem Bereich, sind im Laufe des Prozesses aufgetaucht, hatten wichtige Aufgaben, aber nicht unbedingt ein integratives Interesse.

Wiesand: So ist auch die Deutung problematisch, dass der Kulturrat im Wesentlichen entstanden sei, weil Herr Sieghardt von Köckritz (damaliger Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium, Anm. *puk*) einen formellen Ansprechpartner brauchte. Herr von Köckritz war wirklich ein begnadeter Stratege, und natürlich wollte er die immer umstrittene Aktivität des Bundes in der Kultur absichern. Aber es war am Ende die Entscheidung der Verbände, dass es jedenfalls kein parastaatliches Organ geben sollte, sondern ein unabhängiges Gremium, das der Regierung notfalls auf die Finger klopfen könnte – und dies von Beginn an auch getan hat. Also, die Geschichte hat eigentlich anders angefangen und man darf sie nicht rein als Reflex auf staatliche Wünsche sehen.

Karla Fohrbeck und Andreas Joh. Wiesand Foto: Andrea Wenger

politik und kultur: Dann erzählen Sie doch mal, wie die Geschichte angefangen hat.

Fohrbeck: Herr von Köckritz hatte zwei Modelle im Kopf, zum einen das Modell des Wissenschaftsrats, übertragen auf die Kultur, und zum anderen eine Art Willy Weyer für die Kultur (W.W. war der mächtige Innenminister von Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender des Deutschen Sportbunds, Anm. *puk*), also einen starken, „positiven Lobbyisten“, der auf die Macht von Verbänden bauen und seinem Bereich öffentlich Gewicht geben konnte. Aber eigentlich sollte man hier nicht mit der Gründung des Kulturrats beginnen (zu dem es ja schon in den 50er Jahren erste Überlegungen gab), sondern mit der Zeit vorher, in der wir als Zentrum für Kulturforschung verschiedene Studien erarbeitet haben, die das Terrain vorbereiteten. In den zehn Jahren vor der Gründung des Deutschen Kulturrates haben wir mit Unterstützung verschiedener Bundesministerien, am Anfang vor allem der des Arbeitsministeriums, Studien zur beruflichen und sozialen Lage der Künstler durchgeführt. Die erste Untersuchung war der „Autorenreport“, den wir dank Rudolf Augstein noch am Institut für Projektstudien beim SPIEGEL-Verlag durchführen konnten; hier sollte die Lage der Schriftsteller untersucht werden. Wir, Andreas und ich, haben als junge idealistische Wissenschaftler nicht nur belletristische Schriftsteller oder – wie von manchen gewünscht – „Dichter“, sondern die Autoren insgesamt in den Blick genommen. Es stellte sich heraus, dass alle Mischtätigkeiten haben, da keiner vom Bücherschreiben alleine überleben kann. Die meisten arbeiteten auch für den Rundfunk, hielten Lesungen usw. Viele haben es trotzdem als einen Skandal angesehen, dass wir zum Beispiel auch die Heftromanautoren berücksichtigt hatten. Unsere Anliegen waren aber Transparenz und Gerechtigkeit. Die erste Auslandsreise in diesem Zusammenhang führte mich, das war wohl 1971, zusammen mit Ferdinand Melichar (damals Vorstand der VG WORT, Anm. *puk*) und Dieter Lattmann (damals Vorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller, Anm. *puk*) nach Skandinavien. Wir haben uns dort das Modell des Bibliotheksgroschens angeschaut, das ähnlich auch in Deutschland etabliert werden sollte. Nach einer empirischen Prüfung der Ausleihpraxis von Bibliotheken waren wir aber skeptisch, es ging uns also von Beginn an um eine Umsetzung der Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen in Politik. Dazu gehörte zum Beispiel die Frage einer Vernetzung der Autoren und anderer Kulturberufe: Ich habe bei diesen Reisen nach Skandinavien auch Kontakte zu den dortigen Kulturräten geknüpft. Der Autorenreport endete schließlich mit einem Maßnahmenkatalog („Autorenplan“): Was muss geschehen, um die Lage der Autoren zu verbessern? Das war also wissenschaftliche Analyse und Empfehlungskatalog zugleich. Nach dem Autorenreport kam der „Künstler-Report“, da haben wir die anderen künstlerischen Gruppen in den Blick genommen. Eigentlich erstreckte sich dieser Auftrag des Deutschen Bundestags nur auf bildende Künstler, darstellende Künstler und Musiker. Wir haben aber die ganze Bandbreite gesehen und daher auch die Musikerzieher, die Zirkusartisten, die Puppenspieler mit untersucht…

Wiesand: … auch Designer, Fotografen usw. Dabei haben wir von Anfang an eine Aufteilung nach Sparten vorgenommen. Das war einfach nötig, sonst ist der Stoff nicht zu bewältigen. So ist die Aufteilung entstanden, die dann die Struktur der Künstlersozialversicherung und auch die des Kulturrates prägte. Später kamen zu diesen Untersuchungen noch der „Journalistenbe-

Weiter auf Seite 9

Kleine Kulturratschronik (Teil V)

2005

- Verabschiedung von Stellungnahmen zum kulturellen Profil von 3sat, zu Ein-Euro-Jobs, zur Stärkung der Künstlersozialversicherung, zur Aufgabenplanung der Deutschen Welle, zur Finanzierung des Kuratoriums junger deutscher Film, zur Föderalismusreform, zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts
- Erarbeitung von Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 2005
- im gesamten Jahr intensive Befassung mit den Plänen der Bundesregierung zu einer Föderalismusreform
- Vergabe des Kulturgroschens des Deutschen Kulturrates an Altbundespräsident Johannes Rau

2006

- Verabschiedung von Stellungnahmen zur Reform des Urheberrechts (Korb II), zum bürgerschaftlichen Engagement in Fördervereinen, zur Rahmenfrist beim Arbeitslosengeld I, zur kulturellen Bildung angesichts des demografischen Wandels, zur Neuausrichtung der Auswärtigen Kulturpolitik, zur Reform des Künstlersozialversicherungsgesetzes
- Auszeichnung von Heinrich Wefing (FAZ), Redaktion Radiofeuilleton von Deutschlandradio sowie Eduard Erne und Eva Hassel-von Pock (3sat) mit dem *puk*-Journalistenpreis
- Auszeichnung von Daniel Barenboim mit dem Kulturgroschen des Deutschen Kulturrates
- Veranstaltung zum 25-jährigen Bestehen des Deutschen Kulturrates mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Leitkultur“
- Grundsatzrede von Kulturstaatsminister Neumann zur Kulturpolitik bei der Veranstaltung zum 25-jährigen Bestehen des Deutschen Kulturrates
- intensive Debatte zur Föderalismusreform
- Beginn der Debatte zu Kultur und Kirche in *politik und kultur*

2007

- Verabschiedung von Stellungnahmen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, zur Arbeit der Künstlerdienste, zur Rechtsdurchsetzung von geistigem Eigentum, zum Stadtumbau, zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, zur Akkreditierung von Fortbildungsveranstaltungen, zur interkulturellen Bildung, zur EU-Kulturagenda, zur Besteuerung ausländischer Künstler
- Auszeichnung von Wilfried Mommert (dpa), Tamara Tischendorf (freie Hörfunkjournalistin) und der Kulturredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit den *puk*-Journalistenpreis
- Vergabe des Kulturgroschens des Deutschen Kulturrates an Fritz Pleitgen
- intensive Begleitung der Diskussion um die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts sowie um die Reform des Künstlersozialversicherungsgesetzes
- Eröffnung der Diskussion um die kulturelle Bedeutung von Computerspielen in der Beilage Kultur · Kompetenz · Politik der Zeitung *politik und kultur*

2008

- Verabschiedung von Stellungnahmen zur Rolle der neuen Medien in der kulturellen Bildung, zur Entwicklungsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, zur frühkindlichen Bildung, zur Schutzfristverlängerung für Tonträger, zur Digitalisierung der Medien, zu Urheberrechten in der wissensbestimmten Wirtschaft, zur Kultur- und Kreativwirtschaft
- Verabschiedung von neun Stellungnahmen zum Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“
- Vergabe des *puk*-Journalistenpreises an Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung), Kulturredaktion des Hamburger Abendblatts, Günter Beyer (freier Hörfunkjournalist) und Carola Wedel (3sat/ZDF)
- Vergabe des Kulturgroschens des Deutschen Kulturrates an Klaus-Dieter Lehmann
- Verstärkung der Auseinandersetzung mit dem Thema interkulturelle Bildung, gezielte Aufnahme von Kontakten zu Migrantenorganisationen

2009

- Verabschiedung von Stellungnahmen zur kulturellen Bildung in der Schule, zum Filmfördergesetz, zur Etablierung der Plattform kulturelle Bildung, zur Reform des Urheberrechts, zu den Telemedienkonzepten von ARD und ZDF, zur kulturellen Bildung ein Leben lang, zur Steuerpolitik für Kunst und Kultur, zur Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft, zur Arbeitsmarktpolitik für Künstler
- Vergabe des *puk*-Journalistenpreises an Eckhard Fuhr (Die Welt), Stefan Koldehoff (Deutschlandfunk), Zündfunk Redaktion (Bayerischer Rundfunk)
- Vergabe des Kulturgroschens des Deutschen Kulturrates an den Filmemacher Edgar Reitz
- im gesamten Jahr Begleitung der Bundestagswahl, vor der Wahl durch die Erarbeitung von Wahlprüfsteinen, nach der Wahl durch die Verabschiedung von sieben kulturpolitischen Forderungen an die Mitglieder des neu gewählten Deutschen Bundestages
- im gesamten Jahr Beschäftigung mit dem Thema Kulturfinanzierung

2010

- Verabschiedung von Stellungnahmen zu Fragen des Gemeinnützigkeitsrechts, zur Kulturfinanzierung, zur Stärkung der Jugendfreiwilligendienste, zur Gemeindefinanzreform, zum EU-Grünbuch Kreativindustrien, zu verwaisten und vergriffenen Werken, zum geplanten Nationalen Bildungsbericht 2012, zu Lernorten interkultureller Bildung
- Verabschiedung der Stellungnahme „Kunst und Kultur als Lebensnerv - Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Kulturfinanzierung“
- Vergabe des *puk*-Journalistenpreises an Martin Kotynek, Hans Leyendecker und Nicolas Richter (Süddeutsche Zeitung), Ulrike Migdal (freie Hörfunkjournalistin), Claudia und Günter Wallbrecht (freie Fernsehjournalisten), Feuilletonredaktion der Münchener Boulevardzeitung TZ
- Verleihung des Kulturgroschens des Deutschen Kulturrates an Erich Loest
- ein zentrales Thema im gesamten Jahr 2010 war die Sicherung der Kulturfinanzierung
- im Rahmen der Europäischen Kulturhauptstadt Ruhr 2010 wurden drei Diskussionsveranstaltungen durchgeführt
- das Dossier Islam · Kultur · Politik wurde vorbereitet und damit die Diskussion um Kultur und Kirche um den Schwerpunkt Islam ergänzt.

Fortsetzung von Seite 8

richt“ und verschiedene andere Untersuchungen, zum Beispiel „Beruf Architekt“, hinzu.

***puk*:** Genau davon hat Wolfgang Esser auch gesprochen (siehe *puk* 3/2011).

Fohrbeck: Weiter gehörten dazu Sonderstudien für die Designberufe und Fotografen, später auch zum Musikberufe-Nachwuchs sowie zum Status der Frauen im Kultur- und Medienbetrieb. Das heißt, wir haben alle Löcher noch systematisch nachgearbeitet, dabei vor allem empirisch durchstrukturiert, so dass die Lage Kulturberufe nach und nach berufssoziologisch und -politisch transparent wurde.

Wiesand: In Rahmen der Künstler-Enquete fanden verschiedene Anhörungen mit Verbänden statt. Da haben sich 1972 bis 1973 viele oft zum ersten Mal getroffen – und natürlich haben auch wir dort und später selbst eine Menge gelernt. Dafür bin ich dankbar und kann es noch heute in der europäischen Arbeit wieder zurückgeben. Es war schon eine ungewöhnliche Situation, dass 40 Berufsverbände plötzlich zusammensaßen und sich über ihre wichtigsten Probleme verständigten.

Fohrbeck: Für einige Verbände war es eine neue Erfahrung, dass junge Wissenschaftler kommen und sagen: Wir sind interessiert daran, wie ihr unsere Ergebnisse seht, wir wollen eure Vorstellungen bei unseren Empfehlungen berücksichtigen.

***puk*:** Gab es bereits in allen Bereichen die entsprechenden Verbände oder waren die Treffen auch ein Impuls für die anderen, sich zusammenzuschließen?

Wiesand: Einen Deutschen Designertag gab es jedenfalls erst seit 1975, als die Künstler-Enquete öffentlich diskutiert wurde. Im Designbereich dominierte als Berufsverband der Bund Deutscher Grafikdesigner und dann gab es noch die Foto- und die Industriedesigner. Der Zusammenhalt war anfangs noch nicht so richtig organisiert.

Fohrbeck: Bei einigen Verbänden haben wir damals sogar an der Gründung mitgewirkt…

Wiesand: Ja, zum Beispiel bei der Union Deutscher Jazzmusiker…

Fohrbeck: … und den ersten Initiativen der Rockmusiker. Das waren noch weiße Flecken der Verbandslandschaft im Musikbereich. Der Deutsche Musikrat war dennoch unser Vorbild. Den gab es schon seit Anfang der 1950er Jahre und er hatte die Struktur, die wir für den Kulturrat innerlich favorisierten. Er versammelte erstens alle Gruppen, also die Künstler, die Vermittler, die Pädagogen und die Vermarkter. Dann bestanden Fachausschüsse zu übergreifenden Fragen. Überdies war der Musikrat auf Bundesebene kompetent präsent. Mit dieser Perspektive haben wir uns später für den Aufbau von neuen Sektionen im Kulturrat eingesetzt, zum Beispiel für Baukultur, Bildende Kunst, Film/Fernsehen, Soziokultur.

Wiesand: Als der Kulturrat begründet wurde, war die Struktur im Prinzip schon vorbereitet. Dadurch konnten die verschiedenen Verbände einsteigen. Lediglich bei der Literatur hakte es, aber das hatte, meine ich, eher ideologische und teilweise auch persönliche Gründe.

Fohrbeck: Das muss beim Blick in die Geschichte auch gesehen werden: Die 1970er Jahre waren viel stärker ideologisch geprägt als heute. In einigen Verbänden waren zum Beispiel Kommunisten engagiert und es gab in den Gewerkschaften das Bestreben, dass diese Gruppe nicht zu stark werden sollte. Klassenkampfparolen, die man sich heute kaum mehr vorstellen kann (nach dem Motto: „IG Gross und Stark“), waren sehr präsent und haben später noch die Kulturratsgründung belastet. Auch die Politik – sogar Willy Brandt, wie ich persönlich erlebt habe – wollte nicht, dass sich das in einer eigenen Kulturgewerkschaft niederschlug. So gingen einige Verbände in die IG Druck und Papier (aus der später mit der Gewerkschaft Kunst die IG Medien wurde) und andere assoziierten sich mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft.

Wiesand: Diese Gewerkschaftsdebatten – ich war damals selber Mitglied im Schriftstellerverband VS – muss man unterscheiden von einer professionellen Organisation von Verbänden mit unterschiedlichen Interessen in einem Kulturrat, der nach unseren ursprünglichen Vorstellungen auch direkt in kulturpolitische Planungen von Bund und Ländern „eingebaut“ werden sollte (Künstler-Report, S. 365). Es ging also um eine Plattform, auf der Verleger wie Schriftsteller oder Galeristen und Künstler miteinander reden können, reden müssen. Das war anfangs schwer zu vermitteln, angesichts der starken ideologischen Auseinandersetzungen.

Fohrbeck: Ein anderer wichtiger Impuls in den 1970er Jahren war die vom Bundeskartellamt angestoßene Diskussion um die Honorarordnungen von Künstlern, Designern oder freien Mitarbeitern im Rundfunk. Diese Honorarordnungen wurden als kartellähnliche Preisabsprachen angesehen und sollten untersagt werden. Das war für uns der Anstoß zu untersuchen, wie es sich mit dem Status der angeblich „Selbständigen“ im Kulturbereich tatsächlich verhält. Zusammen mit dem Anwalt Frank Woltereck haben wir dazu 1976 das Buch „Arbeitnehmer oder Unternehmer?“ geschrieben, in dem anhand der Daten des Künstler-Report systematisch alle juristischen Bereiche wie Steuerrecht, Sozialversicherungsrecht, Urheberrecht oder Tarifrecht durchforstet wurden.

Wiesand: Dabei wurde deutlich, dass unterm Strich nur rund 10 Prozent – und bei den Designern nur rund 1/5 – dieser sogenannten Selbstständigen unternehmerähnlich oder Unternehmer waren, nämlich zum Beispiel mit Kapital arbeiteten, Angestellte hatten usw. Die anderen waren entweder sowieso schon Arbeitnehmer, verkappte Arbeitnehmer haben wir das genannt, wieder andere waren „arbeitnehmerähnlich“, weil sie letztlich abhängig von einem Betrieb waren, wieder andere nannten wir „sozial schutzbedürftige Freischaffende“, weil die besonders arm dran waren. Damit differenzierte sich plötzlich diese Landschaft völlig anders aus, als es bis dahin durch den Sammelbegriff „Selbstständige“ suggeriert wurde. Auf dieser Basis konnte eine Öffnung des Tarifvertragsrechts begründet werden und die hat der Bundestag auch beschlossen.

***puk*:** Welche Rolle spielte bei diesen Diskussionen das Urheberrecht und speziell das Urhebervertragsrecht? Ich komme darauf, weil vor fast zehn Jahren nach äußerst kontroversen Diskussionen das Urhebervertragsrecht verabschiedet wurde und bis heute weder die Erwartungen der Künstler befriedigt wurden noch die Befürchtungen der Verwerter eingetreten sind.

Wiesand: Es gab solche Diskussionen und es gab auch Erwartungen, dass zum Beispiel die Macht der Verlage mit einem solchen Instrument gebrochen werden könnte. Denn ein einzelner Autor hatte in der Regel gegenüber einem Verlag wenig zu melden. Aber es ist, wenn ich das mal kritisch anmerken darf, eine Illusion zu meinen, die beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme in den Kulturberufen ließen sich über das Urheberrecht lösen, dafür ist es nämlich nicht konzipiert, es belohnt vielmehr die schon Erfolgreichen und heute auch die Portfolios großer Medienbetriebe. Das war einer der Gründe, warum ich 1993 dem Kulturrat adieu sagte, um mich nicht verbiegen zu müssen. Stein des Anstoßes war damals die europaweite Schutzfristverlängerung auf 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers und die Frage nach dem „cui bono?“ – wem nützt eine solche Reform wirklich? – musste doch gestellt werden! Zusammen mit Wissenschaftlern vom Max-Planck-Institut in München (heute: Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Anm. *puk*) machte ich den Vorschlag, dass Erträge aus der Schutzfristverlängerung heute arbeitenden Künstlern zugute kommen sollten und nicht Urenkeln oder anderen Rechteinhabern, die mit dem Werk nichts mehr zu tun hatten. Ein entsprechender Fonds sollte aktuelle künstlerische Projekte fördern, vielleicht auch für etwas mehr sozialen Ausgleich sorgen. Die Debatte ist dann aber völlig aus dem Ruder gelaufen: Mitglieder des Sprechergremiums wurden in ihrer beruflichen Existenz bedroht; Gerhard Pfennig sagte, und damit hatte er auch ein bisschen Recht: Wenn einmal die Büchse der Pandora zur Umverteilung geöffnet würde, könnte noch anderes verloren gehen.

***puk*:** Wenn wir noch einmal zurückblicken, welche Rolle spielte die Frage der Bundeskompetenz für Kultur in den Anfangsdebatten?

Fohrbeck: Eine zentrale. Die meisten Länder waren natürlich dagegen: Die kulturellen Dimensionen in der Rechts-, Steuer-, Wirtschafts-, Sozial- oder Bildungspolitik, in denen der Bund Verantwortung hatte, wurden damals noch kaum gesehen. Man muss sich auch vergegenwärtigen, dass es in den Jahren vor der Gründung des Kulturrates weder eine echte Kulturabteilung im Bundesin-

Weiter auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Wie alles begann...

nenministerium (BMI) gab noch gar an so etwas wie einen Kulturstaatsminister zu denken war. Der bereits erwähnte Herr von Köckritz war im BMI Leiter der Abteilung „Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten, kulturelle Angelegenheiten“. Dr. Hieronymus war Leiter der Unterabteilung „Vertriebene und Kultur“. Mit ihnen und ihren Mitarbeitern haben wir weitere Studien entwickelt. Dazu gehörten unter anderem das „Handbuch der Kulturpreise“, international vergleichende Untersuchungen zur Förderung von Bildender Kunst und Literatur und eine Musikstatistik. Mit dem BMI und anderen Partnern gab es noch viele weitere Studien, zum Beispiel mit dem Kulturkreis im BDI eine zur türkischen Kulturarbeit (erarbeitet von Dorothea Fohrbeck); später wurden auch die kulturelle Bildung und die Kulturwirtschaft immer wichtiger. Insgesamt haben wir mit gut 80 Bundeskulturverbänden in verschiedenen Zusammenhängen kooperiert. Alle diese Untersuchungen waren mit konkreten Empfehlungen verbunden und belegten, dass der Bund durchaus Handlungsmöglichkeiten hatte. Eigentlich wäre das Lobbyarbeit...

Wiesand: …Ich zucke immer zusammen, wenn Du Lobbyarbeit sagst.

Fohrbeck: Nun ja, es war eben nie nur Beratung, es war auch Überzeugungstäterschaft. Wir mussten andererseits wirtschaftlich überleben mit unserem kleinen Institut, dem Zentrum für Kulturforschung in Bonn, das nur vier bis sechs und vielleicht bei Großprojekten auch mal kurzfristig zwölf Leute beschäftigte. Das war eine Überforderung. Wir hätten diesen Austausch mit den Verbänden und die Vorbereitung von Reformvorhaben nicht noch 10 oder gar 20 Jahre länger mittragen können und haben also schon aus diesem Interesse gesagt: Was nun entsteht, muss unabhängig von uns werden. Dieser Impuls traf mit dem Wunsch des Innenministeriums zusammen, einen Ansprechpartner zu haben. Wir haben, wie gesagt, den Musikrat als Modell gesehen und stellten uns, nachdem es Perspektiven für die Gründung anderer Sektionen gab, ein geeignetes Dach, einen Deutschen Kulturrat, vor. An dieser Stelle kam uns die Kulturpolitische Gesellschaft zu Hilfe. Ich war ihre Vizepräsidentin und habe Olaf Schwencke, den damaligen Präsidenten, dafür gewinnen können, 1981 zu der ersten Sitzung für einen Kulturrat einzuladen. Eigentlich hatte die Kulturpolitische Gesellschaft nicht so viel mit Künstlern und deren beruflicher Situation am Hut, vielmehr wurde eher soziokulturell gedacht. Dennoch war man politisch vernetzt und so war es sinnvoll, dass er die erste Einladung ausgesprochen hat. Wir hatten die inhaltliche Vorarbeit geleistet und wollten dann in den Hintergrund treten, man könnte auch sagen: unsere volle Unabhängigkeit zurückgewinnen. Weil es aber in den ersten fünf Jahren keine Finanzierung für den Deutschen Kulturrat gab, hatten wir nach dieser Sitzung den ganzen Laden doch am Hals, was eine enorme Arbeit und auch finanziellen Einsatz bedeutete.

***puk*:** Waren eigentlich alle von der Idee eines Kulturrates angetan oder gab es auch Personen, die die Idee nicht gut fanden oder gar hintertrieben haben?

Wiesand: Anfangs gab es eine, sagen wir mal, Distanz bei „Etablierten“. Der Deutsche Musikrat war zunächst nicht gerade enthusiastisch dabei, aber er war dabei und das war sehr wichtig – Diethard Wucher wurde später einer der profiliertesten Vertreter des Kulturrates. Wenn Gerhard Pfennig in seinem Interview meint, dass der Kulturrat mehr durch Künstler repräsentiert werden sollte, dann kann ich nur sagen, dass wir damals ähnliche Vorstellungen hatten: So halfen wir mit, dass als 1. Vorsitzender des Sprechergremiums (das entspricht dem heutigen Präsidenten, Anm. *puk*) ein bedeutender Künstler, nämlich der Cellist Siegfried Palm, gewählt wurde. Bei den Theatern und im Literaturbereich war es, wie bereits erwähnt, schwierig.

Fohrbeck: Am Anfang bestand eine eher familiäre Situation unter den Hauptakteuren. Clara Burckner (Sektion Film, Anm. *puk*) hat nostalgisch von der kreativen Quatschbude gesprochen. Ich glaube eher, dass eine Art atmosphärische Schutzzone entstand, die es allen ermöglichte, in einer offenen Art zu denken und zu analysieren, in Aufgaben hineinzuwachsen und Gemeinsamkeiten in der Interessenvertretung zu entdecken. Schon in der Anfangszeit des Kulturrates, also zu Beginn der 1980er Jahre, wurde die europäische Dimension mitgedacht, wir haben zum Beispiel unsere Erfahrungen in Straßburg oder Brüssel eingebracht.

Wiesand: Ich möchte unterstreichen, was Karla zum atmosphärischen Moment gesagt hat. Wenn ich zurückdenke, gab es gerade in der Literaturszene Vorbehalte gegenüber einigen Sprechern, etwa dem zurückgekehrten Emigranten Volkmar von Zühlsdorff (Freier Deutscher Autorenverband, Anm. *puk*) oder zu Hans Herdlein von der Bühnengenossenschaft, wegen seiner kritischen Haltung zur neuen DGB-Struktur. Es wurde gemeint, dass dies ultrakonservative Vertreter seien und mit ihnen wenig Gemeinsamkeiten bestünden. Als dann aber der nach der „Wende“ neu ins Amt gekommene Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) die bereits beschlossene Förderung eines Films von Herbert Achternbusch zurückzog, hat das Sprechergremium, einschließlich dieser vermeintlich ultrakonservativen Leute, ein flammendes Plädoyer gegen die Regierung gehalten und ist entschieden für die Kunstfreiheit eingetreten. So etwas war nur möglich, weil zuvor Vertrauen geschaffen wurde.

Fohrbeck: Das war äußerst wichtig, denn damit wurde der Deutsche Kulturrat über die rein ordnungspolitischen Fragen hinaus ein Sprachrohr für die Kultur.

Wiesand: Trotzdem will ich noch einmal auf die Ordnungspolitik zurückkommen: Die ersten Stellungnahmen waren da besonders wichtig, speziell „Für ein kulturfreundliches Steuerrecht!“. Daran hat zum Beispiel auch der Börsenverein des deutschen Buchhandels mitgewirkt, der ansonsten dem Kulturrat noch fernstand, ihn aber als übergreifende Instanz akzeptieren musste, spätestens nach dem Empfang bei Bundespräsident Richard von Weizsäcker, 1985. Einige dieser Vorschläge wurden dann auch von der Politik aufgenommen und umgesetzt. Bei der „Konzeption Kulturelle Bildung“, die in den 80er-Jahren mit Unterstützung von Dr. Wilhelm Neufeldt im damaligen Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft entwickelt wurde, war es ähnlich. Viele Vertreter aus den Verbänden des Kulturrates, aber darüber hinaus auch externe Experten, zum Beispiel aus den Kirchen, wurden zusammengebracht und gemeinsam wurden Empfehlungen erarbeitet.

***puk*:** Die eben angesprochene „Konzeption Kulturelle Bildung“ war meines Erachtens ein zentrales Vorhaben. Zum einen, weil die verschiedenen Bereiche gebündelt wurden, und zum anderen, weil eigentlich der Kern der heutigen Debatten um kulturelle Bildung dort gelegt wurde.

Wiesand: Das ist in der Tat ein großer Erfolg. Es gab diese Plattform im Kulturrat, auf der an dem Thema gearbeitet wurde, es gab verschiedene Tagungen und der Kulturrat hat das Thema, ähnlich wie die Kulturpolitische Gesellschaft, immer wieder gepusht. So konnte es sich durchsetzen. Ehrlich gesagt, das war eine der größten Überraschungen, die ich selber erlebt habe und die es so in anderen Ländern kaum gibt. In Frankreich käme so etwas von der Regierung, eine große Dekade für kulturelle Bildung würde oktroyiert, aber nach Ablauf würde sich keiner mehr groß darum kümmern, während es hier zu einer wirklich umfassenden Bewegung von allen Seiten kam, die dazu führte, dass sich heute auch andere wie zum Beispiel Sponsoren, die Industrie dafür interessieren. Hätte mir damals jemand gesagt, dass Leute von PriceWaterhouseCooper einmal eine Studie über vergleichende Bewertungskriterien für kulturelle Bildung beim Zentrum für Kulturforschung in Auftrag geben würden, hätte ich es nicht für möglich gehalten. Es ist also sicher eines der großen Verdienste des Kulturrates, dass dieses Thema durchgesetzt wurde.

***puk*:** Ich möchte noch einmal auf die Frage der Konkurrenz zurückkommen: Wurde der Kulturrat als Konkurrenz empfunden?

Wiesand: Strukturell gab und gibt es eigentlich keine Konkurrenz, da es keine vergleichbare Institution gibt. Es gab Deutungskonkurrenzen, darüber sprachen wir schon, und manche waren vielleicht ein wenig beleidigt, weil es auf einmal einen kräftigen Mitspieler „bei Hofe“ gab. Einige Verbände waren bereits etabliert und hatten Zugang zu den Ministerien, was auch manche ihrer politischen Aktionen geprägt hat. Ein Beispiel, das ich extra für dieses Interview herausgesucht habe: Ende Dezember 1989, die Mauer war also schon gefallen, schloss die Bundesregierung ein mehrjähriges Kulturabkommen mit den damals noch Verantwortlichen der Alt-DDR ab. Ich hatte zu diesem Abkommen einen kritischen Kommentar verfasst, der auch veröffentlicht wurde, woraufhin ich einen Mordsärger mit dem Deutschen Musikrat bekam, denn dessen Finanzierung hing unter anderem an solchen Vereinbarungen. Diese Auseinandersetzung hat zwar zu keinen dauerhaften Problemen mit dem damaligen Generalsekretär des Deutschen Musikrats, Andreas Eckhardt, geführt, zeigt aber sehr anschaulich den Unterschied zwischen Vision und realer Verbandspolitik.

***puk*:** Das Jahr 1989 wurde eben schon angesprochen, wie haben Sie im Kulturrat den Vereinigungsprozess erlebt?

Wiesand: In der Übergangszeit ging es oft drunter und drüber, man wusste oft ja gar nicht, mit wem man es zu tun hatte. Verschiedene Personen nahmen damals Verbindung mit uns in Bonn auf, einige aus dem alten System, die ihre Haut retten wollten, andere, die neue Chancen sahen. Einer, der später ganz groß herauskam, war Michael Schindhelm, der als kooptiertes Mitglied dem Sprechergremium Anfang der 1990er-Jahre angehörte. Er war noch relativ unbekannt und gehört heute zu den wichtigen Kulturmanagern. Viele Künstler der DDR haben sich einiges von der Wende erhofft, aber ehrlich gesagt, waren wir als vom Staat unabhängiger Kulturrat nicht so ganz die richtige Adresse für sie. Der „Qualifizierungsfonds Kultur“ und andere Maßnahmen, die mit Hilfe des Bundesbildungsministeriums aufgelegt wurden, waren eher eine Hilfe. Ebenso auch die Förderprogramme des Bundesinnenministeriums zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur, die aber viel zu kurzatmig angelegt wurden und schon Mitte der 1990er-Jahre wieder eingespart werden sollten. In dieser Situation hat sich Rolf Zitzlsperger (damals Vorsitzender des Sprechergremiums, Anm. *puk*) Verdienste erworben, indem er für die Fortführung der Programme gekämpft hat. Das muss ihm hoch angerechnet werden. Am Beispiel Ostdeutschland zeigt sich sehr schön ein zentrales Problem der Kulturfinanzierung, das heute wieder sehr aktuell ist: Gewachsene Infrastruktur kann nicht heute eingestellt und übermorgen vielleicht wieder geöffnet werden. Wenn ich sehe, was in der DDR an Infrastruktur vorhanden war, die zerstört wurde, zum Beispiel Arbeitsfelder von Künstlern in Schulen oder Betrieben oder auch Jugendclubs, und wie mühselig wieder einiges aufgebaut werden mußte, dann zeigt dies die Fragilität des Kulturbereichs.

***puk*:** Zum Abschluss habe ich noch eine Frage: Sie gucken von außen auf den inzwischen dreißig Jahre alten Kulturrat, wie sehen Sie seine Perspektiven, was sind die dringlichsten Handlungsfelder?

Wiesand: Mit dem Motto „Kultur gut stärken“ und dem Aktionstag wurde einiges von dem, was ich gerade gesagt habe, schon angepackt. Wer die neue Debatte über die sogenannte Hochkultur ernst nimmt, könnte noch einen Schritt weiter gehen und fragen „Was können wir in der Kultur besonders gut, welche unserer Stärken müssen wir verteidigen?“ Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen: Den Dänen muss nicht erklärt werden, welche Rolle in der modernen Mediengesellschaft „Bibliotheken“ haben können, weil sie sich erstens als Erfinder der Volksbibliotheken sehen und zweitens über das am besten ausgebaute Bibliotheksystem verfügen, das sich ständig weiter entwickelt hat – in allen nordischen Ländern sind die Bibliotheken heute lokale Kommunikationszentren. Wenn einzelne Länder Stärken haben, zu denen sie sich bekennen, könnten auch wir in Deutschland realisieren, dass wir ebenfalls einige Besonderheiten haben, zu denen wir uns bekennen sollten. Wieder nur ein Beispiel: Deutschland und die deutschsprachigen Nachbarländer verfügen über rund 50 Prozent der weltweiten Produktionsinfrastrukturen für Musiktheater. Darum sind unsere Musikhochschulen so attraktiv für Studierende aus aller Welt und darum ist Deutsch immer noch die internationale Pflichtsprache für jeden, der in diesem Feld professionell arbeiten will. Diese Stärke erwächst unter anderem aus den gewachsenen Infrastrukturen. Schauen Sie sich Städte mit etwa 30.000 Einwohnern wie Coburg oder Meiningen mit ihren Musiktheatern an, so etwas mit so viel öffentlichem Zuspruch gibt‘s sonst nicht auf der Welt, wo Opernhäusern in der Regel der Ruch des „Elitären“ anhaftet. Solche Stärken sollten wir in europäischen und globalen Netzwerken mehr zur Geltung bringen; hier werden ja nicht nur Arbeitsplätze für Künstler aus aller Herren Länder geschaffen, sondern auch für viele andere Berufe und Betriebe vor Ort. Auf europäischer Ebene erleben wir im Moment eher Gegenteiliges. Da werden vor allem kurzfristige Projekte in den Blick genommen, da wird viel über „creative industries“ geraunt (obwohl die Kulturadministration dafür kaum Zuständigkeiten hat), da tummeln sich „cultural operators“, die heute hier und morgen da sind. Sie finden zunehmend Gehör und dabei geraten die Potenziale gewachsener Infrastrukturen für die kulturelle Produktivität und die Bindung zum Publikum oft aus dem Blick. Allerdings müssten sich die Verantwortlichen solcher Institutionen selbst ebenfalls stärker bewegen...

Fohrbeck: Ich denke, wir müssen uns zunächst vergegenwärtigen, dass wir in der Mitte Europas liegen. Wir vermitteln zwischen dem protestantischen Norden und dem katholischen Süden, wir sind das Land, das im Kalten Krieg geteilt war und in dem in Ost- und Westdeutschland noch immer die Nachwirkungen der verschiedenen Systeme zu spüren sind. Und natürlich werden wir aufgrund der demografischen Entwicklung allmählich so etwas wie die Großeltern der übrigen Welt. Ich bin davon überzeugt, dass wir in Deutschland und auch in Europa in der Globalisierung nur überleben, wenn wir uns unseres spezifischen Platzes vergewissern und unsere Aufgabe annehmen. Ich denke, dass die Künste, die Kulturinstitutionen hier viel leisten können und müssen. Der interkulturelle und interreligiöse Dialog, der erst einmal ein wirklicher Dialog werden muss und bei dem viele Klischees durchbrochen werden müssen, ist eine zentrale Aufgabe, wie im Juli dieses Jahres die grausame Attacke eines verbohrten Terroristen in Norwegen gezeigt hat. Ich freue mich, dass der Kulturrat mit dem Islam-Dossier und mit der Beilage „Interkultur“ Wege dieses Dialogs beschreitet.

***puk*:** Liebe Frau Fohrbeck, lieber Herr Wiesand, herzlichen Dank für das Gespräch. Wir haben den Bogen gespannt von ideologischen Auseinandersetzungen der 1970er Jahre bis hin zu aktuellen Fragen des interkulturellen Dialogs. Mir hat es noch einmal deutlich gemacht, wie viel von dem, was den Deutschen Kulturrat heute ausmacht und was er macht, von Ihnen vorgeprägt und vorgedacht wurde.

Karla Fohrbeck ist Soziologin, Anthropologin und Volkswirtin. Zusammen mit Andreas Joh. Wiesand arbeitete sie anfangs im SPIEGEL-Institut für Projektstudien, aus dem später das Zentrum für Kulturforschung hervorging. Ihre jüngsten Projekte sind der Wiederaufbau der jüdischen Infrastruktur in Bayreuth und der Jean-Paul-Weg durch Oberfranken.
Andreas Joh. Wiesand ist Politologe und Publizist. Bis 2009 war er Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Kulturforschung, heute ist er Executive Director des European Institute for Comparative Cultural Research (ERICarts). Von 1982 bis 1993 war er ehrenamtlicher Generalsekretär des Deutschen Kulturrates.
Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Musizieren in der Schule
Modelle und Perspektiven der Elementaren Musikpädagogik

Wie können Inhalte, Prinzipien und Methoden der Elementaren Musikpädagogik in Kooperationsprojekten mit allgemein bildenden Schulen realisiert werden? Antworten darauf und zahlreiche, sorgfältig ausgewählte Praxisbeispiele enthält dieser Band, der in bewährter Zusammenarbeit mit dem „Arbeitskreis Elementare Musikpädagogik an Ausbildungsinstituten in Deutschland“ (AEMP) entstanden ist.

Hrsg. von Claudia Meyer, Barbara Stiller und Michael Dartsch
ConBrio Fachbuch · Band 16
Paperback, 244 Seiten, CB 1206, € 25,-
ISBN 978-3-940768-06-3, www.conbrio.de

Kulturelle Menschenrechte in Deutschland

Umsetzung und Kontrolle • Von Max Fuchs

Die Vereinten Nationen werden in der öffentlichen Meinung in erster Linie mit Blauhelmen und dem Sicherheitsrat in Verbindung gebracht. Dort werden die Entscheidungen getroffen, wo militärisch interveniert wird, gegen welchen Diktator Sanktionen ausgesprochen werden oder wo man es dann doch besser der Nato überlässt.

Gelegentlich rücken aber auch andere Organe, Personen oder Unterorganisationen in den Mittelpunkt des Interesses. Wenn etwa ein Deutscher (wie Klaus Töpfer) erfolgreich einige Jahre von Kenia aus ein wichtiges UN-Programm geleitet hat, wenn ein deutsches Staatsoberhaupt vor der Vollversammlung sprechen darf – oder wenn ein Sonderbotschafter Deutschland besucht. Sonderbotschafter nimmt man eher selten zur Kenntnis. Der Schweizer Soziologe Jean Ziegler, lange Jahre Sonderbotschafter für das Recht auf Nahrung, wurde bekannt, weil er sich mit den Großen und Mächtigen der Welt angelegt und den brutalen globalisierten Kapitalismus als Ursache für das Massensterben in Afrika, Asien und Südamerika angeprangert hat. Bekanntheit erhielt in Deutschland ein Sonderbotschafter für das Recht auf Bildung. Denn dass Sonderbotschafter solche Länder aufsuchen, die man ohnehin wegen der Verletzung der Menschenrechte kritisiert, ist klar. Aber Deutschland?

In der Tat besuchte Professor Vernor Muñoz 2006 Deutschland, weil die PISA-Ergebnisse den Verdacht aufkommen ließen, dass das Menschenrecht auf Bildung verletzt sein könnte. Sein Bericht bestätigte dies. Und immerhin gestand der damalige Kultusministerkonferenz (KMK)-Präsident zu, dass man den Bericht aufmerksam studieren wolle. Inzwischen ist Prof. Muñoz seit 2010 nicht mehr im Amt (die Amtszeit dauert 6 Jahre). Was sein Nachfolger, Kishore Singh, tun wird, ist noch unklar. Denn eigentlich war geplant, dass in einem Folgebesuch überprüft werden sollte, ob und was sich geändert hat seit 2006.

Aber es gibt noch andere Konventionen, in denen Bildung und Kultur eine Rolle spielen. Denn es gehört zur Praxis dieser Konventionen, dass zwar die Menschenrechte universell sind und für alle gelten, man aber doch immer gerne Ausnahmen machen möchte: bei Frauen, bei Kindern, bei Zuwanderern, bei Behinderten. Deshalb gibt es eine gewisse Redundanz: Denn zu jeder der genannten Gruppen gibt es spezielle Konventionen, in denen jeweils das Recht auf Bildung und Kultur, und generell auf Teilhabe bekräftigt wird. Jede dieser Konventionen hat zudem eigene Kontrollmechanismen. So müssen die Mitgliedsstaaten, die sie ratifiziert haben, regelmäßig Umsetzungsberichte vorlegen, die von Kommissionen überprüft werden. Zuständig ist in der Regel der Ausschuss für Menschenrechte mit Sitz in Genf, eine Kommission des Rates für Wirtschaft und Soziales, neben dem Sicherheitsrat der zweite, allerdings unbedeutendere ständige Rat der Vereinten Nationen. Kürzlich hat dabei ein 9-Seiten-Papier dieses Ausschusses die Ehre erfahren, auch von Boulevard-Zeitungen gewürdigt zu werden. Kritisch natürlich, denn der Bericht war von seinem Inhalt her eine Katastrophe. Den Grund für die Negativbilanz fand man darin, dass der Ausschuss die falschen Leute in Deutschland gefragt habe. Worum geht es? Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) aus dem Jahre 1948 gilt zwar als eines der wichtigsten Dokumente des 20. Jahrhunderts, doch hat sie keinerlei Bindekraft. Daher wollte man eine verbindliche Konvention, die ordnungsgemäß von jedem Mitgliedsstaat ratifiziert werden sollte.

Es wurden dann zwei Pakte, die man 1966 beschloss und die erst zehn Jahre später, also fast 30 Jahre nach der Abstimmung über die AEMR, in Kraft traten. Man teilte die Menschenrechte in zwei Gruppen auf: die klassischen Abwehr- und Schutzrechte des Einzelnen (Pakt für politische und Bürgerrechte) und das Bündel von Rechten, bei denen der Staat intervenieren – das heißt: umverteilen – muss: den Pakt über soziale, ökonomische und kulturelle Rechte. Zu jedem der Rechte müssen regelmäßig Umsetzungsberichte vorgelegt werden. Kulturpolitisch ist vor allem der zweite der genannten Pakte relevant, in dem es unter anderem um kulturelle Rechte geht. Der letzte Staatenbericht aus Deutschland wurde 2008 vorgelegt. Federführend ist das Sozial- und Arbeitsministerium. Immerhin steht in diesem Bericht zu Art. 25 (Recht auf kulturelle Teilhabe), dass es erhebliche Probleme mit der Teilhabe aller Menschen am Kulturangebot gebe. In diesem Kontext werden dann die Aktivitäten des Kulturstaatsministers angeführt, bei denen insbesondere die Initiativen zur kulturellen Bildung dieses Teilhabeproblem lösen helfen sollen. Mit der zwar wichtigen, aufs Ganze gesehen sehr begrenzten Aktivität des Bundes hat man somit ca. 90 Prozent der öffentlichen Kulturförderung in Deutschland nicht berücksichtigt. Denn diese liegt in der Verantwortung von Ländern und Kommunen. Aufgeregt hat sich die Presse jedoch nicht über diesen Passus, sondern darüber, dass auf den davorstehenden Seiten nach allen Regeln der Kunst kritisiert wird – freilich in höflichster Sprache: Man beschwert

Eine-Welt-Skulptur mit Spiegelbild am UN-Gebäude in New York
Foto: Rainer Sturm/pixelio

sich, dass Deutschland sich beharrlich weigert, frühere Empfehlungen umzusetzen. Man spricht über wachsende Armut, vor allem Kinderarmut. Man fordert auf, dass Staat und Unternehmen in internationalen Verträgen die kulturellen, sozialen und ökonomischen Rechte einhalten sollen, man spricht die mangelhafte Unterstützung bei der Bildung von Zuwanderern an (ebenso wie PISA und Prof. Muñoz es getan haben), man geht kritisch auf die Behandlung von Asylsuchenden ein etc. All dies ist in den „Concluding Observartions of the Committee on Economic, Social und Cultural Rights" vom 20.05.2011 nachzulesen. Schließlich wurden für den nächsten Bericht, vorzulegen bis zum 30.06.2016, konkrete Erwartungen formuliert: unter anderem Straßenkinder, Umgang mit geistig behinderten Menschen, Drogenprävention. Und schließlich: Die Bundesregierung wird aufgefordert, diesen Bericht weiträumig zu verbreiten und die Zivilgesellschaft in die Erstellung des nächsten Berichtes einzubeziehen.

Wer sich zum ersten Mal mit diesen Fragen auseinandersetzt, reibt sich verwundert die Augen. Denn kaum eine Institution in Deutschland, auch nicht die Medien oder die Opposition, hat die Bundesrepublik Deutschland in dieser deutlichen Form über sich selbst aufgeklärt. Es lohnt sich offenbar, sich mit diesen Prozeduren auseinanderzusetzen. In früheren Jahren gab es etwa im jugendpolitischen Bereich ein gewisses Aufsehen, als der Staatenbericht zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention vom Menschenrechtsausschuss in Genf zur gründlichen Überarbeitung zurückgewiesen wurde. Seinerzeit hatten brave Ministerialbeamte sorgfältig alle Rechtsvorschriften im Umgang mit Kindern aufgelistet. Das war dem Ausschuss allerdings zu wenig: Er wollte über die Lebenswirklichkeit der Kinder etwas wissen. Es war die Zeit, als erstmals in dem offiziellen Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, der von einer unabhängigen Kommission erstellt wird, von Kinderarmut die Rede war. Eine schlecht beratene Jugendministerin wollte dies seinerzeit mit einer falschen Armutsdefinition abwehren. Inzwischen wissen wir es besser – und die Weltöffentlichkeit offensichtlich auch.

Es ist also die Gelegenheit zu nutzen, die Pakte und Konventionen, die die Menschenrechte garantieren, ernst zu nehmen. Mit dem vorgesehenen Monitoring-System, mit der Aufforderung an die Zivilgesellschaft, die Berichterstattung nicht dem Staat alleine zu überlassen, hat diese gute Karten, sich einzumischen. Dies gilt insbesondere für die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt. Auch hier ist ein Monitoring-System vorgesehen. Auch hier wird die Zivilgesellschaft explizit erwähnt. Auch hier hat sich – in Anlehnung an das Verfahren bei der Kinderrechtskonvention – eine „Bundesweite Koalition" gegründet, die den Prozess der Umsetzung begleiten soll. Und auch hier steht im nächsten Jahr die Vorlage eines ersten Staatenberichtes an. Vermutlich bereitet sich die Regierung auf diesen Bericht ernsthaft vor. In jedem Fall tut es die Bundesweite Koalition. Eine erste Idee liegt auf dem Tisch: Ein „Kaleidoskop kultureller Ausdrucksformen" soll entstehen, eine Sammlung von Best-Practice-Beispielen. Das kann und soll man sicherlich tun.

Allerdings hat sich meine Bewertung solcher Gute-Beispiele-Sammlungen (ich war an etlichen beteiligt) in den letzten Jahren deutlich verändert. Denn letztlich macht man dies immer dann, wenn einem sonst nichts einfällt. Der praktische Wert geht meistens gegen Null. Denn eine Übertragbarkeit ist selten möglich, weil „gute Beispiele" nur deshalb gut sind, weil die Rahmenbedingungen stimmen. Und diese sind nun mal stets verschieden. Eine Reihe „guter Beispiele" wird zudem schnell zur bloß symbolischen Politik, wenn sie suggerieren will, wie viel Tolles schon geschehen ist. Manchmal ist deshalb eine kritische Bestandsaufnahme darüber, was nicht funktioniert, eindeutig hilfreicher, auch wenn sie wehtut. Vielleicht wäre zu überlegen, neben den guten Beispielen, die sich mit Sicherheit finden lassen (und die auch schon häufiger publiziert wurden, man kennt ja schließlich die üblichen „Verdächtigen" und die Debatte beginnt nicht erst jetzt), eine Liste mit schlechter Praxis, und zwar mit einer Praxis, die aufgrund schlechter Strukturen schlecht ist, zusammenzustellen. Denn Aufgabe der Politik ist es weniger, gute Praxisbeispiele zu ermöglichen, sondern gute Strukturen zu schaffen, die flächendeckend eine gute Praxis ermöglichen.

Denkbar ist auch ein plurales Vorgehen wie bei dem oben genannten Pakt: Neben dem offiziellen Staatenbericht gab es eine größere Anzahl von „Parallelberichten" aus der Zivilgesellschaft, die alle auf der offiziellen Homepage des Menschenrechtsausschusses publiziert wurden. Beate Rudolf, die Leiterin des Instituts für Menschenrechte, einer unabhängigen Institution, die Deutschland zur kritischen Beobachtung der Umsetzung der Menschenrechte einrichten musste, wies darauf hin, wie wichtig für die Qualität des Verfahrens solche Parallelberichte sind, die natürlich aus unterschiedlichen Interessenlagen heraus geschrieben werden und unterschiedliche Qualität haben. Auch ist ihr Hinweis wichtig, dass auf nationaler Ebene bereits vor der formellen Anhörung in Genf eine Debatte der Regierung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen hätte geführt werden können.

Wir könnten bei dem anstehenden Monitpring-Prozess der UNESCO-Konvention aus solchen Erfahrungen lernen. Möglicherweise ist eine plurale Meinungsäußerung gerade bei diesem komplexen Thema hilfreich. Insgesamt könnte es aufschlussreich sein, die in den Berichten zu den verschiedenen Konventionen zu findenden Stellungnahmen zur kulturellen Teilhabe zu sichten – und sich aus zivilgesellschaftlicher Sicht verstärkt in die Diskussion einzumischen. Es scheint so, als ob die Empfänger der Staatenberichte dafür ein offenes Ohr hätten.

Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Kulturrates ■

36 Seiten kompakte Informationen zur Kulturpolitik in Bund, Ländern, Kommunen und EU. Alle zwei Monate als Magazin, tagesaktuelle Infos im Internet

Die aktuelle Ausgabe KMP Nr. 6
Titelthema ist die Lobbyarbeit des Deutschen Kulturrates. Teil der Berichterstattung ist das Organigramm, welches auch der Zeitschrift „puk" beigelegt ist.

Das neue Kulturmagazin KMP

Unsere Antwort auf die gewachsene Bedeutung der Kulturpolitik in den Parlamenten

Und das sind unsere Themen:

- Die Kulturhaushalte 2012 und die Mittelfristige Finanzplanung von Bund, Ländern und EU
- Kommunale Kulturpolitik – die Finanzkrise kreativ gemeistert
- Wo findet deutsche Kulturförderung im Ausland statt? Wer wird gesponsert und warum?
- Kunst- und Kulturförderung durch Mäzenaten und Kulturstiftungen – ein kritischer Blick auf die Förderpraxis und deren Nachhaltigkeit
- Musikförderpolitik des Bundes und der Länder auf dem Prüfstand (Weiter Millionen für Bayreuth?)
- Wirtschaftsfaktor Kreativwirtschaft – nur eine Blase?
- Who's who – Wer macht was: Die kulturpolitische Arbeit der Regierungen, Parlamente und Kulturausschüsse sowie Kulturinstitutionen
- Geschlechtergerechtigkeit im Kunst- und Kulturbetrieb: bisher nur ein Fremdwort
- Das Thema „Kulturelle Bildung" als Gegenstand der nationalen Bildungsberichterstattung 2012
- Randdasein? Der Standort der Kunst- und Musikhochschulen in der Hochschullandschaft
- Erinnerungskultur: Der Beitrag der Provinienzforschung und die Rolle der Gedenkpolitik
- Wer profitiert von der Urheberrechtsreform?

HIER ABONNIEREN!

Ich bestelle ein Jahres-Abo für das zwd-Magazin KULTUR.MEDIEN.POLITIK (KMP)
- ☐ 6 Printausgaben zum Preis von 36,00 Euro*
- ☐ 6 Printausgaben mit Portal-Zugang www.kmp.zwd.info für 72,00 Euro*
- ☐ Ich bestelle das Einzelheft KMP Nr. 6 für 8 Euro*
- ☐ Ich bestelle den KMP-Newsletter (gratis per E-Mail)

Name:.....
Vorname: .....
Institution: .....
Straße: .....
PLZ, Ort: .....
Fon/Fax: .....
E-Mail: .....
Ort/Datum: .....
Unterschrift: .....
Ich kann die Jahresabonnement-Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen.
Unterschrift .....

*Alle Preise incl. 7 %. Mehrwertsteuer und anfallender Versandkosten.
Mit der Bestellung werden die zwd(KMP)-AGB anerkannt (vgl. www.zwd.info)

An zwd-Mediengruppe, Luisenstraße 48, 10117 Berlin

Mehr Infos über das neue Kulturmagazin KMP finden Sie unter www.kmp.zwd.info

Kulturelle Vielfalt – kulturelle Rechte

Halbzeit: Die Arbeit der ersten unabhängigen UN-Expertin zu kulturellen Rechten 2009-2012 • Von Christine M. Merkel

Die Substanz und die Reichweite kultureller Rechte als Teil der allgemein anerkannten Menschenrechte wird seit Jahrzehnten diskutiert. Damit verbinden sich durchgängig Kontroversen und Ambivalenzen: Werden zum Beispiel kulturelle Bräuche als Argument herangezogen, um die Verletzung von Individualrechten zu rechtfertigen? Werden Personen ungefragt in die kulturelle Zugehörigkeit zu kulturellen Gruppen oder Minderheiten „hineindefiniert", zu Lasten der persönlichen Wahlfreiheit auch kultureller Ausdrucksweisen? Wie kann ein weiter Kulturbegriff unter dem Aspekt des Menschenrechtsschutzes praxistauglich werden? Am 26. März 2009 beschloss der UN-Menschenrechtsrat, erstmalig eine unabhängige Expertin oder einen unabhängigen Experten für den Zeitraum von drei Jahren zu berufen, um Grundsatzfragen und ihre praktischen Konsequenzen so weit wie möglich zu klären.

Laut Einschätzung des maßgeblich von Amartya Sen verfassten United Nation Development Programme (UNDP)-Berichts zu menschlicher Entwicklung von 2004 sah sich zu diesem Zeitpunkt weltweit eine von sieben Personen in einer Facette ihrer kulturellen Rechte stark beeinträchtigt oder verletzt (Kulturelle Freiheit in einer Welt der Vielfalt, Oxford 2004). Dies betrifft zum Beispiel kulturelle Teilhabe, grundlegende Bildungsmöglichkeiten, Freiheit der Forschung, Zugang zu Kulturerbe in all seinen Formen, kulturelle Eigenheiten und Lebensstile (Essgewohnheiten), Sprachen, Zugang zu Information sowie Religionsausübung und das Recht, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Kulturelle Rechte beinhalten auch das Recht, Merkmale einer vorgefundenen Kultur in Frage zu stellen, sich kulturellen (Unter-)Einheiten sowohl zugehörig zu fühlen als sich auch wieder aus ihnen zu lösen.

Nach fünf Jahren kontroverser Debatte beschritt der UN-Menschenrechtsrat mit der Benennung einer unabhängigen Expertin „zur Förderung und zum Schutz kultureller Rechte und zur Respektierung kultureller Vielfalt" einen qualitativ neuen Weg. Auf Basis der allgemein anerkannten Menschenrechte und in Kooperation mit den Mitgliedsstaaten und UNESCO soll diese Expertin bis 2012 gute Praxisbeispiele zusammentragen, Lücken im bestehenden Menschenrechtsschutz feststellen und Vorschläge zur Abhilfe machen, so das am 26.03.2009 beschlossene Mandat.

Per öffentlichem Ausschreibungsverfahren kamen mehrere Kandidatinnen in die engere Auswahl, darunter die pakistanische Sozialwissenschaftlerin Farida Shaheed, aktiv in der internationalen NGO „Women under Muslim Law", und der Völkerrechtler Patrice Meyer-Bisch, UNESCO Lehrstuhl Fribourg/Schweiz und Europaratsexperte, mit dem weltweiten Fachnetz „Observatoire de la diversité et des droits culturels" (www.droitsculturels.org).

Im November 2009 wurde Farida Shaheed benannt. Für sie liegt der Kern dieser Mandatierung in der Beziehung zwischen kulturellen Rechten, kultureller Vielfalt und der universellen Gültigkeit der Menschenrechte. UNESCO und die internationale Fach-Community unterstützen die Arbeit der unabhängigen Expertin aktiv (vgl. http://www2.ohchr.org/english/issues/cultural_rights/documentation.htm). Im Februar 2012 ist Farida Shaheed im Rahmen der internationalen Konferenz „radius of art" zu einer öffentlichen Diskussion nach Berlin eingeladen.

Zur Halbzeit des Mandats legte die unabhängige Expertin erste Einschätzungen zu grundlegenden Fragen und praktischen Optionen vor und wertete ihre Arbeitsbesuche in Österreich (April 2011) und Brasilien (November 2010) aus, die auf Einladung der jeweiligen Regierungen erfolgten.

Erste Einschätzungen sind:

Die lange bestimmende Sorge vor Kulturrelativismus sollte ad acta gelegt werden. Die internationale Beschlusslage ist glasklar: Niemand kann unter Berufung auf Kulturtraditionen oder kulturelle Vielfalt die allgemein gültigen Menschenrechte beeinträchtigen oder in ihrer Gültigkeit einschränken, so die vor zehn Jahren angenommene Allgemeine Erklärung zu kultureller Vielfalt (UNESCO 2001), das Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (UNESCO 2005) und zuletzt der Allgemeine Kommentar 21 zur Teilhabe am kulturellen Leben (ECOSOC 2009, Erweiterung des Internationalen Pakts für Ökonomische, Soziale und Kulturelle Rechte). Umgekehrt kann kulturelle Vielfalt nur in einem Umfeld Früchte tragen, in dem Grundfreiheiten und die unteilbaren Menschenrechte gewährleistet sind.

Nicht alle Kulturpraktiken sind mit den international kodifizierten Menschenrechten vereinbar, auch wenn die Trennlinie nicht immer leicht zu fassen ist. In solchen Fällen muss klares Ziel sein, schädliches Handeln, das unter Berufung auf Kulturtraditionen geschieht, zu beenden oder als Minimum so zu modifizieren, dass die vollen Menschenrechte jeder Person gewährleistet werden.

Das erfordert soziale Innovation, zum Beispiel das Experimentieren mit „kulturellem Aushandeln" in Gemeinschaften. Ein Politik-Stil mit gut informierter offener Diskussion bei breiter Beteiligung ist dafür begreiflicherweise förderlich. Gleiches gilt für in der Substanz unabhängige Rechtssprechung.

Beim Zugang zu Kulturerbe ist ein Paradigmenwechsel hin zu einer Menschenrechtsbasis zu erkennen: Je neuer das Kulturerbe-Instrument, desto klarer stärkt es Rechte von Individuen sowie von Gemeinschaften, welche aus diesen Einzelnen bestehen (Übereinkommen zum Schutz des Immateriellen Kulturerbes, UNESCO, in Kraft seit März 2006; Rahmenkonvention zum Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft, Europarat, in Kraft seit Juni 2011).

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte © Council of Europe Credits

Die Annahme des Nationalen Kulturplans Brasiliens am 9. November 2010 in diesem mega-vielfältigen Land wird als Meilenstein für Schutz und Förderung kultureller Rechte und als inspirierendes Beispiel für andere Länder bewertet. Entscheidend ist das Zusammenwirken privater und öffentlicher Akteure in der Gesellschaft. Viele Individuen und Gruppen erleben sich jedoch weiterhin als marginalisiert und sind Übergriffen ausgesetzt.

In Österreich sind staatliche Initiativen wie die Kodifizierung einer Roma-Sprache, Untertitelung von Fernsehprogrammen, Gebärdensprache im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie die Verwendung von Minderheitensprachen in Gerichts- und Verwaltungsverfahren in bestimmten Regionen besonders erwähnenswert. Die interkulturelle Kompetenz von Verwaltung und Polizei ist jedoch verbesserungsfähig (Endbericht Mai 2012).

Im Zuge des zeitgleich laufenden Reformprozesses des Europarats hat der Europäische Menschenrechtsgerichtshof Anfang 2011 erstmalig eine Zusammenstellung von 40 wichtigen und grundsätzlichen Entscheidungen der letzten Jahre vorgelegt (3391102 GCP/RLS), die Fragen kultureller Vielfalt und kultureller Rechte berühren.

Die Urteile (case law) zu Minderheitenfragen, Zugang zu Kultur(erbe), zu Bildung, Sprachenrechten, akademischer Freiheit und Recht auf (historische) Wahrheit betrafen die Türkei, Schweden, Litauen, Lettland, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Polen, Italien, Ungarn, Spanien, Griechenland, Bulgarien, Deutschland, Großbritannien, Österreich und Moldawien. Sie ergingen auf Basis der Grundfreiheiten der Europäischen Menschenrechtskonvention, wie dem Recht auf Privat- und Familienleben, dem Recht auf Meinungsfreiheit und dem Recht auf Bildung.

Es sieht so aus, als ob sich derzeit sowohl auf europäischer Ebene als auch in der UN eine Bereitschaft zu wirksamem und pragmatisch-praktischem Umgang mit der Stärkung kultureller Dimensionen von Menschenrechten anbahnt.

Die Verfasserin ist Leiterin des Fachbereichs Kultur, Memory of the World der Deutschen UNESCO-Kommission e.V. und Vorsitzende des Lenkungsausschusses Kultur des Europarats ■

Wirtschaftliche Interessen versus Kultur

Die Konvention Kulturelle Vielfalt auf dem Prüfstand • Von Hans-Jürgen Blinn

Zugegeben, die Überschrift ist reißerisch, aber Hand aufs Herz, hätten Sie begonnen, diesen Artikel zu lesen, hätte er wie folgt gelautet: „Aktuelle Verhandlungen über die Einführung einer Negativliste im Rahmen eines neuen Freihandelsabkommens mit Kanada betreffen auch kulturelle Dienstleistungen"? Wohl kaum. Und doch sollten Sie weiterlesen, falls Sie am Erhalt kultureller Vielfalt im Sinne der UNESCO-Konvention von 2005 interessiert sind.

Kulturelle Vielfalt ist eine unverzichtbare Ressource für die Freiheit und Entwicklung unserer pluralistischen Gesellschaft. Ihre Stärkung ist eine Zukunftsinvestition. Das UNESCO-Übereinkommen soll eigentlich sicherstellen, dass bei sich öffnenden Märkten und fortschreitender Deregulierung im Rahmen der WTO und der Europäischen Union weiterhin Kulturpolitik, öffentliche Kunst- und Kulturförderung möglich bleiben. Kernstück des Übereinkommens ist daher das Recht eines jeden Staates, regulatorische und finanzielle Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, die Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen auf seinem Staatsgebiet zu schützen, auch und gerade gegenüber Vereinbarungen, die in Handelsabkommen getroffen werden. Diese Handlungsmöglichkeiten werden durch die neuesten handelspolitischen Entwicklungen zwischen der EU und Drittstaaten eingeschränkt.

Im Weißbuch „Kulturelle Vielfalt" der Deutschen UNESCO-Kommission wurden konkrete Vorschläge und politische Handlungsempfehlungen für die deutsche und europäische Kulturpolitik ausgearbeitet. Nun wäre es an der Zeit, diese Vorschläge in praktische Politik umzusetzen und anzuwenden. Nur, so scheint es mir, will dies nicht recht gelingen.

Anlass meiner pessimistischen Einschätzung ist die aktuelle Verhandlungsrunde über ein neues Freihandelsabkommen zwischen der EU (und ihren Mitgliedstaaten) und Kanada. Da die Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) nach wie vor ins Stocken geraten sind und mit einer Wiederbelebung der Doha-Runde zur Zeit nicht zu rechnen ist, schlug die Kommission vor, mit bedeutenden Handelspartnern eigenständige Abkommen zum Abschluss zu bringen. So soll Europas Wirtschaft der Zugang zu globalen Märkten erleichtert werden, aber auch umgekehrt sollen Angebote ausländischer Dienstleistungserbringer einen möglichst ungehinderten Zugang zum deutschen Markt erhalten. Dabei stellt sich, wie immer in diesem Zusammenhang, die Frage nach der Ausgestaltung unserer staatlichen Verfasstheit: Es gilt, die Balance zwischen freiem Markt und staatlicher Daseinsvorsorge auszutarieren.

Einige bilaterale Handelsabkommen sind ausgehandelt oder werden verhandelt, so mit Indien, Südkorea, Kolumbien, Peru, einem Verbund von Staaten des karibischen und des zentralamerikanischen Raumes. Dabei wurden, durchaus im Konsens mit der Kulturseite, spezielle Kulturprotokolle als Annexe zu diesen Handelsabkommen mit Drittstaaten vereinbart. Dabei steht nicht allein die Verbesserung des gegenseitigen Marktzugangs für kulturelle Waren und Dienstleistungen im Vordergrund, sondern, ganz im Sinne der UNESCO-Konvention, soll durch diese Protokolle der kulturelle Sektor in den politischen Dialog mit den EU-Partnerstaaten mit einbezogen werden; dies gilt insbesondere in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern.

Diese Kulturprotokolle befassen sich mit Aspekten wie der Förderung des Kulturaustauschs (Waren und Dienstleistungen), der Erleichterung der Einreise und des (vorübergehenden) Aufenthaltes von Künstlern und anderen Kulturschaffenden sowie deren Ausbildung und Zusammenarbeit. Des Weiteren sollen Ko-Produktionen im audiovisuellen Sektor unterstützt und die Zusammenarbeit im Bereich der Darstellenden Künste und im Bereich Literatur- und Verlagswesen gefördert werden. Schließlich will man die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Kulturerbes durch einen verstärkten Informations- und Erfahrungsaustausch (best-practices) fördern.

Von diesem Konzept der Sonderbehandlung kultureller Dienstleistungen weicht die Kommission ohne einleuchtende Erklärungen derzeit bei den Verhandlungen mit Kanada ab. Was ist nun das Neue im Zusammenhang mit Kanada? Die bisherige Struktur der Dienstleistungsverpflichtungen bei den WTO-Verhandlungen (GATS) und bei den bisherigen Freihandelsabkommen sah vor, dass man nur explizit („positiv") Sektoren auflistet, für die eine Liberalisierungsverpflichtung gelten soll. Kanada schlägt nun vor, eine sogenannte „Negativliste" zu erstellen. Wie der Name schon sagt, sollen dort alle Dienstleistungssektoren aufgeführt werden, die nicht liberalisiert werden sollen, während alle nicht aufgeführten Bereiche ungeschützt sind. Alles nicht so schlimm, sagt die

Weiter auf Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

Kommission – abgesehen von dem erheblichen Mehraufwand bei der Auflistung aller Gesetze und Verordnungen, die es zu schützen gilt!

Dieses Vorgehen will mir nicht so recht einleuchten, schließlich schreibe ich mir bei meiner wöchentlichen Einkaufsliste, wie die meisten vernünftigen Menschen, auch nur die Dinge auf, die ich kaufen will und nicht die, die ich nicht brauche. Genau dies verlangt man aber nun von uns im Rahmen des Abkommens mit Kanada. Dabei kann sich die Kommission auf die grundsätzliche Zustimmung der Bundesregierung stützen. Die Begründung für den Politikwechsel ergebe sich, so das Bundeswirtschaftsministerium, nicht zuletzt aus dem Vertrauen, den das Rechtsstaatssystem Kanadas in der EU genieße. Die Sinnhaftigkeit dieser Aussage hat sich mir bisher noch nicht erschlossen. Und eine Abwägung mit den Vorschriften der UNESCO-Konvention nimmt weder die Kommission noch die Bundesregierung vor.

Es überrascht insbesondere die Art und Weise, in der der Paradigmenwechsel vollzogen wird. Die deutschen Länder wurden sehr spät – und meines Erachtens auch sehr widerwillig – in diesen Abstimmungsprozess mit einbezogen, obwohl nach der – immer noch geltenden – föderalen Struktur unserer Verfassung, die Bereiche Bildung und Kultur nicht allein durch den Bund bei der EU zu verhandeln sind. Artikel 23 Grundgesetz gilt nach wie vor.

Aber es kommt noch besser. Bestimmte Dienstleistungen sind von der Aufnahme in diese Negativliste ausgenommen, so zum Beispiel die „in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbrachten Dienstleistungen“. Nach der Definition des GATS-Abkommens sind dies Dienstleistungen, die weder auf kommerzieller Basis noch im Wettbewerb mit einem oder mehreren Dienstleistungsanbietern erbracht werden. Beispielhaft sind dies Polizei, Justiz, Strafvollzug, Militär, öffentliche Verwaltung, Grenzsicherung und Luftverkehrssicherung. Weiterhin gilt die Ausnahme für das öffentliche Beschaffungswesen, Subventionen, Beihilfen, Regelungen zum Schutz geistigen Eigentums und audiovisuelle Dienstleistungen (Rundfunk).

Kulturelle Dienstleistungen werden bei diesen Ausnahmen nicht genannt, obwohl der Wortlaut des durch den Europäischen Rat am 27. April 2009 gegenüber der Kommission erteilten Mandats dies ausdrücklich vorschreibt (Ziffer 22 des Mandats). Mit anderen Worten, audiovisuelle und andere kulturelle Dienstleistungen sollen nicht Teil des allgemeinen Handelsabkommens werden, sondern, wie bisher, im Rahmen eines eigenen Kulturprotokolls geregelt werden. Auch dies steht so explizit im Mandat an die Kommission unter Titel 4 Ziffer 27. Jedoch: „Papier ist geduldig“ und die „Normative Kraft des Faktischen“ sind „Rechtssätze“ im politischen Geschäft, die auch die EU-Kommission kennt.

Ärgerlich an diesem Vorgehen ist einerseits der durch nichts zu rechtfertigende Paradigmenwechsel und auch die Art und Weise, wie man ihn „verkaufen“ will. So erklärte das Bundeswirtschaftsministerium auf mehrfache Nachfrage, eigentlich ändere sich „gar nichts“ im Vergleich zu den bisherigen Abkommen. Der EU-Kommissionsvertreter im Ausschuss für Kulturfragen verkündete in der Sitzung am 15. Juni in Brüssel auf Nachfrage Frankreichs mit einer nicht zu überbietenden Arroganz, die Verhandlungen mit Kanada stünden unter einer neuen Logik (!), wobei die Kommission jedoch plane, das ihr erteilte Mandat zu respektieren (?) und die internationalen Verpflichtungen vollumfänglich einzuhalten. Ich halte diese Erklärungen weder für logisch noch für transparent im Hinblick auf die Beweggründe der handelnden Parteien.

Dem Europäischen Parlament (EP) sind diese Vorgänge auch nicht verborgen geblieben. Es hat daher am 8. Juni eine Entschließung zu den Handelsbeziehungen zwischen der EU und Kanada verabschiedet, in der es unter anderem feststellt, dass die Kommission sich zwar dafür entschieden habe, bei der Liberalisierung der Dienstleistungen das Konzept einer „Negativliste“ zu verfolgen, jedoch sei das EP der Ansicht, dass dieser Ansatz als reine Ausnahme zu betrachten sei und nicht als Präzedenzfall für künftige Verhandlungen dienen dürfe. Das EP betont, dass im Kapitel „Investitionen“ das Recht beider Parteien auf Regulierung gewahrt bleiben müsse, vor allem in den Bereichen nationale Sicherheit, Umwelt, Volksgesundheit, […] und kulturelle Vielfalt und fordert die Kommission auf, sensible Bereiche wie Kultur, Bildung, nationale Verteidigung und Volksgesundheit ganz vom Anwendungsbereich der Investitionsabkommen auszunehmen. Bisher leider ohne Erfolg!

Sollten Sie auch die Auffassung des Europäischen Parlaments teilen, so schließen Sie sich meinem Appell an die Bundesregierung und die EU-Kommission an, das Mandat für die Verhandlungen mit Kanada wortgetreu umzusetzen und anstelle einer Negativliste eine Bereichsausnahme für kulturelle Dienstleistungen in Verbindung mit dem Abschluss eines Kulturprotokolls auszuhandeln.

Warum können eigentlich immer nur „Wirtschaftsexperten“ Handelsabkommen aushandeln? Ach so, es geht ja um Geld, viel Geld!

Der Verfasser ist Ministerialrat im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur in Rheinland-Pfalz ■

Norwegen und die Terrorattacke

Ein Kommentar von Steffen Reiche

„Wenn das in Norwegen passieren kann, dann kann es überall passieren.“ Auch deshalb hat uns die Terrorattacke von Anders Breivik so aufgewühlt wie lange nichts zuvor. In Skandinavien, ausgerechnet in dem Land mit dem höchsten Bruttosozialprodukt pro Kopf der Welt, mit dem höchsten Sozialstaatsindex, dem Land, in dem immer wieder Friedensverhandlungen mit Erfolg vorbereitet und durchgeführt wurden, eine geradezu mustergültige Demokratie, in der auch Politiker so leben wie der Mensch von nebenan.

Man muss nach Worten suchen, denn mit dem Wort Terrorattacke ist das Geschehene nicht zutreffend beschrieben. Ist „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ angemessener? Auch der Rechtsstaat kommt in ein Dilemma. Auf Mord stehen in Norwegen 21 Jahre Haft, auf ein Terrorverbrechen 30 Jahre. Aber auch dann leben die vielen hundert Eltern, Geschwister und Freunde noch mit der Erinnerung an jenen 22. Juli in Oslo und auf der Insel Utøya. Würde man Anders Breivik hingegen per Gutachten für schuldunfähig erklären, würde er lebenslänglich weggesperrt. Aber er bliebe ohne Strafe, denn er wäre ja als nicht straffähig erklärt worden. Jemanden jedoch, der mit solcher Akribie seine Tat vorbereitet und mit einem 1.500-seitigen Pamphlet „begründet“ und dann mit solchem „Erfolg“ eiskalt durchführt, darf man fraglos nicht für schuldunfähig erklären: Denn wer hätte dann noch Schuld? Der Rechtsstaat Norwegen ist in einem Dilemma, da er auch nicht nachträglich Gesetze ändern und Strafmaße neu definieren kann. „Nulla poene sine legis.“ Ohne Gesetz kann es keine Strafe geben. Doch wie sollte man eine Strafe für ein bisher undenkbares Verbrechen, bei dem ein einziger persönlich und ohne Komplizen 77 Menschen tötet, vorher festlegen? Aber wenn in Norwegen, dann überall!? So haben wir es immer wieder gehört, gelesen und selber gedacht. Ja, es gibt die Gefahr, dass sich Vergleichbares auch woanders ereignet. Zum einen durch Nachahmer, zum anderen aber durch die Situation, in die wir mit höchster Sicherheit in der nächsten Zeit weltweit hineingeraten werden. Denn der wohl kaum noch zu verhindernde Clash of Finance, bei dem wir in den Abgrund geraten, aus dem wir uns 2008 mit 15 Billionen Dollar frei- und losgekauft haben, wird viele Menschen in eine schwere Not und Arbeitslosigkeit stürzen. Der Rechtsstaat also sollte sich rüsten, denn verhindern kann er Vergleichbares wie in Norwegen nur begrenzt, will er nicht zum totalen Überwachungsstaat degenerieren. Also sollte er es wenigstens ahnden können.

Jens Stoltenberg, der Regierungschef Norwegens, hat genauso beeindruckend wie überraschend als Reaktion auf das Verbrechen mehr Demokratie versprochen. „Mehr Demokratie wagen“ war 1972 für viele besser einleuchtend als heute, angesichts einer solchen Tat. Aber es ist angesichts der Herausforderungen der Zukunft die vielleicht einzig sinnvolle Lösung.

Wir stehen nicht vor der Endzeit wie uns viele Apokalyptiker jetzt weismachen wollen. Nein, seit 2000 Jahren wird dieser Begriff gebraucht für etwas, was nicht von Menschen gemacht wird, sondern von außerhalb der Geschichte einst erst kommen soll. Nicht vor der Endzeit stehen wir, aber vor einem Systembruch, wie er tiefer nicht zu denken ist und wie ihn auch kein Lebender bisher miterlebt hat.

Winston Churchill hat in seinem bekannten Demokratiebonmot am 11.11.1947 im Unterhaus gesagt: „Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ Bisher gibt es Demokratie nur im nationalen Rahmen. Es gibt sie in diesem Rahmen nicht nur auf der nationalen Ebene, sondern auch auf regionaler und kommunaler Ebene, in Vereinen, Verbänden und Körperschaften. Aber im internationalen, im supranationalen Rahmen gibt es sie noch nicht. Nirgendwo. Denn auch die Europäische Union ist so undemokratisch, dass sie sich selbst nicht beitreten könnte, weil sie ihren eigenen Demokratieanforderungen an ihre Mitglieder selber nicht genügt. Und deshalb können die jetzt notwendigen Entscheidungen im internationalen und globalen Rahmen nicht getroffen werden und die Lösungen, die dann erst nach langwierigen Verhandlungen gefunden werden, sind nicht nachhaltig genug, kommen zu spät oder sind nur Formelkompromisse. Unsere Demokratie ist in der nationalen Sackgasse gefangen. Und das Fatale ist: Es gibt keinen demokratischen Weg aus der nationalen Sackgasse, in die unsere Demokratie geraten ist. Wie sollte sich auch auf demokratischem Wege eine Demokratie quasi selber abschaffen beziehungsweise überwinden. Das geht eben nicht mal in der EU.

Das Verfassungsgericht hat, als gegen den Lissabon-Vertrag geklagt wurde, festgestellt, dass die weitere Übertragung demokratischer Rechte auf die europäische Ebene, also eine Zustimmung zu einer echten, dringend notwendigen Europäischen Verfassung, mit dem Grundgesetz nicht vereinbar wäre. Der einzige Weg wäre, dass das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung die Verfassung so verändert beziehungsweise sich eine neue Verfassung gibt, die das dann ermöglichen würde. Glaubt jemand ernsthaft, dass in einer so schwierigen Situation, wie sie notwendig wäre, damit die Politik diesen Weg zu gehen bereit wäre, das deutsche Volk diesem Weg dann zustimmen würde?

Die Demokratie ist auf demokratischem Wege nicht zu retten! Die nationalen Demokratien müssten ja zustimmen, dass wir für die Demokratie einen neuen Bezugsrahmen bestimmen. Wer noch mehr Beweise braucht, stelle sich nur vor, auf welchem Wege die UNO zu einer ihren eigenen Werten und den Menschenrechten entsprechenden Institution umgebaut werden könnte? Die heutige Struktur entspricht noch dem längst überwundenen Ost-West-Gegensatz und schreibt die Strukturen nach dem Zweiten Weltkrieg fest. Wie wollen wir zu einer UN kommen, die ihren Aufgaben entsprechend organisiert wäre. Märkte können sich nicht selbst regulieren. Dazu gibt es den Staat. Aber wer ist das Gegenüber für den Weltmarkt? Globale Organisationen, die von Nationen gelenkt werden, die dort ihre Interessen durchsetzen wollen. Verbittert oder zynisch fragt man sich, gibt es keinen Weg aus dem Dilemma? Ich denke, es gibt nur einen Weg. Der Punkt, diesen Weg nicht gehen zu müssen, ist schon längst überschritten.

Die Lösung, der wir mittlerweile unaufhaltsam entgegenstreben, ist der Clash, der Zusammenbruch. Nun nicht wie von Samuel Huntington vorhergesagt der Clash of Civilizations, sondern der Clash of Finance. In den Abgrund, in den die Welt 2008 gesehen hat beziehungsweise ihre politischen Führer, werden wir noch hinab müssen. Die Lösungen, die das verhindern würden und die es ja gibt, sind auf demokratische Weise nicht mehr in der angemessenen Zeit zu beschließen. Zu finden wären beziehungsweise sind sie. Denn wir haben ja kein Erkenntnisdefizit, sondern „nur“ ein Umsetzungsdefizit. Das heißt das als notwendig Erkannte zu tun, ist mit den heutigen demokratischen Mitteln nicht möglich. Und deshalb wird die dauerhafte Nichtlösung der Probleme zu dem Clash führen, in dessen Folge dann auch die neuen Strukturen entstehen, deren Existenz die Voraussetzung für die Lösung gewesen wäre.

Die Demokratie ist tot, es lebe die Demokratie. Die nationale Demokratie ist an ihrem Ende, denn sie kann die notwendigen Lösungen nur denken, nicht aber beschließen. Die nationale Demokratie ist tot, es lebe die globale Demokratie. Denn nur sie kann den multinational agierenden Unternehmen, nur sie kann dem Weltmarkt den Rahmen setzen, den er braucht, um nachhaltig und auf Dauer zu funktionieren.

Der Verfasser ist Pfarrer in Berlin und war von 1999 bis 2004 Minister für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg ■

politik und kultur

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Die Zeitung des Deutschen Kulturrates erscheint 6-mal im Jahr und berichtet ausführlich über:

- kulturpolitische Entscheidungen
- Debatten zu kulturpolitischen Themen, u.a. im Bereich Steuer- und Urheberrecht, kulturelle Bildung und Kulturwirtschaft
- das kulturelle Leben in Deutschland und Europa
- kulturpolitische Diskurse

Einmal gratis testen!

Fordern Sie Ihr persönliches Exemplar an unter Tel. 030/24 72 80 14, Fax 030/24 72 12 45, post@kulturrat.de

Der Geist des neuen Tunesien

Wie das Goethe-Institut in Tunis die revolutionären Umwälzungen in Tunesien begleitet • Von Werner Bloch

Schade eigentlich um die schönen Autos. Die glitzernden Ferraris, die Spyder und Cayenne, alles Neuwagen für die tunesische Oberschicht – jetzt sind sie Schrott. Kaum waren sie von der Rampe gerollt, im Hafen von Karthago, eine halbe Autostunde entfernt von Tunis, da übergossen Jugendliche die Karosserien mit Benzin und fackelten sie ab. Es war kurz nach dem 14. Januar 2011, gerade hatte sich der feiste Diktator Ben Ali ins Exil abgesetzt. Die brennenden Autos wurden zum Symbol für eine kleptomanische Ära, das Fanal zum Ende einer Unrechtsherrschaft. Es war das Feuer der tunesischen Revolution.

Das Goethe-Institut in Tunis **Foto: Frank Ossenbrink**

Die Künstlerin Faten Rouissi hatte gleich eine Idee. „Als ich bei einem Spaziergang die ausgebrannten Schrottautos sah, wusste ich sofort: Das sind Skulpturen, das ist wunderbare Kunst“, sagt Tunesiens wohl wichtigste Gegenwartskünstlerin. Sie ist Mitte dreißig, rote Lederjacke und Sonnenbrille, und hat ein Atelier gleich um die Ecke in Sidi Bou Said, einer weißen Stadt auf einem Hügel am Meer.

„Ich habe sofort andere Künstler eingeladen, Sprayer, Performancekünstler, Maler, Theaterleute. Wir haben die Wracks bemalt, beschrieben, die Hymne auf ein neues Tunesien drauf eingeritzt.“ Rouissi strahlt. Sie erklärt ihr Werk zur Geburtsurkunde einer neuen, autonomen Kunstszene Tunesiens.

Das alles hat auch eine Menge mit dem Goethe-Institut zu tun. Denn Faten Rouissi hatte sich, wie viele andere Künstler, in der Phase des Umbruchs ans Goethe-Institut in Tunis gewandt. Woher bekommt man Unterstützung in Zeiten einer Revolution? Sicherlich nicht beim eigenen Kulturministerium, das noch von den Gefolgsleuten Ben Alis betrieben und gleichgeschaltet war. Die Goethe-Leute aber warfen ihr Jahresprogramm sofort um.

„Bis zum 17. Januar, also drei Tage nach der Revolution, war unser Institut geschlossen, danach haben wir alle bisherigen Planungen nach Gesprächen mit unseren tunesischen Partnern hinterfragt und geändert,“, sagt Dagmar Junghänel. Die Leiterin des Instituts in Tunis ist froh, dass der Kontakt zu den Künstlern und Intellektuellen so schnell weiterging – er war ja auch eigentlich schon vorher da. Das Goethe-Institut genießt den Ruf, nicht nur deutschen Kulturexport zu betreiben, sondern Deutsches und Einheimisches zu vernetzen. „Die waren ja alle schon bei uns“, sagt Junghänel.

Zum Beispiel die Schauspielerin und Choreographin Raja Ben Ammar, ein Star in der arabischen Welt. Ben Ammar hat mit ihrem Mann, einem Regisseur, auch in Deutschland gelebt, sie haben mit Johann Kresnik und William Forsythe zusammengearbeitet. Aber das akademische Tanztheater in Europa möchte sie nicht eintauschen gegen das fulminante Abenteuer des tunesischen Umbruchs. „Es stimmt ja, wir haben hier keine Kunsthochschule, keine Tanzakademie, nichts – wo doch das Theater notwendiger ist denn je. Ein Land, in dem die Institutionen nicht ausbilden, ist wie ein Haus, das keine Spiegel hat.“

Ab Oktober zeigt sie – ebenfalls mit Goethe-Unterstützung – das Stück zur Revolution: Facebook. Ohne Facebook hätte das alles nicht stattfinden können, es war Info- und Kontaktbörse, subversive Plattform und widerspenstige Buschtrommel in einem. Aber auch die Kunst der Revolution hat dabei ihren Platz. „Bis dahin waren wir Künstler ja alle getrennt“, meint Faten Rouissi, „unter Ben Ali wusste doch keiner von uns, was der andere macht. Hier fanden wir zum ersten Mal zusammen. Raus aus den Ateliers, raus aus den Museen – das ist der Geist des neuen Tunesien.“

Mit Hilfe des Goethe-Instituts wurde die Kunstaktion mit den Autowracks noch einmal neu inszeniert – auch für andere Zuschauer nacherlebbar. Zwei der Schrottwagen wurden von Lastern vor die Kathedrale von Karthago gekarrt, dem so genannten Acropolium, einer aufgelassenen, aber weithin sichtbaren, weiß strahlenden Kirche, direkt neben den Ausgrabungen zum historischen Karthago. Dazu kamen Tänzer, die um die Autos herum ein Spektakel aufführten, während sich im Inneren der Kirche Rapper ein Stelldichein gaben: drei wichtige Gruppen des Landes, die unter Ben Ali im Gefängnis gesessen hatten – die Bild- und Geräuschkulisse der Revolution.

Erstaunlich, wie schnell die Revolution aufgearbeitet wurde. Da lief schon nach kurzer Zeit der Film „No more fear“ von Mourad Ben Cheikh, ein Dokumentarstück, das auch in Cannes gezeigt und prämiert wurde. Da hat die Bloggerin Lina Ben Mhnemi ein faszinierendes Buch geschrieben, das es inzwischen sogar auf Deutsch gibt: „Vernetzt euch“. Und da setzt sich die Arbeit in den Diskussionen vor allem in Tunis fort, an denen sich erstaunliche Zeitgenossen beteiligen. Jeden Samstag um 14 Uhr diskutieren im Theater El Hamra in der Veranstaltungsreihe „Sans parti pour une patrie – Parteilos für ein Vaterland“ Künstler, Aktivisten und am Umbruch Interessierte. An einem Samstag fand dort beispielsweise eine sehr kontroverse Diskussion mit dem Führer der größten islamistischen Partei und einer kritischen Islamwissenschaftlerin sowie den Revolutionären statt.

Klar, es geht nicht alles ganz so schnell voran in Tunesien, wie man sich das wünschen würde. Viele Künstler ächzen unter der Doppelbelastung: Neben dem politischen Engagement haben sie ihre Kunst, ihre Arbeit, von der sie tagtäglich leben.

Das Goethe-Institut hat in dieser Situation versucht, gemeinsam mit den anderen deutschen Mittlerorganisationen Weichen zu stellen und Kontakte zu ermöglichen. Die Beauftragte des Landes Brandenburg für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe, wurde nach Tunis eingeladen, ebenso wie der Direktor der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen, Hubertus Knabe. Der ließ sich gleich zusichern, Fotos einer Ausstellung zur tunesischen Revolution des Fotografen Bouali bei sich in Berlin zeigen zu können.

So sehr das Interesse an der tunesischen Revolution deutlich wird – in der Wirtschaft ist von einem Demokratiebonus nichts zu spüren, der Mangel an Arbeitsplätzen hat eher noch zugenommen. 40 Prozent der Hochschulabsolventen gehen direkt in die Arbeitslosigkeit. Dagegen hat das Goethe-Institut gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer in Tunis das Kooperationsprojekt „Über die Sprache zum Arbeitsplatz“ entwickelt. „Bei uns werden junge Tunesier sechs Monate lang mit 20 Wochenstunden Deutschunterricht intensiv vorbereitet“, erzählt Dagmar Junghänel. Sie können dort ein Goethe-Zertifikat erwerben, das ihnen bei einer späteren Arbeitssuche nutzt. Gleichzeitig übernimmt die Außenhandelskammer in Tunis die Vermittlung an Firmen und das Coaching in den verschiedensten Arbeitsbereichen, bei deutsch-tunesischen Unternehmen, auch Hotels. Dazu kommen Qualifikationsmaßnahmen für Bildungs- und Kulturakteure, ab Herbst 2011 auch Seminare für Kulturmanager aus dem nahöstlichen und nordafrikanischen Raum.

Ganz nah an den Interessen der Jugendlichen ist das sogenannte BOTY – ein Breakdance-Wettbewerb mit internationalen Juroren. Die Gewinner dürfen zur afrikanischen Ausscheidung nach Zimbabwe reisen, gesponsert von einem Energy-Drink-Hersteller. „Für uns ist es enorm wichtig, endlich mal international anerkannt zu werden“, sagt einer der Breakdancer, die aus zwölf Städten anreisen, dazu auch aus den ärmeren ländlichen Gebieten.

Auch im Filmbereich tut sich eine Menge. Da soll ein so genannter Filmbus durch die Provinzen rumpeln und Kurzfilme zeigen, die die Demokratisierungsbemühungen abbilden. Schon 2010 hat das Goethe-Institut im so genannten Projekt „Generation 21“ jeweils vier junge Filmemacher aus Tunesien und Deutschland zusammengebracht, die zu einem Drehbuchworkshop mit Filmexperten nach Hammamet kamen und an einer Serie von Kurzfilmen arbeiteten, die nun in Tunesien und in Deutschland gezeigt werden.

Auch das ist eine ziemliche Veränderung, wenn man bedenkt, dass unter Ben Ali nach Kinofilmen grundsätzlich nicht diskutiert werden konnte. Als das Goethe-Institut 2008 im Kino Mondial in Tunis zum ersten Mal „Das Leben der Anderen“ zeigte, kamen leise, manchmal ironische Kommentare wie „Ich wusste ja nicht, wie schockierend die undemokratischen Verhältnisse in der DDR waren“ – wobei augenzwinkernd jeder verstand, dass sich solche Kommentare nicht auf die DDR bezogen, sondern auf Tunesien. Inzwischen kann offen ausgesprochen werden, worum es in Tunesien geht.

Mit seinen Deutschland-Wochen, seinen Jugendtheater-Workshops, Manga-Shows, Poetry Slams und Veranstaltungen zur erneuerbaren Energie ist das Goethe-Institut nah dran an Tunesiens Jugend – gäbe es da nicht das Raumproblem. Die Sprachkurse finden zwar in Tunis statt, die Büros aber liegen zwischen Karthago und Tunis, und die alte, schöne Villa, in der das Goethe-Institut eigentlich beheimatet ist, wird derzeit erdbebensicher umgebaut. Veranstaltungen finden zurzeit nur bei Partnerorganisationen statt – und ausgerechnet während der Revolution keinen eigenen bespielbaren Raum zu haben, sondern jedes Mal auf Hilfe angewiesen zu sein, war dann doch ein ziemliches Handicap.

Wer aber die revolutionären Energien spüren will, der braucht nur die Fotografien von Hameddine Bouali zu betrachten, dem Fotografen der Revolution. Erstmals wurden sie mit deutscher Hilfe im Kulturzentrum Madart in Karthago ausgestellt. Eines seiner Bilder von einer Demonstration ist zur Ikone der Revolution geworden: Eine schöne, wilde, zu allem entschlossene junge Frau, die ihre Wut wild herausschreit und eine große, rote, tunesische Fahne über die ausgebreiteten Arme hält. Bouali drückte ab, es war die zweihundertfünfzigstel Sekunde, die einem Bild zur Ewigkeit verhilft – ein Bild, zu dem eine Epoche gerinnt. Bouali erinnert sich, was auf dem T-Shirt des Mädchens steht: „Tunesien gehört dir, es gehört mir, Tunesien gehört uns allen. Das heißt: Niemand soll ausgeschlossen werden – ob man einen Schleier trägt oder einen Minirock, ob man Alkohol trinkt oder nicht, ob man religiös ist oder nicht an Gott glaubt – das ist das neue Tunesien.“

Der Verfasser ist freier Journalist und schreibt für die Süddeutsche Zeitung, die Welt, die Zeit und arbeitet für die ARD ■

Zeitschriften bei ConBrio
nmz
politik/kultur
Jazz Zeitung
Oper&Tanz
Kulturaustausch
www.conbrio.de

→ NAHOSTansichten

Istanbul – In die Stadt

Von Reinhard Baumgarten

Istanbul. In dieser Stadt werde ich die kommenden Jahre leben. Ich werde sie verlassen, wenn ich nach Griechenland, Zypern oder in den Iran reise, um von dort zu berichten. Ich werde sie verlassen, wenn ich nach Stuttgart, Heidelberg und Oberhessen fahre, um meine Familie zu besuchen. Und ich werde sie verlassen, wenn ich Kleinasien erkunde, diese unglaublich schöne und berückend vielfältige Landbrücke zwischen Südosteuropa und Westasien.

Istanbul. Um die 15 Millionen Menschen leben hier. Zehn im europäischen Teil, fünf im asiatischen. Mein Büro ist oberhalb von Ortaköy im Stadtbezirk Beşiktaş auf der europäischen Seite. Hier ist der gleichnamige Fußballclub beheimatet. Der Beşiktaş Jimnastik Kulübü ist der älteste der drei großen Istanbuler Fußballvereine. Vor wenigen Tagen erst haben die Spieler entschieden, den im Frühjahr erkämpften Titel „Pokalsieger 2011“ zurückzugeben. Die Vereinsführung soll in Schiebereien verwickelt gewesen sein. Die Spieler wollen sich mit dieser Geste davon distanzieren. Fenerbahçe, der große Rivale aus dem asiatischen Teil Istanbuls, steckt noch tiefer im Skandalsumpf. Die Mannschaft ist Meister geworden und muss wahrscheinlich aus der Süper Lig in die zweite Liga absteigen.

Istanbul. Die Mega-City auf zwei Kontinenten zwischen dem Land der Sarazenen in Arabien und dem Land der Sarrazinen in Mitteleuropa. Die bevölkerungsreichste Stadt Europas. Die Stadt mit dem größten überdachten orientalischen Bazar und den europaweit modernsten und größten Einkaufszentren – Wer hätte das gedacht? Hier stehen mit der Hagia Irene die älteste Kirche und mit der Sultan Ahmed Camii die größte Moschee Europas. Hier saßen die Herrscher dreier Weltreiche.

Samstagnachmittag im Stadtteil Beyoğlu. Meine Frau und ich treffen unsere knapp 18 Jahre alte Tochter im Taksim-Park. Dort erproben sich Grafitti-Künstler aus ganz Europa. Ein DJ bringt uns mit ohrenbetäubender Musik an den Rand eines Hörsturzes. Inlineskater trainieren auf einer Halfpipe, Skateboarder mit Dreadlocks üben sich in Sprungtechniken, Breakdancer schrauben sich durch die schwülwarme Luft. Nur 300 Meter entfernt auf der Istiklal Caddesi – der berühmtesten Bummelmeile Istanbuls – begegnet uns zunächst ein Zug demonstrierender ultranationalistischer Grauer Wölfe, dann ein Protestzug von Frauen, die gegen häusliche Gewalt demonstrieren, dann Banner tragende Computer-Nerds, die gegen Internetzensur Front machen, dann eine Gruppe von Tscherkessen, die Moskau Grausamkeit an ihrem Volk vorwerfen. Später tauchen kurdische und kommunistische Demonstranten auf, die der Regierung Wortbruch, Rechtsbruch und andere Brüche vorwerfen. Bereitschaftspolizisten halten Abstand, Straßenmusiker vertonen die Szenerie. Der Taksim-Platz und die Istiklal Caddesi messen wie eine eineinhalb Kilometer lange Quecksilbersäule die Temperatur der Istanbuler Befindlichkeit. An Wochenenden schieben und drängeln sich bis zu zwei Millionen Menschen täglich über diesen eineinhalb Kilometer langen Laufsteg.

Abend in Istanbul Foto: Albrecht E. Arnold/pixelio

Istanbul, die alte, die ehrwürdige Stadt. Vielerorts kommt sie mir vor wie ein Halbstarker, der viel Zeit im Sportstudio verbracht hat und dem Muskelaufbau mit vielen zusätzlichen Proteinen und Anabolika nachgeholfen hat. Geld, richtig viel Geld ist hier offenbar im Umlauf. Bürotürme und Hochhäuser schießen aus dem Boden, ständig werden neue Einkaufszentren gebaut, fast jeden Abend sehe ich irgendwo in dieser großen weiten Stadt Feuerwerke aufsteigen.

Aber es gibt auch das andere Istanbul. Es gibt die Wohngebiete der Frommen, wo die Zahl der verhüllten Frauen steigt. Es gibt die Quartiere der Armen, die jeden Kurusch (leitet sich vom deutschen Groschen ab) umdrehen müssen. Es gibt vernachlässigte Straßenzüge, wo die Bewohner mit Zwangsräumung rechnen müssen, weil die Bausubtanz aufgemöbelt, das Wohnviertel aufgebessert werden soll. Istanbul ist ein Kosmos für sich. Eine Stadt voller Geschichten mit großer Geschichte. Ein Schmelztiegel besonderer Art, den es zu entdecken und zu beschreiben gilt.

Dazu gehören auch Geschichten jener, die schon vor Jahren, Jahrzehnten oder vielen Generationen diese Stadt verlassen haben/mussten: Juden, Griechen, Armenier zum Beispiel. Viele Kulturen haben hier Spuren hinterlassen. Das ist nicht nur im Stadtbild zu sehen. Schon der Name ist ein Amalgam: εις την Πόλιν oder στην Πόλη (griechisch: istimbolin – in die Stadt, zur Stadt) wurde 1453 von den Türkisch sprechenden osmanischen Eroberern verballhornt zu: Istanbul.

Ich freue mich auf meine Zeit in ἡ Πόλις – hē Polis – Der Stadt, wie die alten Griechen sagten, auf Bāb-il Âliî – die Hohe Pforte – wie die Osmanen unter anderem ihre Hauptstadt nannten, auf Stamboul wie zunächst Araber, dann Armenier und schließlich Europäer die zeitlose Metropole nannten. Ich freue mich auf die vielen Eindrücke, die ich journalistisch verarbeiten und übermitteln werde aus Istanbul – IN DIE STADT.

Der Verfasser ist ARD-Korrespondent für die Türkei, Griechenland, Zypern und Iran ■

www.kulturpartner.net

WDR 3
Kulturpartner
Deutscher Kulturrat e.V.

Kunst und Religion II: Integration versus Aufklärung

Ein Beitrag aus „kulturstimmen.de“ • Von Wolfgang Böhler

Anlässlich eines Besuches in der Schweiz hat Olaf Zimmermann, der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, vor einigen Wochen beschrieben, wie in Deutschland Kulturförderung neuerdings in den Strudel des religiösen Dialoges gerät – nicht zuletzt im Zuge der Diskussionen um die Integration von Migranten aus nichtchristlichen Kulturen. Dabei rutscht die Kulturpolitik (das hat Zimmermann nicht gesagt, ist aber eine Konsequenz daraus) in eine Art Double-Bind-Position: Sie muss zwei widersprüchliche Aufgaben erfüllen. Welche davon falsch ist, lässt sich aber einfach feststellen.

Die Kulturpolitik müsse in Zukunft so gestaltet werden (das hat Zimmermann wiederum so gesagt), dass Migrantinnen und Migranten gleichen Zugang und gleiche Chancen haben wie alle anderen Künstler. Damit – so kann man Zimmermanns Aussage interpretieren – macht die Kulturförderung einen entscheidenden Schritt weg von der Aufgabe der Definition einer nationalen Identität oder Selbstdarstellung; sie entwickelt sich hin zur Hüterin einer offenen Gesellschaft und zur Garantin für Chancengleichheit, die sich weder national noch weltanschaulich festlegen darf.

Eine solche Ansicht kann man uneingeschränkt teilen. Kulturförderung sollte konsequent verhindern, dass Themen, Prozesse oder Ideen aus was für Gründen auch immer tabuisiert oder ausgeklammert werden. Es ist zwar nicht ihre eigentliche Aufgabe, aber ein bedeutender Selbstverteidigungs-Mechanismus, der garantiert, dass sie ihre zentrale Bestimmung erfüllen kann: Raum für neue Erkenntnisse, Erfahrungen und gesellschaftliche Entwürfe zu schaffen und Tabuisierungen zu verhindern. Sie sollte dabei wie Justitia blind urteilen und ihre Gunst ungeachtet der Herkunft, gesellschaftlichen Stellung und politischen Überzeugung der Bittsteller erweisen.

Dabei bleibt es aber leider nicht. Bislang, so Zimmermann, habe für den Deutschen Kulturrat die religiöse Frage keine eigentliche Rolle gespielt, und es habe einen Grundkonsens gegeben, dass sie auch keine Rolle spielen sollte. Man habe nicht gewollt, dass „die Religion Kulturförderstrukturen überlagert“. Von diesem Prinzip komme man nun ab. Religiöse Strukturen, die es im Kulturbereich gebe, sollten auch in den Kulturrat integriert werden. Damit müsse man sich Gedanken machen, wie man mit den religiösen Strukturen arbeite.

Soll die Kulturförderung sich tatsächlich im Rahmen des interreligiösen Dialoges engagieren? Kann sie dazu einen Beitrag leisten, den andere Institutionen nicht zu leisten imstande sind? Als Argument dafür erinnerte Zimmermann daran, dass religiöse Äußerungen ja auch Teil der Kultur seien. Er gab aber auch offen zu, dass man sich da auf ein Minenfeld begebe.

Hier sollte man das Fähnlein der Aufklärung hochhalten: Kulturförderung darf nicht affirmativer Teil des religiösen Dialoges werden, sie muss vielmehr säkulare Garantin einer offenen Gesellschaft bleiben. Würde sie zur Partnerin im interreligiösen Dialog, müsste sie auf religiöse Empfindlichkeiten Rücksicht nehmen und unter Umständen Tabus mittragen, wo sie als Hüterin der offenen Gesellschaft die Aufgabe hätte, dafür zu sorgen, dass diese Bürgern, die sie nicht als die ihren betrachten, nicht aufgezwungen werden können.

Es ist zu hoffen, dass sich Kulturförderer gegen eine Vereinnahmung durch (inter-)religiöse Debatten konsequent zur Wehr setzen und damit ein unmissverständliches Zeichen dafür setzen, dass Religion Privatsache bleibt und nicht den politischen Dialog mitbestimmen darf.

In einer Hinsicht allerdings teilen Kulturförderung und Religion einen gesellschaftlichen Wert: Beide sollten dafür stehen, dass der Mensch, das Individuum einen eigenen Wert hat, ganz unbhängig von seinem wirtschaftlichen Leistungsvermögen, seinem Warenwert als Arbeitskraft oder seiner gesellschaftlichen Stellung.

Der Verfasser ist Musikphilosoph und Chefredakteur des Codex flores Onlinemagazins, in dem der Text am 15. Juli 2011 erstmals erschien ■

Kulturstimmen.de

Die neue Rubrik Kulturstimmen.de lässt Raum für Reaktionen auf Artikel von *politik und kultur* und Positionen des Deutschen Kulturrates. Der aktuelle Beitrag von Wolfgang Böhler erschien als Reaktion auf einen Vortrag von Olaf Zimmermann, den er bei der Tagung „Kulturpolitik zwischen Globalisierung und nationalem Interesse“ in Aarau/Schweiz hielt.
Beziehen auch Sie Stellung und senden uns Ihre Leserbriefe oder nutzen Sie die Möglichkeit auf der neuen Diskussionsplattform www.kulturstimmen.de, direkt auf Beiträge zu antworten und mit dem Verfasser beziehungsweise mit den Verfassern von Kommentaren in Dialog zu treten. Ein Anspruch auf Veröffentlichung von Leserbriefen besteht nicht. Die Redaktion behält sich Kürzungen bei Leserbriefen vor.

Profil einer Kulturstadt

Stefanie Ernst im Gespäch mit Jens Böhrnsen, Senator für Kultur in Bremen

Auch in Bremen wählten die Bürger in diesem Jahr eine neue Regierung. Die rot-grüne Regierung wurde bestätigt. Welche Auswirkungen im kulturpolitischen Bereich zu erwarten sind,fragte *politik und kultur* nach.

1 ***politik und kultur:*** Nach eigener Aussage will die SPD im Senat Bremen zu einer Kulturstadt profilieren. Wie wollen Sie dieses Vorhaben erreichen?

Jens Böhrnsen: Bremen ist eine Kulturstadt. Uns geht es um Nachhaltigkeit in der politischen Förderstrategie. Dazu gehört, dass Bremen ein großstadtangemessenes Kulturangebot vorhält und wir die besonderen Profile auch im nationalen Kontext unterstreichen. Unser Credo ist es, eine attraktive Stadtkultur nach innen und außen zu präsentieren.

2 ***puk*:** Worin liegt Ihres Erachtens die Stärke der Bremer Kultur?

Böhrnsen: Die Vielseitigkeit der Angebote und die tief verankerte Bereitschaft der Akteure, sich auch außerhalb des engen beruflichen Verantwortungsbereichs für das Gemeinwesen einzusetzen, ist die Stärke der Kultur in Bremen. Die Kulturschaffenden haben sich sehr früh auf die wirtschaftlich veränderten Rahmenbedingungen eingestellt, ohne sich entmutigen zu lassen. Sie entwickeln vielfach innovative Strategien des Fundraising. So sind impulsgebende Angebote auch unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen möglich.

3 ***puk*:** Wird es in der neuen Legislaturperiode zu Einsparungen im Kulturetat kommen?

Böhrnsen: Die Haushaltsberatungen beginnen erst im Herbst. Ich werde für eine Fortschreibung des Kulturetats kämpfen. Dies bedeutet bei steigenden Tariflasten trotz eines engagierten Eintretens für die Kultur leider zusätzliche wirtschaftliche Anstrengungen für die Einrichtungen.

4 ***puk*:** Anders als in anderen Bundesländern wie NRW, in denen nach der Wahl wiederum ein Kulturministerium eingerichtet wurde, sind sie nach wie vor Bürgermeister und Kultursenator. Hat sich diese Konstruktion bewährt?

Böhrnsen: Aus meiner Sicht ja. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass man keine überbordenden Apparate installiert, sondern klare Strukturen schafft. Ansprechpartnerin für das operative Geschäft ist meine Staatsrätin Carmen Emigholz. Sie wird unterstützt von einer kleinen, leistungsfähigen Kulturverwaltung, die nach einer Reform nicht nur Kapazitäten abgebaut hat, sondern auch nach modernen Verwaltungsgrundsätzen arbeitet. Mir liegt die unterstützende Funktion meines Hauses für die Kulturszene sehr am Herzen.

5 ***puk*:** Kulturelle Bildung hat an den Schulen allzu häufig einen schlechten Stand. Wie könnte Ihrer Meinung nach Kunst und Kultur wieder stärker in den Unterricht eingebunden werden?

Böhrnsen: Generell mag dies gelten. In Bremen gibt es jedoch zahlreiche Beispiele für eine sehr gute Kooperation zwischen den Ressorts Bildung und Kultur. Wir unterstützen alle Kräfte, die diese Netzwerke weiter ausbauen und beobachten sehr genau, wo noch Handlungsbedarfe bestehen.

Hervorzuheben sind Initiativen der Bremer Kulturträger, solche Projekte im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen. Dies gilt insbesondere für die Kunsthalle, die Bremer Philharmoniker und die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen.

Jens Böhrnsen ist Senator für Kultur in Bremen, Stefanie Ernst ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Kulturrat ■

Jens Böhrnsen, Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen und Senator für Kultur
© Senatspressestelle Bremen

Digitalisierung:
Kunst und Kultur 2.0

Welchen Herausforderungen muss sich der Kulturbereich mit Blick auf die Digitalisierung stellen? Wie sehen die neuen Verbreitungsformen von künstlerischen Inhalten aus? Wie gestaltet sich europäische und nationale Medienpolitik im digitalen Zeitalter? Was bedeutet der Vorschlag einer Kulturflatrate? Wie verändert sich das wissenschaftliche Publizieren durch die Digitalisierung und was wollen Wissenschaftler? Was können Verlage in Zeiten der Digitalisierung leisten?

Digitalisierung: Kunst und Kultur 2.0
Hg. v. Olaf Zimmermann
und Theo Geißler. 240 Seiten. 14,90 Euro + Versand.
ISBN 978-3-934868-25-0

Bestelladresse: Deutscher Kulturrat, Fax: 030/24 72 12 45
oder: www.kulturrat.de/shop.php

Mommert meint

Der 11. September 2001 war ohne Zweifel – nach dem Ende des Kalten Krieges – auch ein großer Einschnitt für die Kulturszene in vielen Ländern der Welt. Auch im vereinten Deutschland rückte man unversehens von der lange gepflegten Nabelschau etwas ab und bemühte sich in Literatur, Theater und anderen Gebieten mehr als in früheren Jahren um einen Blick über den Tellerrand, angefangen von Christoph Schlingensiefs vielleicht zunächst eher etwas rätselhaften Versuchen mit „Atta Atta“ an der Berliner Volksbühne oder seinem umstrittenen Bayreuth-Debüt mit einem „afrikanischen Parsifal“ bis zur ungewöhnlichen, provokanten Neudeutung von Mozarts Oper „Idomeneo“ durch Hans Neuenfels an der Deutschen Oper mit einem geköpften Mohammed im Schlussbild. Der heftige Streit um das Mohammed-Schlussbild in der Oper dürfte nach den unfassbaren Ereignissen in Norwegen und der neu entbrannten Diskussion um Fremdenhass und Terror neue, schreckliche Aktualität erhalten haben. Von Sympathien für den Massenmord am 11. September in New York war nirgends die Rede, doch wurde ein großes Nachdenken unter Künstlern spürbar, die ja als „sensible Sensoren“ oft die ersten sind, die gravierende gesellschaftliche Veränderungen aufspüren und in ihren Werken umsetzen.

„Wer den Raum der Kunst benutzen kann, wird so leicht kein Terrorist“, ist eine Künstlermeinung. Oder konkreter auf unseren bundesrepublikanischen Alltag mit seinen Gewaltexzessen unter Jugendlichen und auf U-Bahnhöfen übertragen: „Wer die kulturelle Bildung vernachlässigt und zum Beispiel Musikschulen schließt, weiß nichts von den Zusammenhängen zwischen einer auch musisch gebildeten Persönlichkeit und dem ausgeprägten Hang zur Gewaltlosigkeit.“

Überhaupt wäre es nicht das Schlechteste, wenn Politiker, oft blind geworden durch allzu viele Alltagshektik, öfter ins Theater, in die Oper und in Ausstellungen gingen oder zu einem neuen Buch in der zeitgenössischen Literatur greifen würden. Dort werden oft Dinge schon behandelt, von denen sie sich vorher nichts träumen ließen, auch schleichende Veränderungen im gesellschaftlichen Gefüge oder im Bewusstseinsstand der Bevölkerung, deren Vertreter sie doch sein wollen. Nicht immer kommt es nur auf aktuelle Umfragen der Meinungsforschungsinstitute an, die im Übrigen auch so manches Mal daneben gelegen haben, meint Mommert.

Wilfried Mommert ■

Zwischen Depublizierung und mobilem Userverhalten

Gabriele Schulz im Gespräch mit Andreas Hummelmeier

tagesschau.de ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen. Gabriele Schulz führte ein Gespräch mit dem neuen Redaktionsleiter der Nachrichtenseite, Andreas Hummelmeier, zu aktuellen Entwicklungen.

politik und kultur: Herr Hummelmeier, Sie sind seit dem 1. Juni der neue Redaktionsleiter von tagesschau.de. Was ist Ihre zentrale Aufgabe?

Andreas Hummelmeier: tagesschau.de bietet seit 1996 aktuelle Nachrichten im Netz. Maßstab ist die Qualität, die man von der Fernseh-Ausgabe kennt. Online erreichen wir mit unseren Inhalten nicht nur den Zuschauer, der um 20:00 Uhr den Fernseher einschaltet, sondern bieten den ganzen Tag über die Möglichkeit, sich zu informieren. Ich habe lange Fernsehen gemacht und finde es jetzt interessant, mich mit dem Rhythmus und den besonderen Bedingungen von Online-Nachrichten zu befassen.

***puk*:** Die ARD zeichnet sich dadurch aus, dass sie sowohl Hörfunk- als auch Fernsehprogramme hat. Wie werden bei tagesschau.de die beiden Stärken der ARD, Hörfunk und Fernsehen, miteinander in Verbindung gebracht und welche Rolle spielt der Text dabei?

Hummelmeier: Die ARD ist weit mehr als nur Das Erste – sie ist eine Gemeinschaft von neun Landesrundfunkanstalten mit vielen Angeboten im Fernsehen und im Hörfunk. Diese Film- und Hörfunkbeiträge sind das Pfund, mit dem wir wuchern. Sie werden bei tagesschau.de kaum ein Thema finden, zu dem wir nicht einen Hörfunkbeitrag oder einen Nachrichtenfilm anbieten. Das unterscheidet uns von anderen Nachrichtenseiten. Wir versuchen ein Gleichgewicht zwischen Textinformationen, die natürlich sein müssen, und den Video- und Audiobeiträgen herzustellen. tagesschau.de profitiert dabei in besonderer Weise von der Sachkenntnis der Korrespondenten vor Ort, insbesondere was die Berichterstattung aus dem Ausland betrifft. Die Qualität, die die für das Fernsehen liefern, findet man auch bei uns.

***puk*:** Verstehe ich Sie richtig, dass Sie auf mehr Beiträge zurückgreifen können als diejenigen, die speziell für Tagesschau oder auch Tagesthemen produziert wurden?

Hummelmeier: Wir nutzen alle Möglichkeiten, die die ARD bietet, also nicht ausschließlich Tagesschau und Tagesthemen, sondern auch das, was die Hörfunkreporter, vor allem die Hörfunk-Auslandskorrespondenten, an Beiträgen anbieten.

***puk*:** Ich persönlich bin ein großer Fan der Videoblogs der Auslandsfernsehkorrespondenten. Ist es geplant, hier noch mehr Länder in den Blick zu nehmen?

Hummelmeier: Die Videoblogs sind ein Ertrag des großen Korrespondentennetzes der ARD. Wir probieren bei tagesschau.de neue Formen aus, um die Möglichkeiten des Netzes zu nutzen. Ein Tagesschaubeitrag ist 1:30 Minuten lang, ein Videoblog darf durchaus länger sein. Unsere Auslandskorrespondenten sind es gewohnt, in der Tagesschau sehr sachlich, sehr distanziert zu berichten und nur Themen aufzugreifen, die von hoher politischer Relevanz sind. Da ist wenig Chance für eine persönliche und individuelle Handschrift. Diese Handschrift können sie aber bei den Videoblogs zeigen und viele Kolleginnen und Kollegen entdecken ihre Freude und ihr Vergnügen daran, sich in diesem Medium auszuprobieren und Geschichten zu erzählen, für die es sonst keinen Platz gibt. Wir bieten das allen Korrespondenten an. Viele nutzen es, bei manchen ist es einfach nicht möglich, weil sehr viel für das Fernsehen zu tun ist, sodass keine Zeit bleibt für ein Nebenbeiprodukt wie ein Videoblog.

***puk*:** In der Tagesschau oder auch in den Tagesthemen hat Kultur keinen festen Platz, abgesehen von Großereignissen wie den Bayreuther Festspielen oder aber dem Tod bekannter Künstler wie jüngst bei Amy Winehouse. Böte tagesschau.de die Chance, dass der Kulturbereich stärker aufgenommen werden könnte?

Hummelmeier: Kultur findet bei der ARD in vielen Programmen und Formaten statt. Natürlich kann man immer diskutieren, ob auch die Nachrichtensendungen wie die Tagesschau noch mehr machen können. Das gilt auch für tagesschau.de. Ich glaube aber nicht, dass wir so etwas wie eine „Kulturquote“ brauchen.

***puk*:** tagesschau.de ist im Netz ein Angebot unter vielen. Zum einen gibt es natürlich die Verlagsangebote wie zum Beispiel SPIEGEL ONLINE oder welt.de, zum anderen Angebote von Einzelpersonen. Ich denke bei letzterem an den Blog von Stefan Niggemeier oder auch den von Michael Spreng, die meinungsorientiert sind. Wie sehen Sie Ihre Rolle innerhalb dieses Wettbewerbs, der eigentlich ein Wettbewerb um Aufmerksamkeit ist?

Hummelmeier: tagesschau.de ist zunächst und vor allem eine Nachrichtenseite. Das ist unsere Kernkompetenz. Die haben wir seit 1952 aufgebaut, denn solange gibt es die Tagesschau. Das tragen wir ins Netz. Die Blogs sind nur begleitende Elemente. Dabei sehen wir uns auf keinen Fall als Konkurrenz zu anderen Angeboten wie den von Ihnen genannten Medienblogs. Wir nutzen die Möglichkeiten des Netzes, um durch interaktive Angebote mit unseren Usern und Zuschauern ins Gespräch zu kommen. Ein Großteil unserer Blogs beschäftigt sich mit unseren Inhalten oder mit der Präsentation von Inhalten. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist das Attentat in Norwegen vom Juli dieses Jahres. Wie berichten wir über den Attentäter, welche Bilder verwenden wir, wie vermeiden wir es, uns zum Sprachrohr seiner kruden Thesen zu machen? Diese Fragen beschäftigen uns und beziehen sich direkt auf unsere Arbeit. Uns interessieren die Rückmeldungen von unseren Usern. Das ist aber nicht das Zentrum unserer Arbeit und deshalb sehen wir uns auch nicht als Konkurrenzangebot zu anderen Seiten.

Andreas Hummelmeier – Redaktionsleiter von tagesschau.de
Foto: NDR/Dirk Uhlenbrock

***puk*:** Andere empfinden Sie ja durchaus als Konkurrenz, wenn ich daran denke, dass derzeit sieben Verlage gegen das Angebot der Tagesschau-App geklagt haben. Wie sehen Sie diese Position?

Hummelmeier: Zunächst finde ich es schade, dass wir uns vor Gericht treffen müssen, um das zu klären. Ich habe da eine ganz klare Meinung dazu. Die Verlage sind natürlich Wirtschaftsunternehmen und dementsprechend gestalten sie auch ihre Angebote. Wir glauben, dass es gerade bei Nachrichten wichtig ist, dass die Inhalte, die Informationen, frei verfügbar sind. Dass niemand dafür extra bezahlen muss, um auf dem Laufenden zu bleiben, egal auf welche Weise er sich informiert. Unsere Angebote sind nicht kostenlos, sondern jeder Einzelne hat für diese Inhalte bereits mit der Rundfunkgebühr beziehungsweise künftig mit der Haushaltsabgabe bezahlt. Und wir müssen einfach sehen, dass Informationen schon lange nicht mehr nur über das Fernsehen oder über das Radio abgerufen werden und auch schon lange nicht mehr nur über den heimischen PC, sondern immer häufiger über mobile Geräte und dorthin bringen wir unsere Nachrichten. Damit ermöglichen wir allen Menschen, egal ob jung oder alt, egal für welches technische Gerät sie sich entscheiden, sich zu informieren, teilzuhaben am gesellschaftlichen Diskurs. Genau das ist unsere Aufgabe.

***puk*:** tagesschau.de gehört zu den Internetangeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die nicht nur publizieren, sondern gezwungenermaßen durch den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag auch depublizieren müssen. Was bedeutet das für Sie und wie schätzen Sie ein, wird es weitergehen?

Hummelmeider: Die Depublizierung haben wir jetzt hinter uns. Wir haben einen Großteil unserer Archivinhalte löschen müssen. Hintergrund ist, dass wir nach dem Willen des Gesetzgebers im Wesentlichen nur aktuelle Inhalte anbieten dürfen. Es gibt ein paar Ausnahmen, etwa die 20-Uhr-Tagesschau und die Tagesthemen, die als zeitgeschichtliche Dokumente gelten. Sie dürfen wir unbefristet online halten, die 17-Uhr-Ausgabe beispielsweise hat diesen Status nicht und muss nach sieben Tagen gelöscht werden. Die Vorgaben des Rundfunkstaatsvertrags haben dazu geführt, dass wir Zehntausende von Beiträgen löschen mussten. Das ist inzwischen abgeschlossen. Für unsere tägliche Arbeit bedeutet das, dass wir einfach darauf achten müssen, Inhalte rechtzeitig zu löschen, zu depublizieren, und für die User bedeutet das einen großen Verlust an Informationen aus unserem Archiv.

***puk*:** Führen diese Vorgaben dazu, dass Ihre Redakteure eine gewisse Schere im Kopf haben und überlegen, ob es sich lohnt, in ein Thema so zu investieren, es zusätzlich aufzubereiten, wenn es letztendlich dann doch nach einiger Zeit wieder depubliziert werden muss?

Hummelmeier: Nein, das glaube ich nicht. Aufgabe der Nachrichtenredakteure bei tagesschau.de ist es, über die tagesaktuellen Ereignisse zu berichten. Wir bemühen uns, schnelle und zuverlässige Informationen zu liefern. Es gibt keine Schere im Kopf, wenn wir daran denken, dass diese Inhalte nach einer kurzen Frist nicht mehr greifbar sein werden. Die Regeln sind so und wir halten uns daran.

***puk*:** Vielen Dank für das Gespräch.

Andreas Hummelmeier ist Redaktionsleiter von tagesschau.de. Er war zuvor Chef vom Dienst der Fernsehausgabe der Tagesschau.
Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Reformation und Musik als Chance

Gabriele Schulz im Gespräch mit Udo Dahmen

Das Jahr 2012 steht im Rahmen der Reformationsdekade 2017 unter dem Motto „Reformation und Musik“. Im Ausblick auf dieses Jahr führte Gabriele Schulz ein Gespräch mit Udo Dahmen, Künstlerischer Direktor, Geschäftsführer und Professor der Popakademie Baden-Württemberg in Mannheim.

politik und kultur: Herr Dahmen, Sie haben bei einem Treffen der Synode der Evangelischen Kirche in Baden-Württemberg gesagt, dass in der Kirche auch extremere Musikstile Platz hätten. Was meinen Sie damit?

Udo Dahmen: Es geht um populäre Musik und ich kann mir durchaus vorstellen, dass Hip Hop und bestimmte Arten von Heavy Metal in der Kirche Platz finden könnten. Es gibt durchaus Strömungen innerhalb der populären Musik, die als White HipHop oder White Metal bezeichnet werden, die im Wesentlichen einen christlichen Hintergrund haben und zu einem erheblichen Teil von jungen Christen gespielt werden. Ich denke einfach, dass da Potenzial zu heben ist.

***puk*:** Meinen Sie, dass die Kirchenmusiker dafür ausreichend beziehungsweise richtig ausgebildet sind oder sehen Sie einen Ergänzungsbedarf?

Dahmen: Ich sehe einen erheblichen Ergänzungsbedarf. Natürlich gibt es mittlerweile durchaus sehr starke Bestrebungen in den unterschiedlichen Kirchenmusikhochschulen, populäre Musikstile in die Ausbildung zu integrieren und es findet zum Teil auch statt. Es ist aber nach wie vor so, dass die Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusiker im Wesentlichen nicht für die populäre Musik ausgebildet werden. Wer aber auch jüngere Menschen wieder stärker an die Kirche heranführen möchte, der sollte nach meiner Meinung dringend nachbessern.

Udo Dahmen Foto: Horst Hamann

***puk*:** Können Sie sich eine Zusammenarbeit der Kirchenmusikhochschulen mit Ihrer Institution, der Popakademie, vorstellen?

Dahmen: Das kann ich mir nicht nur vorstellen, sondern es gibt auch Kontakte zu Kirchenmusikhochschulen, zum Beispiel der in Tübingen. Darüber hinaus kommen auch viele Studierende an der Popakademie aus dem christlichen Bereich.

***puk*:** Wie sehen Sie selbst die Kirchenmusik? Ist es eine Verkündigung oder eine „Umrahmung“ des Gottesdienstes?

Dahmen: Im besten Fall ist es beides. Ich würde es wichtig finden, wenn wir heutzutage in der Kirche beide Elemente, Verkündigung und populäre Musik, verbinden könnten.

***puk*:** Sehen Sie eher die Jugendgottesdienste als einen Ort für die populäre Musik oder sollte sie auch in „normalen“ Gottesdiensten Ihren Platz finden?

Dahmen: Das ist in meinen Augen ein Mehrgenerationenprogramm. Die Rolling Stones sind mit ihren Fans alt geworden. Dementsprechend gibt es gesellschaftliche Bereiche, in die die Kirche mit ihrem doch verengten Musikangebot nicht mehr durchdringt. Das ist die eine Seite. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass sich auch in der Gesellschaft die Relevanz von Popmusik verändert hat. Popmusik wird heute anders betrachtet als vor 30 oder 40 Jahren. Auch diese Musik hat inzwischen einen festen Platz in der Kultur unserer Gesellschaft.

***puk*:** Die Reformationsdekade, die bis 2017 geht, hat im kommenden Jahr das Thema „Reformation und Musik“. Die Reformation hat wichtige Bedeutung für die Musik beziehungsweise die Musik hat die Reformation vorangebracht. Ich denke dabei an Martin Luther, der auch Kirchenmusiklieder geschrieben hat oder auch an Paul Gerhard. Sehen Sie das Jahr „Reformation und Musik“ auch als eine Chance, den von Ihnen angemahnten Veränderungsprozess voranzubringen?

Dahmen: Der reformatorische Gedanke Martin Luthers sollte uns heute wieder mit dem gleichen Geist erfüllen: Es geht darum, wirklich große Bevölkerungskreise zu erreichen. Die populäre Musik könnte hierzu einen sehr wichtigen Beitrag leisten.

***puk*:** Vielen Dank für das Gespräch.

Udo Dahmen ist Künstlerischer Direktor, Geschäftsführer und Professor der Popakademie Baden-Württemberg in Mannheim. Er ist Vizepräsident des Deutschen Musikrates.
Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

„Ich habe die Zeit gesehen“

Horst-Bienek-Ausstellung in Hannover (21. September bis 16. November 2011) • Von Anna Metsch

Der Schriftsteller, Künstler und Filmemacher Horst Bienek (1930–1990) findet in der heutigen Auseinandersetzung mit Literatur in Deutschland wieder Beachtung. Leben und Werk des Autors stehen für die großen Themen des 20. Jahrhunderts: Gewalt, Krieg, Vertreibung, Verhaftung und Arbeitslager im Archipel GULag prägten sein schriftstellerisches Schaffen. Über seine Homosexualität und die Erkrankung an Aids berichtete Horst Bienek mit großer Offenheit in seinen Tagebüchern. Sie dokumentieren zudem seine vielfältigen Kontakte im deutschen Literatur- und Kulturbetrieb bis 1990. Seit 1992 befindet sich Horst Bieneks außerordentlich umfangreicher Nachlass, der seine Arbeitsbibliothek, Typoskripte, Korrespondenzen, Tagebücher, Filme, Tonträger, Fotos und mehr umfasst, in der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek (GWLB) in Hannover.

Im Rahmen des von Reinhard Laube und Verena Nolte initiierten Projektes „Horst Bienek. Ein Schriftsteller in den Extremen des 20. Jahrhunderts“ brachte die GWLB am 23. und 24. Juni 2011 polnische und deutsche Germanisten, Historiker, Zeitzeugen und Publizisten zusammen, die sich Horst Bienek und seiner Zeit in Vorträgen und Diskussionen näherten – was man in einer Publikation wird nachlesen können. Im Gegensatz zu Deutschland übrigens ist Bienek in Polen nicht in Vergessenheit geraten, sondern ein viel gelesener und diskutierter Autor. Seine Aufarbeitung und literarische Darstellung von Gleiwitz im Zweiten Weltkrieg und die Auseinandersetzung mit der eigenen deutsch-polnischen Familie sind wichtige Themen.

Teil des Projektes waren Entstehung und Uraufführung des Films „Horst Bienek – Flucht vergeblich“ von Tilman Urbach. Die Bundesstiftung Aufarbeitung, die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit und der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien förderten das Gesamtprojekt.

Mit der von Verena Nolte kuratierten und vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur geförderten Ausstellung „Ich habe die Zeit gesehen – Literaturausstellung Horst Bienek 1930 bis 1990“, die im Rahmen dieses Projektes entstand und die wegen des großen Zuspruchs erneut vom 21. September bis zum 16. November 2011 zu sehen sein wird, erinnert die GWLB an diesen wichtigen Autor, der mit seinem Werk ein Chronist der deutschen Geschichte ist. Zur Ausstellung ist ein Begleitbuch erschienen. Die Ausstellung gliedert sich in drei Themenbereiche, die für Horst Bieneks Schaffen entscheidend waren: seine Arbeit als Schriftsteller, seine Zeit als politischer Häftling und seine Kindheit im oberschlesischen Gleiwitz.

Bereits als Neunzehnjähriger machte Horst Bienek durch Veröffentlichungen als Autor auf sich aufmerksam. Seine Zeit als Meisterschüler Bertolt Brechts fand ein jähes Ende, als ihn 1951 der Staatssicherheitsdienst der SBZ wegen angeblicher politischer Delikte verhaftete. Nach mehreren Monaten Untersuchungshaft verurteilte ein sowjetisches Militärtribunal ihn zu 20 Jahren Zwangsarbeit im russischen Workuta. Erst 1955 wurde Horst Bienek durch Amnestie in die Bundesrepublik entlassen. Sein Roman „Die Zelle“ (1968) zeugt von der lebenslangen Auseinandersetzung mit diesen Erlebnissen. Bereits während der Arbeit an dem Roman wandte sich Horst Bienek verstärkt seiner Kindheit zu. Es entstanden Gedichte und die Gleiwitzer Tetralogie (1975-1982), die die Kriegsjahre von 1939 bis 1945 in seiner oberschlesischen Heimat zum Thema hat.

Als Horst Bienek im Dezember 1990 in München verstarb, hatte er bereits testamentarisch den zukünftigen Umgang mit seinem Nachlass festgelegt. Alleinerbe der Urheberrechte an seinem Werk wurde die Bayerische Akademie der Schönen Künste in München. Ihr gehörte Horst Bienek an, er leitete auch eine Zeit lang ihre Literaturabteilung. Regelmäßig vergibt die Akademie seit 1991 den Horst-Bienek-Preis für Lyrik. Weitere Rechte am Nachlass liegen beim Carl Hanser Verlag, seinem Verlag. Dessen Geschäftsführer Michael Krüger war lange Zeit Bieneks Lektor. Verbleiben sollte der Nachlass in der vormals Niedersächsischen Landesbibliothek in Hannover, um dort ein Horst-Bienek-Archiv einzurichten, denn bis 1989 war Literatur aus Ost- und Südosteuropa ein Sammlungsschwerpunkt der Bibliothek. Außerdem hatte Bienek bereits 1978 den Kulturpreis Schlesien des Landes Niedersachsen erhalten. Folgerichtig erwarb das Land Niedersachsen im Jahr 1991 den Nachlass, der einen tiefen Einblick in Leben und Werk dieses vielseitigen Schriftstellers ermöglicht, für die Bibliothek.

Der Schriftsteller Horst Bienek Foto: unbekannt

Das Projekt und die Ausstellung sollen den Auftakt für eine intensive Bienek-Forschung bilden und so zur Wiederentdeckung des Autors beitragen. Die GWLB begleitet die Entdeckung mit Erschließungsprojekten. Es ist zu wünschen, dass dieser vielschichtige Schriftsteller zukünftig auch in Deutschland verstärkt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt. Das Horst-Bienek-Archiv der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek und deren Erschließungsprojekte bieten dafür eine hervorragende Grundlage.

Die Internetseite des Horst-Bienek-Archivs informiert unter http://dokumente.leibnizcentral.de/cms/index.php?id=257 über den Nachlass und kündigt Projekte und Veranstaltungen an.

Der Begleitband zur Ausstellung ist für 10,90 € über die Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek und den Buchhandel zu erwerben: Verena Nolte „Ich habe die Zeit gesehen“ – Literaturausstellung Horst Bienek 1930–1990. Hameln 2011. ISBN 978-3-8271-8899-1

Die Verfasserin ist Literaturwissenschaftlerin ■

LUTHER2017 LUTHER2017

Von Wittenberg in die Welt

Die Lutherdekade in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik • Von Cornelia Pieper

Ausgehend von der kleinen deutschen Stadt Wittenberg entfaltete die Reformation Auswirkungen von weltgeschichtlicher Bedeutung quer durch alle Kontinente. Martin Luther hat – auch wenn er dies gar nicht zum Ziel hatte – eine neue Konfession begründet, die sich als deutscher „Exportschlager des Glaubens“ über weite Teile der Welt verbreitet hat und vielerorts noch heute von prägender Bedeutung für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft ist. So ist es nicht verwunderlich, dass das Reformationsjubiläum weltweit als ein ganz besonderes Datum wahrgenommen und begangen wird – ein Datum, dem wir uns als Deutsche ganz besonders verpflichtet fühlen.

Die Einflüsse der Reformation gehen weit über ihre religiöse und kirchengeschichtliche Bedeutung hinaus. Die Reformatoren prägten mit ihrem Engagement wichtige kulturhistorische und gesellschaftspolitische Bereiche in Deutschland, die internationalen Beispielcharakter haben: Luthers Bibelübersetzung gab beispielsweise den entscheidenden Schub für die Entwicklung einer einheitlichen deutschen Schriftsprache und war damit ein wichtiger Faktor bei der Bildung einer deutschen Nation. Philipp Melanchthon – „Lehrer Deutschlands“ – trug mit der Gründung von Schulen wesentlich zum Aufbau unseres Bildungssystems bei. Heute sind die Schauplätze und Wirkungsstätten der Reformatoren nicht nur für Protestanten ein beliebter Anziehungspunkt. Im Jahr 1996 hat die UNESCO zurecht die Luthergedenkstätten in Eisleben und Wittenberg zum Weltkulturerbe der Menschheit erklärt – die Spuren des Reformators, wie Geburts- und Sterbehaus in Eisleben, Lutherhaus, Stadtkirche,

Die Lutherstube im Lutherhaus Wittenberg ist weitestgehend im Originalzustand erhalten geblieben ist © Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt

Schlosskirche und Melanchthonhaus in Wittenberg, ziehen jährlich unzählige interessierte Besucher an.

Martin Luther bietet mit seiner Persönlichkeit und mit seinem Werk als Reformator und Wissenschaftler vielfache Anknüpfungspunkte für Kulturinteressierte, religiöse Gruppen und Vertreter der Wissenschaft. Für Deutschland bietet sich hier die Gelegenheit, sich gastfreundlich und weltoffen zu präsentieren und im Ausland für sich zu werben.

Seit 2010 vertrete ich das Auswärtige Amt als drittes Ressort neben dem federführenden Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und dem Bundesminister des Innern im „Kuratorium zur Vorbereitung des Reformationsjubiläums 2017“. Im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wollen wir mit zahlreichen Projekten die Bedeutung des Jubiläums international würdigen – so zum Beispiel mit einer für das Jahr 2013 geplanten Wanderausstellung in den USA und in Europa, die deutlich machen wird, wie die Reformation als historischer kultureller Schnittpunkt zwischen den Kontinenten auch heute noch Inspirationsquelle vor allem auch im transatlantischen Verhältnis ist. Zumal sich das Bewusstsein einer religiösen Identität jenseits des Atlantiks noch eher verstärkt hat. So dient die Lutherdekade auch der Vergewisserung einer gemeinsamen kulturellen Herkunft mit wichtigen Partnern Deutschlands in Europa und in der Welt.

Das Reformationsjubiläum soll auch Anlass sein, die herausgehobene politische Bedeutung von Religions- und Meinungsfreiheit noch stärker in den Gesprächen mit unseren ausländischen Partnern zu betonen. Dies ist Teil einer werteorientierten Außenpolitik, der ich mich verpflichtet fühle. Besonders in den Transformationsprozessen in der arabischen Welt kann das Thema Reformation nutzbar gemacht werden – es eignet sich, um Anstöße für Reformansätze zu geben und so positiv auf Reformprozesse einzuwirken, ohne sich dem Vorwurf der Bevormundung auszusetzen.

Wir haben das Thema bei einer ersten Veranstaltung in Luthers Heimat Wittenberg im März 2011 aufgegriffen – im Symposium „Wie frei ist der Mensch?“, welches das Auswärtige Amt in Kooperation mit der Geschäftsstelle „Luther 2017“ durchführte. Die Ausstrahlung Luthers und der Reformation auf Reformbewegungen in der Welt, insbesondere auch der islamischen, stand im Fokus. Mit dem Symposium wurden wichtige Multiplikatoren erreicht und Netzwerke gefördert. Dabei begegneten sich nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Wittenberger Bürger und eine Schulklasse der Evangelischen Schule Frohnau, die sich engagiert an der Debatte beteiligten. Nachhaltige Netzwerke können nur entstehen, wenn auch junge Menschen am Dialog teilnehmen. Parallel zur Veranstaltung fand ein interreligiöser Schülerworkshop zum Thema „Mein Traum von Freiheit“ mit Schülerinnen und Schülern aus Deutschland und aus dem Iran statt, die ihre Ergebnisse im Rahmen des Abendprogramms zusammen mit dem Liedermacher und Bürgerrechtler Stephan Krawczyk präsentierten. Der große Erfolg des Symposiums zeigt, wie wichtig die Einbindung der Zivilgesellschaft ist. So wird Auswärtige Kulturpolitik zu einer Außenpolitik der Bürgergesellschaft. Das wird in ganz besonderem Maße auch für das Themenjahr 2013 „Reformation und Toleranz“ gelten.

Gerade dieses Bekenntnis zur engagierten Zivilgesellschaft ist das auch heute noch Aktuelle an den Ideen Marin Luthers, der sagte: „Es gibt keinen Weg zum Frieden, wenn nicht der Weg schon Frieden ist“. Ich selbst möchte gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt diese Ideenwelt gemeinsam mit unseren Partnern in der Welt nutzbar machen.

Die Verfasserin ist Staatsministerin im Auswärtigen Amt ■

Das Gebot der Stunde erkannt

Der Kunsthändler Hans Neuendorf im Porträt • Von Andreas Kolb

Das Gebot am 4. August 2011 um 14.50 MEZ lautet: 5.000 US-Dollar, der geschätzte Wert beträgt 5.200 bis 5.800 Dollar, Gebotsende ist in 5 Stunden und 22 Minuten. Es gilt einem nicht signierten, auf 500 Exemplare limitierten Druck von Pop-Art-Künstler Roy Lichtenstein: „Sandwich and Soda (from Ten Works by Ten Painters)“ . Richtig, hier wird eine Online-Auktion beschrieben. Aber sie findet nicht bei E-Bay, sondern beim weltweit einzigen Online-Auktionshaus im Internet statt: bei artnet. Unter dem Hammer sind heute 251 Gemälde, Drucke, Lithographien, aber auch Designstücke und Fotografien.

Das digitale Auktionshaus, von dem hier gesprochen wird, findet sich unter artnet.com, artnet.de und artnet.fr. Gegründet wurde artnet 1987 in New York von dem Galeristen und Kunsthändler Hans Neuendorf. Es ist ein virtueller Marktplatz für Kunst, eine Anlaufstelle für Sammler und Händler. Heute kommen über 2,5 Millionen Besucher monatlich auf die artnet-Internetseite. „Jeder kann mitmachen, jeder kann dort ein Bild ansehen und kaufen. Und eine Konkurrenz ist weit und breit nicht in Sicht. Zwar gibt es traditionelle Auktionshäuser, die ihre Ware auch übers Internet anbieten und erlauben, dass Kunden über das Internet bieten, anstatt das Telefon zu benutzen. Aber das hat keine Vorteile“, meint Neuendorf. „Unser Hauptvorteil ist, dass wir das Kunstwerk nicht transportieren. Wir haben die ganzen Vorlaufkosten nicht, und können insofern viel günstigere Konditionen anbieten. Wenn jetzt Konkurrenz kommt, kann uns das nur helfen, da es die Kategorie von Online-Auktionen stärken würde.“

Neuendorf erinnert sich: „Wir haben im Jahr 1999 die ersten Kunstauktionen im Internet gemacht und sind damit gescheitert, das war zu früh. Vor wenigen Jahren, 2008, haben wir es noch einmal wiederholt und sind damit sehr erfolgreich. Trotz skeptischer Stimmen aus der Branche: Noch auf der letzten artnet-Hauptversammlung behauptete ein Händler, Umsätze in Millionenhöhe würden niemals übers Internet zustande kommen. Eine Woche später haben wir einen Warhol verkauft für 1,3 Millionen.“

Es gibt noch einen anderen Grund, warum die Online-Geschäftsidee von artnet greift: Neuendorf und sein Unternehmen bringen Transparenz in ein Geschäft, das viele immer noch für eine Geheimwissenschaft halten und auch am liebsten weiter als solche betreiben wollen. In der fehlenden Transparenz sehen viele Kunsthändler ihren Wettbewerbsvorteil, Neuendorf stellt das mit seinem Geschäftsmodell in Frage: „Transparenz schafft Vertrauen zu den Kunden, verbessert den Markt und vergrößert das Geschäft. Wir haben das gemacht, weil kein Mensch die Preise kannte. Es gab Bücher, in denen Verkaufspreise von Auktionen verzeichnet waren, das waren die einzigen veröffentlichten Preise. Da waren dann selten Abbildungen dabei und man wusste nicht, was man sich darunter vorstellen sollte. Als dann die Möglichkeit elektronischer Speicherung und Verschickung bestand, lag es auf der Hand, dass man umstellte vom Buch zum Datenspeicher.“ Ganz nebenbei ist über die Jahre aus der Datenbank von artnet ein virtuelles Museum erster Güte entstanden. Die Datenbank enthält Bild- und Textinformation zu allen Kunstwerken, die seit 1987 in allen Kunstauktionen weltweit gehandelt wurden.

Hinter all dem steckt kein kunstinteressierter Internet-Nerd, sondern ein leidenschaftlicher Galerist alter Schule. 1937 in Hamburg geboren, interessierte sich Neuendorf schon als Pennäler für Kunst. An der Straßenbahnhaltestelle auf seinem Schulweg studierte er die Auslagen eines Buchladens, in dem Kunstbücher ausgestellt waren, wie sie im Nachkriegsdeutschland eben üblich waren: „Bücher so groß wie eine Postkarte mit winzigen, farbigen Abbildungen darauf. Ich erinnere mich an ein solches Buch über Rolf Cavael oder Heinz Trökes. Leute, die damals in den 50er-Jahren bekannt waren. Dann gab‘s da ein Lexikon von Knaur über moderne Kunst, in gelbes Leinen gebunden, das habe ich auswendig gekonnt.“

Auf die Schulzeit folgten Studienjahre, zunächst in Hamburg und Berlin, dann in München, das mit seinem Image als Stadt der Literaten große Anziehung auf Neuendorf ausübte. Während er dort „brav“ sein Kunstgeschichte- und Philosophie-Studium absolvierte – er erinnert sich unter anderem an Professor Stegmüller, der damals über die neue englische Schule, also Russell, Whitehead und Wittgenstein las – spielte die Kunst in seinem Leben plötzlich auf ganz neue Weise eine zentrale Rolle: Sie ermöglichte ihm, sich mit ihrer Hilfe Studium und Lebensunterhalt zu verdienen.

Ein Schulkamarad Neuendorfs war Sohn eines Hamburger Architekten und Kunstsammlers. Dort hing eine ganze Sammlung deutscher Expressionisten wie Nolde, Kirchner, Schmidt-Rottluff, Beckmann unter anderem, darunter Gemälde, aber auch Grafiken. Der junge Neuendorf überlegte: „Der kann sich doch mit seinem Einkommen nicht diese teuren Bilder kaufen“. Also fragte er und bekam eine Antwort, die für ihn der Beginn seiner Tätigkeit als Kunsthändler wurde: „Das ist ganz einfach, du musst sie kaufen, wenn sie noch keiner will.“

Das tat er dann auch: Als erstes trampte er mit 300 geliehenen Mark nach Paris und stöberte dort in den Grafikläden am Quai und in der Rue Bonaparte und anderen Straßen des 6. Arrondissement, bis er Grafiken gefunden hatte, „die auf mich passten“. Darunter waren signierte Lithographien, meist von Matisse, Picasso und Chagall und ähnlich bekannten Künstlern. Die nahm der Tramper in einer Rolle verpackt mit zurück nach München und verkaufte sie peu a peu an seinen Zahnarzt und an Leute, die er kannte.

„Wir hatten damals in Deutschland einen großen Nachholbedarf. Es gab noch fast keinen eigenständigen deutschen Kunsthandel. Wenn man so etwas hatte, waren die Leute begeistert und haben mir erlaubt ‚mit diesen Grafiken Gewinne zu machen.“ Vor die Alternative gestellt, eine universitäre Laufbahn einzuschlagen oder mit Kunst zu handeln, fiel ihm die Wahl nicht schwer. Neuendorf gründete seine erste Galerie in Hamburg in der Werderstraße. Alles begann klein: Im Parterre des Hauses, in dem seine Eltern wohnten, wurde eine Wohnung frei und seine jüngeren Brüder halfen ihm, die Wände weiß zu streichen, und einen Sisal-Teppich reinzulegen.

„Da war meine erste Ausstellung drin, ein Hamburger Künstler, der nicht so bekannt geworden ist. Danach habe ich Grafiken von Chagall ausgestellt, was sehr erfolgreich war“. Kurze Zeit später, so Anfang 1964, hatte er die erste Pop-Art-Ausstellung Deutschlands – ein legendäres Ereignis. Das kam so: „In Paris hatte Ileana Sonnabend, die ja vor kurzem gestorben ist, gerade ihre Galerie eröffnet. Die war der Brückenkopf für den New Yorker Kunsthandel, was die Pop-Art betrifft. Sie wollte die Pop-Art in Europa bekannt machen

Hans Neuendorf gilt als der Internet-Pionier unter den Kunsthändlern © artnet

und ich fand das so fantastisch. Sie hat mir freundlicherweise 30 bis 40, damals schon sehr wertvolle Bilder anvertraut ohne einen Vertrag, ohne Unterschrift. Die habe ich auf einen geliehenen Lastwagen gestellt und bin mit meinem Bruder nach Hamburg zurückgefahren.“

Seit dieser frühen Zeit hat sich der deutsche Kunsthandel völlig verändert, nicht zuletzt durch Neuendorfs Initiative: Als er in Hamburg anfing, war seine Galerie erst die zweite in der Stadt, heute gibt es dort 50 oder mehr. In Berlin, heute trotz fehlenden Hinterlands der Mittelpunkt des Kunsthandels in Deutschland, aber auch auf den Messen in Köln, Basel und anderswo, trifft sich ein Publikum, das in die Hunderttausende geht. Es gibt eine viel größere Nachfrage, viel mehr Wohlstand, und nicht zuletzt viel ererbtes Vermögen, das in den Kunsthandel fließt.

Neuendorf gilt heute als einer der erfolgreichsten und innovativsten Kunsthändler der Welt. Mit seinen Galerien in Hamburg und später Frankfurt war er ein früher Förderer einiger bedeutender Kunstbewegungen der letzten Jahrhunderthälfte und maßgeblich daran beteiligt, mehrere zeitgenössische Künstler durchzusetzen. Er repräsentierte zahlreiche moderne Meister in den formativen Jahren ihrer Karriere, darunter die amerikanischen Künstler Andy Warhol und Cy Twombly, die britischen Künstler David Hockney und Richard Hamilton, die Künstler von der amerikanischen Westküste Robert Graham und Billy Al Bengston, die deutschen Künstler Georg Baselitz, Bernd Koberling und Georg-Karl Pfahler und die italienischen Künstler Lucio Fontana und Emilio Vedova. Darüber hinaus produzierte und veröffentlichte er eine umfangreiche Reihe von Kunstbüchern, Katalogen und Druckserien.

Als Pionier des Kunstmarkts gehörte er bereits 1967 zu den Gründern der ersten Art Cologne, der internationalen Kunstmesse in Köln. Es war ein wesentlicher Erfolg der Messe, geografisch getrennte Händler und Galerien zusammenzubringen und erstmals einen Überblick über den Wettbewerb auf dem internationalen Kunstmarkt zu ermöglichen. Neuendorf erinnert sich: „Es gab zwei Kölner Händler, Zwirner und Stünke, die wollten mehr Leute nach Köln ziehen, um Köln noch attraktiver für den Kunsthandel zu machen. Dann gab es dort einen Kulturdezernenten namens Hackenberg, der sehr aufgeschlossen war und Sinn darin sah, so ein Ereignis nach Köln zu bringen. Er hat das Geld für die erste Werbekampagne der Art Cologne zur Verfügung gestellt. Durch seine Beziehungen in der Stadt und seine politische Macht hat er dafür gesorgt, dass wir einen Ausstellungssaal bekamen. Zunächst den Gürzenich, eine Art Festhalle, die vollkommen ungeeignet war. Da musste man Wände reinstellen. Schon im nächsten Jahr waren wir jedoch wegen des Erfolges im Kunstverein in der Kunsthalle, dann ging das Ganze richtig los.“

Heute lebt Neuendorf überwiegend in Berlin, wo artnet etwa 20 Mitarbeiter hat, aber auch in New York, wo der Hauptbetrieb mit etwa 120 Leuten stattfindet. Neuendorf, für den der Kunsthandel nicht bei Messe-Events wie der Art Cologne stehen geblieben ist, schwärmt von den Möglichkeiten des Internets:

„Für den Kunsthandel ist das Internet ein fabelhaftes Kommunikationsmittel. Sie können quasi ohne Kosten farbige Abbildungen von Computer zu Computer transportieren, während man früher immer teure Ektachrome machen und per Eilpost herumschicken musste. Die Kommunikation ist enorm verbessert worden, nicht nur über E-Mail, sondern auch durch Breitenstreuung, zum Beispiel auf artnet, wo man viele Leute auf einmal erreichen kann.“

Schlägt man die Homepage von artnet.de auf, dann könnte einem der Verdacht kommen, hier agierten Leute, die sich vor allem im Sekundärmarkt tummeln, sich mit Handlungsware beschäftigen. Bei Hans Neuendorf ist gerade das Gegenteil der Fall: Die Begegnung mit dem Künstler ist es letztlich, die aus dem Kunsthändler im Idealfall den Kunstförderer macht. Als Galerist war Neuendorf Zeit seines Lebens ganz zentral mit der Förderung und dem Aufbau von Künstlern beschäftigt. Nach seiner Pop-Art-Ausstellung war Neuendorf erstmals nach Amerika gegangen, zusammen mit Ileana Sonnabend. Sie war es, die ihn dann in die Ateliers mitnahm, wo er dann Christo, Warhol, Lichtenstein, Rauschenberg und die großen Pop-Künstler kennenlernte. „Die frühesten Pop-Künstler“, so Neuendorf, „kamen übrigens nicht aus den USA, sondern aus England. Das waren Richard Hamilton, Eduardo Paolozzi, David Hockney, Peter Blake und andere. „Die Begegnung mit dem Künstler führt häufig zu jahrelanger, fast brüderlicher Zusammenarbeit und natürlich auch zu Verbindungen, die nicht auf Verträgen, sondern auf Vertrauen basieren. Natürlich sind auch große Enttäuschungen inbegriffen, wenn der Künstler den Kunsthändler verlässt zugunsten eines anderen, der ihm im Moment attraktiver erscheint.“

Der Verfasser ist Redakteur von politik und kultur ■

STREITFALL COMPUTERSPIELE

COMPUTERSPIELE ZWISCHEN KULTURELLER BILDUNG, KUNSTFREIHEIT UND JUGENDSCHUTZ

Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler.
140 Seiten, ISBN 978-3-934868-15-1, ISSN: 1865-2689,

2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Preis: 9,00 Euro (+ 2,50 Euro für Porto und Verpackung)

**Zu bestellen beim Deutschen Kulturrat, post@kulturrat.de
oder im Online-Shop unter www.kulturrat.de**

Karikatur: Dieko Müller

Kurz-Schluss

Wie ich einmal dazu beitragen konnte, unser Wirtschaftssystem zu fixieren

Mal ganz unter uns: Die Idee einer europäischen Wirtschaftsregierung stammt weder von Angela Merkel, geschweige denn von Nicolas Sarkozy. Vielmehr hat sie im Wesentlichen mein (Ex-?)-Chef Wolfgang Schäuble ausgebrütet. Und weil der in mancher Hinsicht einen schweren Stand hat, im Verhältnis zu unserer zögerlichen Bundes-Ob-Dame, durfte ich über meine alten BND-Kanäle sozusagen den Merkel-Flüsterer abgeben – offen gestanden in diesem Falle aus tiefster innerer Überzeugung:

Unser Europa der Brüssel-Straßburger Quatschbuden hat doch längst ausgedient. Was wir brauchen ist eine effektive paneuropäische Zentralregierung. Aber vermitteln Sie diese Notwendigkeit auch nur mal in einem relativ aufgeklärten Staatswesen wie der Bundesrepublik Deutschland! Sofort haben Sie die fanatischen Föderalisten an der Backe, die Kleinstaaterei-Fürsten, die Grundgesetz-Fetischisten.

Dass es sich bei diesen Dauer-Krittlern im Wesentlichen um angebliche Verteidiger sogenannter immaterieller „Werte“ handelt, trifft sich allerdings gut. Die Völker Europas sind schließlich medial und bildungspolitisch seit Jahrzehnten auf Häuschen, Top-Real-Lohn, Wirtschaftswachstum, Wellness und Happy-Holidays getrimmt. Einen wirklichen Durchblick in Sachen Leerverkäufe, Rating-Agenturen, Eurobonds oder Staatsverschuldung hat bis auf häufig sich irrende sogenannte „Wirtschaftsweise“ sowieso niemand mehr. Da lässt sich wunderbar elementare materielle Existenz-Angst schüren – und der panische Bürger sehnt sich nach einer starken Hand.

Unsere neue europäische Wirtschafts-Regierung liefert ein solides Fundament für die Regentschaft der klaren Vernunft. Es bedarf keines pseudodemokratischen Wahl-Gefummels. Die Sorge ums liebe, gute Geld kennt keine Grenzen, keine Sprachbarrieren, kaum ideologische Vorbehalte. Sie verbindet uns im alternativlosen Geiste des Kapitals zu einer engen, bald wieder kraftvollen Euro-Volksgemeinschaft. Und das wurde höchste Zeit.

Nach der erfolgreichen Installation unserer Euro-Führungs-Elite gilt es nun, dieses Konstrukt behutsam aber nachdrücklich auch ins Bewusstsein der Normalbürger zu implementieren. Solche Aufgaben sind mir bekanntlich auf den Leib geschneidert. Sofort entwickle ich gegen Verdoppelung meiner Rentenansprüche und Beförderung zum „Head of Euro-Promo“ einen sich teilweise überlappenden Dreistufen-Plan.

Erstens: Gleichschaltung der konventionellen Medien. Um Print und Privatfunk brauche ich mich nicht zu kümmern. Hier wurde die geschniegelte Einpassung ins zentralistische Meinungsbild gewissermaßen, dank freiwilliger Selbstaufgabe, aufs Schönste vollzogen. Wenig Widerstand erwarte ich aus den Reihen der öffentlich-rechtlichen Sender. Wir überlassen den ewig wimmernden Kulturwichteln Deutschlandfunk samt Deutschlandradio Kultur als Sprachrohr inklusive der Zuteilung einiger Kurz- und Langwellen-Frequenzen. Dann haben die Kunstquatscher das Gefühl, sie könnten weltweit senden. Ihr chronisches Sendungsbewusstsein mag sich mit ihrem unterentwickelten Selbstbewusstsein und dem ewigen Mangel an wirtschaftlicher und technischer Kompetenz paaren und in fröhlicher Inzucht untergehen. Den anderen Öffentlich-Rechtlichen verpassen wir eine Generalintendanz nach dem Vorbild des Mitteldeutschen Rundfunks. Dieser Sender hat schließlich aufs Trefflichste bewiesen, wie man sich den Regeln der sozialen Marktwirtschaft geschäftlich – aber auch programmgestalterisch – anpasst. Radikales Outsourcing bei konsequenter Anpassung der senderelevanten Inhalte an den Publikumsgeschmack bewirken optimale Akzeptanz – auch bei den glücklichen privaten Zulieferern. Die Anhebung der Intendantengehälter auf Thomas-Gottschalk-Niveau gewährleistet die reibungslose Strukturreform.

Theo Geißler, Herausgeber von *politik und kultur* und Moderator von „taktlos“ Foto: C. Oswald

Als zweites Zentralinstrument zur bürgerlichen Bewusstseinsveränderung nützen wir weitblickend das Internet mit all seinen Social-Networks. Unser erfolgreicher Bundes-Trojaner wurde bereits zum „Euro-Spy“ weiterentwickelt. Im Verbund mit „Euroogle“ (bei der Plattform-Gestaltung halfen uns kostengünstig indische Programmierer) halten wir jetzt für jedes Individuum sensibelste Feinjustierungs-Instrumente in der Hand. Von der Definition des Maximal-Alters via Medikation bis zur Steuerung des Konsumverhaltens auf dem Wochenmarkt obliegt uns die Formung lebenswerter, wirtschaftskonformer Verhaltensweisen jedes einzelnen Euro-Bürgers.

Schließlich drittes, wahrscheinlich wichtigstes Modul der Schaffung einer europäischen Zentral-Kompetenz ist natürlich die Bildungspolitik. Es steht eine radikale Reform des Education-Contents von der Krippe bis zur Promotion an. Weg mit dem ganzen Soft-Soul-Ballast. Jeder Säugling erhält einen Tablet-PC. Von der Vorschule an Chinesisch als erste Fremdsprache. Und dann Mathe, Physik, Informatik. Wem es nicht passt: Wir haben Education-Camps für zwanzig Millionen EU-Bürger in der inneren Mongolei angemietet. Unter chinesischer Leitung. Denn: „Von China lernen, heißt siegen lernen“ (Guido Westerwelle).

Theo Geißler ■

Impressum

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrats

Deutscher Kulturrat e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Herausgeber
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Stefanie Ernst, Andrea Wenger, Barbara Haack, Andreas Kolb

Redaktionsassistenz
Verena Kurz, Tatjana Gridnev

Anzeigenredaktion
Martina Wagner, Tel: 0941/945 93 35, Fax: 0941/945 93 50
E-Mail: wagner@nmz.de

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung
Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlagsgesellschaft

Druck
Gießener Anzeiger Verlags GmbH und Co KG, Gießen

Erscheinungsweise
6 Ausgaben im Jahr

Preis/Abonnement
3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, inkl. Porto im Jahr

Aboverwaltung/Bestellmöglichkeit:
Deutscher Kulturrat e.V., Chausseestraße 103, 10115 Berlin,
Fax: 030/24 72 12 45, E-Mail: post@kulturrat.de

puk ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich.

Alle Ausgaben von *politik und kultur* können von der Homepage des Deutschen Kulturrates (http://www.kulturrat.de) heruntergeladen werden.
Ebenso kann der kostenlose Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3mal die Woche) unter http://www.kulturrat.de abonniert werden.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

politik und kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren ausfindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von *politik und kultur* nennen.

Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages

Diese Ausgabe enthält eine Beilage des *Zweiwochendienst*.

Islam · Kultur · Politik

BEILAGE ZUR POLITIK UND KULTUR

Sept. – Okt. 2011 www.kulturrat.de ISSN 2191-5792 · B 58 662

Kein Märchen aus tausendundeiner Nacht

Der Bruch des 11. September 2001 enthält die Chance eines kulturellen Aufbruchs / Von Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz

Wer sich vor elf Jahren entschloss, Islamwissenschaften zu studieren, wählte bewusst ein sogenanntes „Kleines Fach". So mancher wurde sicherlich von seinen Eltern gefragt, wie er oder sie auf etwas so Abseitiges käme und was er oder sie damit wolle. Letztere Frage zielte auf den ohnehin begrenzten Arbeitsmarkt für Geisteswissenschaftler ab, der bei den Islamwissenschaftlern noch prekärer war. Die Mitarbeiter der Museen für islamische Kunst waren Spezialisten, die sich mit einem Feld befassten, das exotisch war und ein bisschen – zumindest manchmal – an Märchen aus tausendundeiner Nacht erinnerte. Die zeitgenössische Kunst aus dem Nahen Osten spielte eine untergeordnete Rolle. Ein pragmatisches Verhältnis hatten deutsche Unternehmen unterschiedlichster Branchen zu den Ländern des Nahen Ostens beziehungsweise Nordafrikas. Sie konnten dort entweder ihre Waren absetzen oder aber waren als Auftragnehmer, beispielsweise aus der Bauindustrie, in diesen Ländern tätig. Die, wie man heute sagt, islamischen Länder waren gute Auftraggeber, die nur dann kritisch betrachtet wurden, wenn es um die Höhe des Rohölpreises ging.

© Paul Fusco/Magnum Photos/Agentur Focus

Der 11. September 2001 änderte das vertraute Terrain schlagartig. Er war ein kultureller Bruch. Ein kultureller Bruch, weil auf einen Schlag deutlich wurde, dass die westliche Art und Weise zu leben und zu wirtschaften nicht allseits akzeptiert wird. Dieses traf den Westen besonders hart, da nach dem Ende des Kalten Krieges vielfach die Meinung vorherrschte, der Kapitalismus und mit ihm der westliche „way of life" habe gesiegt. Es war darüber hinaus ein kultureller Bruch, weil auf einmal von „dem Moslem" beziehungsweise „dem Islam" gesprochen wurde. Viele selbsternannte oder auch dazu gemachte Experten konnten und können weiterhin in den Medien ihre Meinungen über den Islam verbreiten. Differenzierung ist scheinbar nicht gefragt.

Ein besonders prägnantes Beispiel für die Pflege von Vorurteilen war der Anschlag in Norwegen im Juli dieses Jahres. Ein, wie man so schön sagt, Bio-Norweger verübte ein grässliches Attentat im Osloer Regierungsviertel und der Insel Utøya. Junge Menschen, die in Utøya diskutieren und feiern wollten, wurden erschossen. In den Medien, und zwar unabhängig davon, ob es sich um den öffentlich-rechtlichen oder den privaten Rundfunk handelte, war direkt nach dem Anschlag, als der Attentäter noch nicht bekannt war, von islamistischem Terror die Rede und die „Experten" wussten sogleich die Spuren zu deuten. Dieses wahrlich schreckliche Beispiel zeigt, wie eingeschränkt die Wahrnehmung seit dem 11. September 2001 ist. Wenn etwas Ungeheuerliches passiert, ein Terroranschlag oder ein Attentat, ist der erste Verdacht: Ein Islamist hat dieses zu verantworten und das obwohl von den 249 Terroranschlägen, die in der EU im letzten Jahr zu beklagen waren, „nur" drei einen islamistischen Hintergrund hatten.

Zu den Bildern

Flugzeuge stürzen in das World Trade Center, Rauch steigt auf. Dieses übermächtige, bildhafte Szenario hat sich weltweit in das Gedächtnis der Menschen eingebrannt. Ein einziges Bildmotiv, das in diesen Tagen erneut große Beachtung erfahren wird, da sich die Anschläge des 11. September nun zum zehnten Mal jähren. Wir haben im vorliegenden Dossier bewusst auf dieses Motiv verzichtet. Stattdessen wählten wir Bilder, die auf den ersten Blick alltäglich anmuten. Alle haben einen direkten Bezug zum 11. September, alle zeigen Menschen und Orte in New York, die von der Wucht des Ereignisses eingeholt wurden, und die sich in ganz unterschiedlicher Weise den Welt verändernden Anschlägen stellen. Die Fotos stammen von bekannten Fotografen. Sie setzen den Fokus auf die Menschen, auf den Schock, der bei Ihnen ausgelöst wurde. Aber sehen Sie selbst.

DIE REDAKTION ■

Verräterische Sprache

Allein das Wort „Islamist" ist ein weiterer Beleg für die veränderte Betrachtung von Menschen islamischen Glaubens. Als Ende der 1980er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland die „das Boot ist voll-Position" gegenüber Asylbewerbern weit verbreitet war, wurden aus Asylbewerbern auf einmal Asylanten. Diese rein sprachliche Abwertung war auch ein politisches Signal. Auf einer ähnlich subtilen Ebene des Bedeutungswandels findet die sprachliche Beschreibung von Menschen muslimischen Glaubens statt. Allzu schnell ist von Islamisten und von islamistischer Haltung die Rede. Es wird darüber hinaus oft quantifiziert. Die Moslems sind viele. Ihre Familien haben viele Kinder. Männer unterdrücken ihre Frauen, Väter verbieten ihren Töchtern den Sportunterricht. Vorurteile, Pauschalisierungen und subtile Abwertungen feiern fröhlich Urständ. Eine undifferenzierte Betrachtung von Menschen muslimischen Glaubens konnte sich seit dem 11. September vielfach durchsetzen.

Dass selbst sogenannte Eliten davon erfasst sind, zeigt das Beispiel Thilo Sarrazin. Nicht nur, dass es bemerkenswert ist, dass ein ehemaliger Bahnmanager, Finanzsenator und Bundesbankvorstandsmitglied biologistische Ideen verbreitet, die eigentlich seit 1945 in Deutschland keinen Nachhall mehr finden sollten. Noch bemerkenswerter ist, dass ihm von den Medien so viel Aufmerksamkeit zuteil wird, sodass seine Thesen tatsächlich eine weite Verbreitung finden. Im vergangenen Jahr reihte sich im Zuge des Erscheinens des Buches „Deutschland schafft sich ab" Talkshow an Talkshow, in denen entweder er selbst zu Wort kam oder sich zumindest mit seinen Thesen befasst wurde. In seriösen Zeitungen waren Vorabdrucke zu lesen. Erst im Juli dieses Jahres verschaffte das Kulturmagazin aspekte (ZDF) flankiert von der „Springerpresse" (Welt, Bams und Bild) Thilo Sarrazin erneut einen Auftritt, um seine Thesen von „faulen muslimischen Türken und Arabern", die von Hartz IV leben, zu verbreiten.

Und der Kulturbereich, ist er stumm? Wir denken nein, aber er war und ist nach wie vor verstört. Verstört über die Kraft der Religion. Verstört über den Angriff auf die westliche Welt. Verstört über den eigenen Umgang mit dem Fremden und mit den Fremden.

Kraft der Religion

Die Religion spielte bis zum 11. September 2001 in Deutschland eine untergeordnete Rolle. Selbstverständlich war und ist es jedem selbst überlassen, einer Religionsgemeinschaft anzugehören. Ob jemand glaubt oder nicht, ist Privatsache und die Kirchen sind oftmals moralische Stimmen, die aus guter alter Gewohnheit gefragt werden. Spätestens mit der Wiedervereinigung war die Säkularisierung in Deutschland allgemein akzeptiert. Insbesondere die Kunst hatte sich emanzipiert von der Religion und zwar nicht nur mit Blick auf die Kirche als Auftraggeber für Künstler, sondern auch hinsichtlich der Auseinandersetzung mit Religion. Strenge religiöse Vorgaben sind spätestens mit der Bildungsoffensive in den 1970er Jahren passé gewesen. Das katholische Mädchen aus Niederbayern als Sinnbild für verpasste Bildungschancen dient allenfalls noch als Erinnerung für überwundene Zeiten. Einige Künstler verarbeiteten zwar ihre eigenen religiösen Erfahrungen künstlerisch, doch dieses hatte längst nicht mehr die Sprengkraft wie etwa das berühmte Tryptychon von Max Ernst „Die Jungfrau züchtigt das Jesuskind vor drei Zeugen" aus dem Jahr 1926. Religion schien für die Kunst an Kraft verloren zu haben. Kunst wurde zur Ersatzreligion der Säkularisation.

Der 11. September bricht damit. Auf einmal wird anschaulich, welche Kraft religiöse Überzeugungen entfalten können im positiven wie im negativen Sinne. Dass sie aber eine solche Kraft haben, hat gerade auch im Kulturbereich für Irritationen gesorgt.

Angriff auf die westliche Welt

Mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Zerfall der Sowjetunion, dem Auseinanderfallen des Warschauer Pakts und letztlich der Vereinigung der beiden deutschen Staaten schien die westliche Welt den Wettbewerb der Systeme gewonnen zu haben. Dieser Wettbewerb der Systeme hat die politischen Akteure, aber ebenso die kulturelle Öffentlichkeit dermaßen in Atem gehalten, dass das Aufkommen anderer Strömungen im Nahen Osten, in der arabischen Welt oder auch in Nordafrika kaum zur Kenntnis genommen wurden. – Abgesehen vom Konflikt um Israel und Palästina, der aber eine ganz eigene spezielle Geschichte hat.

Dass in islamisch geprägten Ländern die westliche Art zu leben, zu wirtschaften und zu arbeiten auf Ablehnung stößt, verwirrte gerade jene, die meinten, den Sieg der Systeme errungen zu haben. Es erstaunte jene, die gesellschaftliche Freiheiten mühsam erkämpft hatten. Freiheiten wie das Zeigen des nackten Körpers, gleichgeschlechtliche Liebe, die Emanzipation, den Aufstieg durch Bildung und mehr. Und es ließ jene nicht nur im Osten Deutschlands sprachlos werden, denen durch den Untergang „ihres" Systems die Alternative abhanden gekommen ist.

Wer noch in Erinnerung hat, wie die Wiedereröffnung des Goethe-Instituts und die Einrichtung von Mädchenschulen in Afghanistan nach dem vermeintlichen Sieg über die Taliban gefeiert wurde, hat den stillen Stoßseufzer noch im Ohr, dass die westliche Welt mit ihren Werten wie Gleichberechtigung der Geschlechter doch gesiegt haben könnte. Dass dieses ein Trugschluss

Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Kein Märchen aus tausendundeiner Nacht

war, kann beinahe täglich den Nachrichten entnommen werden.

Umgang mit den Fremden

Der 11. September stellte aber auch den eigenen Umgang mit den Fremden auf eine Probe. Wie sieht es aus mit der Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen Kunst aus Ländern des Orients? Welche Rolle spielt die Kunst der in Deutschland schon lange lebenden Migranten muslimischen Glaubens? Interessiert, welche Bedeutung die Religion für ihr künstlerisches Schaffen hat, tatsächlich? Und überhaupt, wie werden Migranten wahrgenommen? Sind alle Migranten auf einmal Muslime? Wird dabei nicht allzu schnell vergessen, dass die ersten Arbeitsmigranten aus katholisch geprägten Ländern wie Spanien und Italien kamen? Und vor allem, und das ist für den Kulturbereich die schmerzlichste Erfahrung, war nicht allzu oft von der verbindenden Kraft der Kultur und viel zu wenig vom Trennenden die Rede? Wurde nicht viel zu selten beachtet, dass Kultur unter anderem bedeutet zu unterscheiden.

Bruch und Aufbruch

Wir sind fest davon überzeugt, dass, so befremdlich es auch klingen mag, der Bruch des 11. September 2001 die Chance eines kulturellen Aufbruchs enthält. Im Deutschen Kulturrat wäre es vor 9/11 sicherlich kaum denkbar gewesen, sich intensiv mit dem Thema Kultur und Kirche oder wie jetzt mit dem Themenkomplex Islam · Kultur · Politik auseinanderzusetzen, da dieses als zu abseitig, fast gestrig, gewirkt hätte.
Es ist gut, wenn viel bekannter wird, wie vielgestaltig der Islam ist. Welche unterschiedlichen Ausprägungen es gibt, welche Reformbestrebungen, wie sich islamische Theologen mit den Größen der christlichen Theologie auseinandersetzen. Wenn das Bewusstsein für die enge Verbindung der großen monotheistischen Religionen geschärft wird und wenn die Verbindungen deutlicher erkennbar werden.
Es ist erfreulich, wenn neben der Islamwissenschaft, die die islamisch geprägte Welt erforscht und damit einen geografischen Raum von Nordafrika bis Südasien in den Blick nimmt, auch islamische Theologie jetzt einen Stellenwert an den deutschen Hochschulen erhält. Die Etablierung der islamischen Theologie wird sicherlich nicht nur die Arbeit in den Moscheegemeinden, sondern ebenso die Auslegung des Korans verändern. Wenn ein Dialog mit den christlichen Fakultäten entsteht, ist dies sicherlich eine Bereicherung. Und wer heute Islamwissenschaft studiert, belegt kein Nischenstudium mehr. Islamexperten sind nicht nur bei den Sicherheitsbehörden gesuchte Spezialisten.
Es ist positiv, wenn anerkannt wird, dass immerhin 4 Millionen Menschen in Deutschland leben, die muslimischen Glaubens sind und dass diese Gläubigen ebenfalls Anspruch auf religiöse Orte haben. Wenn diese religiösen Orte auch noch architektonisch anspruchsvoll gestaltet werden, umso besser.
Es ist nicht verkehrt, wenn die Auseinandersetzung mit dem Islam auch dazu führt, sich der eigenen kulturellen und religiösen Wurzeln zu versichern und sei es auch nur, um festzustellen, sie tatsächlich gekappt zu haben.
Und nicht zuletzt bietet der erwähnte Bruch – ungeachtet aller mit ihm verbundenen Tragik – die Chance neugierig, mit offenen Augen und Ohren auf die Kunst aus islamisch geprägten Ländern sowie die künstlerischen Ausdrucksformen hier lebender Muslime zu schauen und zu hören. Es liegt auch an uns, welche Wirkungen der 11. September 2001 in der Zukunft entfalten kann.

OLAF ZIMMERMANN IST GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES.
GABRIELE SCHULZ IST STELLVERTRETENDE GESCHÄFTSFÜHRERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Der 11. September und die Islamwissenschaft

Warum musste der Islam nach dem 11. September 2001 neu erklärt werden / Von Peter Heine

In den knapp 150 Jahren der Geschichte der deutschsprachigen Islamwissenschaft waren stets zwei unterschiedliche Tendenzen zu beobachten, eine philologische und eine aktualitätsbezogene. Das Fach war als eine Hilfswissenschaft der Theologie, vor allem der Erforschung des Alten Testaments, entstanden. Theologen der unterschiedlichsten Schulen gingen davon aus, dass man tiefere Einsichten in die Texte der Thora erlangen könnte, wenn man zum Vergleich Texte und ethnographische Berichte über die Araber, Beduinen wie Sesshafte, heranziehen könnte. Erst nach und nach verselbständigte sich die Islamwissenschaft und kam aus den theologischen in die philosophischen Fakultäten der Universitäten.

© Alex Majoli/Magnum Photos/Agentur Focus

Die Philologen untersuchten die Textgeschichte des Korans oder die vor- und frühislamische arabische Poesie. Sie verfassten umfangreiche Geschichten der Literaturen islamischer Sprachen, vor allem des Arabischen, oder sie setzten sich auf der Basis von schriftlichen Quellen mit der Geschichte des islamischen Rechts auseinander. Diese Forscher bildeten die Mehrzahl der Gelehrten. Forscher, die sich mit aktuellen Verhältnissen in der islamischen Welt befassten, waren in der Minderheit. Diese Verhältnisse konnten sich auf Grund von politischen Entwicklungen verändern. In der Zeit des Ersten Weltkriegs, in der das Deutsche Kaiserreich mit dem Osmanischen Reich verbündet war, gab es ein lebhaftes politisches und öffentliches Interesse an der islamischen Welt. Im Zweiten Weltkrieg versuchte das NS-Regime die Sympathie verschiedener muslimischer Politiker zu gewinnen. Auch dabei wurden Islamwissenschaftler mit gegenwartsbezogenen Themen gebraucht. In der Nachkriegszeit waren es in der Bundesrepublik wieder die Philologen, die die wissenschaftliche Agenda des Faches bestimmten. In der DDR waren es eher die aktuellen Fragen, mit denen sich die Forschung zu befassen hatte.
Eine erste Veränderung begann in der Bundesrepublik nach dem Junikrieg von 1967 und der Studentenrevolte von 1968. Zahlreiche Studenten, die an der Nahostfrage interessiert waren und auch Sozial- oder Politikwissenschaften studierten, nahmen ein Studium der Islamwissenschaft auf. Sie waren naturgemäß an gegenwartsbezogenen Themen interessiert, wobei gesellschaftliche Fragestellungen im Vergleich zu religionsbezogenen Themen in den Vordergrund traten. Die in vielen Teilen der islamischen Welt sich vollziehende Reislamisierung wurde dagegen kaum zur Kenntnis genommen. Erst mit dem Erfolg der Islamischen Revolution im Iran Ende der 1970er Jahre traten Fragen des Islams als religiöses System wieder in den Vordergrund – nicht nur der Islamwissenschaft, sondern auch des öffentlichen Interesses. Dieses Interesse stieg in den folgenden Jahren kontinuierlich an und erreichte einen neuen Höhepunkt im Zusammenhang mit dem Konflikt um den Einmarsch des Irak in Kuwait im Jahr 1990/91. Dabei war vor allem überraschend, dass der Konflikt keine religiösen oder kulturellen, sondern vor allem wirtschaftliche und politische Hintergründe hatte. Das folgende Jahrzehnt war gekennzeichnet von wiederkehrenden Krisen in der islamischen Welt und einem daraus erwachsenden weiteren öffentlichen Interesse. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit den Ereignissen des 11. September 2001. Das Interesse der Öffentlichkeit konzentrierte sich dabei vor allem auf die radikalen Formen des Islams einerseits und die Frage der Integration muslimischer Minderheiten in Deutschland und Europa andererseits.
Für die Islamwissenschaft hatte diese Entwicklung verschiedene Konsequenzen. Anfragen der verschiedenen Medien an die Fachvertreter wuchsen geradezu lawinenartig an. Publikumsverlage suchten Fachautoren, die bereit waren, Darstellungen zum Islam für ein größeres Publikum zu verfassen. Dem verweigerten sich manche Vertreter der akademischen Islamwissenschaft und überließen das Feld populären Autoren. Kaum eine Einrichtung der Erwachsenenbildung oder anderer öffentlicher Institutionen verzichtete auf Islamthemen.
Das verstärkte öffentliche und politische Interesse am Islam führte dazu, dass vor allem die großen staatlichen und privaten Forschungsförderungsorganisationen Programme auflegten, in denen Fragen zu verschiedenen Aspekten des gegenwärtigen Islams thematisiert wurden. Wegen der wachsenden Bedeutung von Drittmitteln für die Forschungsfinanzierung wurden diese Programme nicht nur von Islamwissenschaftlern, sondern auch von Politik- und Sozialwissenschaftlern nachgefragt, sodass sich Veränderungen der auf den Islam bezogenen Forschungslandschaft ergaben. Das öffentliche Interesse führte auch dazu, dass akademische Positionen für den islamwissenschaftlichen Bereich nur in wenigen Fällen von den allgemeinen Personalkürzungen an den deutschen Hochschulen betroffen waren, vielmehr eine Reihe von universitären und außeruniversitären Einrichtungen neu geschaffen wurden.
Innerhalb der Islamwissenschaft war im Übrigen eine Reihe von grundlegenden Veränderungen festzustellen. Die wichtigste ist wohl die Überzeugung, dass Forschungen zum Islam und zu Muslimen auch und vor allem in Kooperation mit muslimischen Wissenschaftlern erfolgen sollten. Verkürzt ausgedrückt: Nicht mehr Forschung über Muslime, sondern mit Muslimen. Vor allem in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen arbeiten heute Muslime und Nicht-Muslime Schreibtisch an Schreibtisch an gemeinsamen Forschungsprojekten. Eine andere Veränderung ist die sich verringernde Bedeutung der Philologie. Obwohl die modernen elektronischen Übersetzungshilfen die Bewältigung von großen Mengen an Texten in Arabisch, Persisch, Türkisch, Urdu oder anderen muslimischen Literatursprachen erleichtern können, bleibt fehlende philologische Kompetenz doch eine Gefahr für eine gesicherte Übertragung und Interpretation dieser Texte. Durch Intensivkurse, auch vor Ort, kann eine gewisse Sprachkompetenz erworben werden. Die nicht gekennzeichnete Bezugnahme auf eine Koranstelle oder eine Prophetentradition in einem Originaltext muss jedoch ebenfalls erkannt werden – hier setzt die philologische Kompetenz ein. Die Verengung der Perspektive auf radikale Formen des Islams in der Öffentlichkeit stellt die Islamwissenschaft vor besondere Herausforderungen. Schon bei dieser Thematik geht es darum, allgemein zu verdeutlichen, dass hier zwischen verschiedenen Gruppen und Ideologien unterschieden werden muss. Das Bestehen auf einer islamischen Identität weist nicht unbedingt auf terroristische Tendenzen hin. Wirtschaftliche oder demografische Bedingungen sind im Grunde von größerer Bedeutung für Radikalisierung als radikal-islamische Überzeugungen. Angesichts der weit verbreiteten Gleichsetzung von Islam und Terrorismus muss es der Islamwissenschaft vor allem darum gehen, auch wieder auf die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt des Islams hinzuweisen und für eine Differenzierung bei der Betrachtung dieser großen und beeindruckenden Kultur zu werben.

DER VERFASSER IST PROFESSOR FÜR ISLAMWISSENSCHAFT DES NICHT-ARABISCHEN RAUMES AN DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN ■

Die Islamisierung des Islams

Von Thomas Bauer

Vor dreißig Jahren hat der französische Historiker Maxime Rodinson mit Genugtuung festgestellt, dass „ein kultureller Essentialismus, der die Vorherrschaft der Religion hervorhob [...], der davon ausging, es gebe für jede Kultur ein dauerhaftes, ‚reines' Modell", aus der Islamwissenschaft weitgehend verschwunden ist. Doch genau jener Kulturalismus, der davon ausgeht, dass eine Kultur „ihre" Menschen auf unabänderliche Weise „prägt" (und vergisst, dass es die Menschen sind, die die Kultur erst machen) hat sich in vielen Medien und in der breiten Öffentlichkeit immer mehr durchgesetzt, jedenfalls dann, wenn vom Islam die Rede ist.

© Alex Majoli/Magnum Photos/Agentur Focus

Sicherlich haben die Anschläge vom 11. September 2001 eine zentrale Rolle in dieser Entwicklung gespielt. Aber es ist ebenso richtig, dass die Anschläge eine bereits im Gang befindliche Entwicklung zwar auf unerhörte Weise verstärkt und beschleunigt, sie aber nicht hervorgerufen haben. Laut Human Rights Watch wird der Beginn der Islamfeindlichkeit in den USA auf die 1970er Jahre datiert. Huntingtons „Clash of Civilizations" ist 1996 erschienen, und auch die meisten der heute aktiven „Islamkritiker" haben bereits vor 2001 publiziert. Dabei bedienten sie sich genau jener essentialistischen Denkweise, von der sich die Islamwissenschaft erfolgreich gelöst hatte. Doch während man sich als Islamwissenschaftler mit kulturalistischen Ansätzen nur noch blamieren konnte, hatten populäre „Islamexperten" mit ihnen umso größeren Erfolg. Um den Islam als das ganz und gar Andere hinzustellen, zogen sie sich die abgelegten Kleider an und zeichneten das Bild einer einheitlichen, ganz durch religiöse Normen geprägten islamischen Kultur, die in allem den Gegenpol zum Westen darstellt.

Die wichtigste Strategie, die islamischen Kulturen zu „verfremden", ist das, was ich in Anlehnung an Aziz Al-Azmeh die „Islamisierung des Islams" nenne. Voraussetzung hierfür ist die Gleichsetzung von Religion und Kultur „im Islam". Oft geschieht dies unbeabsichtigt allein deshalb, weil die „islamische Kultur" die einzige Weltkultur ist, die nach ihrer Religion benannt ist. Die 36 Bände der „Fischer Weltgeschichte" tragen entweder die Titel von Epochen („Vorgeschichte"), Völkern („Griechen und Perser") oder geografische Bezeichnungen („Indien", „Afrika"). Einzige Ausnahme sind die Bände über den „Islam". Diese Gleichbenennung führt häufig zu dem Fehlschluss, es gebe „im Islam" tatsächlich keinen Unterschied zwischen Kultur und Religion. Damit ist der Boden für die folgenden „Islamisierungsschritte" bereitet:

1. Durch die Bezeichnung „islamisch" wird auch für religionsferne Bereiche eine religiöse Identität suggeriert, etwa wenn man von „Islamischer Medizin" spricht, obwohl sie die (vielfach von Christen und Juden betriebene) Fortentwicklung der antiken Medizin darstellt, die keinerlei religiöse Komponente hat.
2. Gesellschaftliche Bereiche in islamischen Kulturen, in denen Religion kaum eine Rolle spielt, werden ignoriert oder marginalisiert. Dies gilt etwa für die klassische arabische und persische Literatur, die über mehr als ein Jahrtausend einer der wichtigsten gesellschaftlichen Diskurse war. So ist es kein Zufall, dass es über die Geschichte der islamischen Theologie gute Darstellungen in deutscher Sprache gibt, während eine brauchbare Geschichte der arabischen Literatur in einer westlichen Sprache bis heute fehlt. Ein ähnliches Desinteresse lässt sich auch für die arabische Literatur der Gegenwart verzeichnen, trotz zahlreicher Übersetzungen und eines rastlosen Engagements von Kleinverlagen.
3. In vielen gesellschaftlichen Bereichen gab es verschiedene, oft widersprüchliche Diskurse, deren Nebeneinander aber dank einer hohen Ambiguitätstoleranz weitgehend akzeptiert wurde. So gab es auf dem Gebiet der Politik religiöse Diskurse in der Theologie und im Recht neben weitgehend säkularen Diskursen in Herrscherratgebern, der Dichtung und der Philosophie. Im Sinne der „Islamisierung des Islams" werden nun die religiösen Diskurse als die typischen, die nichtreligiösen als untypisch und unwichtig abgewertet, auch wenn dies der historischen Realität nicht entspricht.
4. Diskurse, die religiöse Elemente enthalten, werden auf diese religiösen Elemente reduziert. So werden etwa die nichtreligiösen Elemente des „islamischen" Rechts häufig übersehen. Gewalttaten von Gruppen wie der Hamas oder der des irakischen Widerstands werden als ausschließlich religiös motiviert dargestellt, auch wenn die Akteure vorwiegend national argumentieren.
5. Gibt es verschiedene religiöse Diskurse nebeneinander, wird derjenige, der nach westlichen Maßstäben der „konservativste" und radikalste ist, als Norm betrachtet, etwa wenn der Wahhabismus Saudi-Arabiens als besonders „orthodox" bezeichnet wird, obwohl islamische Gelehrte aller Richtungen und Regionen den Wahhabismus als extremistisch, ja gar als unislamisch, verurteilten.

Vollends pervertiert wird dieses Islambild schließlich von einigen „Islamkritikern", die den Dschihadismus von al-Qa'ida, den fast alle Muslime ablehnen, für den „wahren" Islam halten (und damit einer Meinung mit den Dschihadisten sind). Besonders tückisch an der „Islamisierung des Islams" ist, dass sie nicht nur von Nichtmuslimen betrieben wird, sondern auch von Muslimen selbst. Das Islambild muslimischer Fundamentalisten ähnelt verblüffend demjenigen nichtmuslimischer „Islamkritiker". In beiden Fällen steckt sicherlich eine „Angst vor der Moderne" dahinter, die Sehnsucht nach einem einfachen Weltbild in einer komplexen Welt.

Doch noch ein weiteres kommt hinzu. Die klassische islamische Kultur war in hohem Maße eine „Kultur der Ambiguität". Ein Jahrtausend lang wurde Phänomenen der Vieldeutigkeit, Vagheit und Widersprüchlichkeit eine hohe Toleranz entgegengebracht. Man war stolz auf die Varianten des Korantextes, auf die Möglichkeit, Koranverse auf viele unterschiedliche Weisen auszulegen, man störte sich nicht daran, dass in vielen Lebensbereichen unterschiedliche, oft einander widersprechende Normen galten, und man begeisterte sich an literarischen Texten, die die Vieldeutigkeit ins Extrem steigerten. Diese Ambiguitätstoleranz ging in vielen islamischen Gesellschaften im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts verloren, als man sich mit mächtigen, aber weitgehend ambiguitätsintoleranten westlichen Ideologien auseinandersetzen musste. Hier bot sich der Rückgriff auf leicht ideologisierbare, fundamentalistische Strömungen als attraktivere Lösung an. Aus ihnen ließ sich eine islamische, ambiguitätsintolerante Ideologie formen, die der westlichen Herausforderung eher gewachsen zu sein schien als die Differenziertheit und Komplexität der islamischen Tradition. Genau diese ideologisierte, nach Ambiguitätslosigkeit strebende Form des Islams bot sich nun auch für den Westen zur Konstruktion eines „Feindbilds Islam" an. Feindbilder müssen immer ambiguitätsfrei sein. So kam es zu einer fatalen Korrespondenz zwischen islamischem Fundamentalismus und westlicher Islamfeindschaft, deren gemeinsamer Nenner die Idee einer ambiguitätsfreien Kultur ist. Doch nun scheint sich eine andere Entwicklung anzubahnen. Der Glaube an Ideologien ist in den arabischen Ländern ins Wanken gekommen. Der „Arabische Frühling" könnte ein Durchbruch zu einer neuen, wieder ambiguitätstoleranteren islamischen Kultur sein. Umso dringender ist es, dass nun auch das westliche Islambild revidiert wird.

DER VERFASSER IST PROFESSOR FÜR ISLAMWISSENSCHAFT UND ARABISTIK AN DER WESTFÄLISCHEN WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER ■

Täglich wird islamisches Recht angewandt

Gabriele Schulz im Gespräch mit Mathias Rohe

Welche Rolle islamisches Recht in Deutschland spielt, fragte Gabriele Schulz den Islamwissenschaftler und Juristen Mathias Rohe.

politik und kultur: War für Sie 09/11 ein Anlass sich mit dem islamischen Recht zu befassen oder liegen die Gründe schon weiter zurück?

Mathias Rohe: Bei mir liegen die Gründe schon sehr viel weiter zurück. Ich befasse mich mit dem islamischen Recht schon seit Anfang der 1980er-Jahre. Ich habe Islamwissenschaft und Jura studiert. Von daher hat mich in meinem islamwissenschaftlichen Studium besonders auch der rechtswissenschaftliche Bereich interessiert.

***puk*:** Wie entstand dieses Interesse?

Rohe: Es entstand zuerst über die Berufstätigkeit meines Vaters. Er war im Orient in der internationalen Bauindustrie geschäftlich tätig. Ich war also schon als kleiner Junge vor Ort und mich hat diese Welt fasziniert. Diese Faszination hat schließlich dazu geführt, dass ich mehr über die Region erfahren wollte.

***puk*:** Wollten Sie vor diesem Hintergrund auch mehr über das islamische Recht wissen?

Rohe: So war es, und es war gar nicht so einfach, das Doppelstudium Jura und Islamwissenschaft zu absolvieren. Ich musste eine Ausnahmegenehmigung für diese Studienkombination beantragen. Dabei wurde ich gefragt, was ich denn mit dieser Ausbildung wolle. Sie war nicht das, was man als Mainstream bezeichnen würde.

***puk*:** Besteht heute eine andere Situation? Gerade auch an Ihrem Lehrstuhl?

Rohe: Islamisches Recht wird heute deutlich stärker nachgefragt. Da die vertiefte Beschäftigung mit islamischem Recht aber nach wie vor an sehr wenigen Standorten in Deutschland stattfindet, zieht es einige Studierende an den Studienort Erlangen.

***puk*:** Hat das islamische Recht für uns in Deutschland eine Bedeutung?

Rohe: Es hat deshalb eine Bedeutung, weil das deutsche Recht ihm eine Bedeutung verleiht. In bestimmten Zusammenhängen schreibt das deutsche Recht vor oder ermöglicht zumindest, dass auch ausländische Rechtsvorschriften hier Anwendung finden. Das gilt selbstverständlich nicht für das Strafrecht oder das öffentliche Recht. Es gilt aber in manchen Bereichen des bürgerlichen Rechts, wenn es also um vorwiegend private Rechtsbeziehungen geht, nämlich dann, wenn die Rechtsverhältnisse international werden. Beispiele hierfür sind gemischtnationale Ehen oder Ausländer, die sich hier aufhalten. Dann schreibt unser eigenes Recht vor, dass wir das Heimatrecht dieser Personen anzuwenden haben, wenn bestimmte Fragen zum Beispiel Familienangelegenheiten betroffen sind.

***puk*:** Findet das in der Praxis auch Anwendung?

Rohe: Jeden Tag. Unsere Standesämter, unsere Verwaltungen, unsere Gerichte müssen jeden Tag ausländisches Recht anwenden. Diese Anwendung hat allerdings auch ihre Grenzen. Noch einmal, unser eigenes Recht ordnet die Anwendung ausländischen Rechts, also auch des islamisch geprägten ausländischen Rechts, an. Unser Recht schließt die Tür zugleich aber auch. Nämlich dann, wenn das Ergebnis der Anwendung ausländischen Rechts mit unseren grundlegenden Rechtsvorstellungen nicht vereinbar ist. Im Sinne des Vertrauensschutzes sind wir einerseits bereit, fremdes Recht anzuwenden, weil sich Menschen darauf verlassen, dass ihre nach ausländischem Recht geordneten Verhältnisse auch hier fortbestehen. Diese Anwendung bedeutet andererseits nicht, dass wir deshalb unsere Rechtsvorstellungen aufgeben. Nehmen wir als Beispiel die Ungleichheit der Geschlechter, die in manchen Rechtsordnungen gilt. Diese wird grundsätzlich nicht

Weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Interview Mathias Rohe

akzeptiert, nur in denjenigen Ausnahmefällen, in denen wenig Bezug zum Inland besteht oder in denen sich auch die hier lebenden Ausländer darauf eingerichtet haben, beispielsweise bei Anerkennung einer vom Ehemann unter Bezug auf islamisch geprägtes Recht im Ausland einseitig vorgenommene Scheidung, mit der auch die Ehefrau einverstanden ist. Im Inland würde dergleichen selbstverständlich nicht anerkannt.

***puk*:** Ist das islamische Recht, abgesehen von der Rechtspraxis, die Sie eben geschildert haben, aus rein wissenschaftlicher Sicht ebenfalls ein interessantes Thema?

Rohe: Absolut. Vor allem deshalb, weil die Scharia (religiöse und rechtliche Normen des Islams) etwas ganz anderes ist als ein einfaches Gesetzbuch. Sie ist eine hochkomplexe Materie, die sich über die Jahrhunderte stets gewandelt hat und sich gerade auch in unserer Zeit immer wieder verändert. Wenn Sie heute den Rechtszustand in Marokko, Tunesien, Saudi-Arabien und dem Iran vergleichen, so stellen Sie fest, dass sich alle auf die Scharia berufen, aber zu außerordentlich unterschiedlichen Ergebnissen zum Beispiel beim Geschlechterverhältnis gelangen. Um es zuzuspitzen: Man kann auf islamischen Grundlagen ebenso sehr einen demokratischen Rechtsstaat legitimieren wie eine Religionsdiktatur iranischer oder saudi-arabischer Ausprägung.

***puk*:** Hat das islamische Recht auch eine Relevanz für das Völkerrecht?

Rohe: In gewissem Umfang zwar schon, das Völkerrecht wird aber von allen Rechtsordnungen der Welt geprägt. Konkret erleben wir, dass bei internationalen Verträgen islamische Staaten häufig sogenannte Scharia-Vorbehalte einfügen. Das heißt, sie akzeptieren bestimmte Vorschriften nur im Rahmen der Scharia, also des islamischen Rechts. Das führt zu Problemen, etwa bei der Religionsfreiheit oder der Gleichberechtigung der Geschlechter.

puk: Wird das islamische Recht seit 9/11 anders gesehen oder stellen Sie keine Veränderung fest?

Rohe: Der 11. September 2001 und seine Folgeerscheinungen haben sehr vieles verändert. Der Islam ist zu einem Angstfaktor geworden. Und das islamische Recht wurde von vielen pauschal zu einem Gegenpol einer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung stilisiert. Der islamisch begründete Extremismus wird in der Folge von 9/11 teilweise als repräsentativ für den gesamten Islam angesehen. Mir ist auch aufgefallen, dass sich die Interessenten an dem Thema verändert haben.

***puk*:** Inwiefern?

Rohe: Vor 9/11 waren es oft kulturell interessierte Personen und Organisationen aus dem Umfeld der Wissenschaft oder der Kirchen, die sich für das Thema interessiert haben. Seit 9/11 haben auch Politik und Verwaltung wie die Innenministerien weltweit großes Interesse an dem Thema, zunächst vor allem aus Sicherheitsaspekten. Das ist im Ergebnis nicht nur schlecht, denn dadurch ist das Thema Islam auch im Hinblick auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben mit der übergroßen Mehrzahl friedliebender Muslime ganz oben auf der politischen Agenda gelandet. Diese Aufmerksamkeit ist deshalb wichtig, weil unterschieden werden muss, wo reale Gefahren durch den Extremismus bestehen und wo es keine Gefahren oder Probleme gibt und diese letztlich von Islamhassern konstruiert werden. Insgesamt ist trotz aller Sarrazinaden auch wieder die Bereitschaft gewachsen, sich mit dem Thema differenzierter auseinanderzusetzen.

***puk*:** Herr Rohe, vielen Dank für das Gespräch.

MATHIAS ROHE IST PROFESSOR FÜR BÜRGERLICHES RECHT, INTERNATIONALES PRIVATRECHT UND RECHTSVERGLEICHUNG AN DER FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG UND GRÜNDUNGSDIREKTOR DES ERLANGER ZENTRUMS FÜR ISLAM UND RECHT IN EUROPA. GABRIELE SCHULZ IST STELLVERTRETENDE GESCHÄFTSFÜHRERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Augen ohne Gedächtnis sehen nichts

Persönliche Reflexionen zu 9/11 / Von A.S. Bruckstein Çoruh

Die Berichte über das Attentat in New York am 11. September 2001, die Video-Loops mit den Bildern der brennenden und zu Staub zerfallenden Türme haben mich damals in der Öffentlichkeit überrascht, am Bahnhof Zoo, auf dem Bildschirm gleich neben dem Reisecenter.

© Alex Majoli/Magnum Photos/Agentur Focus

Ich kam von Jerusalem nach Berlin, hatte mich entschieden, eine Weile in dieser Stadt zu leben, in der Hoffnung, in Berlin etwas neu zu beginnen: so etwas wie eine Renaissance der kosmopolitischen jüdischen Traditionen in Wissenschaft und Kunst, die ich in Israel auf traurige Weise verloren sah. Ich kam mit Neugierde auf das pulsierende, „neue" Berlin in die Stadt, und einer meiner ersten Eindrücke waren die Fernseh-Bilder aus New York, die schon Minuten nach dem Attentat in immer wiederholten Endlos-Schleifen ihre lähmend-fesselnde ästhetische Wirkung entfalteten: schlanke Türme, der Inbegriff westlicher Freiheit, versinken in Staub und Asche, immer wieder, vor den Augen aller. Wie alle war ich fasziniert vom Schrecken der Bilder, aber auch schockiert von ihrer obsessiven Wiederholung, von der unmittelbaren Prägung einer Ikonographie des Schreckens, die schon Minuten nach dem Attentat den Charakter der Prägung einer Marke annahm, eine Marke, die auch bald genutzt wurde: einerseits, um eine „Koalition der Willigen" für einen Krieg gegen den Irak zu schmieden; andererseits, um das „Fremde unter uns" zu konfigurieren. Das Letztere geschah auf eine Weise, die ich von Beginn an extrem unheimlich fand. Die endlosen in schamloser Unwissenheit geführten öffentlichen Debatten über bestimmte Begriffe der klassischen islamischen Theologie in Verbindung mit politischer Gewalt fand ich beängstigend, die wahllose Aneinanderreihung von Attributen wie „9/11" / „Islam" / „Scharia" / „islamistischer Terror" / „Dschihad" / „Koran" / „Kopftuch" / „patriarchalische Gewalt" / „Ist der Islam vereinbar mit unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung", und so weiter, atemberaubend in ihrer Verkettung literarischer Begriffe, die keiner wirklich kennt, mit den Phänomenen verbrecherischer Gewalt, die wir alle ächten. Die Juden haben sich im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert gegen Kollektivanschuldigungen ähnlicher Prägung wehren müssen: die Halakha und der Talmud seien rückständig, unvereinbar mit der Aufklärung, unethisch und homophob; jüdische Intellektuelle haben damals gerichtliche Prozesse gegen öffentliche Beleidigungen des Judentums geführt. Vor diesem Hintergrund ist es ermutigend, dass es Anfang dieses Jahres endlich ein erstes offizielles Treffen zwischen dem Zentralrat der Juden und dem Zentralrat der Muslime in Deutschland gab, um über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in dieser Republik zu sprechen, auch die Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland hat sich dieses Jahr mit Vertretern des Zentralrats der Muslime zu Gesprächen getroffen, und das Jüdische Museum Berlin veranstaltet noch in diesem Herbst sein Jubiläumssymposium zum Thema „Visionen der Zugehörigkeit – Juden, Türken und andere Deutsche", um die Ressourcen pluraler Identitäten in Deutschland zu feiern und zu stärken.

Dennoch, anders als in London nach dem 7/7 U-Bahn Attentat 2005, wo Bürgermeister Ken Livingstone noch am selben Tag öffentlich betonte, die Londoner würden sich als Folge dieses Attentats auf keine Diskriminierung ihrer Muslime einlassen, und auch anders als nach dem Attentat des jungen „Kreuzfahrers" in Oslo, der im Namen der Religion kaltblütig mordete, worauf Hunderttausende sich dagegen wehrten, in diesen rohen Gewaltakten etwas anderes zu sehen als die ungeheuerliche Tat eines verblendeten Verbrechers, tut sich Deutschland immer noch schwer mit dem öffentlichen Protest gegen die Gleichung „Islam ist Gewalt", die nach „9/11" auch bei Liberalen und Feministinnen hoffähig geworden ist. Die Hartnäckigkeit, mit der das Bild der terroristischen Gewalt in der deutschen Öffentlichkeit an allem „Islamischen" haften bleibt, ob an Kopftüchern, an Moscheen oder Minaretten, hat mich überrascht, die Unbildung und Unverfrorenheit erschreckt, mit der sich liberale Islamkritiker mit den gewaltsamsten Interpreten islamischer Traditionen verbündet haben, ohne es zu merken. Wenn wir sagen: „der Islam kennt keine Aufklärungstraditionen", was anderes bedeutet dies, als dass wir den inklusiven Gestus der Schriften von Ibn Ruschd, Al-Farabi, Maimonides, Ibn Arabi vergessen haben, und uns mit denen liieren, die diesen gleichermaßen negieren, wie bestimmte Potentaten in Afghanistan, Saudi-Arabien oder Pakistan? Wissen deutsche Islamkritiker, welche Gesellschaft sie wählen, wenn sie Islam und Gewalt im selektiven Zitieren von Suren zusammendenken, und für welche Auslegungen sie Partei ergreifen, wenn sie meinen, patriarchale, militärische, terroristische Gewalt und islamische Theologie gehörten zusammen? Würde es sich nicht lohnen, die judeo-arabischen Philosophen einmal mehr an den deutschen Schulen zu lehren, die im 13. Jahrhundert über die Unwissenheit im Umgang mit religiöser Tradition unter anderem Folgendes zu sagen hatten:

„Die meisten Leute lesen die Schrift ‚wörtlich', sie erklären gar nichts, berühren niemals etwas tieferes, haben nicht einen Funken von jener menschlichen Begabung, die Dinge selbständig zu durchdenken. Sie sind ein Armutszeugnis, man soll ihrer unglaublichen Dummheit gewahr sein, sie zwingen und demütigen [die Schrift] ohne davon auch nur die leiseste Ahnung zu haben, in die primitivsten Niederungen des Geistes, sie verdunkeln den Glanz unserer Religion und sind verantwortlich für den primitiven Ruf, den unsere Tradition bei den Völkern der Welt genießt – Gott gäbe, diese Leute würden schweigen, oder zumindest zugeben, dass sie von den Worten der Weisen nichts verstehen." (Moses Maimonides, Einleitung in die Mischna)

Dass dies ein jüdischer Gelehrter schrieb, macht die Sache nur noch dringlicher, er hatte Dutzende arabisch-islamische Zeitgenossen, die dasselbe sagten. Warum lehren wir diese Art von arabischer Aufklärung, die es auch in der persischen, osmanischen, türkischen Literatur in Fülle zu finden gibt, nicht an deutschen Schulen, vorausgesetzt, dass die Intellektuellen, die dies zu organisieren vermöchten, nicht des Zwangs zur Apologie bald müde werden und sich offenere Orte suchen? Wo in der deutschen Öffentlichkeit doch niemand eine Scheu zu haben scheint, alles Mögliche sonst über Islam, Koran, islamische Tradition zu verbreiten? Wissen die Pädagogen und Politiker, Journalisten und Juristen, wen sie verspotten, wenn sie sich für islamische Kultur ohne Aufklärung, ohne Kunst, ohne Weltoffenheit, ohne Demokratie entscheiden, denn dies bedeutet es doch wohl, zu sagen, „die muslimisch-arabische Welt" oder auch die „Deutschen mit muslimischem Migrationshintergrund" müssten dies alles erst lernen, und „erst einmal ankommen in unserer Gesellschaft"? Liegt darin nicht ein Hohn gegenüber denjenigen, die für eine offene, kritische Lektüre der Literatur, Geschichte, Kunst, der traditionellen wie der säkularen Quellen mit ihrem eigenen Leben eintreten, mit ihrem intellektuellen wie physischen Leben, hier wie anderswo, jetzt wie schon immer? Wie der Literaturwissenschaftler Nasr Abu Zayd, sel. A., oder der nach England vertriebene israelische Historiker Ilan Pappe, oder der iranische liberale Theologe Abdulkarem Sorush, oder der palästinensische Dichter und Kulturwissenschaftler Abdul-Rahim Al-Shaikh, der in Berlin an die Grenzen des politischen Establishments geraten ist, weil er die Nakba beim Namen nannte? All diese prägen ein „neues Denken", das nichts, gar nichts, mit der ästhetisch-politischen Ikonographie der Bilder von „9/11" zu tun hat.

Würde es nicht lohnen, neben den „Nächten zum Ramadan" mit seinem bunten Programm auch diesem „neuen (alten) Denken" in Deutschland mehr Gehör zu verschaffen – und daneben ein bisschen mehr Geld für Sprachförderung bereitzustellen, damit das „Islamische" nicht ständig mit sozialer Misere verwechselt wird? Ebrahim Moosa, ein führender islamischer Theologie, der in den USA lebt, hat vor Jahren ein Buch geschrieben über den klassischen arabischen Theoretiker Al-Ghazali, in dem er behauptet, die islamische Kultur könne gar nicht anders als säkular denken, da ihr Gottesbegriff für billige politische Repräsentationsfiguren im strengen Sinne gar nicht zu haben sei. Man muss einer solchen These ja nicht zustimmen, aber man könnte sie doch wenigstens öffentlich diskutieren, vielleicht schwände dann die sichere Überzeugung, dass Osama bin Laden und „9/11" rechtsmäßige Erben „islamistischer" Lehren seien. Sie entpuppten sich dann als etwas anderes: Doppelgänger, die nur Blinde zu täuschen vermögen, denn „Augen ohne Gedächtnis sehen nichts"! (Carmen Castillo)

DIE VERFASSERIN IST DIREKTORIN VON HA'ATELIER UND KURATORIN VON „TASWIR PROJECTS". SIE IST AUTORIN ZAHLREICHER SCHRIFTEN ZUR JÜDISCHEN PHILOSOPHIE UND ÄSTHETIK UND FELLOW DES KÄTE HAMBURGER KOLLEGS „RECHT ALS KULTUR" ■

Nine eleven und die Christen

Von Friedrich Wilhelm Graf

Religiös motivierter Terror ist eine seit dem frühen 19. Jahrhundert immer wieder wahrnehmbare Konstante der modernen Religionsgeschichte. Hohe Gewaltbereitschaft aus Glaubensgründen ließ sich schon vor dem 11. September 2001 weltweit in vielerlei Gestalt beobachten. Hindu-Nationalisten zünden in Teilen Indiens die Tempel von Buddhisten und Kirchen der Christen an. Evangelikale Abtreibungsgegner überfallen im protestantischen Bible Belt der USA Gynäkologen, die staatlich legale Abtreibungen vornehmen. Und buddhistische Mönche in Tibet richten die Aggression gegen sich selbst und verbrennen sich öffentlich, um gegen die als illegitime Besatzung erlittene Herrschaft Chinas zu protestieren. Nordirische Protestanten ziehen in die Wohnquartiere der Katholiken, um Konflikte anzuheizen und Schlägereien zu provozieren. Immer geht es den Glaubenstätern darum, auf sich aufmerksam zu machen, für ihre je eigene religiöse Sicht der Welt zu werben. Religiös motivierter Terror ist als reale, oft brutale Gewalt zugleich auch symbolische Kommunikation: Die Täter wollen größere Öffentlichkeit erzeugen, ihre Getreuen, gerade aber auch potentielle Anhänger mobilisieren und zudem vor ihrem Gott Zeugnis ablegen, ihm beweisen, dass sie für seine Sache in den „Heiligen Krieg" zu ziehen bereit sind. Deshalb verfassen sie „Bekennerschreiben" und schreiten religiös gut vorbereitet zur Tat, etwa nach ritueller Reinigung, Meditation und Gebet.

© Gilles Peress/Magnum Photos/Agentur Focus

Alle diese Kennzeichen moderner Glaubensgewalt haben sich auch am 11. September beobachten lassen. Von sonstigen religiösen Gewalthandlungen haben sich die Attacken des 11. Septembers im Kern nur durch ein einziges Element unterschieden: ihre bewusst gewollte und effektiv inszenierte globale Dimension. Die Öffentlichkeit, vor der man den eigenen Glauben durch die Bereitschaft zum Martyrium, Opfertod und die Hinrichtung von Vertretern der bösen, sündhaften, westlich-kapitalistischen Welt bezeugen wollte, war eine globale Medienöffentlichkeit. Die Twin Towers beziehungsweise das World Trade Center zu zerstören, bedeutete die symbolische Vernichtung des altbösen Feindes, des modernen Konkurrenzkapitalismus im Zeitalter seiner globalen Expansion. Und nichts symbolisiert eine moderne, offene, durch starke Freiheit des Einzelnen geprägte Gesellschaft und Demokratie nun einmal stärker als die USA, die „neue Welt". Die Angriffe des 11. September waren kein muslimischer Kreuzzug gegen „die Christen", sondern die mediale Inszenierung eines „Heiligen Krieges" gegen jenes Sündenbabel, das – aus der Sicht der Frommen – durch die Abkehr von Gottes Gesetz, durch Konsumismus, Hedonismus, Vergötzung des Fleisches beziehungsweise pornografischen Sexismus und zügellose Freiheit des Einzelnen geprägt ist. Hier sollte schon einmal das Weltgericht vorweggenommen werden, symbolisch und mit starken Zeichen, damit wir Sünder wissen, was uns am Ende der Zeiten bevorsteht.

„Hat der 11. September eine Bedeutung für die christliche Religiosität?", lautete die Frage, die mir gestellt worden ist. Der erste Teil der Antwort lautet: Ja, der 11. September hat eine elementare kritische Funktion für alle religiösen Menschen, aus welcher Glaubenstradition auch immer. Die feigen, widerlichen Morde des 11. September können die Frommen für die fundamentalen Gefährdungen jeden Glaubens sensibilisieren. Religion ist nicht, wie viele Gläubige meinen, als solche gut. Aber Religion ist auch nicht, wie manche mehr oder minder radikale Agnostiker oder aggressive Atheisten behaupten, als solche schlecht. Religion ist, wie alle anderen Phänomene und Ausdrucksformen menschlicher Kultur auch, zutiefst zweideutig. Sie kann ebenso gut wie schlecht sein. Sie kann heilsame Wirkungen entfalten, aber auch äußerst destruktive, zerstörerische. Sie kann zur Humanisierung des Menschen beitragen und so zu einer Kultur der Zivilität. Doch sie kann auch die bestialischen, irrationalen Triebkräfte im Menschen stärken und immer neu Aggression, Enthemmung, wahnhafte Selbstüberschätzung fördern.

Die konstitutive Zweideutigkeit, Ambivalenz alles Religiösen hängt sehr mit den Besonderheiten religiöser Sprache zusammen. In allen religiösen Überlieferungen der Menschheit ist von transzendenten Wesen und numinosen, geheimnisvollen Mächten die Rede. Die Frommen beten etwa zu Gott, und das ist für die einen Jahwe, die anderen Allah und die wieder anderen der gute Vater Jesu Christi. Gott wird hier wie dort vorgestellt als Schöpfer des Himmels und der Erde, und man schreibt ihm Allmacht zu. Er gilt als ein ewiges, alle Zeit in sich begreifendes und jeden Moment durchdringendes Wesen, über das hinaus nichts Höheres, Mächtigeres gedacht werden kann. Gerade in der Allmachtsvorstellung wird die hohe Gefährlichkeit religiöser Symbolsprache besonders deutlich. Von der Allmacht Gottes können die an ihn glaubenden Frommen so reden, dass sie sich der Grenzen ihrer eigenen Macht bewusst werden. Gott ist ewig, wir von ihm geschaffenen Wesen hingegen sind endlich, zeitlich, sterblich. Wenn die Frommen den ewigen Schöpfergott preisen, dann führt dies, im gelingenden Fall, zur vertieften Einsicht ins Geschaffensein, zur Anerkenntnis der eigenen Grenzen.

Gut ist Religion, wenn sie Demut lehrt und fromme Selbstbescheidung. Schlecht ist sie, wenn sie die genau gegenteilige Haltung befördert: statt Demut Omnipotenzfantasien und statt Selbstbegrenzung Selbstentgrenzung. Nicht selten lässt sich beobachten, dass sich der Fromme mit seinem Gott gleichschaltet, etwa, indem er ganz genau zu wissen meint, was Gott nun will und von seinen Gläubigen verlangt. Der Fromme sieht sich dann als Mandator des absoluten Willens Gottes und will ohne jede Rücksicht nichts als den Plan Gottes exekutieren. Genau so entsteht religiöse Gewalt: aus dem Glauben heraus, gegen alle Widerstände durch Gott selbst legitimiert zu sein, das Reich Gottes schon hier und jetzt durchzusetzen. Der Glauben, mit dem Unbedingten eins zu sein, wird eben gegen alles bloß Bedingte unbedingt realisiert.

Der zweite Teil der Antwort lautet: Ja, der 11. September hat gerade auch für die Christen eine elementare kritische Funktion. In vielen westlichen Gesellschaften, auch in der Bundesrepublik, lässt sich immer wieder die Einschätzung hören, dass nur bestimmte Religionen Gewaltpotentiale enthielten, andere Religionen aber nicht. Oft kann man etwa lesen, dass der Buddhismus eine besonders friedliche Religion sei. Und noch öfter wird religiöse Gewalt auf den Islam verengt, etwa in der These, dass unter den drei monotheistischen Religionen der Islam sehr viel aggressiver, gewaltbereiter sei als etwa Judentum und Christentum. Aber so wenig der Buddhismus besonders friedensfreundlich ist – er wurde in Tibet etwa mit dem Schwert verbreitet –, so wenig lässt sich die Geschichte des Islams primär als eine besonders gewaltreiche Geschichte beschreiben. Mit Blick auf den 11. September können Christen ihre kritische Reflexionskraft in Sachen Religion und Glauben überhaupt, aber speziell auch in Sachen Christentum stärken. In der Bibel – und hier keineswegs nur im Alten Testament, sondern auch im Neuen Testament – finden sich zahlreiche, von harter göttlich legitimierter Gewalt zeugende Passagen. Die Erinnerung an den 11. September kann Christen dazu dienen, der Gewaltpotentiale des eigenen Glaubens ansichtig zu werden.

DER VERFASSER IST INHABER DES LEHRSTUHLS FÜR SYSTEMATISCHE THEOLOGIE DER EVANGELISCH-THEOLOGISCHEN FAKULTÄT DER LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT MÜNCHEN ■

Wie religiös sind Muslime in Deutschland?

Und mit welchen Folgen? / Von Volkhard Krech

In den Debatten über die Frage, wie Menschen unterschiedlicher kultureller und ethnischer Prägung in der deutschen Gesellschaft zusammenleben können und sollen, spielen immer wieder religiöse Themen eine Rolle. Dazu tragen geopolitische Ereignisse wie etwa die Anschläge vom 11. September 2001 ebenso wie regionale Aktivitäten religiöser Extremisten bei.

Religion birgt somit eine Doppeldeutigkeit: Ihr wird nicht nur Frieden stiftendes Potential beigemessen, sondern sie gibt auch immer wieder Anlässe für Konflikte. Zumal angesichts der häufig zu vernehmenden Rede von der „Wiederkehr des Religiösen" und der „postsäkularen Gesellschaft" Religion trotz aller interreligiösen Dialoge nicht selten als ein „Integrationshemmnis" erachtet wird. Die Prominenz und zugleich Ambivalenz des Religiösen ist Grund genug dafür, danach zu fragen, wie es mit der religiösen Dimension des Islams in Deutschland steht. „Religiöse Dimension" heißt es deshalb, weil komplexe Größen wie „das Christentum", „der Islam", „das Judentum" oder „der Buddhismus" zwar auch, aber keineswegs nur religiöse Gebilde sind. Sie stellen eine Mischung aus Religion, Ethnien, Nationen, kulturellen Identitäten und diversen politischen Positionen dar.

Aufschluss über die Religiosität der in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslime gibt eine Umfrage, die die Bertelsmann-Stiftung 2008 unter rund 2.000 deutschen Musliminnen und Muslimen unterschiedlich gewichteter Richtungen durchgeführt hat und die auf Konzepten des Religionspsychologen Stefan Huber beruht. Das wichtigste Ergebnis lautet: Musliminnen und Muslime sind – gemessen an der deutschen Gesamtbevölkerung – überdurchschnittlich hoch religiös. Während 18 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung hochreligiös sind, sind dies unter Muslimen mehr als doppelt so viele, nämlich 41 Prozent. Hochreligiös zu sein bedeutet, dass Religion im Leben eines Menschen, in seiner Weltsicht, in seinen Gefühlen und Handlungen, eine bedeutende Rolle spielt. Dieser Unterschied zeigt sich auch in den einzelnen Dimensionen des Religiösen. Für vier von fünf Musliminnen und Muslime steht die Existenz Allahs außer Frage, und mehr als jeder Dritte hat häufig persönliche Erfahrungen mit ihm.

Wie aber wirkt sich die besonders hohe Religiosität unter den Musliminnen und Muslimen im Alltag aus? Die Speisevorschriften, das Fasten während des Ramadan und Vorschriften zur rituellen Gebetswaschung (Wudu') einzuhalten sowie einmal im Leben nach Mekka zu pilgern (Hadsch), ist für zwei Drittel der Muslime ziemlich oder sehr wichtig, aber nur für rund ein Drittel, den Bekleidungsvorschriften zu folgen. Ebenso viele sind der Ansicht, dass Frauen ein Kopftuch tragen sollen. Für 72 Prozent ist es dagegen ziemlich oder sehr wichtig, die Pflichtabgabe (Zakat) zu leisten. Die Pflicht zum fünfmal täglich zu praktizierenden Gebet (Salat) halten 28 Prozent ein, persönliche Gebete (Du'a) führen hingegen 60 Prozent mindestens einmal am Tag durch. Am Gemeinschafts- beziehungsweise Freitagsgebet nimmt wöchentlich jeder dritte Muslim teil (die Hälfte der Männer und 21 Prozent der Frauen).

Weiter auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Wie religiös sind Muslime in Deutschland?

Was die Folgen für das religiöse Feld angeht, so schließt sich eine hohe Religiosität nicht mit der Toleranz gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen aus – im Gegenteil: Hochreligiöse Muslime stehen mit 76 Prozent dem religiösen Pluralismus sogar positiver gegenüber als nichtreligiöse (mit 60 Prozent). Das hängt mit dem hohen Maß an Reflexivität zusammen. Sie ist bei hochreligiösen im Vergleich zu religiösen und erst recht zu nichtreligiösen Muslimen mehr als doppelt so stark ausgeprägt. Insbesondere hochreligiöse Muslime denken häufig über religiöse Fragen nach, wollen mehr über religiöse Themen erfahren und sind dementsprechend anderen Religionen gegenüber offen eingestellt.

In Bezug auf außerreligiöse, insbesondere politische Folgen der hohen Religiosität von Muslimen ist der „Fundamentalismus" ein wichtiges Thema. Allerdings ist der Begriff schillernd und wird im religiösen, politischen und wissenschaftlichen Kontext sehr unterschiedlich verwendet. Unter religiösem Fundamentalismus sei hier zunächst eine ganzheitliche religiöse Haltung verstanden, die vor allem durch eine exklusive Bindung an eine bestimmte religiöse Ausrichtung charakterisiert ist. In diesem Sinne sind 18 Prozent der Muslime in Deutschland als in religiöser Hinsicht fundamentalistisch oder mit einer Tendenz zu religiösem Fundamentalismus zu charakterisieren. Sie haben ein apokalyptisches sowie dualistisches Weltbild, sind der Überzeugung, dass vor allem Muslime zum Heil gelangen und wollen dementsprechend andere Menschen für den Islam gewinnen. Diese Haltung muss in gesellschaftlicher Hinsicht jedoch noch nicht problematisch sein. Möglicherweise schwierig wird es erst, wenn der religiöse Fundamentalismus politische Folgen zeitigt. Hier besteht allerdings kein Anlass zur Sorge, denn drei Viertel der fundamentalistischen Muslime sind dem religiösen Pluralismus gegenüber tolerant eingestellt; das sind ebenso viele wie bei den Muslimen insgesamt. 17 Prozent der in religiöser Hinsicht als fundamentalistisch zu bezeichnenden Muslime geben zwar an, dass ihre religiöse Haltung große Auswirkungen auf ihre politische Einstellung hat. Aber auch damit sind noch längst nicht zwangsläufig islamistische Tendenzen verbunden. Laut dem Verfassungsschutzbericht 2010 wird das islamistische Potenzial in Deutschland 0,9 Prozent der muslimischen Bevölkerung geschätzt. Das sind 4,5 Promille der gesamten deutschen Bevölkerung und in etwa so viel, wie der politische Rechtsextremismus aufweist. Damit muss und kann eine rechtsstaatlich verfasste Demokratie fertig werden.

Insgesamt ist zu beachten, dass „der Islam" in Deutschland ebenso wenig wie „das Christentum" in religiöser Hinsicht eine einheitliche Größe ist. Gemäß einer Totalerhebung der religiösen Landschaft in Nordrhein-Westfalen gehören zwar 50 Prozent aller hier lebenden Muslime einer Moscheegemeinde an. Allerdings existieren in diesem Bundesland 34 verschiedene islamische Organisationen und Strömungen. Trotz der Vielzahl verschiedener – hauptsächlich ethnisch differenzierter – Richtungen beginnt sich der Islam in Deutschland bereits seit Längerem einheitlich zu organisieren. Laut den Befunden der NRW-Studie rechnen sich über 80 Prozent aller Moscheegemeinden den Mitgliedsorganisationen des Koordinationsrates der Muslime in Deutschland zu. Diese Zahlen dürften in etwa auf ganz Deutschland zu übertragen sein.

Zusammenfassend ist der Islam in Deutschland stark religiös geprägt, weist aber wie das Christentum, das Judentum, der Buddhismus und andere Religionen unterschiedliche Religiositätsmuster auf; neben hochreligiösen Muslimen gibt es ebenso Kulturmuslime, vergleichbar den Kulturprotestanten. Der Islam ist auch in seiner religiösen Ausrichtung in Deutschland angekommen. Das muss jedoch, wie die Befunde zeigen, kein Hemmnis für ein friedliches Zusammenleben sein. Wenn dem Islam neben den rechtsstaatlich abverlangten Pflichten dieselben Rechte zuerkannt werden, wie sie die christlichen und andere Religionsgemeinschaften besitzen, erweist sich der viel beschworene „Zusammenprall der Kulturen" auf religiöser Grundlage als eine Chimäre.

DER VERFASSER IST PROFESSOR FÜR RELIGIONSWISSENSCHAFT AN DER RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM UND LEITET DAS DORTIGE CENTRUM FÜR RELIGIONSWISSENSCHAFTLICHE STUDIEN (CERES) SOWIE DAS KÄTE HAMBURGER KOLLEG „DYNAMIKEN DER RELIGIONSGESCHICHTE" ■

Gegenbilder entgegensetzen

Von Petra Bahr

Manchmal ertappe ich mich bei einem Suchspiel. Abends, wenn ich, noch halb bei den Ereignissen des Tages, mal eben durch das Fernsehprogramm zappe und bei einem Krimi, einer Komödie, einer Reportage aus New York lande, gibt es über kurz oder lang das Bild der berühmten Silhouette vom Big Apple, aufgenommen aus dem Hubschrauber oder von der anderen Seite des Hudsons aus. Stehen sie noch oder fehlen sie schon? So lässt sich die Serie oder der Film vortrefflich datieren, aber beim abendlichen Fernsehen geht es nur selten um Datierungsfragen. Deshalb wird das Suchspiel immer von einem leichten Schauer in der Nackengegend begleitet. Und fast automatisch laufen im Unterbewusstsein weitere Filme ab, immer die gleichen Sequenzen, tausendmal gesehen, hoch konzentriert und mit aufgeknibbelten Fingern vor Aufregung und Schrecken zu Anfang, dann nur noch aus den Augenwinkeln. Ein Flugzeug, das vor blauem Septemberhimmel in ein Hochhaus fliegt. Eine surreale Szene, die schon beim ersten Mal wirkte, als kenne man sie aus einem Hollywoodfilm.

Diese Bilder gehören zur Tiefenimprägnierung nicht nur meines Gedächtnisses. Sie gehören zur unbewussten Ikonographie des neuen Jahrhunderts wie die tanzenden Menschen auf der Berliner Mauer und beschreiben die Spannung, unter der die Welt seitdem steht. Deshalb verbinden sich auch beide Ereignisse mit der berühmten Partyfrage: „Wo warst Du am…?". Keine Ahnung, bei welchen Daten sich diese Frage die Generation meiner Großeltern stellt, aber meine findet hier das Einfallstor der eigenen, unbedeutenden Lebensgeschichte in den weiten, schwankenden Horizont der Weltgeschichte. Am Tag des Mauerfalls hatte ich zum ersten Mal das Gefühl, die Weltgeschichte beginne schlicht in der Gegenwart. Am 11. September kam nach dem Faszinosum der implodierten Diktatur des Kommunismus das Tremendum der gewalttätigen Perversion einer Religion. So viel steht jedenfalls fest: Weltgeschichte ist Mediengeschichte. Und nichts prägt mehr als die Bilder, die Evidenzen schaffen, wo Differenzierung, zögerliche Deutungsversuche und mühsame Erzählversuche eigentlich angebracht wären. Aber reicht das, um dem Datum ein mythisches Zahlenkürzel zu geben, wie sie in der Rede von 9/11 angelegt ist? Als verstünde sich der Rest dann von selbst?

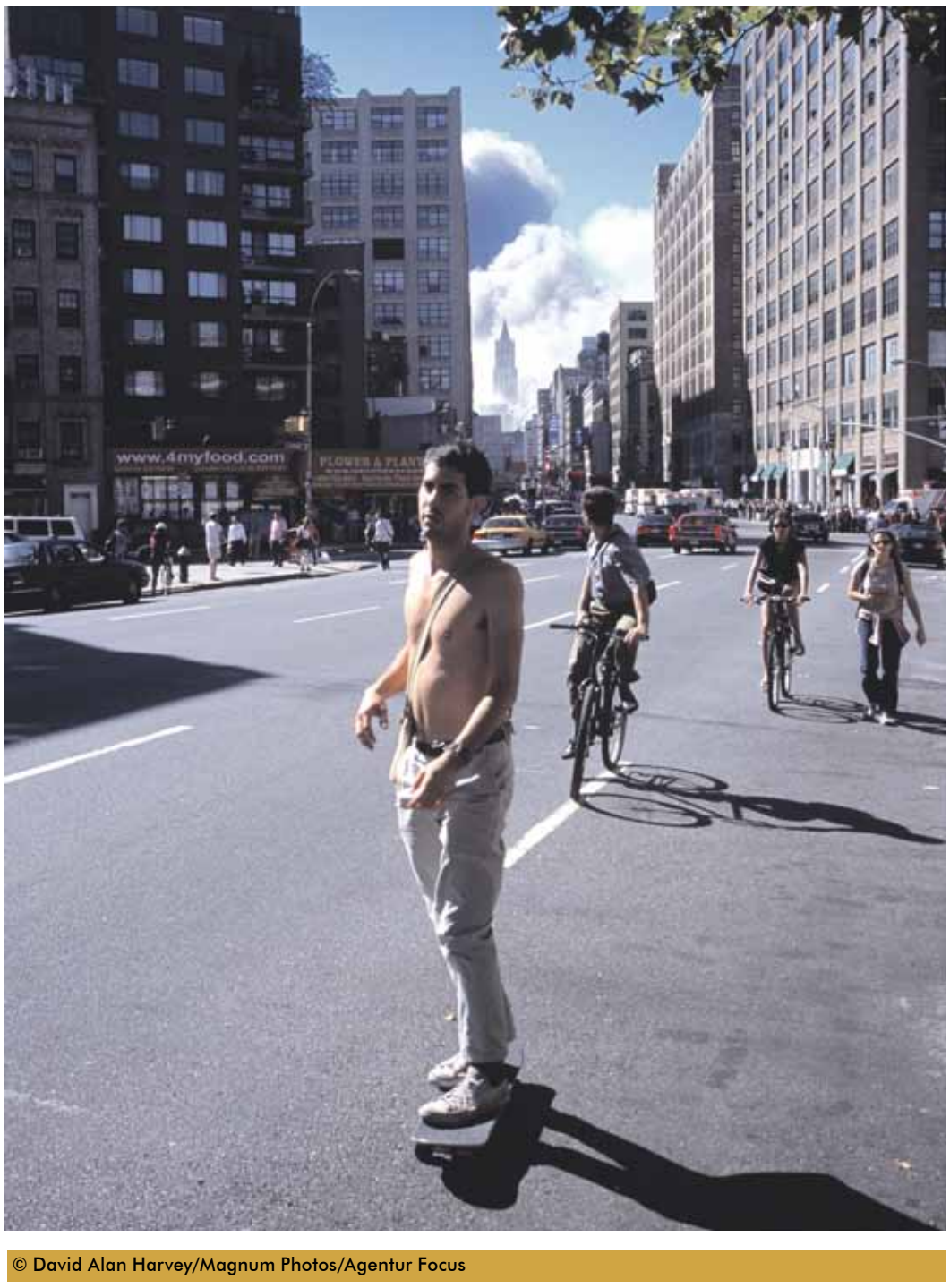
Vielleicht sollte man nicht bei den Zahlen ansetzen, sondern bei dem schräggestellten Strich. Er steht nicht, er fällt nicht, er bleibt unentschieden, gleichsam in der Schwebe, wankend wie der Boden meiner politischen Urteilskraft. Hat sich wirklich alles geändert oder doch fast nichts? Terror im Namen des Islams hat es vorher gegeben. Kriege auch. Das Ressentiment des Westens gegenüber der fremden Religion mündete spätestens mit der griffigen These von Samuel Huntington in Ideenpolitik, das war deutlich vor den Anschlägen auf die Twin Towers. Auch Symbolkriege sind immer schon Mittel besonders fieser Kriegsführung gewesen. Zwei Kriege haben die militärische Großmacht USA an den Rand ihrer moralischen Glaubwürdigkeit gebracht. Im Namen der Sicherheit scheint plötzlich vieles erlaubt, das zu ächten ein ganzes Abendland lang gedauert hat. Auch in Deutschland haben wir überraschend widerspruchslos bürgerliche Freiheiten preisgegeben, in der diffusen Hoffnung, der Preis sei gerechtfertigt, seien doch so unsere U-Bahnen, Flugzeuge, Schulen, Freizeitparks und Weihnachtsmärkte geschützt. Aus vergnüglichen Veranstaltungen werden jetzt „weiche Ziele" und nach jedem vereitelten Bombenanschlag islamistischer Terroristen im eigenen Land kriecht das mulmige Gefühl wieder hoch angesichts der verschleierten Frau in der U-Bahn und des bärtigen Mannes am Würstchenstand. Als vor einigen Monaten schwerbewaffnete Polizisten an allen Berliner Plätzen Streife gingen, der Hauptbahnhof so aussah, als läge er im Nahen Osten und der Reichstag nur nach mehreren Sicherheitsschleusen zu betreten war, war auch das Gefühl der Bedrohung wieder da, einer Bedrohung durch einen vagen Gegner, der aus dem Hinterland Pakistans oder aus den sanften Hügeln des Sauerlands kommen konnte. Welche Freiheiten wäre die hysteriebegabte deutsche Gesellschaft wohl preiszugeben bereit, wenn mal wirklich was passierte? Vielleicht ist das diffuse Grundgefühl der Sorge ja der beste Indikator dafür, dass sich etwas geändert hat. Die Verletzlichkeit moderner Gesellschaften ist offensichtlich geworden. Mitten im Finanzdistrikt mit seinen Versprechungen liegt nun Ground Zero. Auch die mentale Versehrbarkeit ist offensichtlich geworden. Es gibt an westlichen Universitäten ausgebildete junge Leute, die den Versprechungen der westlichen Welt dennoch nichts abgewinnen können. Das kränkt und verunsichert. Doch ist dieses Gefühl wirklich neu? Haben wir uns vorher wirklich beschützter, behaglicher, geborgener gefühlt? Ich habe da so meine Zweifel. Aber eines hat sich doch verändert.

Es gibt seit dem 11.09.2001 eine schleichende Religiosifizierung politischer und sozialer Herausforderungen, und zwar nicht nur in den Krisenherden der Welt. Auch die deutsche Gesellschaft hat aus den Türken Muslime gemacht und aus einer menschenverachtenden Weltanschauung aus den Quellen des Islam Religion insgesamt, vor allem selbstredend den Islam grundsätzlich zu einer gefährlichen Angelegenheit stilisiert. So kommt es, dass mein Freund, der waschechte Ostfriese mit den schwarzen Haaren und dem dunklen Teint bei der Einreise in die USA jedes Mal Probleme kriegt. Aus dem katholischen Bauernsohn ist hinterrücks jemand geworden, der ins Täterprofil passt. „Isst Du eigentlich Schweinefleisch?", wurde er neulich auf einer Party gefragt. Das Interesse war ehrlich. Und die Macht der Bilder einmal mehr bewiesen. So sehen Muslime aus, oder?

Strategien der Religiosifizierung gesellschaftlicher Konflikte haben auf der Oberfläche auch ein neues Interesse an der eigenen religiösen Tradition wachsen lassen. Religion ist seit zehn Jahren wieder Thema, auch in den Medien, und zwar unabhängig von der Frage, inwiefern die christlichen Kirchen als Institutionen die lebendige Erinnerung an das Christentum gefährdet oder gefördert haben. Es schwant vielen, dass wir so säkular nie gewesen sind, wie wir lange vorgaben und dass dieses Eingeständnis möglicherweise eine ziemlich heilsame Einsicht ist, die gegenüber selbstgewissen Formen der Sakralisierung des Nichtmehrreligiösen in der Moderne vorsichtiger werden lässt. Doch die Schattenseite der Religiosifizierung, auch kultureller Identitäten, ist größer. Sie verwischt die klaren Analysen über die Herkunft des Terrors, sie hält soziale und politische Probleme für vorgeschoben und zwingt alles einer Religion auf, die bei Lichte gesehen ebenso vielschichtig ist wie das Christentum vielerlei Auslegungen hat und nur in ihren politischen Kontexten zu verstehen ist. Sie verzichtet so letztlich auf die gründliche Diskussion des Verhältnisses von Aufklärung und Gewalt, von Freiheit und Bindung, von lebbaren Unterschieden und einer auf den Menschenrechten basierenden Intoleranz, die genauso nötig ist wie die Anerkennung der Differenz.

Unter den Staubwolken der zerbröselnden Hochhausmonumente haben viele tausende Menschen ihr Leben gelassen. Und das Töten geht weiter. Ohne Aussicht auf ein Ende. Dafür gibt es viele Gründe, für die die deutsche Gesellschaft nichts kann. Doch wir können einiges für ein Klima tun, in dem junge Migranten nicht auf die Anwerbungsversuche von Terroristenmachern eingehen, weil sie einen Platz in unserer Gesellschaft gefunden haben, auf dem es um mehr geht als ums Geldverdienen. Wir können etwas für ein Klima tun, in dem kritisches Unterscheidungsvermögen und ein kühler Kopf wichtiger für die Debatte um den Islam in Deutschland sind als heiße Ressentiments und dumpfe Ängste. Wir sollten uns fragen, welche Güter der westlichen Überlieferung wir leichtsinnig für gegeben halten, obwohl sie täglich erstritten werden müssen. Gegen die Evidenzen einfacher Bilder und lockerer Parolen: Ein emphatisches Verhältnis zur Aufklärung bei gleichzeitiger Einsicht in die Grenzen der menschlichen Vernunft, eine Debattenkultur, die zwischen Politik, Wissenschaft, Recht und Religion klug zu unterscheiden vermag und Räume des Zögerns vor schnellen Lösungen und dummen Abkürzungen pflegt. Die Kirchen sind hier in besonderer Weise gefragt. Sie sollten ein Kontakthof werden für die, die nicht glauben, dass das, was ist, schon alles ist. Bei allen harten und weichen Differenzen liegt hier das Gemeinsame der Religionen. Deshalb sind auch Theater, Kinos und Museen so wichtig. Weil hier die zum Zuge kommen, die der Evidenz starker Bilder und starker Gefühle etwas entgegensetzen: Gegenbilder einer Gesellschaft, die sich in schöner Regelmäßigkeit selbstkritisch befragt, was nach dem 11.09.2001 anders geworden ist.

DIE VERFASSERIN IST KULTURBEAUFTRAGTE DES RATES DER EKD ■



© David Alan Harvey/Magnum Photos/Agentur Focus

Religion und liberaler Verfassungsstaat

Der christlich-islamische Dialog an der Katholischen Akademie in Berlin nach 9/11 / Von Katrin Visse und Joachim Hake

Der 11. September 2001 bedeutete für die öffentlichen Diskussionen um den Islam zweifellos eine Zäsur und hatte sichtbare Folgen für die Aufmerksamkeiten kirchlicher Akademien. War der christlich-muslimische Dialog zuvor vor allem durch ein elementares Interesse an persönlichem Kennenlernen und religiös-theologischem Wissen bestimmt, so standen mit einem Schlag harte politische Themen im Fokus der Aufmerksamkeit: der vermeintliche „Clash of Civilizations", der Heilige Krieg und religiöser Fundamentalismus, das Verhältnis von Monotheismus und Gewalt und vieles andere mehr. Atmosphärisch schien der bisherige Dialog an ein Ende gekommen zu sein; jäh hatte er seinen harmlosen Seminarcharakter verloren, wurde in der politischen Öffentlichkeit ausgetragen und begleitet von gemischten Gefühlen: dem Verdacht, bislang „blauäugig und blind" gewesen zu sein einerseits sowie neuen Solidaritätserfahrungen, wenn Christen Muslime beherzt vor islamophoben Polemiken in Schutz nahmen andererseits.

© Alex Webb/Magnum Photos/Agentur Focus

Genauer und realistischer werden die Schwierigkeiten eines religiösen Dialogs gesehen: Für ein Gespräch über intime Dinge wie den eigenen Glauben ist eine tiefe Vertrauensbasis und eine Kultur der Diskretion notwendig. Was das bloße Wissen betrifft, lässt sich vieles mittlerweile in Büchern besser nachlesen.

Einen weiteren Einschnitt im Dialog von Islam und Christentum in Deutschland markierte in positiver Weise die vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble initiierte Islamkonferenz. Viele Aufgaben, die bis dahin die Kirchen übernommen hatten – Anwalt für muslimische Anliegen zu sein oder zwischen Staat und Moschee zu vermitteln – erübrigten sich alsbald, da diese Verbindung nun direkter hergestellt war. Nachdem im Zusammenhang der Islamkonferenz das Gespräch mit dem Islam vor allem politisch und kulturell geführt wird, ist es eine Aufgabe der Akademien, die Bedeutung der theologischen Perspektive dieses Dialogs auf der Grundlage realistischer und tragfähiger religionspolitischer Unterscheidungen erkennbar zu halten. Gegenstand des streitbaren Gesprächs sind vor allem die Hermeneutik heiliger Texte, Bildung und Tradition, das Zueinander der Geschlechter und Generationen sowie immer wieder das Verhältnis von Religion und Staat. Dieser Dialog schärft die Gabe der Unterscheidung: Wo ist von Theologie, von Kultur und von Politik die Rede und wie sind diese Fragen konkret aufeinander bezogen? Gegen eine oft medial entwirklichte Diskussion im Streit der Positionen setzt der Dialog konkret an: Die christlichen Kirchen und Akademien bieten ihre Expertise und ihre langjährige Erfahrung an, wenn es um konkrete Themen geht wie die Etablierung von muslimischer Seelsorge in Krankenhäusern, Gefängnissen usw. oder auch bei der Entstehung islamischer Lehrstühle an deutschen Universitäten. Das christliche Verständnis für religiös motivierte Anliegen – und die Erfahrung, dass auch die Kirchen (vor allem die katholische) die Bejahung der Religionsfreiheit und des liberalen Rechtsstaates erst „erringen" mussten – erweist sich als kostbarer Hintergrund für die anstehenden Debatten im politischen Raum.

Im Vergleich zu den Dialoginitiativen vor 9/11 gibt es mittlerweile bedeutend mehr gut ausgebildete und eloquente Muslime, die nicht nur auf Augenhöhe ihren Dialogpartnern Rede und Antwort stehen, sondern auch ihre eigenen Anliegen selbstbewusst vertreten. Christen machen die Erfahrung einer lebendigen und bewegten muslimischen Community, was Bewunderung, Staunen und Neid erzeugt: Da finden sich einige Gläubige mit der Vision eines Moscheebaus zusammen, und das entstehende Bauwerk verändert nicht nur die ganze Gemeinde, sondern reißt einen ganzen Ort mit; da finden Fortbildungen für Ehrenamtliche als muslimische Seelsorger statt, und die Anbieter kommen der Nachfrage gar nicht hinterher; da tagen Muslime und Nicht-Muslime über Fragen der Islamischen Theologie, und keiner will trotz des vollen Programms eine Pause machen; da entstehen aus Idealismus Zeitschriften und Verlage, um die hiesige Debattenkultur zu bereichern – und so verschiebt sich kontinuierlich und beharrlich der Dialog hin zu einer tieferen Verbundenheit in gegenseitiger Bereicherung. Der Ort von Glaubensgemeinschaften in Gesellschaft und Politik wird neu bestimmt und kulturelle Voraussetzungen religiöser Einstellungen und Identitäten werden erkennbarer. Mehr noch als vor 9/11 gilt, dass Fragen religiöser Identität im weltweiten Austausch kommuniziert werden. Dennoch bleibt das Lokale der Ort, an dem diese den Lackmustest bestehen müssen. Unter den säkularen Metropolen nimmt Berlin eine Sonderstellung ein. José Casanova hat Europas „Angst vor der Religion" beschrieben, und diese ist in Berlin trotz aller Weltläufigkeit immer wieder spürbar. Hier ist es für Glaubende – Muslime wie Christen – entscheidend, ihren Mitbürgern die Angst vor der Religion zu nehmen, indem sie ihnen unter anderem zeigen, wie sie jeweils aus ihren eigenen Quellen den säkularen, demokratischen und liberalen Verfassungsstaat bejahen und anerkennen.

Eine Postkartenaktion der Katholischen Akademie in Berlin im September 2010, für die die Sprechblase der Hauptstadtkampagne gefüllt wurde mit dem Slogan „be Muslim, be Christian, be Berlin", war der Versuch eines Beitrags hierzu. „Warum sollten sich junge Menschen in Europa nicht als Glaubende politisch engagieren können, ohne ihre Loyalität zum Staat oder ihre Festigkeit im Glauben zu gefährden? Was erleben gläubige Menschen unter den aktuellen Bedingungen der religiösen Landschaft? Wie wirken sich die Früchte der Säkularisation, die wachsende Vielfalt religiöser Gemeinschaften, eine neue Sichtbarkeit religiöser Symbole und zunehmende Beachtung religiöser Themen in gesamtgesellschaftlichen Kernbereichen auf das Leben einzelner Glaubender aus; und welche Bedeutung haben religiöse Gemeinschaften für den Einzelnen und für die Umwelt?", lauteten die elementaren Fragen auf der Rückseite der Karte, mit der gläubige Muslime und Christen zu einer abendlichen Diskussion mit muslimischen und christlichen Religionsintellektuellen aus anderen europäischen Großstädten eingeladen wurden.

Wie also vertragen sich Eigensinn des Glaubens und selbstverständliche Anerkennung der liberalen Demokratie? Die Antwort auf diese Frage ist konkret und muss ständig neu ausgehandelt und bewährt werden. Mit ihrer unterschiedlichen Geschichte und den verschiedenen Erfahrungen eint Muslime und Christen die Perspektive, die die Deutsche Islam Konferenz nicht haben kann: die bleibende Gebundenheit an das, was ihnen offenbart wurde und die Aufgabe, ihren jeweiligen Glauben in neuen Kontexten immer wieder neu zu deuten, so dass die Zukunft ihrer religiösen Vergangenheit ebenso wie ihre Herkunft unter den Bedingungen liberaler Demokratie sichtbar wird und zur Geltung kommt.

KATRIN VISSE IST WISSENSCHAFTLICHE ASSISTENTIN UND JOACHIM HAKE IST DIREKTOR DER KATHOLISCHEN AKADEMIE IN BERLIN ■

Sicherheitssorge statt Bedrohungsangst

Der 11. September und seine Folgen aus politikwissenschaftlicher Sicht / Von Herfried Münkler

Der zur Zeit vermutlich wirkmächtigste Effekt des 11. September 2001 ist zugleich der am wenigsten erwähnte – jedenfalls im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Anschläge auf unser Sicherheitsbedürfnis: Die Attacken mit entführten Verkehrsflugzeugen haben nämlich die Sicherheitsberechnungen für Atomkraftwerke dramatisch verändert, weil mit einem Schlag nicht mehr der Zufall, sondern die böse Absicht zur Grundlage der Risikowahrscheinlichkeit wurde – jedenfalls dann, wenn man eine realistische Sicherheitsüberprüfung vornahm. Mit der Umstellung von Zufall auf Absicht aber stieg das sogenannte Restrisiko ins Unermessliche, denn selbstverständlich war und ist keines der deutschen AKWs gegen Flugzeuge gesichert, die gezielt in die Anlagen hineingesteuert werden. Als die Atomkraftwerke gebaut wurden, hat niemand mit solchen Angriffen gerechnet.

In der jüngsten Debatte über Sicherheit und Risiko bei der Nutzung der Atomenergie haben jedoch Anschläge, wie die vom 11. September, eine zentrale Rolle gespielt, und sie haben dort, wo das Risiko eines Erdbebens oder Tsunamis gegen Null tendierte, die Sicherheitsbilanz der Anlagen entscheidend verschlechtert. Auf Deutschland bezogen lässt sich also sagen: Der eigentliche Verlierer des 11. September war die Atomindustrie, und der größte Nutznießer war die Antiatombewegung. Wer über die Folgen des 11. September nachdenkt, muss bereit sein, sich auf Paradoxien einzulassen: Diejenigen, die sich über die mitunter ausufernden Maßnahmen der Terrorismusprävention am meisten beklagt und aufgeregt haben, haben davon im Ergebnis den größten politischen Gewinn eingestrichen. Dass die Katastrophe von Fukushima nicht als Folge einer in Deutschland ganz unwahrscheinlichen Naturkatastrophe abgetan wurde, war – auch – eine Folge des 11. September und der anschließenden Sicherheitsdebatte.

Eine andere, zurzeit noch eher untergründige Folge ist die allmähliche Umstellung der Sicherheitskultur von Bedrohung auf Verletzlichkeit. Der sicherheitspolitische Umgang mit Verletzlichkeit ist erheblich schwieriger und komplexer als der mit Bedrohung. Letztere kommt von außen, sie wird identifiziert und analysiert, und dementsprechend können mehr oder weniger geeignete Abwehr- und Verteidigungsmaßnahmen ergriffen werden. Verletzlichkeit dagegen stellt man an sich selbst fest. Weil man nicht weiß, wer einen angreifen könnte, und weil die Gefahren, denen man ausgesetzt ist, diffus sind, kann man sich nicht auf den bedrohlichen Kontrahenten konzentrieren, sondern muss voll Sorge permanent sich selbst beobachten und auf verletzliche Stellen abtasten. Man muss also sehr viel mehr auf der Hut sein als bei einem identifizierten Gegner, den man abschrecken oder abwehren kann. Die objektiven Gefährdungen dürften in der Zeit des Kalten Krieges deutlich höher gewesen sein; die Sorge um die eigene Sicherheit dagegen ist nach dem 11. September gestiegen. Man kann dies als irrational bezeichnen, aber dann hat man nicht begriffen, was das Problem ist: Es ist die im Gefolge des 11. September stattgefundene Umstellung der Sicherheitskultur von Bedrohung auf Verletzlichkeit, die unsere Sicherheitssorge gesteigert hat.

Zunächst freilich hat man versucht, dieser sicherheitspolitischen Umstellung zu entgehen, indem man sich auf die Konstruktion eines Gegners konzentrierte, der geeignet war, die am 11. September sichtbar gewordenen Gefährdungen sicherheitspolitisch als neue Bedrohung zu repräsentieren. Dieses Konstrukt wurde wechselweise als „Islam" oder „arabische Welt" bezeichnet, insofern die Attentäter des 11. September sich damit verbinden ließen und sie dort auch die größte Zustimmung für ihre Attacken gefunden hatten. So wurde (und wird immer noch) die Debatte über Terrorprävention durch eine zusätzliche Debatte über die politische und kulturelle Transformation der muslimisch-arabischen Welt und die Integration von Migranten aus diesem Raum in die Gesellschaften des Westens überlagert. Man hoffte, die im Prinzip teuren Maßnahmen zur Verminderung der eigenen Verletzlichkeit begrenzen zu können, indem man die Akteure, die diese Verletzlichkeit nutzen

Weiter auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Sicherheitssorge statt Bedrohungsangst

konnten, unschädlich machte. Oder indem man verhinderte, dass aus politisch Missgelaunten Terroristen wurden. Mit der Zeit stellte sich jedoch heraus, dass dieses Projekt zeitraubend und sehr viel teurer war, als man ursprünglich gedacht hatte. Auch zerfiel sehr bald die inoffizielle und so nie angestrebte Koalition zwischen den am Fortbestand der US-Dominanz interessierten Kräften und den eher der politischen Linken Zuzurechnenden, die anstelle operativer Terroristenbekämpfung auf die Beseitigung der sozialen und politischen Verhältnisse setzten, aus denen die Terroristen kamen.

Die Geschichte der Afghanistan-Intervention zeigt den allmählichen Zerfall der Hoffnung, man könne das Problem zum Verschwinden bringen, in dem man es „an der Wurzel" packe. So wurden der Einsatz westlicher Truppen und die Präsenz zahlloser Nichtregierungsorganisationen in Afghanistan anfänglich damit gerechtfertigt, dass man auf diesem Wege das Land aus Armut und Rückständigkeit herausführen und in eine Region stabilen Friedens und relativen Wohlstands verwandeln wolle. Jetzt, da der schrittweise Abzug der Truppen auf der politischen Tagesordnung steht, ist eigentlich nur noch von Stabilität die Rede, und man denkt darüber nach, wie man sogenannte „gemäßigte Taliban" an dieser Stabilität interessieren könne. Aus einem großen Projekt zur Veränderung Zentralasiens ist die Aufgabe geworden, ohne größeren politischen Gesichtsverlust wieder einigermaßen heil aus dem Land herauszukommen.

Dennoch hat das demnächst zehnjährige Afghanistan-Engagement des Westens, das mit den Anschlägen vom 11. September eng verbunden ist, die geostrategische Weltsicht grundlegend verändert beziehungsweise ist selbst ein Indikator dieser Veränderung. Vor den Anschlägen auf die Twin Towers und das Pentagon gingen viele Politikwissenschaftler davon aus, dass im 21. Jahrhundert nur noch Kommunikation und Austausch zwischen den großen wirtschaftlichen Ballungsräumen eine Rolle spielen und der Rest in politischer und wirtschaftlicher Bedeutungslosigkeit verschwinden würden. Dieses Zentrum-Peripherie-Gefälle hat es immer gegeben, aber die neuen Vorhersagen liefen auf den endgültigen Bedeutungsverlust der Peripherie gegenüber den amerikanischen, europäischen und ostasiatischen Zentren hinaus. Mit dem 11. September hat sich die Peripherie auf der weltpolitischen Bühne zurückgemeldet. Auch wenn sie politisch bedeutungslos ist und allenfalls ein Reservat von Rohstoffen darstellt, kann sie doch über Nacht zu einer Bedrohung der Prosperität in den Zentren werden. Die Piraten vor der somalischen Küste sind ein anderes Beispiel dafür. Die vermutlich noch lange nachwirkende Lehre des 11. September lautet also, dass man in den Zentren die Peripherie im Auge behalten muss: Wie und mit welchen Instrumenten freilich, ist politisch nach wie vor umstritten.

DER VERFASSER IST INHABER DES LEHRSTUHLS THEORIE DER POLITIK AN DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN ■

Die Kulturalisierung der deutschen Integrationspolitik

Grundannahmen der politischen Auseinandersetzung im Bundestag nach dem 11. September / Von Petra Klug

Die Attentate des 11. September 2001 gehörten wohl zu den wichtigsten Ereignissen, die das deutsche Verhältnis zum Islam geprägt haben. Sie sind als kollektiver Schock im kulturellen Gedächtnis verankert geblieben und so hat sich auch die Klassifizierung der Ereignisse, wie sie unmittelbar danach abgegeben wurde, in das gesellschaftliche Wissen eingeschrieben. Im Folgenden sollen daher die Einschätzungen des Deutschen Bundestages dargestellt und ihre Auswirkungen auf die deutsche Integrationspolitik nach dem 11. September nachgezeichnet werden.

Während in den Medien schon am Folgetag darüber berichtet wurde, dass Islamisten unter Osama bin Laden für die Anschläge verantwortlich seien, enthielt sich der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung – wie auch alle anderen Abgeordneten – am 12. September jeglicher Spekulationen über die religiöse Motivation für die Attentate. Der Bundestag äußerte sich erst in der darauf folgenden Sitzung am 19. September genauer zu Einschätzung und Folgen der Ereignisse.

Die Abgeordneten wollten den Islam eindeutig und einstimmig nicht mit Terror und Gewalt in Verbindung bringen, obwohl zu diesem Zeitpunkt keine Zweifel mehr am islamistischen Hintergrund der Tat bestanden. Gerhard Schröder sagte über die Attentate, sie hätten – und das sei Konsens – „nichts, aber auch gar nichts mit Religion zu tun" und erhielt dafür Beifall im ganzen Hause. Einen „Kampf der Kulturen" wollte niemand darin erblicken, erst Recht nicht den Auftakt zu einem „Krieg gegen die islamische Welt". Vielmehr sollte diese in den Krieg gegen den Terror einbezogen werden. Konfliktstoff barg dann allerdings die Diskussion um das Zuwanderungsgesetz und das Asylrecht, die in der Debatte um den 11. September mitverhandelt wurden. Während die Abgeordneten dem Islam als Religion Hochachtung und Respekt zollten, wurde die Bedrohung durch den Terrorismus teilweise genutzt, um gegen Zuwanderung zu argumentieren. Durch die Diskussion von Migrations- und Asylrechtsfragen im Kontext der Terrorbekämpfung wurde Zuwanderung aber diskursiv mit Terrorismus gekoppelt. Eine religiöse Dimension wurde dem Terror hingegen abgesprochen. Wo in der Folge doch ein Zusammenhang zwischen dem Terrorismus und religiösen Überzeugungen angenommen wurde – etwa in der Debatte um die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union –, galt er als Missbrauch der Religion für politische Interessen.

Die Möglichkeit, dass Religion selbst politische Implikationen haben kann, wurde mit dieser Argumentation definitorisch ausgeschlossen. Gewaltphänomenen wurde ein religiöser Gehalt per se abgesprochen. Aus der Abwehr gegen die – im Bundestag gar nicht vorgenommene – pauschale Identifikation von Islam mit Terrorismus wurde teilweise die völlige Dissoziation von beidem – was durchaus im Kontrast zur selbstbekundeten Motivation der Attentäter des 11. September steht und letztlich einen sehr verkürzten Begriff von Religion voraussetzt. Die diskursive Kopplung von Migration und Terrorismus auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber die Entkopplung von Religion und Terrorismus wurde zur Voraussetzung der Kulturalisierung des Integrationsbegriffes und bestimmt die Auseinandersetzung bis heute.

Die Amalgamierung von Religion und Migration

So scheint es, dass in der Integrationspolitik jeweils legitime demokratische Anliegen gegeneinander ausgespielt werden können. Gegen die Offenheit der Bundesrepublik für Menschen verschiedenster Herkunft auf der einen Seite wird die Bedrohung der Sicherheit durch die Zuwanderung auf der anderen Seite ins Feld geführt. Darüber müsse „man offen reden können, ohne der Ausländerfeindlichkeit bezichtigt zu werden", wie es Wolfgang Bosbach in der Debatte zum 11. September formulierte. Auf den Vorwurf des Rassismus folgt regelmäßig der Vorwurf der Verharmlosung des Islamismus. Und auf die Forderung von Maßnahmen gegen den Islamismus folgt häufig der Vorwurf des Rassismus.

Was dieses forcierte Aneinandervorbeireden erst ermöglicht und dabei von beiden Seiten geteilt wird, ist der implizierte Zusammenhang zwischen Islam und Zuwanderung, der den Abgeordneten ganz selbstverständlich scheint. Zwar sind viele Migrantinnen und Migranten in Deutschland muslimisch, von der Mehrheit aber auf jede Einzelne und jeden Einzelnen zu schließen wäre fatal. Denn die Herkunft eines Menschen aus einem islamisch geprägten Land sagt überhaupt nichts darüber aus, ob dieser muslimisch oder christlich ist oder ob er vielleicht an überhaupt keinen Gott glaubt. Oft sind es gerade Menschen, die sich religiös verfolgt oder zumindest bedrängt fühlen, die sich entschließen auszuwandern. Ebenso wenig ist der Islam als Universalreligion auf bestimmte ethnische Gruppen oder Länder beschränkt, wie man beispielsweise an den mittlerweile zahlreichen deutschstämmigen Konvertitinnen und Kovertiten sehen kann. Und spätestens seit den Geständnissen von Mitgliedern der sogenannten Sauerland-Gruppe sollte auch klar geworden sein, dass islamistisch motivierter Terrorismus auch von Deutschen ohne Migrationshintergrund ausgehen kann.

Islamismus mit Zuwanderung zu assoziieren bildet aber nicht nur möglicherweise gefährliche blinde Flecken bei der Terrorismusbekämpfung. Menschen aufgrund ihrer Herkunft bestimmte Eigenschaften zuzuschreiben, also beispielsweise Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der Türkei, dass sie muslimisch sind, ist im Kern rassistisch – unabhängig davon, welche konkreten politischen Vorschläge daraus erwachsen mögen. Schon die Assoziation von einer bestimmten Herkunft mit einer bestimmten Religion bildet also die rassistische Grundierung der deutschen Integrationspolitik nach dem 11. September. Aber dieser kulturalistische Fehlschluss findet sich nicht nur im Bundestag, sondern ist bis hin zu sich antirassistisch verstehenden Initiativen der Zivilgesellschaft verbreitet. Sicherlich lässt sich Kritik am Islam für rassistische und fremdenfeindliche Argumentationen nutzen. Kritik an einer Religion aber gerade im Namen des Kampfes gegen Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit pauschal zurückzuweisen, basiert auf derselben rassistischen Grundannahme wie die Indienstnahme von Religionskritik zur Propagierung rassistischer Ressentiments.

Kulturalisierung der Integrationspolitik

Dies hatte und hat auch Konsequenzen für die Integrationspolitik der Bundesregierung. Anerkennung von Migrantinnen und Migranten in Deutschland wird seit dem 11. September stärker als Zugeständnis an die islamischen Gemeinschaften in Deutschland denn als soziale und rechtliche Gleichberechtigung gedacht, die die Gesellschaft integrieren und egalisieren würde. Damit werden aber die Probleme der Muslimas und Muslime anstelle der aller Migrantinnen und Migranten behandelt. Und umgekehrt etabliert der säkulare Staat damit auch die Religion als primäres Identifikationsangebot für junge Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Denn diese Kulturalisierung der Integrationspolitik drängt dazu, den Weg zu mehr politischer Teilhabe über die Religion zu gehen, statt etwa auf Basis der Grundrechte gegen rassistische Diskriminierung zu kämpfen.

Der Staat setzt damit gerade die Religion als Modus der Integration – einer Religion aber, die gar nicht alle Migrantinnen und Migranten teilen. Für Andersgläubige, für liberale Muslimas und Muslime, für nicht-anerkannte Minderheiten im Islam oder Atheistinnen und Atheisten kann diese spezielle Form der Anerkennung aber gerade zu einer Verschärfung ihrer Situation führen. Die bundesdeutsche Integrationspolitik begibt sich – wie auch viele zivilgesellschaftliche Initiativen zum Thema – mit dieser Strategie also möglicherweise in ein Dilemma. Wenn gesellschaftliche Integration über die Anerkennung von Kultur oder Religion statt über die politischen und sozialen Rechte der Einzelnen hergestellt werden soll, kann vollständige Anerkennung nur heißen, die Grundrechte und damit die Menschenrechte zu relativieren, zumindest dort, wo sie den religiösen Normen zuwiderlaufen. So weit nämlich der Dialog der Religionen auch tragen mag, Religionen bergen normative Ordnungskonzepte, die die Menschen reglementieren. Teilweise fördern diese die Menschenrechte, sehr oft jedoch ver-

© Alex Majoli/Magnum Photos/Agentur Focus

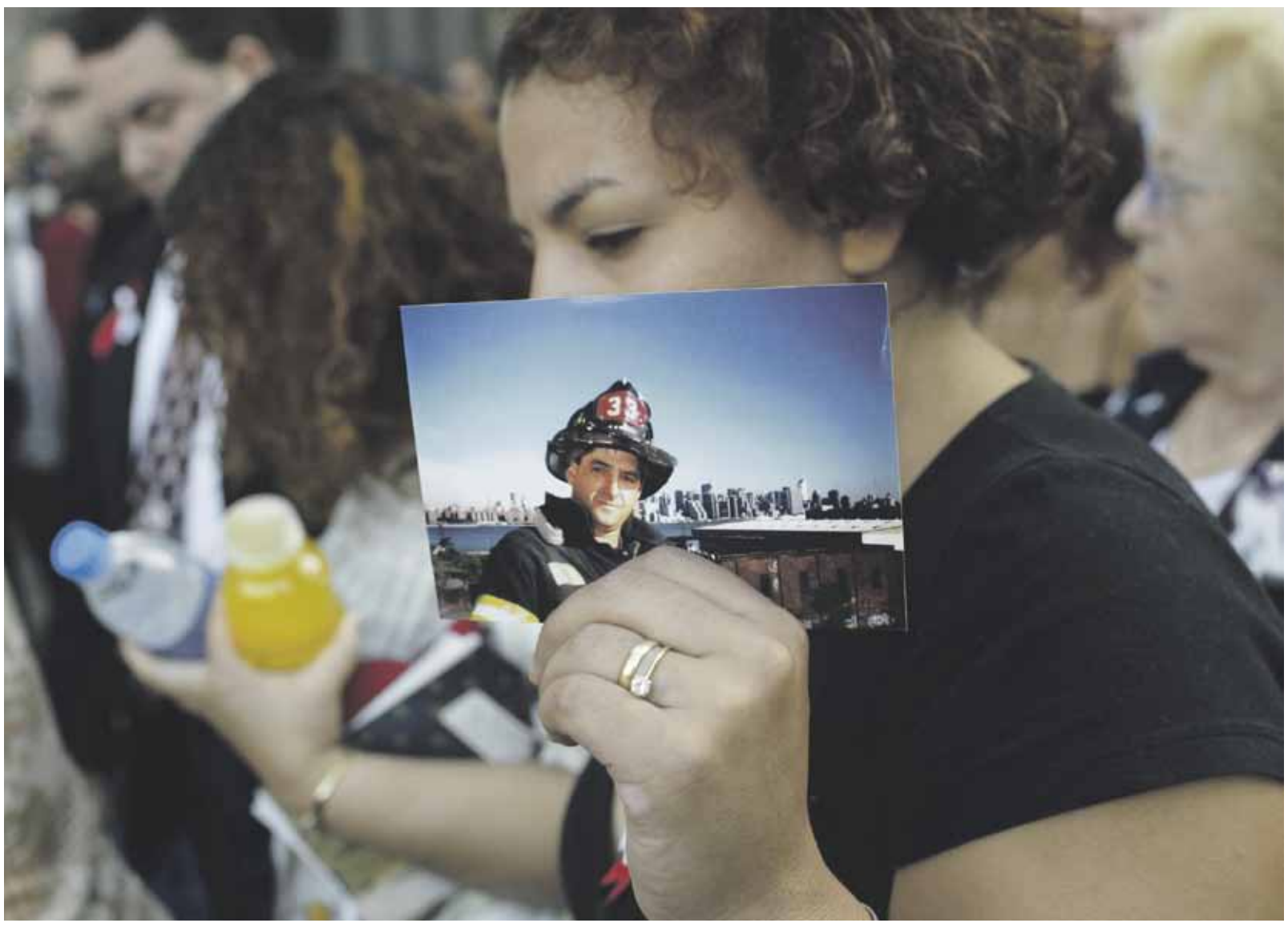
Weiter auf Seite 9

9/11 und die Welt danach

Von Lars Klingbeil

Der 11. September 2001 hat die Welt verändert. Noch heute ist er Bezugsdatum für viele politische und gesellschaftliche Veränderungen. Auch die persönliche Erinnerungskraft an dieses Datum ist bei den Menschen ausgeprägt. „Wo warst du 9/11?" ist eine Frage auf, die jeder Mensch eine Antwort geben kann.

Ich persönlich habe damals in Manhattan gelebt und gearbeitet. Ich erinnere mich gut an die ersten Meldungen über den Einschlag eines Flugzeugs ins World Trade Center, an die ersten Vermutungen über einen Terroranschlag, an meine Gefühlslage zwischen Angst und Neugier. Mein damaliger Chef bei der Friedrich-Ebert-Stiftung sagte an diesem Tag zu mir: „Das wird die Welt verändern." Er sollte Recht behalten. Die „Ruhe" nach dem Ende des Kalten Krieges war schlagartig vorbei. Zehn Jahre danach möchte ich versuchen, die sicherheitspolitischen Konsequenzen und Auswirkungen für die USA, aber vor allem für Deutschland aufzuzeigen.



© Gilles Peress/Magnum Photos/Agentur Focus

Der Blick in die USA

In den USA war nach den Anschlägen eine offensichtliche Solidarität zu spüren, das Bedürfnis nach nationaler Stärke und der Wille, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. „Make no mistake, the United States will hunt down and punish those responsible for these cowardly acts." (George W. Bush, 11. September 2001).
Zum einen konnten die USA sich der Unterstützung der Welt in diesem Moment sicher sein. Zum anderen hatten die Anschläge von New York und Washington mehr als nur den Afghanistan-Einsatz zur Konsequenz. Sie waren auch Basis für George W. Bushs Doktrin vom „vorbeugenden Krieg", um die Gefahr durch Terroristen zu bekämpfen. Die Bush-Regierung und ihr neokonservatives Umfeld waren in der Ideologie getrieben, die Welt nun auf eine neue Grundlage zu stellen. Man war der festen Überzeugung, Unrechtsregime wie in Afghanistan oder im Irak zu stürzen und durch ein nation-building dort demokratische Staaten nach westlichem Vorbild zu schaffen.
Am Beispiel des Irak-Einsatzes wurde aber schnell deutlich, dass die schwarz-weiße Welt der Neokonservativen nicht funktioniert. Das Desaster des Irak-Feldzugs führte in den USA zu einem Stimmungsumschwung, an dessen Ende die Wahl von Barack Obama zum 44. Präsidenten stand. Aber auch wenn Obama einen versöhnlichen Ton gegenüber der Welt anschlug, ist seine Art und Weise, Sicherheitspolitik zu betreiben, als pragmatisch zu beschreiben. In seiner Nobelpreis-Rede argumentierte er für den gelegentlichen Einsatz von Gewalt: „To say that force is sometimes necessary is not a call to cynicism – it is a recognition of history; the imperfections of man and the limits of reason." (Barack Obama, Dezember 2009). Als Präsident zielt Obamas Sicherheitspolitik darauf ab, die internationalen Engagements des US-Militär zu reduzieren. Er verlangte den Bündnispartnern dabei mehr Aktivität ab und mahnte sie, die Augenhöhe zu suchen. Gerade Europa stellt dies vor eine ungeklärte Herausforderung. Gleichzeitig verstand Obama es, neue Player wie Indien und China einzubinden.
Amerikanische Sicherheitspolitik wird immer von einer gewissen Überheblichkeit gekennzeichnet sein. Diese Überheblichkeit beruht aber auch auf einer Verantwortung, die der Rest der Welt den USA zuschreibt. Zehn Jahre nach 9/11 hat Obama den neokonservativen Weg der Bush-Administration korrigiert. Gleichzeitig stellt er hohe Anforderungen an die Bündnispartner. Die Auswirkungen sind in Europa und vor allem in Deutschland spürbar.

Der Blick nach Deutschland

Die sicherheitspolitische Welt Deutschlands hat sich seit dem 11. September 2001, mehr oder weniger ungewollt, verändert. Im Gegensatz zu den USA gab es hier nur wenige politische Vordenker, die einen Wandel definiert haben.
Die direkte Reaktion auf die Anschläge war die Proklamation der „uneingeschränkten Solidarität" durch Bundeskanzler Gerhard Schröder. Der Ausdruck „uneingeschränkt" wird im Nachhinein oft kritisiert. Dabei wird vergessen, unter welchem Eindruck die Welt im September 2001 stand. Die Anschläge waren nicht nur ein Angriff auf die USA, sondern auf die ganze westliche Welt und unsere Vorstellung von Freiheit.
Die uneingeschränkte Solidarität und der NATO-Bündnisfall nach Artikel 5 führten zum deutschen Engagement in Afghanistan. Es wurde versucht, die „Stabilisierungsmission" in Afghanistan möglichst leise abzuwickeln, in der Hoffnung, ohne großen Schaden den Einsatz zu überstehen. Eine Debatte um die Frage, warum der Einsatz in Afghanistan für Deutschland notwendig ist, gab es nur rudimentär. Der Irak-Krieg wurde richtigerweise boykottiert. Argumentativ blieb es jedoch häufig auch hier bei einem „dagegen oder dafür". Eine Argumentation, wann ein Einsatz deutscher Soldaten im Ausland angebracht sein könnte, sucht man vergebens.
Die fehlende klare Linie in der Sicherheitspolitik ist offensichtlich für die Zeit seit dem 11. September. Bis zum Ende des Kalten Krieges war klar, wo die Bedrohung lauert. Dem Kalten Krieg folgte eine Zeit der sicherheitspolitischen Ruhe, in der die größte Herausforderung für die deutsche Sicherheitspolitik die Transformation der Bundeswehr war. Die Transformation ist nach wie vor Herausforderung. Jedoch fehlt eine argumentative Verknüpfung zum Verhalten Deutschlands in der internationalen Sicherheitspolitik. Das Ziel, einen gesamtgesellschaftlichen Konsens in der Sicherheitspolitik öffentlich zu definieren, wird nicht verfolgt.
Der Mangel an Konsistenz oder Strategie in der deutschen Sicherheitspolitik zieht sich wie ein roter Faden durch die letzten Jahre. Zum einen bewirbt sich Deutschland seit Jahren um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und verweist auf den Willen, international mehr Verantwortung zu übernehmen. Zum anderen hat sich Deutschland in der Libyen-Krise weder verantwortungsvoll noch konform mit dem Verhalten seiner Verbündeten gezeigt. Darüber hinaus ist die neue sicherheitspolitische Realität der Gesellschaft fremd. Beim Thema Afghanistan bewegt sie sich zwischen „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt" und „Nichts ist gut in Afghanistan". Die sicherheitspolitischen Auswirkungen von 9/11 scheinen weder in der Gesellschaft noch in der Politik angekommen zu sein. Deutschland nimmt zwanzig Jahre nach dem Kalten Krieg eine neue Rolle ein. (Wirtschafts-) Politisch füllen wir diese aus, sicherheitspolitisch bleiben wir jedoch zu oft Zuschauer. Gerade die deutsche Rolle müsste es sein, die sicherheitspolitische Integration der Europäischen Union voranzutreiben und dafür zu sorgen, dass Europa mit einer deutlichen und klaren Stimme spricht. Antrieb und Grundgedanke muss dabei Stärkung sowie Ausbau ziviler Konfliktlösungen sein. Ein sicherheitspolitisch einiges Europa kann Basis für eine neue transatlantische Lastenteilung sein. Solange Deutschland sich seiner Verantwortung nicht bewusst ist, wird es das europäische Projekt sehr schwer haben.
9/11 hat die Welt verändert. Wir leben in einer Zeit neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen und Gefahren. Deutschland sollte den 10. Jahrestag der furchtbaren Attentate dazu nutzen, eine Bilanz der sicherheitspolitischen Veränderungen zu ziehen, den Blick nach vorne zu richten und seine Verantwortung zu diskutieren.

DER VERFASSER IST MITGLIED DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION UND MITGLIED IM VERTEIDIGUNGSAUSSCHUSS DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES ■

Fortsetzung von Seite 8

stoßen sie gegen diese, betrachtet man etwa die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen, die Verfolgung von Homosexuellen, das Verbot, seine Religion zu wechseln oder Einschnitte in der Meinungsfreiheit. Daher werden die Menschenrechte auch von vielen religiösen Gemeinschaften nicht anerkannt.
Eine solche Form der religiösen Normierung zu kritisieren, ist nicht rassistisch. Es ist die Voraussetzung von kulturellem und religiösem Pluralismus in Deutschland. Rassistisch wird Integrationspolitik dann, wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft pauschal eine religiöse Orientierung unterstellt wird. Es ist zu befürchten, dass diese Weichenstellung, die nach dem 11. September unter dem Eindruck der nahen Ereignisse und der akuten Angst vor einem Kampf der Kulturen entstanden ist, sich soweit verfestigt hat, dass es schwer sein wird sie aufzubrechen. Im Sinne einer modernen Integrationspolitik wäre aber genau das die Herausforderung.

DIE VERFASSERIN IST DOKTORANDIN AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG, STIPENDIATIN DER STUDIENSTIFTUNG DES DEUTSCHEN VOLKES UND KOLLEGIATIN AM GRADUIERTENKOLLEG „RELIGIÖSER NONKONFORMISMUS UND KULTURELLE DYNAMIK" ■

© Alex Majoli/Magnum Photos/Agentur Focus

Um Jahre zurückgeworfen

9/11 und die Folgen für Völkerverständigung und Integration / Von Aiman A. Mazyek

Ein etwas ungewöhnlich warmer Herbsttag war der 11. September in Deutschland. Ich hatte damals mein privates Büro im Dachgeschoss unseres Hauses, die Hitze staute sich dort oben. An diesem Tag gab es für mich zum Glück keine Auswärtstermine, ein ganz gewöhnlicher Bürotag, lediglich am Abend stand die Mitgliederversammlung des Lions-Club an, welche aber der Präsident wegen nachfolgender Ereignisse bestürzt absagte. Was war passiert?

© Alex Majoli/Magnum Photos/Agentur Focus

Ich erinnere mich genau, mein Schwager rief an und sagte nur „seht fern" und legte auf. Meine Frau rief von unten nach mir. Ich rannte die Treppe runter ins Wohnzimmer und was ich am Bildschirm sah, war grässlich, war unwirklich; ein versteinert wirkender Ulrich Wickert, dem es die Sprache verschlug, als dann der zweite Turm auch einstürzte... Ich rang um Fassung, als die Erklärungsmuster um Osama bin Laden in den Medien ausgebreitet und begleitend die tanzenden palästinensischen Kinder gezeigt wurden – erst viel später, zu spät, stellte sich heraus, dass dies veraltete Aufnahmen waren und gar nicht im unmittelbarem Zusammenhang mit diesem Weltereignis standen. Denn diese Bilder brannten sich in das kollektive Gedächtnis vieler Menschen ein. Spätestens jetzt wurde vielen klar: Die nächsten Jahre werden die Muslime weltweit im Kontext dieses einschneidenden Ereignisses betrachtet und es wird uns auf Jahre, wenn nicht auf Jahrzehnte, im Bemühen um Völkerverständigung, Integration und den Dialog der Religionen zurückwerfen. Schnell verfassten wir als Zentralrat der Muslime eine unmissverständliche Pressemittelung, in der wir die Tat scharf verurteilten. Die harte Zeit brach an.

Seitdem ist viel zu dem Thema gesagt worden, viele Erklärungen haben wir verfasst, Terror und Gewalt verurteilt und klar gemacht, dass der Islam friedlich ist und die überwältigende Mehrheit der Muslime in Frieden leben möchte. Wir sind auf die Straßen gegangen, um zu demonstrieren, dass wir uns als Muslime nicht von Extremisten missbrauchen lassen wollen. Viele Menschen haben uns geglaubt, viele jedoch nicht. Der 11. September hat das Vertrauen in die Muslime erschüttert, er hat dem Islam maßgeblich geschadet – und vor allem hat er viele tausend Menschen auf dem Gewissen – darunter Juden, Christen, Nichtgläubige und sehr viele Muslime. Die Folgen waren schrecklich – insbesondere für den Irak und später Afghanistan. Die Welt ist seitdem nicht wieder zur Ruhe gekommen, viele Kriege wurden vom Zaun gebrochen und noch immer meinen viele Menschen, der 11. September wäre ein Triumph des Islams über den Westen. Völlig verrückt. Auch das Gegenteil ist übrigens nicht der Fall. Die gesamte Menschheit hat verloren, leidet bis heute unter dieser menschenverachtenden Tat und ihren ebenso menschenverachtenden und vernichtenden Folgen.

Während unmittelbar nach dem 11. September noch führende Politiker und auch die Kirchen besonnen reagierten und davor warnten, die Muslime und den Islam ständig in den Kontext von Gewalt und Terror zu stellen und die Muslime unter Generalverdacht zu nehmen, änderte sich die Einstellung gegenüber Muslimen mit der Zeit grundlegend. Sicherheitsgesetze, Rasterfahndung und vieles andere mehr verstärkten diesen Eindruck und heute kommt keine Islamdebatte mehr ohne das Sicherheitsthema aus, wie man zuletzt am Präventionsgipfel sehen konnte. Auch als Folge des 11. Septembers weigert sich manch führender Politiker bis heute hartnäckig, eine fundierte Islampolitik zu formulieren. Eine Version, wie der Islam in das deutsche Staatsgefüge integriert werden kann, fehlt gänzlich und noch zu oft wird Sicherheitspolitik auf den Rücken der Muslime gemacht, anstatt eine mutige Integrationspolitik zu formulieren. Überhaupt – auch gestärkt durch das Islambashing mancher Islamkritiker, die hinter ihrer Kritik geschickt ihre rassistischen Einstellungen zu verbergen wissen, wurde die Islamdebatte immer mehr zur Folie von vielen anderen Themen unserer Gesellschaft, sei es die eigentümliche deutsche Befindlichkeit, die Fragen danach, wohin unser Land demografisch steuert oder wie patriotisch wir Deutsche eigentlich sein dürfen und zu guter Letzt die negative Erörterung darüber, wie viel Religion unser Land verträgt, wie dies ein Bundesverfassungsrichter anlässlich des folgenreichen Kopftuchurteils provokant diskutierte. Um Muslime geht es dabei in Wirklichkeit schon lange nicht mehr. Die Islamdebatte nach dem 11. September fungierte zunehmend als Eyecatcher und kaum ein Politiker oder Kirchenoberhaupt kann scheinbar ohne irgendein Statement zum Islam auskommen, sei es noch so falsch oder substanzlos. Aber darum geht es ja wie gesagt nicht.

Die Kontextuierung Islam verspricht Aufmerksamkeit, weil die Debatte schrill, inszenierend und tendenziös geführt wird, wie man das augenscheinlich an Abhandlungen über die kruden Thesen eines Thilo Sarrazin aktuell erfahren kann. Mit einem gehaltvollen Dialog, den sich viele Intellektuelle, Künstler, besonnene Politiker und Kulturschaffende und nicht zuletzt die Muslime selber gewünscht haben, hat das schon lange nichts mehr gemein. Nicht selten fühle ich mich an die Gladiatoren erinnert, die eine bestimmte Rolle in der Arena zu erfüllen hatten – heute wird deren Rolle wiederum in Teilen in Talk-Shows integriert. Der Muslim ist dabei meist der Buhmann, der Verfechter der Antithese zu den freiheitlichen Werten des Westens. Natürlich hält diese Dialektik weder den realen Gegebenheiten noch den mittlerweile mannigfach angefertigten wissenschaftlichen Untersuchungen stand, welche im Zuge des 11. September die Muslime zunehmend als Lieblingsprobanden auserkoren haben.

Auch ist Terror weder besonders islamisch noch besonders christlich, sondern entspringt einer menschenverachtenden Einstellung, wie der furchtbare Terroranschlag in Norwegen dies uns nochmals ausdrücklich vor Augen hält. Auch wenn der oder die Attentäter noch so oft die Religion als Motiv in den Mund nehmen: Terror hat keine Religion. Die Folgen dieses fehlerhaften Umgangs mit dem Islam sind nun deutlich erkennbar: Der antimuslimische Rassismus? Der antimuslimische Rassismus steuert in Deutschland seinem Höhepunkt entgegen. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht irgendein muslimisches Gotteshaus geschändet oder mit Brandsätzen beworfen wird. Kaum ein Tag, an dem nicht Muslime auf offener Straße wegen ihrer Religion angepöbelt oder sogar misshandelt werden. Wer meint, hier Opfergehabe zu erkennen, der möge einfach die Zeitungen genauer lesen, dafür braucht man auch nicht gleich den schrecklichen aus dem Motiv der Islamfeindlichkeit heraus begangenen grausigen Mord an der Muslima Marwa El-Sherbini zu zitieren.

Das Klima in Deutschland gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund im Allgemeinen und Muslimen im Besonderen hat sich kontinuierlich verschlechtert. Aus Deutschland wandern in Folge dessen immer mehr Menschen zum Beispiel in die Türkei aus als umgekehrt. Dies geht aus neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2010 hervor, worin eine Trendwende zu erkennen ist. Demnach haben abzüglich der Einwanderer fast 6000 Migranten das Land Richtung Bosporus verlassen, die große Mehrheit von ihnen sind Ausländer, die übrigens meist Deutsche mit türkischen Wurzeln sein dürften. Der Anteil der muslimischen und türkischen Akademiker dürfte dabei überproportional hoch sein. Diese, weil auch mobiler, sagen sich: Lieber in der Türkei willkommen zu sein als ein Paria in Deutschland. Und so lässt unser Land nolens volens Deutsche mit türkischen Wurzeln in das Land ihrer Eltern abziehen. Da wirkt es fast wie Hohn, wenn jüngst der Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler dazu aufforderte, die Einwanderung von Hochqualifizierten zu erleichtern. Er sprach sich für eine „neue Willkommenskultur" aus. „Fachkräfte aus dem Ausland müssen sich hier auch wohlfühlen. Deutschland muss weltoffen sein, nicht nur während der Fußballweltmeisterschaft, sondern 365 Tage im Jahr", appellierte der FDP-Vorsitzende kürzlich in einem Interview. Doch die Zeichen auf den Straßen sprechen eine andere Sprache. Anschaulich gemacht durch einen jüngsten Vorfall, bei dem selbst das öffentlich-rechtliche Fernsehen nicht davor zurückschreckt, in seinem Kulturmagazin („Aspekte") am Freitag eine Sarrazin-Inszenierung aus Kreuzberg auszustrahlen, welche von der Empörung über den angeblich intoleranten Türken in der einschlägig bekannten deutschen Tageszeitung mit den vier Buchstaben begleitet wird. Zu Recht hat der Deutsche Kulturrat dieses Vorgehen scharf kritisiert.

Passend dazu die theatralisch vorgetragene Inszenierung des Neuköllner Bürgermeisters Heinz Buschkowsky, der sich seit Jahren in seinem Bezirk seiner Wiederwahl sicher sein kann, weil fast ein Drittel der Neuköllner (Türken und Araber) wegen der erschwerten Einbürgerungsvorgaben keinen deutschen Pass haben und somit nicht wählen können.

Insbesondere Ausländer mit entsprechendem Bildungsgrad fühlen sich vor allem deswegen und wegen vielen anderen Gründen hierzulande nicht mehr wohl. Die populistischen Aussagen des amtierenden bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, denen zufolge man den Zustrom von Türken und Arabern stoppen soll – übrigens wider besseres Wissen und geradezu volksverdummend an der Statistik vorbeiredend – tun ihr übriges.

Zugleich aber hat die Türkei gerade gut ausgebildeten Deutsch-Türken Jobs und Karriere zu bieten. Seit der Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan an der Macht ist, wächst das Land mit enormen Wirtschaftsaufschwüngen stabil an. Selbst deutsche Unternehmen investieren viel in das Land und betrachten die Türkei längst als integralen Bestandteil von Europa.

DER VERFASSER IST VORSITZENDER DES ZENTRALRATS DER MUSLIME IN DEUTSCHLAND ■

Das kathartische Medienereignis

10 Jahre danach – oder: Wie der 11. September 2001 den Journalismus veränderte / Von Stephan Weichert

Journalisten leben sehr gut vom Geschäft mit Krisen und Katastrophen: Sei es der Atomunfall von Fukushima, die Massenpanik bei der Love Parade in Duisburg oder kürzlich der Amoklauf von Oslo – Krisenereignisse füttern den Organismus des „News Business", gießen Öl ins Getriebe der nervösen Info-Maschinerie, lassen das Blut in den Adern von News-Junkies gerinnen. Vor allem lösen Krisen bei Reportern und Redakteuren den unbedingten Reflex aus, als Erster vor Ort und auf Sendung zu sein, um das oft Unbegreifliche greifbar zu machen, indem sie es mit Fotos, Videos, Tönen und Beschreibungen einzufangen versuchen. Ihrer Verwertungslogik folgend, tendieren die Medien allerdings dazu, einige plakative Bilder und Sequenzen der Krise schier endlos zu wiederholen. Wenn die Berichterstattung über Krisen reibungslos funktioniert, dann fühlt sich das Publikum jedoch nicht nur gut und glaubwürdig informiert. Es solidarisiert sich unter Umständen mit den Betroffenen, will an der Krisenbewältigung – zum Beispiel durch Spenden – mitwirken und rückt in der Not ein Stück zusammen. Moderiert von den Medien nehmen wir als Gesellschaft Krisen häufig zum Anlass, einen Diskurs zu führen über das, was gut und böse, was richtig und falsch, was wichtig und unwichtig ist. So makaber es klingt: Es liegt oft auch etwas Heilsames, man könnte sagen: etwas Kathartisches in jeder Krisensituation.

Das Krisenhafte, das in seiner altgriechischen Ursprungsbedeutung einen „kritischen Wendepunkt" markiert, ist also in der Genetik des Nachrichtengeschäfts schon mit angelegt – auch weil es wahrnehmungspsychologisch gesehen bei fast allen wichtigen Nachrichtenfaktoren ins Schwarze trifft, vom „Überraschungsmoment" und dem „Bezug zu Elite-Nationen" bis zu „Negativität, Dramatik und Bedeutsamkeit" – all das sind Charakterzüge, die Krisenereignissen anhaften, sie für Journalisten so anziehend machen. Dennoch zeigt sich das „Doppelgesicht der Krisenberichterstattung" nirgends so deutlich wie bei verheerenden Naturkatastrophen, einem Super-GAU, Massenpaniken mit tödlichen Folgen oder Terroranschlägen mit zahlreichen Opfern. Denn wenn Journalisten sich zu allwissenden Welterklärern aufschwingen und dem Schrecken einen (ihren) Sinn überstülpen wollen, stoßen sie regelmäßig an ihre emotionalen und handwerklichen Grenzen: Erschlagen von der Bildgewaltigkeit, überrumpelt von der eigenen anfänglichen Sprachlosigkeit und überwältigt von dem Chaos, das fast in jeder Krisensituation vorherrscht, neigen Korrespondenten und Kommentatoren hin und wieder zu Fehlurteilen, lassen sich gelegentlich zu Spekulationen über Hintergründe und Opferzahlen hinreißen, überspielen häufig ihr Unwissen durch Übertreibungen und versuchen eigentlich immer, den Mangel an belastbaren Eigenrecherchen mit einem Überfluss an nichtssagenden Expertenmeinungen, Talkshowgästen, Live-Schalten oder Bilderschleifen zu kompensieren. Bei aller Besonnenheit hat man seit geraumer Zeit immer wieder das Gefühl: Irgendetwas läuft schief im deutschen Krisenjournalismus.

Andererseits ist der Krisenjournalismus, im Ganzen gesehen, professioneller geworden. In vielerlei Hinsicht prägend war der 11. September 2001, also jener Tag, an dem vor zehn Jahren „ein Stück Welt explodierte", wie es Reporterkoryphäe Herbert Riehl-Heyse ausdrückte. Gerade die deutschen Nachrichtenmacher haben während dieses einmaligen Ereignisses viel gelernt: Sie haben die logistischen Probleme des globalen Terrorkriegs weitgehend in den Griff bekommen, konnten die technischen Herausforderungen von Satellitenübertragung und Breaking-News-Systemen meistern, haben sprachliche und kulturelle Hürden bezwungen und wurden so immer öfter ihrem Anspruch gerecht, mittendrin statt nur dabei zu sein, wenn die Welt einmal wieder in Flammen stand. Auch wenn so mancher Medienkritiker ihnen eine Krise ihrer selbst andichten will: Deutsche Medien liefern, trotz einiger wiederkehrender Pannen, eine ganz ordentliche Performance ab. Magazine wie Spiegel und Stern, die überregionalen Qualitätszeitungen, einige Online-Newsportale, aber auch das öffentlich-rechtliche Radio und Fernsehen müssen sich vor den tonangebenden Global News Playern wie „New York Times", „Economist", „Time", „Guardian", BBC World, Al-Dschasira oder CNN nicht verstecken, was Reaktionsvermögen, Taktung und Auslandseinsatz in Krisensituationen angeht. Im Gegenteil: Deutsche Nachrichtenmedien berichten seit dem 11. September auf Augenhöhe mit internationalen Prestige-Medien.

Dieses amerikanische Trauma, das vor zehn Jahren mithilfe der Medien reflektiert und professionell verarbeitet wurde, bleibt in den Köpfen der Menschen unauslöschbar. Erstaunlich ist, dass noch heute jeder weiß, wo er genau an diesem Tag war und was er empfand, als die Anschläge passierten – ein Streich unseres kollektiven Gedächtnisses, allenfalls vergleichbar mit Medienereignissen von der Dimension des Berliner Mauerfalls 1989 oder der ersten bemannten Mondlandung 1969. Wie tief die Angst bei den meisten US-Bürgern immer noch sitzt, belegt der amerikaweite „Pessimismus-Index", den das US-Magazin „Time" vor kurzem in Auftrag gegeben hat: Auf die Frage, welches das wichtigste Ereignis im vergangenen Jahrzehnt war, nennen 41 Prozent aller 2000 befragten Amerikaner den 11. September – mit weitem Abstand vor der Wahl Barack Obamas zum Präsidenten und der anhaltenden Wirtschaftskrise. Beunruhigend an dieser Umfrage ist vor allem, dass die Schockwirkung der tragischen Ereignisse – trotz der Ermordung Osama bin Ladens und Schwächung Al-Qaidas – von den meisten Menschen nach wie vor als Auslöser einer Abwärtsspirale wahrgenommen wird, die für den Untergang der gesamten Nation verantwortlich ist: Nur sechs Prozent der Befragten glauben, dass sich ihr Land von den Anschlägen erholt hätte – schlimmer noch: In den nächsten Jahren werden weitere Terroranschläge gegen die USA erwartet, ein Pessimismus, der sich auch in den Medien widerspiegelt.

Denn auch als Krisenspektakel, das wegen seiner hollywoodesken Aufnahmen aus dem Nachrichtenfluss herausragte und die Zuschauer brutal in seinen Bann zog, wirkt der 11. September nach. Nicht nur Journalisten in den USA, auch hiesige Redaktionen trafen die bildermächtigen Ereignisse mitten ins Herz. Vollkommen unvorbereitet mussten sie in diesem Moment der Unsicherheit und Bedrohung eine schwierige Aufgabe erfüllen: das unfassbare Geschehen in eine begreifbare Geschichte zu verpacken. Indem sie die Krise öffentlich einordneten, kommentierten und damit Beistand zu leisten versuchen, waren die meisten Journalisten in ihrer Rolle des Orientierungsgebers jedoch hoffnungslos überfordert. Die Lerneffekte der Medien im Umgang mit Terror und Gewalt, aber auch viele handwerkliche Fehltritte sind auf diese einschneidende Grenzerfahrung zurückzuführen. Drei Phasen, die nicht zufällig an die Phasen im Übergangsritual der beiden Ethnologen Arnold van Gennep und Victor Turner erinnern, haben unsere gesamte Wahrnehmung von Krisenereignissen in den Medien, aber auch die heute üblichen Darstellungsformen im Journalismus maßgeblich beeinflusst: Schock, Inszenierung und Bewältigung.

Der Schock

Unwirklich, beinahe surreal kamen den meisten Betrachtern die Live-Bilder zunächst vor, die der 11. September in unsere Wohnzimmer brachte: So etwas hatte man noch nie gesehen! Gerade in der Anfangsphase der Berichterstattung stand den Moderatoren ihre Sprachlosigkeit förmlich ins Gesicht geschrieben. Die tieffliegende zweite Passagiermaschine, der explodierende Feuerball, die zusammenstürzenden Twin Towers, die mit Staub überdeckten Straßen und umherirrenden Menschen: Viele Fernsehredaktionen waren süchtig nach diesen sich wiederholenden Sequenzen, nach Zeitlupen, Korrespondentenschalten und Experteninterviews während der laufenden Katastrophe. Die Konzentration auf die wenigen Bilder des Terrors zeugte von einem Schockzustand, der aber wenig später in einen regelrechten „Terror der Bilder" umschlug, indem die immer gleichen Endlosschleifen liefen – während die Medien in Erklärungsnot gerieten. Auch auf den Titelseiten der Tageszeitungen und Nachrichtenmagazine erschienen weltweit trotz einer immensen Bilderflut unmittelbar nach den Ereignissen fast dieselben Fotografien. Die Wirkung dieser Ikonografie war am Ende so groß, dass sie die eigentliche Katastrophe überstrahlten. Damit wurde der Zwang, Krisenereignisse

© Hiroji Kubota/Magnum Photos/Agentur Focus

aus der Veranschaulichung durch schockierende Bilder heraus erklären zu können und so in eine Bedeutungsfalle zu tappen, besonders deutlich. Und noch ein Effekt spiegelt sich in dieser Phase wider, die uns unser Sicherheitsgefühl nahm und unser Weltbild veränderte: Großzügig freigeschaufelte Sendezeit mit frischem Material zu füllen, ist in Live-Situationen besonders heikel. Das ist jetzt zehn Jahre her, aber Ähnliches war beim Atomunfall im japanischen Fukushima zu beobachten: Auch hier verliehen Live-Bilder von der Explosion des Meilers dem Ereignis eine seltsame Dramatik, die Moderatoren und Korrespondenten zu Fehleinschätzungen und Kurzschlussreaktionen verführte.

Die Inszenierung

Der 11. September war nicht nur ein bildgewaltiges Medienereignis, sondern auch eines, das von enormem Inszenierungsreichtum getragen wurde: Als wäre das Geschehen an sich nicht schon spektakulär und dramatisch genug, hat sich die Setzung eigens entworfener Themenlogos in der Krisen- und Kriegsberichterstattung seitdem etabliert. „Terror gegen Amerika" oder „Krieg gegen den Terror" waren danach stilbildende Elemente, die nicht nur „typisch" für amerikanische Nachrichtensender, sondern seither auch im deutschen Fernsehen bei Krisen und Katastrophen unterschiedlichster Art eingesetzt werden. Video-Trailer, Montagen, Split-Screen-Verfahren und Computer-Simulationen sind ähnliche ästhetische Gestaltungselemente, die nach den Terroranschlägen von New York Karriere machten, um Medien-Hypes zu erzeugen, also spektakuläre und über einen vergleichsweise kurzen Zeitraum aufgebauschte Ereignisse am Kochen zu halten, im Fachjargon: weiterzudrehen. Diese Embleme und Symbole wurden inzwischen weiter perfektioniert. Sie liefern einen Interpretationsrahmen, geben durch Stereotypisierungen vor, wer Täter oder Opfer, Freund oder Feind ist, um dem Unbegreiflichen einen Sinn zu geben, aber auch um zu demonstrieren, dass die Medien „alles im Griff" haben und der Ablauf der Krise nach ihren Spielregeln funktioniert. In dieser Schwellenphase, ein labiles Zwischenstadium, erkannte man nach dem 11. September auch, wie das Ereignis allmählich in andere Mediengattungen und Darstellungsformen diffundierte. Ob Talkshow, Reportage, Dossier oder Dokumentation – hier zeigte sich die Macht der Bündelung öffentlicher Aufmerksamkeit in einem einzigen Großereignis: ein bisher wiederkehrender Medienmechanismus, egal ob man an die Bombenattentate von London, den Amoklauf von Oslo oder die Love Parade in Duisburg denkt.

Die Bewältigung

In der Bewältigungsphase formiert sich letztlich die Katharsis, also die reinigende Überwindung des Schreckens, die mit einer starken Gemeinschaftsbildung und Identitätsstiftung in der Krise verbunden ist: Furcht (vor einem Krieg), Mitleid (mit den Opfern) oder Wut (auf die Terroristen) werden abgelöst durch Solidaritätsbekundungen und ein Wir-Gefühl, das auch die Medien durch integrierende Rituale und Artefakte des Krisenereignisses transportieren. Am 11. September sind die Menschen nicht nur bildlich, sondern tatsächlich zusammengerückt. Poetisch ausgedrückt: Die Gesellschaft wurde durch dieses Live-Erlebnis an den Fernsehschirmen in einem kollektiven Herzschlag synchronisiert. Viele haben die Berichterstattung über viele Stunden nicht nur im engen Freundes- oder Familienkreis verfolgt, sondern auch den kommunikativen Austausch mit Kollegen oder sogar Fremden gesucht: am Arbeitsplatz, auf dem Schulhof, in der U-Bahn, auf dem Sportplatz. Public Viewing, das heute vor allem bei Sportereignissen wie der Fußball-WM als chic gilt, wurde schon am 11. September praktiziert, nur eben nicht zum Vergnügen, sondern zur Bewältigung der Krise. Zu dieser Form der Aufarbeitung gehört auch, dass der 11. September das meist fotografierte und gefilmte Ereignis der Mediengeschichte ist: Im Gedenken an die Opfer und Retter versuchen die Medien mit ihren Archivaufnahmen und historischen Dokumenten diesem schrecklichen Ereignis in jedem Jahr – auch an diesem zehnten Jahrestag – ein symbolisches Mahnmal zu errichten. Dass nicht nur das Publikum, sondern auch die Medien somit zu einem neuen Modus der Selbstreinigung gefunden haben, zeigt sich heute noch an den Spendenaufrufen und Solidaritätsbekundungen nach verheerenden Naturkatastrophen wie dem Erdbeben in Haiti, nach Hurrikan Katrina oder dem Tsunami in Südostasien. In dieser Phase sind die Bilder des Grauens längst zu Ikonen geronnen, zu medialen Archetypen ihrer selbst, die Realität nicht mehr erzeugen, sondern nur noch abbilden können.

DER VERFASSER IST PROFESSOR FÜR JOURNALISTIK UND REGIONALER STUDIENGANGSLEITER AN DER PRIVATEN MACROMEDIA UNIVERSITY IN HAMBURG. ER IST INITIATOR UND MITBEGRÜNDER DES VEREINS FÜR MEDIEN- UND JOURNALISMUSKRITIK E.V. ■

Schalten ohne Pause

Live-Berichterstattung an 9/11 / Von Thomas Nehls

Es ist in den vergangenen zehn Jahren dabei geblieben: Die beruflichen Strapazen in den Stunden, Tagen und Wochen nach dem 11. September 2001 sind durch nichts und zu keiner Zeit übertroffen oder auch nur eingeholt worden. Dass ein Rückblick auf das katastrophalste Ereignis, das die USA in Friedenszeiten je heimgesucht hat, derart profan beginnt, hat seinen Grund: Noch heute kommen mir vor allem die chaotischen Umstände der Recherche und die ungebremste Nachfrage nach Berichten und Kommentaren über das Geschehnis, seine Nachwehen, Konsequenzen und Bewertungen in den Sinn.

© Eli Reed/Magnum Photos/Agentur Focus

Es begann kurz vor 15 Uhr deutscher Zeit am 11.9.2001. Meine Frau hatte mich am amerikanischen Morgen gegen 8:50 Uhr auf den Balkon unserer Wohnung im obersten Stockwerk eines Hauses an der 34. Straße/Ecke First Avenue in Manhattan gerufen. Von der 35. Etage aus hatte sie an jenem herbstlichen Sonnentag bei freiem Blick in Richtung Süden den Nordturm im World Trade Center brennen gesehen – genauer sein oberes Drittel. Ich wollte gerade mit dem Aufzug in die Lobby fahren und mich auf den 8-Minuten-Fußweg ins New Yorker ARD-Studio machen. Der Griff zum Telefon führte noch vor den 15 Uhr-Nachrichten in Deutschland zum ersten Radio-Bericht im WDR2-Mittagsmagazin. Auf die Frage des Moderators Manfred Erdenberger nach dem möglichen Grund für den Brand waren allerdings vor allem Spekulationen zu vernehmen. Die Erinnerung an das verheerende, bei Renovierungsarbeiten entstandene Feuer auf dem Düsseldorfer Flughafen hatte sich aufgedrängt; die immer wieder in den USA von Selbstmördern (nicht Selbstmordattentätern) in Gebäude gelenkten Kleinflugzeuge fielen mir ein. Dass es eine stattliche Zivilmaschine war, hatte ich vom Balkon aus nicht sehen können. Noch oder schon wieder auf dem Sender, sah ich wieder nur das Resultat: Das zweite Flugzeug war in den Südturm gerast und hatte dessen Glas-Stahl-Körper diagonal aufgeschlitzt. In diesen Momenten hoffte ich auf zweierlei: Dass nicht ein weiteres Flugzeug nun in das von uns nur etwa 600-700 Meter entfernte Empire State Building fliegen würde und dass unser Festanschluss durchhalten möge – und nicht, wie bereits beim Handy, die telefonische Kommunikation im Keim erstickt würde. Beide Wünsche gingen in Erfüllung.

Erst zweieinhalb Stunden nach den Anschlägen, also nach 11 Uhr, verließ ich meine „Dauersprechstelle" auf dem Balkon und machte mich auf den Weg ins ARD-Studio. Dort hatte mein Radio-Kollege Carsten Vick den ersten Berichtsmarathon hinter sich. Der Fernseh-Mannschaft hingegen fehlte der Korrespondent. Er war in Kanada gestrandet, genauer in Edmonton, und konnte nicht umgehend zurückfliegen, weil der Luftraum über New York längst großflächig gesperrt worden war. Seit meinen wechselweisen Auftritten im deutschen Radio- und Fernsehprogramm weiß ich, was es heißt, bimedial im Dauerstress zu sein.

Unsere TV-Producerin Annemarie Kammerlander vollbrachte ein wahres Wunder: Mit zunehmendem Chaos wegen mangelnder Informationszufuhr bei stetig steigender Berichtsnachfrage aus Deutschland praktizierte sie gelebte Gelassenheit und zog mich mit in diese vermeintliche Ruhestellung. Unzählige Schaltungen in deutsche Radio- und Fernsehprogramme wurden ausgeführt, für hektische und nervöse Begleitmusik fehlten Kammerlander und all den anderen Kolleginnen und Kollegen schlichtweg die Noten. Derlei professionelle Vernunft hielt sich tagelang. WDR-Kollegen, die eine journalistische Studienreise durch die USA in Tennessee abbrachen und mit dem Zug nach New York kamen, erkannten die Zeichen der Zeit ebenso wie die Verstärkung, die aus dem Studio in Washington angereist kam. Die Berichterstattung an sich war es nicht, was nervte. Zwar geriet die Fortschreibung der Opferzahlen nicht gerade verlässlich, noch dazu entsprangen erste Mutmaßungen über den Ablauf der Anschläge und dann auch bald deren Zustandekommen nicht unbedingt seriösen Quellen: Die Geschehnisse selbst waren aber derart dramatisch, dass es zu Lücken in der Darstellung gar nicht kommen konnte.

New Yorks Bürgermeister Rudolph Giuliani, stets eingerahmt mindestens vom Polizeipräsidenten und vom Feuerwehrboss, gab – gefühlt stündlich – Statements ab: Aus den eingestürzten Türmen rechtzeitig Davongekommene äußerten sich zu ihrer Rettung – in den US-Radio- und Fernsehprogrammen „hagelte" es vom ersten Moment an Vermutungen, Analyse-Versuche, auch schon Beschuldigungen, Kritik und Vorwürfe aller Art. Für eigene Recherchen war zunächst keine Zeit – zumal umgehend die Straßen und später ganze Viertel um Ground Zero herum hermetisch abgeriegelt wurden. Nachhaltig bis heute sind die Eindrücke an zwei Orten, die zumindest für Journalisten erreichbar waren. An einer Stelle war man freilich fast allein; man traf in den Krankenhäusern Manhattans zwar zuhauf Ärzte und Schwestern, aber kaum Patienten an: Die, die der Trümmerlandschaft entkamen, bedurften erstaunlicherweise nur selten ärztlicher Hilfe und wollten nur noch nach Hause; für die fast 3.000 anderen war es eh zu spät. Der andere Ort war die kleine St. Paul´s Chapel, die in unmittelbarer Nähe des World Trade Centers unversehrt geblieben war und als Rückzugsort für übermüdete Feuerwehrleute und andere Helfer diente. Einst war ihr Standort an der Südspitze Manhattans ein Feld in Hafennähe. Das 1776 erbaute Gotteshäuschen sollte allen Trost spenden, die fern der Heimat waren. Der Zufluchtsort galt schon damals als „Kapelle der Erleichterung". Noch Wochen nach der Katastrophe war der kleine Garten der Anlage von dickem Staub und Betonbrocken bedeckt. Der Eingangsbereich war übersät von Fotos Vermisster, die später für tot erklärt werden mussten, von Helmen und Gürteln gestorbener firefighters und den Mitbringseln der ersten „Ground-Zero-Pilger"; letztere kamen aus dem ganzen Land auch, um zu helfen und sich an Aufräumungsarbeiten zu beteiligen. Doch dafür war längst schweres Baugerät zur Stelle. Und die Feinarbeit hatten Forensiker übernommen. Sie suchten monatelang das Areal auf Anhaltspunkte ab, die ihnen die Identifizierung der Toten erleichtern konnten.

Zur Tagesordnung übergegangen ist die Berichterstattung in der für mich faszinierendsten Stadt der Welt auch zehn Jahre danach noch nicht. Natürlich wird „9/11" nicht erwähnt, wenn die Wall Street das Thema ist, die Vereinten Nationen ihre Aktivitäten darstellen oder die N.Y.-Fashion-Week ihre Tore öffnet. Spätestens jedoch in Reports über den Arbeitsmarkt und die Immobilienbranche fehlt selten die neue Zeitrechnung: before or after – vor oder nach 9/11. Schließlich markiert jener sonnig begonnene Septembertag auch eine Wende in New Yorks Dasein als eines der hauptsächlichsten Touristenziele. Nicht, dass niemand mehr käme; die Anziehungskraft der auch gern als Mythos geltenden Metropole ist ungebrochen. Allerdings nicht mehr ihre Gelassenheit. Dafür sorgen allein die sich häufig martialisch gebenden Polizisten und andere allgegenwärtige Sicherheitskräfte. Vielleicht sollten die sich von meiner ehemaligen Kollegin im ARD-Studio New York, der TV-Producerin Annemarie Kammerlander, einmal coachen lassen.

DER VERFASSER LEITETE VON 1998 BIS 2003 DAS ARD-HÖRFUNKSTUDIO NEW YORK UND ARBEITET SEIT JULI 2003 ALS KORRESPONDENT IM WDR-HAUPTSTADTSTUDIO BERLIN ■

© Hiroji Kubota/Magnum Photos/Agentur Focus

Die Medien und der 11. September

Diskursive Deeskalation / Von Lewis Gropp

Nach dem 11. September haben die Medien in Deutschland gut auf den erhöhten Bedarf an Islam-Expertise reagiert. Im Laufe der Zeit rückte eine neue Generation medienaffiner Islamwissenschaftler ins Rampenlicht, außerdem sorgen die nach wie vor hohen Qualitätsstandards des deutschen Journalismus für eine – gemessen am internationalen Vergleich – sachbezogene Islam-Debatte, die weitgehend frei von demagogischen Untertönen geführt wird. Verschiedene Faktoren könnten dazu führen, dass sich populistische Stimmen weiter in den Vordergrund drängen. Doch die Tatsache, dass immer mehr freiheitlich-demokratisch gesinnte Muslime die Medienlandschaft prägen, gibt Anlass zum Optimismus.

© Alex Majoli/Magnum Photos/Agentur Focus

Die Menschheit habe das 21. Jahrhundert durch ein Feuertor beschritten, so kommentierte Kofi Annan, damaliger Generalsekretär der Vereinten Nationen, die Anschläge des 11. September. Doch auch wenn große Teile der Bevölkerung in den USA und Europa die Terrorakte als gezielten Angriff auf die westliche Gesellschaft und ihre freiheitlich liberale Demokratie verstanden – in den deutschen Medien blieben bellizistische Attacken und unreflektierte Pauschalurteile über Muslime und deren vermeintlich inhärent gewalttätige Kultur und Religion zunächst aus. Im Gegenteil: Die großen Zeitungen warfen nicht den ersten Stein, sondern suchten nach Erklärungen, es wurden Fragen gestellt, Antworten gesucht. „Why do they hate us so much?", titelte die New York Times – in den Redaktionsräumen in Deutschland suchte man ebenfalls nach Antworten auf diese Frage.

Auf skurrile Weise beschrieb Al Jazeera dieses dringliche Informationsbedürfnis des Westens über den Islam: In der Bildunterschrift eines Fotos, das die zweite auf die World Trade Center zufliegende Boeing 737 darstellte, war zu lesen: „Die Anschläge vom 11. September haben im Westen ein großes Interesse an der islamischen Kultur geweckt." Und so grotesk diese Aussage angesichts der Grausamkeit der Anschläge erscheint, so enthält sie mehr als nur einen Funken Wahrheit. Insbesondere in Deutschland haben die Anschläge von New York und Washington die Medienberichterstattung dahingehend verändert, dass die bis dahin kamera- und mikrofonscheuen Islamwissenschaftler der alten Schule durch eine neue medienaffine Generation abgelöst wurden. Vermeintliche „Experten", die mitunter großen Einfluss auf die öffentliche Meinung hatten, wie beispielsweise der umstrittene Gerhard Konzelmann, wurden von promovierten Islamwissenschaftlern wie Navid Kermani, Katajun Amirpur, Gudrun Krämer, Mathias Rohe, Udo Steinbach oder Stefan Weidner abgelöst.

Diese neue Generation von Islamwissenschaftlern war in der anschwellenden Islamdebatte in erster Linie damit beschäftigt, die deutsche Öffentlichkeit von der Vielfalt islamischer Kulturen zu informieren und davon, dass das Bild einer inhärent gewalttätigen Kultur ein verkürztes Zerrbild darstellt. Es ging auch immer wieder darum zu erklären, dass die politischen und gesellschaftlichen Missstände in der islamischen Welt in vielen Fällen keine religiösen Ursachen haben – und nicht selten sogar auf die Rechnung des Westens gehen, weil dieser Diktatoren stützte (wie beispielsweise in Ägypten und Algerien), demokratische Regierungen stürzte (wie beispielsweise im Iran) oder auch selber ganz direkt radikalislamische Bewegungen förderte (wie beispielsweise in Pakistan und Afghanistan). Diese neuen Islamwissenschaftler stehen der islamischen Kultur offen und vorurteilsfrei gegenüber, aber anders als Annemarie Schimmel, die „Grand Dame" der alten deutschen Islamwissenschaft, die dem Islam als Konvertitin wohlwollend zugeneigt war – und sich beispielsweise nicht dazu durchringen konnte, Ayatollah Khomeinis Todesfatwah gegen Salman Rushdie zu kritisieren –, taugt diese neue Generation deutscher Islamwissenschaftler nicht zur Verharmlosung islamisch gerechtfertigter Gräueltaten, hier finden sich keine Zwischentöne kulturrelativistischer Apologetik.

Neben diesen in der Regel an die Universitäten angebundenen Akademikern und den zahlreichen Islamwissenschaftlern, die mittlerweile freiberuflich als Journalisten ihre Expertise vermitteln, gibt es in Deutschland zudem eine Vielzahl an Redakteuren von großen Tageszeitungen, die über umfangreiche Kenntnisse über die islamische Welt und den Islam verfügen. In wohl keinem anderen Land der Welt werden über die klassischen Printmedien derartig umfassende und fundierte Kenntnisse vermittelt wie in Deutschland. Das hat sicher etwas mit der bedeutenden Tradition orientalistischer Forschung zu tun, die bis ins frühe 18. Jahrhundert zurückreicht – neben Frankreich und England war Deutschland auf diesem Gebiet über viele Generationen führend und ist es zum Teil bis heute. Es ist aber auch auf die insgesamt sehr hohe Qualität des deutschen Journalismus zurückzuführen. Und nicht zuletzt auf die in diesem Land geführte Islamdebatte, für die der 11. September vor zehn Jahren ein tragischer Katalysator war, und die einen Bedarf an Know-how auf diesem Gebiet generierte. Islamische Themen waren auf einmal gefragt – auch, wenn es dabei selten um den Islam als Religion ging, sondern immer nur um Politik.

Inmitten populistischer Tendenzen mit antiislamischem Einschlag in ganz Europa wie auch den USA ist Deutschland vor xenophoben Auswüchsen und einem kulturrassistischen Diskurs weitgehend verschont geblieben. Öffentliche Debatten werden bisher frei von Demagogie und Populismus ausgefochten. Das Klima droht sich zu verändern. Als Innenminister hat Wolfgang Schäuble immer wieder – unter positivem Medienecho – auf die Tatsache hingewiesen, dass der Islam ein Teil Deutschlands sei. Doch als Bundespräsident Christian Wulff die gleichen Worte wählte, schlug ihm ein kühler Wind entgegen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass Leute wie Alice Schwarzer, Monika Maron, Ralph Giordano, Henryk M. Broder und Thilo Sarrazin die Medien mit populistischen Halbwahrheiten und Diffamierungen bedienen und gefährliche Ressentiments schüren. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung darf Necla Kelek immer wieder ungestraft behaupten, der Islam als solcher müsse abgeschafft werden. Diese Forderung könnte man durchaus als verfassungsfeindliche Propaganda einstufen – die Forderung nach Abschaffung einer Religion verstößt gegen das verfassungsrechtlich verbriefte Recht der Religionsfreiheit. Doch Kelek und ihre Mitstreiter behaupten, der Islam sei keine Religion, sondern eine verfassungsfeindliche Ideologie. Dabei belegen zahlreiche Studien, dass der Großteil der in Deutschland lebenden Muslime nicht an Radikalismus interessiert ist. Auch wenn es die Islamkritiker nicht glauben mögen: Es gibt ihn, den moderaten Islam, mitten in Deutschland. Für alles andere gibt es den Verfassungsschutz.

Insgesamt gesehen hat die Debatte über den Islam seit dem 11. September 2001 an Dynamik gewonnen. Aber auch der Islam in Deutschland hat sich verändert – das spiegelt sich auch in den Medien wider. Der größte islamische Verband, der Zentralrat der Muslime, wird nicht mehr durch den in seinen Ansichten konservativen und in seinem Auftreten unbeholfen wirkenden Axel Ayub Köhler vertreten, sondern von dem liberalen, mediengewandten Ayman Mazyek; im Internet gibt es immer mehr Blogs und Webseiten von Muslimen, die sich mit den Fragen von Religion und Gesellschaft auseinandersetzen und keinen Gegensatz zwischen ihrer deutschen und islamischen Identität sehen; es gibt zahlreiche islamische Magazine, die sich in der Mitte der Gesellschaft verorten, wie das von Sineb El Masrar herausgegebene Mädchenmagazin „Gazelle" oder die „Deutsch-Türkischen Nachrichten"; und es erscheinen auch immer mehr seriöse Debattenmagazine, wie beispielsweise das „Migazin" oder das jüngst von der Islamwissenschaftlerin Nimet Seker gegründete Printmagazin „Horizonte. Zeitschrift für muslimische Debattenkultur". Zudem haben sich die öffentlich-rechtlichen Anstalten vermehrt darum bemüht, junge Journalisten mit Migrationshintergrund zu fördern und einzustellen.

Mit dem 11. September sind sich der Westen und der Islam ein großes Stück nähergekommen – im Guten wie im Schlechten. Aber ein Blick in die deutsche Medienlandschaft zeigt, dass die Vorstellung vom Kampf der Kulturen einstweilen widerlegt werden konnte: Keine Eskalation ist alternativlos. Und wir als Medienschaffende tragen alle Verantwortung, mit einer faktenbasierten Versachlichung zur diskursiven Deeskalation beizutragen.

DER VERFASSER IST REDAKTEUR DES ONLINE-MAGAZINS QANTARA.DE – DIALOG MIT DER ISLAMISCHEN WELT VON DER DEUTSCHEN WELLE (WWW.QANTARA.DE) UND ARBEITET AUSSERDEM ALS JOURNALIST UND LITERATURWISSENSCHAFTLER FÜR ÜBERREGIONALE MEDIEN WIE DIE NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, DIE TAZ UND DEN DEUTSCHLANDFUNK ■

Wer lernt von wem?

Islam in Deutschland / Von Ronald Grätz

Die Themen Islam, Migration und Integration stehen seit dem vergangenen Jahr auf der öffentlich verhandelten Agenda so weit oben wie selten zuvor. Dabei ist das Islambild in Deutschland, so repräsentative Umfragen, von starken Vorurteilen und Stereotypen geprägt: Angst vor einer „vom Islam" ausgehenden Gewalt kennzeichnet die öffentliche Debatte. Sie ist aber nur ein Teil der Auseinandersetzung über das Eigene und das Fremde – und diese gründet sich oftmals auf unreflektierte Annahmen.

Der 11. September 2001 und die darauffolgenden Kriege in Afghanistan und im Irak sowie einige Präventionserfolge in der Verhinderung vermutlich geplanter Terroranschläge der deutschen staatlichen Stellen haben die negative Haltung gegenüber „dem Islam" verstärkt. Im Mai 2006 sahen laut einer Allensbach-Umfrage zwischen 60 und 91 Prozent der Befragten „den Islam" als fanatisch, intolerant, rückständig, undemokratisch und vor allem als frauenfeindlich an. Darüber hinaus hat die Art und Weise der Debatte in Deutschland über „den Islam" zum Negativimage beigetragen.

Diese Debatte entzündet sich meist an lokalen Themen wie zum Beispiel dem Moscheebau in Köln, den sogenannten Brennpunkten in Wohngebieten und Schulen und an „Integrationsproblemen", mit denen andersartiges Verhalten etikettiert wird. Übergeordnete Themen wie Kopftuch, Ehrenmorde, Kofferbomben und geplante Terroranschläge sowie Berichte über grausame Strafpraktiken im Namen der Scharia überhöhen die lokalen Themen, nähren die Befürchtung, „der Islam" zerstöre die liberal-westliche Gesellschaft in Deutschland und gipfeln in der Quintessenz: „So wollen wir hier nicht leben." Die Debatte ist damit überwiegend konfliktfokussiert.

Zum Konfliktfokus trägt auch bei, dass meist miteinander unverbundene Gruppen die öffentliche Debatte führen: Experten versuchen, eine differenzierte Wahrnehmung über „den Islam" herbeizuführen, seiner Vielfalt und Strahlkraft in Deutschland umfassend Rechnung zu tragen und dem Negativimage auf einem hohen sachlichen Wissens- und Kenntnisstand zu begegnen. Zu den Experten und – meist politischen – Eliten gehören auch die kulturellen Mahner. Sie erfahren öffentlich eine größere Resonanz, da „Normalverbraucher" ihnen durch die Wahrnehmung der „interkulturellen Unfallberichte" des täglichen Lebens Plausibilität zusprechen. Hier spielt – je nach journalistischem Genre – die Konfliktfokussiertheit oder die mangelnde konstruktive Konfliktsensitivität mancher Medien eine Rolle. Eine Auseinandersetzung war selbst im und nach dem Sarrazin-Hype eher die Ausnahme.

Weiter auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

Wer lernt vom wem?

Inwieweit die Meinungsmacher in ihrem Alltag muslimischen Gruppen in Deutschland begegnen, darf infrage gestellt werden. Neben Experten und kulturellen Mahnern schließt sich eine dritte Gruppe von Meinungsmachern mehrheitlich von einer eigenen lebensweltlichen Erfahrung und von der Auseinandersetzung aus. Die Traditionswahrer verweigern sich meist dem interreligiösen Dialog. Allen öffentlich gewürdigten Anstrengungen zum Trotz, scheitert das bloße Zustandekommen dieses Dialogs oft an dogmatischer Voreingenommenheit.

Die letztgenannte Gruppe zeigt am deutlichsten, worum es im Kern geht: Die Debatte über Islam, Migration und Integration beinhaltet die Auseinandersetzung mit der eigenen Identität, mit der Abgrenzung von fremder Identität – und das bewirkt oft die Abwehr des Gedankens, dass es eine Identität geben kann und gibt, die sich aus mehreren Wurzeln speist und nicht nur aus einer einzigen. Das Konzept der multiplen Identität beunruhigt nach wie vor in hohem Maße das Seelenleben einer christlich ausgerichteten Kultur. Für eine zunehmend große Gruppe innerhalb der Bevölkerung ist die multiple Identität aber eine lebensgeschichtliche Tatsache.

Die Identitätsfrage schließt eine weitere Frage ein, die meist a priori und implizit beantwortet zu sein scheint: Wer muss lernen und wer muss sich verändern? Der Lern- und Veränderungsdruck wird den Menschen mit Migrationshintergrund auferlegt, und das hört beim „richtigen" Erlernen der deutschen Sprache noch lange nicht auf. Diese Lernaufgabe dauert im Grunde ein Leben lang, besonders und gerade, wenn der „Lerninhalt" als Kanon des „Deutschen" aufgefasst wird. Auf eine etwas makabre, aber symptomatische Art wird die Lernaufgabe ein letztes Mal gestellt, wenn es zum Beispiel um die Zulassung islamischer Bestattungen auf deutschem Boden geht. In Yasemin und Nesrin Şamderelis Film „Almanya – Willkommen in Deutschland" zieht es Hüseyin, der Zuwanderer der ersten Generation, vor, während einer Reise in der Türkei zu sterben. Die Familie beerdigt ihn in „heimischer" Erde; er ist dahin gegangen, wo er herkommt (und diese Formulierung soll durchaus an den gleichlautenden aggressiven Appell erinnern).

Die lebenslange Unerfüllbarkeit des „Deutsch-Werdens" bringt die Asymmetrie des Lern- und Veränderungsdrucks und das darin enthaltene kulturelle Verhältnis auf den Punkt. Dieser Gedanke kann das „dem Islam" zugeschriebene Gewaltpotenzial und den Verdacht, dieser wolle die Lebensweise der „Einheimischen" zerstören, deutlich relativieren.

Die Herausforderung von Migration und Integration liegt also für die Mehrheitsgesellschaft zunächst in der Frage, wie der Lern- und Veränderungsdruck an die Zugewanderten weitergegeben werden kann; gegen den Strich gebürstet lautet diese Frage jedoch „Wie können wir Einheimischen so bleiben, wie wir sind?". Darin kann man den Kern des Integrationsproblems sehen, das die Mehrheitsgesellschaft mit zugewanderten Menschen hat. Eine Antwort besteht in der mangelnden Öffnung oder gezielten Abschottung der Lebensbereiche von Einheimischen und Zugewanderten; gerade dieses Verhalten produziert die Voraussetzungen für Parallelgesellschaften, deren Existenz den Zugewanderten gerne als mangelnde Integrationsbereitschaft vorgeworfen wird. Im Übrigen stellen sich Zugewanderte diese Frage ebenfalls, wenn auch unter anderen Voraussetzungen. In dieser Gemengelage dürfte es schwer sein, Lösungen zu finden.

Die eigentliche Herausforderung liegt in der Frage, was das Eigene der „Einheimischen" ist, das da verteidigt werden muss. Sie wird im Topos der „Leitkultur", der lediglich ein inhaltlich beliebig zu füllendes Bollwerk gegen Andersartigkeit und Vielfalt darstellt, nicht beantwortet. Zum Legitimationsgewinn wird dieses Eigene in staatstragender Absicht oft mit der demokratisch-rechtsstaatlichen Kultur Deutschlands in Verbindung gebracht.

Bereits 1990 formulierte Oskar Negt „fünf gesellschaftliche Schlüsselqualifikationen", deren erste er darin sah, den Umgang mit bedrohter und gebrochener Identität zu lernen und aus „gelungener Balancearbeit" Energien für die Bewältigung neuer Lebenssituationen zu gewinnen (zusammenfassend dargestellt in „Kindheit und Schule in einer Welt der Umbrüche", Steidl 1997). Erstaunlicherweise bezog er dies nicht auf Migration, sondern auf die Erosionen der durch den Kapitalismus geprägten Gesellschaft. Deren kulturelle Grundmuster seien Vertreibung und Flexibilität als individuelle Lösungsaufgabe; darin lassen sich Migration und Arbeitsmigration ohne Schwierigkeiten fassen.

© David Alan Harvey/Magnum Photos/Agentur Focus

Schon deutlich in außenkulturpolitischer Absicht forderte Wolf Lepenies Mitte der Neunzigerjahre in seinem Vortrag „Wozu deutsche auswärtige Kulturpolitik?" politische und gesellschaftliche Akteure in Europa und speziell in Deutschland dazu auf, von der Belehrungskultur zu einer Lernkultur zu wechseln. Nur so könnten sie den bevorstehenden Herausforderungen in einer zusammenwachsenden Welt entgegentreten. Da sich die europäische Welt in der Vergangenheit gegen außereuropäische Kritik verschlossen habe, sei ihre Kultur bei der Belehrung stehen geblieben, so Lepenies.

In globaler Perspektive veröffentlichte die internationale Kommission der UNESCO ebenfalls Mitte der Neunzigerjahre einen Bericht zur Bildung für das 21. Jahrhundert mit dem deutschen Titel „Lernfähigkeit. Unser verborgener Reichtum". Als eine der vier Säulen der Bildung nennt der Bericht: Lernen, zusammenzuleben, also Respekt vor anderen Kulturen und Menschen zu entwickeln und sich der eigenen begrenzten Sicht der Welt bewusst zu werden.

15 bis 20 Jahre nach diesen Denkanstößen und angesichts des geschilderten Islambilds ist die Frage nach Lernfähigkeit, nach Lerngemeinschaften und nach einer gelingenden Balance in Deutschland brisanter denn je. Vor allem wurde eine Frage bislang kaum gestellt: WAS sollen, WAS können „Einheimische" und „Zugewanderte" voneinander lernen, damit sie in Lerngemeinschaften den „verborgenen Reichtum" als Schatz heben und in „gelingender Balancearbeit" Energien für die Bewältigung neuer Lebenssituationen gewinnen? Dies ist die Schlüsselfrage für eine Integrationspolitik.

Neben all den „interkulturellen Unfallberichten" nimmt die Zahl der Darstellungen über Projekte zwischen alteingesessenen Deutschen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – wie zum Beispiel das „interkulturelle Gärtnern" – und über ermutigende Erfahrungen darin zu. In solchen Kooperationen werden offenbar „das Eigene" und „das Fremde" erfahrbar, lösen sich aus einer Erstarrung und bilden etwas Neues. Solche Erfahrungen sind oft in Dokumentationen zu Integrationsprojekten niedergelegt, werden aber bislang nur lokal wahrgenommen. Für eine abstrakte und polarisierende Begriffsebene wie die der „Identität" und der „Leitkultur" – eine Ebene, die auch politische Wirksamkeit entfalten könnte – eignen sie sich anscheinend kaum. Aber in ihnen leuchtet eine Vorstellung von „So wollen wir gemeinsam leben" auf.

Das Beispiel der Wirtschaft zeigt in verkürzter Weise, worum es dabei geht: Sie lernt, weil sie es muss. „Vielfalt als Chance", das Leitmotiv der Charta der Vielfalt, ist ein positiv formuliertes Überlebensmotto; unter den gegebenen demografischen Bedingungen und einem beginnenden Fachkräftemangel werden aus billigen Arbeitsmigranten nun wertvolle, weil rare Arbeitskräfte. Dabei wirken die wirtschaftlichen Ziele für alle Beteiligten disziplinierend und üben einen sanften Zwang zu gelingendem Lernen, konfliktarmer Veränderung und funktionierender Kooperation aus. Im Einzelfall stellen nämlich das polykulturelle Wissen und ein einzigartiger, hybrider Fähigkeitenmix einen Entwicklungs-, Design-, Marketing- und Servicevorteil dar.

Welches wäre nun das große gesellschaftliche Ziel der Lerngemeinschaften? Welche gesellschaftlichen Ziele, die – vielleicht von Visionen beflügelt („So wollen wir gemeinsam leben") – demokratisch gleichberechtigt ausgehandelt werden und nicht die Eindimensionalität wirtschaftlichen Erfolgs aufweisen, können den sanften Zwang zu gelingendem gemeinsamen Lernen ausüben? Zu lange hat sich die Integrationsdebatte in Deutschland mit – weich oder hart formulierten – Anpassungsforderungen befasst. Derzeit ist die Debatte demografisch motiviert.

Allen Debatten zum Trotz ist der Ernstfall die gemeinsame Zukunft von Menschen verschiedener Kulturen. Das Nachdenken darüber steht am Anfang: Die Lebenswelten bestehen zunehmend und nur gewaltsam umkehrbar aus Mischformen. Es gibt nur noch „hybride Kulturen" (Lepenies) – übrigens ein Grund dafür, dass Huntingtons „Clash of Civilizations" nicht bestehen konnte, da er vom Islam im Singular spricht und den Westen insgeheim genau so denkt. Auch gilt diese Herausforderung für „den Islam" selbst: Das Zusammenleben der Vielfalt seiner religiösen Strömungen in einem einzigen Staat kann einen Lerndruck für Muslime selbst darstellen.

Wenn also vom Lern- und Veränderungsdruck die Rede ist: Gibt es gemeinsame Lernräume zwischen Einheimischen und Zugewanderten? Und wenn ja, wo? Haben alle, auf die es ankommt, Zugang zu diesen Räumen? Sind es „Möglichkeitsräume" im Sinne von Terkessidis' „Interkultur"? Gibt es sie im Alltag, in der Hochkultur? Und welche neuen Paradigmen entstehen dabei? Kann es eine andere Wahrnehmung von Vielfalt geben als die der Bedrohung einer als homogen interpretierten eigenen Kultur und Geschichte?

In Kreisen der Hochkultur hat die Globalisierung das Denkmodell der „Migration der Künste" hervorgebracht. In dieser Formulierung wird deutlich, dass der künstlerische Ausdruck sich in Themen und Positionen nicht an nationalstaatliche Grenzen hält und durch die tatsächliche Migration von Künstlerinnen und Künstlern sowie die nahezu globale Beliebigkeit von Produktions- und Vertriebsstandorten vielfältige Hybride hervorbringt. Der Gedanke der „Migration in den Künsten" scheint das zeitgenössische Theater in Deutschland (anders als die Literatur und den Film) erst vor wenigen Jahren erreicht zu haben (Die Zeit 29/2007).

Letzteres mag man in dieser Entschiedenheit bezweifeln, aber wenn mit Brecht gesprochen das Theater der Ort ist, an dem die Gesellschaft – zumindest experimentell – ausgehandelt und erprobt wird, dann stehen wir auch hier an einem zaudernden Anfang. Die „Zeit" zitiert Altmeister Roberto Ciulli mit Formulierungen, die ihre Nähe zu oder gemeinsame Quellen mit dem oben genannten Oskar Negt nicht verleugnen können und nicht zu Lepenies und der UNESCO. Umso bedrückender, dass man diese Zitate im Jahr 2011, 60 Jahre nach der ersten Anwerbung von Gastarbeitern aus Italien, als aktuelle Erkenntnis verkaufen kann: „Migration ist eine Alibifalle. Wir müssen endlich lernen, dass es keinen Unterschied zwischen Migranten und Nichtmigranten gibt, dass unsere Gesellschaft ihre Probleme nur auf die Gruppe der Migranten abschiebt."

Das Leugnen von Unterschieden hat seine taktische Berechtigung. Aber in der Sprache von Oskar Negt, in der Formulierung „So wollen wir gemeinsam leben" scheint das auf, was das Ziel globalen Lernens, das Ziel von Lerngemeinschaften ist, was die große gesellschaftliche Vision, den Ernstfall gemeinsamer Zukunft leiten könnte, was den Unterschieden ihren Raum lässt, ohne sie zum unüberwindlichen Hindernis aufzuwerten, und was gleichzeitig ein Trost für die Zumutungen der Globalisierung sein kann: Die Gestaltung von gemeinsamer Heimat in Deutschland, einer Heimat, in der jede und jeder gleichsam bei sich zu Hause beerdigt werden kann.

RONALD GRÄTZ IST GENERALSEKRETÄR DES INSTITUTS FÜR AUSLANDSBEZIEHUNGEN ■

Das Unfassbare erzählen

Das amerikanische Kino auf der Suche nach Möglichkeiten 9/11 aufzuarbeiten / Von Patrick Klügel und Frank W. Albers

Die Fernsehaufnahmen vom 11. September 2001 haben sich in Endlosschleifen solange in unser Gedächtnis eingebrannt, dass es nur noch eines einzigen Bildes bedarf, um die Geschehnisse dieses Tages in Erinnerung zu rufen. 9/11 ist aus medialer Perspektive nicht nur ein Wendepunkt in der Katastrophenberichterstattung, sondern eine Geschichte von der Übermacht der wiederkehrenden Bilder. Der Moment kurz vor dem Einschlag des zweiten Flugzeugs in den zweiten Turm des World Trade Centers ist zum Symbol für eine verwundete Stadt, eine angegriffene Nation, ein System im Krieg, einen weltgeschichtlichen Wendepunkt geworden: Ein einfaches Bild, das sich innerhalb kürzester Zeit mit unterschiedlichsten Bedeutungen auflud und immer weiter mit Bedeutungen aufladen wird. Ein Schlüsselmoment für Geschichte und Geschichten. Ein Bild auf dem Weg zum modernen Mythos?

Eine Funktionsweise des Mythos ist auch die Nacherzählung des Unfassbaren als Verbannung des unerklärlich Realen in den Bereich der Fiktion. Auf diese Weise funktioniert der Mythos als Katastrophenrhetorik seit Zeus' Gewitterzorn: Nacherzählung bedeutet Bewältigung.
Gerade die Erzähltraditionen des amerikanischen Films sind durch die großen Populär-Mythen aus der Gründungsgeschichte der USA geprägt worden und haben Genres wie den Western und den Katastrophenfilm hervorgebracht. Es scheint aber, dass im Falle der Katastrophe des 11. September der Einbruch des realen zerstörerischen Terrors in den amerikanischen Lebensalltag und in die Nachrichtenbilder die fiktionale filmische Adaption erschwert hat, da sich die Realität in ihren Bildern auf unheimliche Weise den Anschein des Fiktiven bewahrt, die in Dutzenden von Katastrophenfilmen bereits erzählt und in Variationen vorweggenommen wurde.
In kurzer Folge sind eine Reihe unterschiedlichster Filme erschienen, die sich 9/11 annähern. Die Entwicklung der Erzählstrategien dieser Produktionen liest sich als ein Versuch des amerikanischen Kinos, das Unfassbare und zugleich bildlich Übermächtige mit den eigenen Mitteln auf andere Art und Weise zu erzählen. Mehr als eine Annäherung ist es zunächst nicht: Der erste Film „The Guys" von 2002 ist ein Kammerspiel des Regisseurs Jim Simpson über eine Journalistin, die einem der Feuerwehrmänner beim Versuch hilft, Worte zu finden, vom Schrecklichen zu erzählen, von seinen toten Kameraden, auf deren Beerdigungen er als Redner Trauerarbeit leisten muss. Die Twin Towers sieht man in diesem Film nicht. Aus der Perspektive des kleinen Mannes erleben wir das individuelle Trauma beispielhaft für das kollektive. Dem steht Simpsons filmische Trauerarbeit aber letztlich hilflos gegenüber – Erklärungen liefert er keine.
Es folgt 2003 mit Spike Lees Drama „25th hour" der sicherlich interessanteste frühe Film über die Seele der USA nach 9/11. Der Kleinkriminelle Monty hat noch 24 Stunden, bevor er seine Haftstrafe antreten muss und diese Zeit nutzt er, um sich von seiner bisherigen Lebenswelt zu verabschieden und auf die Zukunft in Gefangenschaft, die mit großen Ängsten für ihn verbunden ist, vorzubereiten.
Es ist dabei zuerst ein Film über die Melancholie und die Unsicherheit in der verwundeten Stadt New York, die nicht nur Schauplatz dieses Films ist, sondern deren Verwundung als Subtext das visuelle Konzept bestimmt, die Charaktere prägt und den Plot des Films motiviert: Im Vorspann beleuchtet die Lichtinstallation auf Ground Zero den nächtlichen Himmel über New York. Fast beiläufig schwenkt die Kamera über Photographien der verunglückten Feuerwehrmänner oder die nächtlichen Bauarbeiten auf Ground Zero und verbindet so das Schicksal der Stadt mit dem Schicksal Montys. In einer der stärksten Szenen des Films fährt der Vater den Sohn durch die Straßen der Stadt ins Gefängnis und träumt von einem alternativen Ende, einer Flucht nach Westen, von einem Neubeginn. Die 25. Stunde ist so auch eine Metapher für Amerikas Glaube an die Möglichkeit, sich immer wieder neu zu erfinden.
Die unterschiedlichen Erzählperspektiven der beiden größten und kommerziell erfolgreichsten Produktionen zum Thema 9/11, „United 93" und „World Trade Center", machen den Kampf des Kinos um seine Möglichkeiten ganz offensichtlich. „United 93" ist 2006 in den USA produziert worden. Vielleicht ist es kein Zufall, dass sich mit Paul Greengrass ein Brite an die erste Hollywood-Produktion zu den Anschlägen wagte. Er geht ausgesprochen sensibel und nüchtern vor und wahrt eine Distanz, die die starke emotionale Wirkung der Geschichte des Flugzeugs, das in einem Acker in Pennsylvania abstürzte, aber nicht schmälert. Im Gegenteil: Das teilweise minutiös geschilderte Geschehen im Flugzeug, gegengeschnitten mit dem Chaos in der nationalen Flugsicherung und den Controll-Centern, ist dramatisch wirkungsvoll verdichtet. Die unbekannten (Laien-) Schauspieler – der damalige Chef der Flugsicherung spielt sich selbst – verdeutlichen den Anspruch des Regisseurs, keine Heldengeschichten zu erzählen: keine Spezialeffekte, keine Identifikationsfiguren, kein Soundtrack, kein Happy End.
Es bedurfte eines scheinbar gegen die eigenen analytischen und künstlerischen Möglichkeiten und politischen Überzeugungen inszenierenden Oliver Stone, um die erste Phase der vorsichtigen Annäherung des amerikanischen Kinos an 9/11 zu beenden. Dieser cineastisch relativ ideenlose, unpolitische, auf den kleinsten gemeinsamen nationalen Nenner zielende Katastrophenfilm versucht nicht weniger, als die Mittel des Genres nach dem Trauma zu rehabilitieren. An die Nachahmung der Bilder mit der größten symbolischen Wirkung kann er sich auch nach fünf Jahren noch nicht wagen. Aber Stone war es wichtig, eine Katharsis zu erreichen. Der Film zeigt keine großen Zusammenhänge, aber er wagt alles, wovon Greengrass Abstand nahm: die Spezialeffekte des Katastrophenfilms, zwei Identifikationsfiguren, musikalisches Pathos und ein Happy End im Angesicht der Katastrophe. Der Film wurde vom amerikanischen Publikum goutiert, weil sein Plot einem dokumentarischen Anspruch folgt: Alle Figuren basieren auf realen Vorbildern, die unglaublichen Geschichten der beiden verschütteten Polizisten und ihres Retters, des ehemaligen Marine-Sergeants, haben sich tatsächlich so ereignet. Auf den noch rauchenden Trümmern raunt der einsame Soldat, dass es wohl einige gute Männer brauchen werde, um diese Sache zu vergelten. Auf den ersten Pressevorführungen in Deutschland führte nicht nur diese Szene zu Reaktionen ungläubiger Heiterkeit. Die Rezeptionsgeschichte der 9/11-Filme erzählt also auch von der unterschiedlichen Wahrnehmung des 11. September auf beiden Seiten des Atlantiks. Die erzählende Bewältigung des 11. September und seiner Folgen hat gerade erst begonnen.

PATRICK KLÜGEL IST PROJEKTASSISTENT, FRANK W. ALBERS PROJEKTLEITER IM PROGRAMMBEREICH „GESELLSCHAFT UND KULTUR" DER ROBERT BOSCH STIFTUNG IN STUTTGART ■

© Alex Webb/Magnum Photos/Agentur Focus

Weltweite Krisenerfahrung

Stefanie Ernst im Gespräch mit Klaus-Dieter Lehmann

Der 11. September hat weit reichende Veränderungen im Kulturbereich nach sich gezogen. Stefanie Ernst spricht mit Klaus-Dieter Lehmann, Präsident des Goethe-Instituts, über die Auswirkungen von 9/11 auf eine der bedeutendsten Mittlerorganisationen der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

politik und kultur: Wie reagierten die Goethe-Institute weltweit auf die Ereignisse des 11. September 2001?
Klaus-Dieter Lehmann: Für die Goethe-Institute war der 11. September und seine Konsequenzen ein einschneidendes Erlebnis. Als weltweit tätiges Kulturinstitut wurden wir allerdings bereits zuvor mit einer Reihe von Konflikten in schwierigen Ländern in anderen Weltgegenden konfrontiert, sodass die Arbeit, die wir nach den Anschlägen geleistet haben, zwar intensiviert wurde, die Art und Weise aber, wie wir anschließend in und mit Zivilgesellschaften agierten, bereits erprobt war. Herausforderungen, denen Goethe-Institute im arabischen Raum, in Asien oder in Afrika begegneten, haben bereits im Vorfeld des 11. September unsere Sensibilität geschärft. Somit konnten wir Instrumente nutzen, die bereits vorhanden waren.
***puk*:** Die existenten Krisenerfahrungen haben folglich dazu geführt, dass im Anschluss an den 11. September keine Sprachlosigkeit und Ohnmacht einsetzten, sondern der Dialog mit dem Islam geführt werden konnte. Wie aber kann man ein solches einschneidendes Ereignis überhaupt kulturell aufarbeiten?
Lehmann: Es ist auffallend, dass die Muster, die durch den 11. September ausgelöst wurden, im Hinblick auf die Konfliktbewältigung stark verengt wurden. Immer, wenn eine Katastrophe, ein terroristischer Anschlag in der Welt stattfindet, dann wird fast automatisch das Konfliktmuster islamischen Fundamentalismus gegen die westliche Welt herausgestellt. Gleichzeitig ist die Wachsamkeit ebenso wie die Sensibilität gegenüber anderen Prozessen zurückgegangen. Diese Betrachtung ist zu einfach und muss kritisch hinterfragt werden. Der 11. September wirkt wie ein Schlaglicht, das grell diesen Punkt beleuchtet und andere Problemzonen im Schatten verschwinden lässt. Dazu haben die Bilder, die um die Welt gingen, viel beigetragen. Das Goethe-Institut kam durch seine Analysen zu dem Ergebnis, dass die Welt sehr viel fragmentierter, sehr viel unterschiedlicher ist als das, was uns die Deutungen des 11. September glauben machen wollen. Folglich ist es für uns wichtiger, Prozesse anzustoßen und nicht das Blickfeld auf die reine Konfrontation zu verengen.
In den letzten Jahren haben wir deshalb sehr viel stärker zivilgesellschaftlich gearbeitet als zuvor. Das bedeutet, dass wir in Ländern mit Konfliktpotential, denn über die reden wir ja hier, nicht primär als Kulturvermittler auftreten, sondern versuchen, eine Infrastruktur für kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten und Austausch in dem jeweiligen Land zu schaffen. In Ländern, in denen die Menschen um das nackte Überleben kämpfen, rückt Kunst und Kultur in den Hintergrund, wird verdrängt, reduziert, zensiert oder verfemt. Andererseits kann Kultur gerade unter solchen Bedingungen Alternativen entwickeln, Sprachlosigkeit überwinden, Hoffnung geben. Unsere Ansätze sollen deshalb Potentiale identifizieren, Talente fördern, kulturelle Infrastruktur schaffen und damit den Kulturakteuren und Künstlern Instrumente für ihre Arbeit geben. Wenn wir in Afghanistan Theaterproduktionen ermöglichen, in Ägypten Filmemacher ausbilden, in Afrika Künstler aus den verschiedenen Ländern in Festivals zusammenführen, dann entsteht eine selbstbestimmte kreative Arbeit – Kern einer Zivilgesellschaft. Das können dann für uns stabile Partner werden. Und ich glaube, dass diese Art von Vorgehen sehr fruchtbar ist. Das gilt sowohl für die islamistisch-fundamentalistischen Länder, als auch für die Länder mit prekären Systemen und für jene, die sehr unterschiedliche Geschwindigkeiten in der Entwicklung haben, wie zum Beispiel China mit einer sehr, sehr schnellen wirtschaftlichen Entwicklung, die von einer stark ausgebremsten gesellschaftlichen Entwicklung flankiert wird. Durch dieses Vorgehen werden wir wirksam, ohne dass wir von außen aufpfropfen oder Klischees benutzen.
***puk*:** Ein einheitliches Vorgehen aller Goethe-Institute in Erinnerung an die Anschläge von vor zehn Jahren existiert nicht. Wichtiger als der Rückblick ist also die Stärkung der Zivilgesellschaft in bestimmten Regionen, um in Zukunft Ähnliches zu vermeiden?
Lehmann: Für die USA war der 11. September ein besonders tiefer Schock, denn Amerika wurde das erste Mal in seiner Geschichte – abgesehen

Weiter auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

Interview Lehmann

von Pearl Harbor im 2. Weltkrieg – im eigenen Land angegriffen. Andere Länder kannten diese Verletzlichkeit ihrer eigenen Sicherheit schon früher.Diese Erfahrungen haben sich in das jeweilige kollektive Gedächtnis der Menschen eingebrannt. Im kollektiven Gedächtnis der USA existierte aber eine solche Verwundbarkeit bis dato nicht. Die USA haben auch einen hohen Blutzoll gezahlt, von der wirtschaftlichen Belastung ganz zu schweigen. Folglich wird die zehnjährige Wiederkehr des 11. September auch in den USA anders begangen werden als zum Beispiel in europäischen Ländern. Die schrecklichen Geschehnisse waren natürlich nicht nur für die USA und damit für unsere Arbeit einschneidend. Sie waren für die ganze Welt ein unauslöschliches Fanal.

Diesem Fanal ist vieles vorausgegangen, das zu solchen apokalyptischen Bildern geführt hat. Zum einen wäre hier neben dem religiösen Fanatismus der Prozess der Entkolonisierung zu nennen mit allen Folgeerscheinungen korrupter und despotischer Nachfolge-Systeme, dann der Zusammenbruch der Sowjetunion mit neuen Friktionen, Turbulenzen und Nationalismen und letztlich, wenn Sie so wollen, auch die Entkolonisierung im Inneren von Gesellschaften, also sexuelle, soziale, religiöse und ethnische Umbrüche und die weltweite Mobilität. Das alles sind ungeheuer komplexe Vorgänge, die Konfrontationspotentiale in sich tragen, die auch zu solchen Katastrophen wie 9/11 führen können, bei denen die Feindbilder mit vernichtender Härte gezeichnet werden. Diese harte Klischeebildung mit der ausschließlichen Fixierung auf Konflikte muss durch unterschiedliche Vorgehensweisen gebrochen werden. Sie lässt keine Prozesse und keine Alternativen zu und endet in Katastrophen. So ist es auch zu verstehen, dass die Goethe-Institute keine einheitliche Vorgehensweise im Gedenken an 9/11 vorgeben, sondern sehr spezifisch entsprechend der regionalen Gegebenheiten in der Welt in angemessener Form reagieren.

In Nordafrika und dem Nahen Osten haben wir mit dem arabischen Frühling eine andere Form der Auseinandersetzung erlebt. Sie beruhte nicht auf fundamentalistischen oder ideologischen Ideen, sie war eine kulturelle und intellektuelle Bewegung, getragen von jungen Leuten, die durchaus gut ausgebildet und kulturell interessiert waren. Die Menschen dort wollten keiner verlorenen Generation angehören, sie akzeptierten nicht mehr, dass die korrupten Regime das Sagen haben. Sie wollten eine eigene Lebensplanung. Eine gestärkte Zivilgesellschaft schafft Auswege aus Zwangslagen und setzt der Angst etwas entgegen. Meiner Meinung nach kann das der Beginn eines neuen revolutionären Zeitalters sein. Und wir sind gut beraten, es zu unterstützen, denn sonst besteht die Gefahr einer erneuten Radikalisierung. Viele der Akteure waren vertraut mit den Goethe-Instituten, teilweise bei berufsbildenden Maßnahmen als Filmemacher, Videojournalisten oder Verlagsexperten, teilweise als Stipendiaten und in Austauschprogrammen.

***puk*:** Die Goethe-Institute im arabischen Raum werden von den dortigen Akteuren also als verlässlicher Partner angesehen?

Lehmann: Absolut. Die Goethe-Institute sind für die Menschen, die im Nahen Osten Veränderungen bewirken wollen, Anlaufstellen und Freiräume, die sie für vertrauenswürdig erachten und an denen sie sich treffen und austauschen. Viele Organisationen im Nahen Osten und in Afrika haben ihre Partner verloren, weil sie in der Vergangenheit notgedrungen mit Regierungsstellen zusammenarbeiten mussten. Die Goethe-Institute haben neben den staatlichen Stellen auch immer mit Akteuren der Zivilgesellschaft, der Kunst und Kultur zusammengearbeitet, die heute eine entscheidende Rolle spielen. Das zeigt, dass es gerade in Umbruchzeiten nicht unbedingt die strukturierten Regierungsorganisationen, sondern die NGO´s und die privaten Akteure sind, die dann eine Chance bieten, weiterzuarbeiten, ohne bei Null anfangen zu müssen.

***puk*:** Wie gehen die NGO's vor Ort mit dem Vorwurf der deutschen Doppelmoral um? Auf der einen Seite unterstützt Deutschland die Kultur und die Demokratisierungsprozesse im Nahen Osten, auf der anderen Seite liefert Deutschland Panzer nach Saudi-Arabien. Eine bestimmt nicht ganz einfache Situation.

Lehmann: Es ist eine Gratwanderung! Uns kommt aber unsere Unabhängigkeit zugute. Unsere Glaubwürdigkeit wird anerkannt. Wir werden nicht als politische Einrichtung sondern als kulturelle Organisation wahrgenommen, zu Recht.

***puk*:** Spielt der Dialog mit der islamischen Welt, der im Zuge des 11. September intensiviert wurde, in der heutigen auswärtigen Kulturpolitik noch eine so große Rolle wie kurz nach den Anschlägen in New York?

Lehmann: Ganz bestimmt, allerdings hat sich die Herangehensweise meiner Meinung nach in zweierlei Hinsicht geändert. Zum einen hat man erkannt, dass die Vielfältigkeit der Prozesse Beachtung finden muss und man nicht mit einem monolithischen Block arbeitet. Dazu hat die Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika viel beigetragen. Wir dokumentieren das ganz aktuell in dem neuen Goethe-Sonderheft von „Art&Thought", in dem rechtzeitig zur zehnjährigen Wiederkehr von 9/11 die Reaktionen und Veränderungen von internationalen Autoren dargestellt werden. Zum anderen, so hoffe ich, wird das verfügbare Geld künftig koordinierter ausgegeben. Ansätze sind zumindest zu sehen. Jede Organisation, jedes Ministerium verfolgt bevorzugt eine eigene Vorgehensweise. Wir könnten sehr viel erfolgreicher sein, wenn Fragen der kulturellen Vermittlungsarbeit, der Entwicklungsarbeit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den besonders intensiv betroffenen Gebieten abgestimmter betrachtet werden. Hier müssen die Bereiche stärker untereinander kooperieren, ohne dass sie ihre spezifischen Profile aufgeben müssen. Voneinander abgeschottetes Denken und Handeln ist nicht unbedingt effektiv.

***puk*:** Ich danke Ihnen für das Gespräch.

KLAUS-DIETER LEHMANN IST PRÄSIDENT DES GOETHE-INSTITUTS. STEFANIE ERNST IST REFERENTIN FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT BEIM DEUTSCHEN KULTURRAT ■

Islam · Kultur · Politik

Islam · Kultur · Politik ist eine regelmäßige Beilage zur Zeitung *politik und kultur* des Deutschen Kulturrates. Sie ist eine Kooperation des Deutschen Kulturrates und der Robert Bosch Stiftung. Die Beilage erscheint bis zum Jahr 2013 drei Mal jährlich.

Die Beilage Islam · Kultur · Politik soll die Debatte um die Rolle des Islams in Deutschland vertiefen. Es geht dabei zum einen um eine Auseinandersetzung um die Wirkungen der muslimischen Religion auf Kultur und Lebensweise der hier lebenden Menschen. Zum anderen soll der politische Umgang mit dem Islam beziehungsweise mit Muslimen beleuchtet werden.

Damit soll die Debatte um den Islam und um Muslime in Deutschland versachlicht und für ein friedliches Zusammenleben der Menschen verschiedener Religionen und unterschiedlicher Kulturen geworben werden. Der Deutsche Kulturrat versteht Islam · Kultur · Politik zudem als einen Beitrag zur Umsetzung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung kultureller Ausdrucksformen.

Bisherige Schwerpunkte waren:

· Dossier Islam · Kultur · Politik in Ausgabe 1/2011 von *politik und kultur* (40 Seiten), anhand von fünf Schwerpunktthemen (Islamische Vielfalt, Judentum Christentum Islam, Bildung Religion Glaube, Wissen über den Islam – Wissen des Islams, Islam in den Medien, Zusammenleben in Deutschland) wurde sich umfassend mit dem Verhältnis von Islam, Kultur und Politik auseinandergesetzt

· Dossier Islam · Kultur · Politik in Ausgabe 3/2011 von *politik und kultur* (8 Seiten), die im vorangegangenen Dossier aufgeworfenen Fragen wurden vertieft, einen Schwerpunkt bildete die auswärtige Kulturpolitik in islamischen Ländern.

Geplant sind weitere Ausgaben unter anderem zu den Themen: Jugendkultur und Islam, islamische Zivilgesellschaft in Deutschland, Stadtentwicklung und das Zusammenleben in Deutschland sowie Islam in Europa.

Wir freuen uns auf die weitere Diskussion zu dem Themenkomplex Islam · Kultur · Politik. Schreiben Sie uns unter: post@kulturrat.de. Die bisher erschienenen Hefte können unter www.kulturrat.de/text.php?rubrik=124 abgerufen werden.

OLAF ZIMMERMANN, GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES UND HERAUSGEBER VON POLITIK UND KULTUR
OLAF HAHN, LEITER DES PROGRAMMBEREICHES GESELLSCHAFT UND KULTUR DER ROBERT BOSCH STIFTUNG ■

Inhaltsverzeichnis

EINFÜHRUNG

1 Kein Märchen aus tausendundeiner Nacht – Der Bruch des 11. September 2001 enthält die Chance eines kulturellen Aufbruchs
VON OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

PHILOSOPHISCHE UND RELIGIÖSE EINSCHÄTZUNGEN

2 Der 11. September und die Islamwissenschaft – Warum musste der Islam nach dem 11. September 2001 neu erklärt werden
VON PETER HEINE

3 Die Islamisierung des Islams
VON THOMAS BAUER

3 Täglich wird islamisches Recht angewandt
GABRIELE SCHULZ IM GESPRÄCH MIT MATHIAS ROHE

4 Augen ohne Gedächtnis sehen nichts – Persönliche Reflexionen zu 9/11
VON A.S. BRUCKSTEIN ÇORUH

5 Nine eleven und die Christen
VON FRIEDRICH WILHELM GRAF

5 Wie religiös sind Muslime in Deutschland? – Und mit welchen Folgen?
VON VOLKHARD KRECH

6 Gegenbilder entgegensetzen
VON PETRA BAHR

7 Religion und liberaler Verfassungsstaat – Der christlich-islamische Dialog an der Katholischen Akademie in Berlin nach 9/11
VON KATRIN VISSE UND JOACHIM HAKE

DER POLITISCHE UMGANG MIT 9/11

7 Sicherheitssorge statt Bedrohungsangst – Der 11. September und seine Folgen aus politikwissenschaftlicher Sicht
VON HERFRIED MÜNKLER

8 Die Kulturalisierung der deutschen Integrationspolitik – Grundannahmen der politischen Auseinandersetzung im Bundestag nach dem 11. September
VON PETRA KLUG

9 9/11 und die Welt danach
VON LARS KLINGBEIL

10 Um Jahre zurückgeworfen – 9/11 und die Folgen für Völkerverständigung und Integration
VON AIMAN A. MAZYEK

9/11 ALS MEDIENEREIGNIS

11 Das kathartische Medienereignis – 10 Jahre danach – oder: Wie der 11. September 2001 den Journalismus veränderte
VON STEPHAN WEICHERT

12 Schalten ohne Pause – Live-Berichterstattung an 9/11
VON THOMAS NEHLS

13 Die Medien und der 11. September – Diskursive Deeskalation
VON LEWIS GROPP

KULTURELLE AUFARBEITUNG DER ANSCHLÄGE

13 Wer lernt von wem? – Islam in Deutschland
VON RONALD GRÄTZ

15 Das Unfassbare erzählen – Das amerikanische Kino auf der Suche nach Möglichkeiten 9/11 aufzuarbeiten
VON PATRICK KLÜGEL UND FRANK W. ALBERS

15 Weltweite Krisenerfahrung
STEFANIE ERNST IM GESPRÄCH MIT KLAUS-DIETER LEHMANN

Islam · Kultur · Politik

Regelmäßige Beilage zu politik und kultur
ISSN 2191-5792

Erscheint als Beilage zur Zeitung *politik und kultur*, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler. Die Beilage wird in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung herausgegeben.

Deutscher Kulturrat
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion:
Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Olaf Hahn, Gabriele Schulz, Stefanie Ernst,
Patrick Klügel, Andrea Wenger

Verlag:
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23,
93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout:
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. oder der Robert Bosch Stiftung wieder.

politik und kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren ausfindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von *politik und kultur* nennen.

Gefördert aus Mitteln der Robert Bosch Stiftung.